SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Große Transformation im Quartier: zur partizipationsorientierten Quartiersentwicklung

Brocchi, Davide

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Brocchi, D. (2018). *Große Transformation im Quartier: zur partizipationsorientierten Quartiersentwicklung.* (FGW-Studie Integrierende Stadtentwicklung, 6). Düsseldorf: Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung e.V. (FGW). https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-67646-6

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Comercial-NoDerivatives). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

FGW-**Studie**
Integrierende Stadtentwicklung 06

Davide Brocchi

Große Transformation im Quartier

Zur partizipationsorientierten Quartiersentwicklung

FGW Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung

Herausgeber

FGW Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung

FGW – Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung e.V.
Kronenstraße 62
40217 Düsseldorf

Telefon: 0211 99450080
E-Mail: info@fgw-nrw.de
www.fgw-nrw.de

Geschäftsführender Vorstand
Prof. Dr. Dirk Messner, Prof. Dr. Ute Klammer (stellv.)

Themenbereich
Integrierende Stadtentwicklung
Pro. Dr. Heike Herrmann, Vorstandsmitglied
Dr. Jan Üblacker, Wissenschaflticher Referent

Layout
Olivia Mackowiak, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit

Förderung
Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

ISSN
2512-4749

Erscheinungsdatum
Düsseldorf, Juni 2018

Davide Brocchi

Große Transformation im Quartier

Zur partizipationsorientierten Quartiersentwicklung

Auf einen Blick

- In den letzten Jahren hat sich eine Wende in der deutschsprachigen Transformationsdebatte ereignet. In den Fokus rücken nun polyzentrische Ansätze, Bottom-up-Strategien, die auf Transformation eher vom Lokalen zum Globalen setzen. Sie bilden den Ausgangspunkt dieser Studie.
- Im Quartier liegen große Potenziale für die Transformation. Verglichen werden hier sechs partizipationsorientierte Quartiersinitiativen in Bonn, Köln und Wuppertal.
- Die Initiativen verstehen Partizipation als die Möglichkeit des Teilens miteinander und der Mitgestaltung (*Co-Creation*).
- Ein zentrales Anliegen der Initiativen sind die Eigentumsverhältnisse im urbanen Raum. Es werden mehr Frei- und Gemeinschaftsräume gefordert, Raum wird als Gemeingut behandelt.
- In ihrer bisherigen Form können die untersuchten lokalen Initiativen nur eine Demokratie als ‚Herrschaft für das Volk' für sich beanspruchen, jedoch nicht als ‚Herrschaft durch das Volk'. Diese Schwäche können sie überwinden, indem sie zum Beispiel das Konzept des ‚Quartiersrats' zu eigen machen.
- Initiativen können die soziale Inklusion als Ziel konsequenter verfolgen, um die lokale Demokratie zu stärken und die große Transformation im Quartier voranzutreiben.

Abstracts

Große Transformation im Quartier – Zur partizipationsorientierten Quartiersentwicklung

Diese Studie untersucht die Potenziale, die Grenzen und die Strategien eines quartiersbezogenen Bottom-up-Ansatzes der nachhaltigen Transformation. Zuerst werden der theoretische Orientierungsrahmen vertieft und weitere relevante Hintergründe zur urbanen Transformation, Demokratie und Partizipation sowie zu Raum und Quartier geliefert. Im zweiten Teil werden sechs lokale Initiativen in Bonn, Köln und Wuppertal vorgestellt und analytisch verglichen. Beim Vergleich geht es um den räumlichen Kontext (Stadt und Quartier), um die Persönlichkeiten hinter den Initiativen, um die Ziele und die Motivationen, die Strategien, die Partizipation und die Organisationsformen, die Ökonomie und das Verhältnis zu Institutionen und Investoren sowie um ihre transformative Wirksamkeit. Es gibt noch keinen Königsweg für eine partizipative Transformation von Quartieren zur Nachhaltigkeit, deshalb ist es von zentraler Bedeutung, diese als Lernprozess, der sich in Spannungsfeldern bewegt, zu begreifen und zu gestalten. Die drei wichtigsten Spannungsfelder werden in einem dritten Schritt der Expertise analysiert und mögliche Strategien für den Umgang mit ihnen herausgearbeitet.

Great Transformation in the neighborhood – On the participation-oriented district-development

This expertise examines the potentials, the limits and the strategies of a neighborhood-based bottom-up approach to sustainable transformation. First, the theoretical orientation framework is deepened and other relevant backgrounds to urban transformation, democracy and participation as well as space and quarters are provided. In the second part, six local initiatives in Bonn, Cologne and Wuppertal are presented and analytically compared. The comparison deals with the spatial context (city and neighborhood), the personalities behind the initiatives, the goals and the motivations, the strategies, the participation and the forms of organization, the economy and the relationship to institutions and investors as well as the transformative effectiveness. There is still no royal road for a participative transformation of neighborhoods towards sustainability, so it is of central importance to understand this as a learning process and to move in areas of tension. The three most important ones are analyzed in a third step of the expertise and possible strategies for dealing with them are worked out.

Inhalt

Abbildungsverzeichnis ..... **v**

Tabellenverzeichnis ..... **v**

Abkürzungsverzeichnis ..... **v**

1 Einleitung **1**

1.1 Ziele, Fragestellung und Gliederung der Studie 4

1.2 Fallauswahl und Methodik 6

2 Theorien, Ansätze und Konzepte **9**

2.1 Urbane Transformation 9

2.1.1 Die Nische als Quelle einer Transformation by design 13

2.1.2 Ökonomie der Nähe 14

2.1.3 Das menschliche Maß berücksichtigen 15

2.1.4 Vertrauen als zentraler Faktor der Transformation 16

2.1.5 Die Vielfalt nebenan 16

2.1.6 Räumliche Nähe ermöglicht Sinnlichkeit und Selbstwirksamkeit 17

2.2 Demokratie und Partizipation 17

2.2.1 Zur Krise der Demokratie 18

2.2.2 Zur starken Demokratie 23

2.3 Raum und Quartier 26

3 Empirische Fallbeispiele **29**

3.1 Profile 29

3.1.1 Bürgerinitiative Helios (Köln-Ehrenfeld) 29

3.1.2 Bürgerinitiative Viva Viktoria! (Bonn-Zentrum) 31

3.1.3 Aufbruch am Arrenberg (Wuppertal-Arrenberg) 33

3.1.4 *Tag des guten Lebens*: Kölner *Sonntag der Nachhaltigkeit* (Köln-Ehrenfeld, Sülz und Deutz) 34

3.1.5 Jack in the Box (Köln-Ehrenfeld) 35

3.1.6 Utopiastadt (Wuppertal-Nordstadt) 37

3.2 Vergleichende Analyse 38

3.2.1 Städte 39

3.2.2 Quartiere 40
3.2.3 Pioniere des Wandels 45
3.2.4 Ziele und Motivation 50
3.2.5 Strategie 54
3.2.6 Organisation und Kommunikation 58
3.2.7 Partizipation 65
3.2.8 Ökonomie 70
3.2.9 Verhältnis mit externen Institutionen 75
3.2.10 Transformative Wirksamkeit 88
4 Spannungsfelder und Spielräume 90
4.1 *Self-development* oder Nachhaltigkeit? 90
4.1.1 Das Quartier als Gemeingut 93
4.2 Avantgarde oder Inklusion? 95
4.3 Soziales oder ökonomisches Kapital? 99
5 Fazit 105
6 Handlungsempfehlungen 110
6.1 Für Quartiersinitiativen 110
6.2 Für Institutionen 111
6.3 Quartiersbezogene Governance 113
Literatur 118
Transkribierte Debatten und Interviews 128
Links zu den untersuchten Initiativen 129

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Beteiligungsleiter 3

Abbildung 2: Die drei Ebenen der Mehrebene-Perspektive 13

Abbildung 3: Wie soziale Ungleichheit die Demokratie schwächt..... 22

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Stadtverschuldung (2016)..... 39

Tabelle 2: Statistischer Vergleich der betrachteten Quartiere (2014-2017) 41

Abkürzungsverzeichnis

BI	Bürgerinitiative
IHK	Industrie- und Handelskammer
SDGs	Sustainable Development Goals (Agenda 2030)
TdgL	Tag des guten Lebens
WBGU	Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen

1 Einleitung

Erderwärmung, Artensterben, Ölfördermaximum, labile Volkswirtschaften, soziale Polarisierungen, Krise der Demokratie… Es gibt heute kaum Zweifel daran, dass uns ein radikaler Wandel bevorsteht, wahrscheinlich sind wir bereits mittendrin. Die Frage ist nur, ob er *by design or by disaster* stattfinden wird (vgl. Sommer/Welzer 2014, S. 26). Wenn der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) einen „Gesellschaftsvertrag für die Große Transformation" (WBGU 2011) fordert, dann plädiert er unmissverständlich für eine Transformation *by design*. Dabei geht es um einen *intentionalen* Übergang der Weltgesellschaft zur *Nachhaltigkeit* (vgl. Grießhammer/Brohmannder 2015, S. 6), wobei der Nachhaltigkeitsbegriff negativ und positiv definiert werden kann (vgl. Brocchi 2013, S. 60):

- Nachhaltigkeit ist der *Gegen*entwurf zu jeder Entwicklung, die soziale Systeme in eine evolutionäre Sackgasse führt (vgl. Diamond 2010). Sie ist deshalb eine *Notwendigkeit*.

- Nachhaltigkeit steht *für* eine Entwicklung, die ein gutes Leben für möglichst viele Menschen ermöglicht (vgl. Schneidewind/Zahrnt 2013; Acosta 2015). Sie ist deshalb eine *Chance*.

Doch wo kann heute die ‚Große Transformation' am besten ansetzen? Der Nachhaltigkeitsprozess ist bisher wie der Prozess der Globalisierung vorangetrieben worden: vor allem zentralistisch, vom Globalen zum Lokalen, *top-down*. Diese Form politischer Steuerung ist jedoch nicht nur ein Teil der Lösung, sondern auch ein Teil des Problems. So wie die neoliberale Globalisierung letztendlich zu einer verheerenden Finanzkrise geführt hat, so klaffen die deklarierten Nachhaltigkeitsziele und die reale gesellschaftliche Entwicklung bei wesentlichen Indikatoren weiter auseinander (vgl. Welzer/Wiegandt 2011, S. 7). Der internationale Nachhaltigkeitsprozess kommt kaum voran. Deshalb hat sich in den letzten Jahren eine Wende in der deutschsprachigen Transformationsdebatte vollzogen.[1] In den Fokus rücken nun polyzentrische Ansätze (vgl. WBGU 2016, S. 4), Bottom-up-Strategien, die auf Transformation eher vom Lokalen zum Globalen hin setzen. Sie bilden den Ausgangspunkt dieser Studie. Anhand von konkreten Fallbeispielen untersucht sie die Frage, wie die Transformation in Richtung Nachhaltigkeit partizipativ, durch die Bürger_innen selbst, im Lokalen initiiert und gestaltet wird. Der WBGU stellt die Frage so: „Wie können Menschen auf dynamische Urbanisierungsprozesse Einfluss nehmen bzw. an ihnen teilhaben, wenn viele urbane Räume in kurzer Zeit tief greifende Veränderungen durchlaufen oder vollständig neu aufgebaut werden?" (WBGU 2016, S. 8)

[1] Dies spiegelt sich zum Beispiel in einer Reihe von Programmen wider, wie dem *Wettbewerb Zukunftsstadt* des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im Wissenschaftsjahr 2015 oder der Förderung von urbanen Reallabors durch das Wissenschaftsministerium Baden-Württemberg.

Da eine einzige Studie der Komplexität des Themas kaum gerecht werden kann, konzentriert sich die vorliegende Arbeit auf urbane Quartiere und dort auf die partizipative Gestaltung von Transformationsprozessen durch bürgerschaftliche Initiativen.

Urbane Transformationen in Quartieren

Städte bilden Krisenherde und sind gleichzeitig Pioniere des Wandels. Deshalb stellen sie eines der 17 neuen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) dar, auf die sich die Vereinten Nationen im September 2015 geeinigt haben. Der Auftrag des SDG 11 lautet: „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen“ (UN 2015). In den Städten lebt heute der größte Teil der Menschheit, bis 2050 könnten es zwei Drittel derselben werden (vgl. WBGU 2016, S. 1). An der Frage, wie sich Städte entwickeln, ob dabei die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten und die planetarischen Tragfähigkeitsgrenzen eingehalten werden, könnte sich deshalb die Zukunft der ganzen Weltgesellschaft entscheiden (vgl. WBGU 2016). Gerade Städte von Industrieländern wie Deutschland tragen eine hohe globale Verantwortung. Hier sind der Ressourcen- und Energieverbrauch, der CO2-Ausstoß oder die produzierten Abfallmengen besonders hoch. Der in ihnen gepflegte Lebensstil hat tiefe Konsequenzen für die Entwicklungs- und Schwellenländer, die oft als Rohstoff- und Nahrungsmittellieferanten, Deponien oder kostengünstige Arbeitslager dienen und gleichzeitig am stärksten vom Klimawandel betroffen sind (vgl. Lessenich 2017). Eine strukturelle Asymmetrie in der Weltgesellschaft sorgt dafür, dass immer größere Massen von Kriegs- und Klimaflüchtlingen, Asylant_innen und Migrant_innen in die ‚Wohlstandsinseln‘ wandern, wobei sich in den Städten soziale Polarisierungen und Konflikte herauskristallisieren.

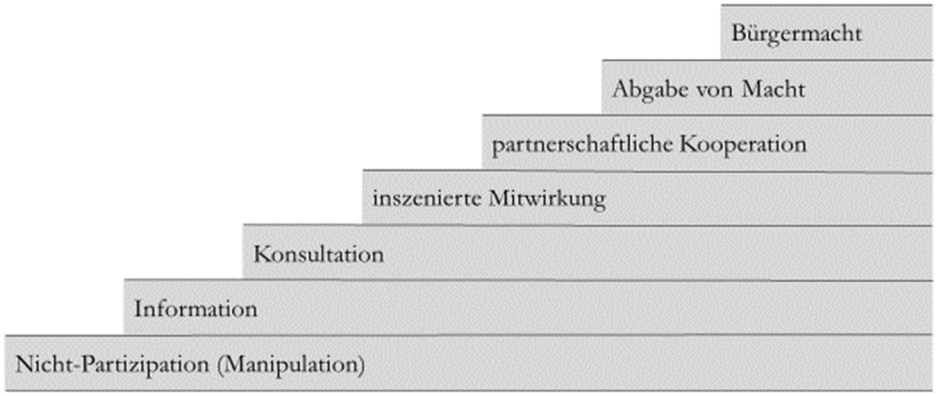
Doch gerade die Tatsache, dass Städte ein räumliches Konzentrat an humaner Vielfalt, Kreativität und Wissen darstellen, macht ihr großes Potenzial für die Transformation aus. Es kann durch die Bildung unkonventioneller Allianzen am besten entfaltet werden, durch den Bau neuer ‚Brücken‘ und den Abbau von sichtbaren und unsichtbaren Mauern. Gerade die Skandale um die Großprojekte der letzten Jahre (Stuttgart 21, Einsturz des Historischen Stadtarchivs in Köln durch den Bau einer neuen U-Bahn-Linie, Flughafen Berlin-Brandenburg) haben gezeigt, dass eine Top-down-Steuerung nicht einmal im Lokalen gut funktionieren kann und eine dezentralisierte Governance auch auf dieser Ebene sinnvoll ist. Deshalb erkennt diese Studie die größten Potenziale für die Transformation im Quartier. Quartiere sind ideale „urbane Reallabors“ (vgl. Schneidewind 2014), um im kleineren Maßstab Transformation zu lernen; um Transformationsprozesse zu initiieren, mit ihnen zu experimentieren und sie voranzutreiben, die dann auf die ganze Stadt übertragen werden können. „Eine urbane Transformation in Richtung Nachhaltigkeit kann nur durch kleinräumige, formal im politischen Entscheidungsprozess eingebundene Gebietseinheiten wie Quartiere realisiert werden.“ (Bachmann/Behrens et al. 2017, S. 1)

Partizipationsverständnis

Bottom-up-Transformationsprozesse sind partizipative Prozesse: „Menschenfreundliche Städte entstehen vor allem, wenn Bürger an ihrer Gestaltung mitwirken können […] In diesem Sinne ist

Teilhabe Ziel und Mittel zugleich.“ (WBGU 2016, S. 8-9) Partizipation im Quartier ist sowohl Bestandteil einer Transformationsstrategie als auch Ziel der nachhaltigen Transformation. Mit den Begriffen *Teilhabe, Beteiligung* oder *Partizipation* wird jedoch nicht immer das Gleiche gemeint (vgl. Abb. 1). Wenn Kommunalinstitutionen Bürgerbeteiligungsverfahren initiieren, leiten oder in Auftrag geben, geht es ihnen selten um Bürgermacht, um Abgabe von Macht oder zumindest um eine partnerschaftliche Kooperation mit den Bürger_innen (*Public-Citizen-Partnership*). In solchen Fällen ist der Wille der beteiligten Bürger_innen selten für Entscheidungen bindend, öfter wird Partizipation auf die Information, die Konsultation oder eine ‚inszenierte Mitwirkung‘ reduziert.

Abbildung 1: Beteiligungsleiter



Quelle: Arnstein 1969, S. 217; modifiziert durch Nanz/Fritsche 2012, S. 23.

Bei den in dieser Studie untersuchten Fallbeispielen von Transformation im Quartier handelt es sich hingegen um eine besonders starke Form von Partizipation: Einerseits drückt sie sich im Teilen miteinander (von materiellen und immateriellen Gütern, von Solidarität und Verantwortung) im Rahmen einer Gemeinschaft aus, andererseits bezeichnet sie die Möglichkeit der Mitgestaltung (*Co-Creation*) oder gar der Selbstverwaltung und Selbstorganisation des eigenen Sozialraums.

Partizipation könnte auch als Ausdruck und Verteidigung eines Eigennutzens im öffentlichen Raum vor den Institutionen verstanden werden. Das ‚Wir Bürger‘ wird immer wieder als Floskel missbraucht, um einem privaten Anliegen mehr Gewicht zu verleihen. In dieser Studie geht es jedoch um eine *gemeinwohlorientierte* Partizipation. Gemeinwohl ist nur dann ein solches, wenn es gemeinsam definiert und als gemeinsames Ziel verfolgt wird, im Rahmen eines dialogorientierten, demokratischen Prozesses. Deshalb werden in dieser Studie Quartiersinitiativen behandelt, in denen sich die Bürger_innen freiwillig zusammengeschlossen haben, um gemeinsame Transformationsziele zu verfolgen. Diese Initiativen schaffen und/oder nutzen Spielräume

der Selbstverwaltung im Quartier und zeichnen sich durch die Fähigkeit der Selbstorganisation aus. Dabei definiert sich die Gemeinschaft durch ein *Gemeingut* (z. B. ‚unser Veedel', ‚unsere Straße', ‚unser urbaner Garten') und das Gemeingut durch eine Gemeinschaft: Da, wo *Commoning* stattfindet, entstehen eben auch *Commons* (vgl. Helfrich 2011, S. 16).

1.1 Ziele, Fragestellung und Gliederung der Studie

In seinem Hauptgutachten von 2016 zur *transformativen Kraft der Städte* unterstreicht der WBGU die Notwendigkeit und die Chance, globale Probleme auf der lokalen Ebene partizipativ anzugehen. Aber wie kann dieser Ansatz in den Quartieren konkret umgesetzt werden? Hier bleibt das Dokument abstrakt, und genau an dieser Stelle setzt die folgende Studie an. Sie will einen Einblick in den Alltag und die Arbeitsweise von partizipationsorientierten Initiativen für die *urbane Transformation* (vgl. Brocchi 2017) liefern.

Im ersten Teil der Studie werden der theoretische Orientierungsrahmen vertieft und weitere relevante Hintergründe zur urbanen Transformation, Demokratie und Partizipation sowie zu Raum und Quartier erläutert:

- Warum sind besonders Quartiere geeignete Orte und Treiber der großen Transformation?

- Viele der Probleme, die durch die *große Transformation* überwunden werden sollen, sind Probleme der Demokratie – und erfordern eine Lösung auf dieser Ebene. Was sind die Ursprünge der heutigen Krise der Demokratie? Was macht eine starke Demokratie aus?

- Das Raumverständnis der Institutionen stimmt oft nicht mit jenem der Anwohner_innen überein. Wie wird der Quartierbegriff in dieser Studie aufgefasst?

Im zweiten Teil werden die empirischen Fallbeispiele charakterisiert und verglichen. Beim Vergleich geht es um den räumlichen Kontext (Stadt und Quartier), um die Persönlichkeiten hinter den Initiativen, um die Ziele und die Motivationen, die Strategien, die Partizipation und die Organisationsformen, die Ökonomie und das Verhältnis zu Institutionen und Investoren sowie um ihre transformative Wirksamkeit der Initiativen. Folgende Fragestellungen werden behandelt:

- Wie beeinflusst der räumliche Kontext das Handeln der Initiativen? Denn gerade bürgerschaftliche Initiativen im Quartier zeichnen sich durch die Fähigkeit aus, ihr Selbstverständnis und ihr Handeln auf die Eigenart des Lokalen einzustimmen. Anders ausgedrückt: Ein wichtiger Grund ihrer Entstehung liegt oft in der Unfähigkeit der übergeordneten gesellschaftlichen Institutionen, oder von internationalen Immobilieninvestoren, diese Eigenart wahrzunehmen und adäquat zu behandeln.

- Welche Genese haben die Initiativen? Eine wichtige Erkenntnis der Psychologie ist, dass Gefühle und Emotionen das Verhalten der Menschen stärker beeinflussen als Wissen

und rationale Überlegungen (vgl. Ruch/Zimbardo 1974, S. 366-367; Watzlawick 2007, S. 53-54). Wenn es so ist, dann sind die Persönlichkeiten hinter den Initiativen sowie die Qualität der Beziehungen innerhalb der Initiativen für ihre Genese mindestens so wichtig wie die sachlichen Ziele und die politischen Botschaften. Gerade für eine *freiwillige* Partizipation sind Vertrauen und Motivation eine wesentliche Triebkraft. Wer sind also die Menschen, die Transformationsprozesse in den Quartieren initiieren und den Initiativen ein erstes Gesicht geben? Welchen biografischen Hintergrund, welche Haltung und welche Merkmale haben diese Persönlichkeiten? Wenn diese Menschen das erste und wichtigste Medium der Botschaft der Initiativen sind, inwiefern trifft die berühmte These von Marshall McLuhan (2011) auf sie zu, dass *das Medium selbst die Botschaft ist*?

- Wie werden die Ziele der großen Transformation auf die lokale Ebene von den partizipationsorientierten Initiativen auf die lokale Ebene im Quartier heruntergebrochen bzw. in diese übersetzt? In welchem Verhältnis stehen die expliziten Ziele der Initiativen zu den persönlichen Motivationen der Teilnehmer_innen? An welchen Stellen klaffen Anspruch und Wirklichkeit auseinander? Wie wirksam sind die Initiativen in ihrer Aktion? Mit welchen Strategien arbeiten die Initiativen und inwiefern kongruiert dabei der Weg mit dem Ziel?

- Wer nimmt an den Aktivitäten der Initiativen teil? Inwiefern bilden die Initiativen die Heterogenität der Bevölkerung in den Quartieren ab? Mit welchen Organisationsformen wird diese Vielfalt zu einer Einheit gemacht? Wie werden Entscheidungen in den Initiativen getroffen und wie gehen sie mit Konflikten um? Welche Formen der Demokratie und der Legitimation werden in den Initiativen praktiziert und weiterentwickelt?

- Wie gestaltet sich das Verhältnis zwischen Initiativen, die eine Transformation im Quartier verfolgen, mit Institutionen aus Politik und Wirtschaft, die in den Quartieren eine Macht ausüben oder ausüben wollen?

- Welche Infrastruktur und welche Ressourcen benötigen die Initiativen und wie beschaffen sie sich diese?

Dort, wo ‚das Gute im Falschen' entstehen soll, sind Spannungsfelder, Widersprüche und Ambivalenzen fast unvermeidbar. Gerade hier entfalten die bürgerschaftlichen Initiativen ihr Potential als Reallabore der Transformation. Weil es keinen Königsweg für die große Transformation gibt, sollte sie als Lernprozess verstanden werden.

Alle Initiativen müssen sich in ihrer Entwicklung mit ähnlichen Fragen auseinandersetzen, die keine eindeutige Antwort zulassen. Drei der wichtigsten Spannungsfelder und mögliche Handlungsstrategien werden **im dritten Teil** umrissen:

- Wie kann die Partizipation als Möglichkeit der Selbstregierung bzw. des *‚self-developments'* mit einer ‚Entwicklung' (‚Quartiersentwicklung' inbegriffen) vereinbart werden,

die den Bürger_innen normative Modelle und Ziele vorgibt (mal Nachhaltigkeit, mal Klimaschutz…)?

- Inwiefern sind die Quartiersinitiativen Reallabore einer starken Demokratie? Schaffen die Initiativen im Quartier es, die Selbstreferenzialität von Diskursen wie Nachhaltigkeit oder die Exklusivität von gesellschaftlichen Subsystemen (Wissenschaft, Umweltbewegung, Nachbarschaft…) zu durchbrechen? Welche Rolle spielt Inklusion bei den untersuchten Initiativen?

- Wie beeinflusst die Frage der Ressourcen das Verhältnis zwischen Anspruch und Wirklichkeit bei partizipationsorientierten Initiativen? Es ist der Mangel an Ressourcen, der oft partizipationsorientierte Initiativen zum Pragmatismus zwingt.[2] Besondere Aufmerksamkeit gilt in der Studie der Frage, wie sich ökonomisches und soziales Kapital im Kontext von Initiativen zueinander verhalten. Sozialkapital ist einerseits die zentrale Ressource der Initiativen. Durch den Einsatz dieser Ressource können sie die Knappheit von Zeit, Geld oder Raum überwinden. Da, wo Menschen miteinander teilen, benötigen sie weniger Geld. Doch was passiert, wenn Initiativen trotzdem finanzielle Mittel benötigen? Sobald Geld ins Spiel kommt, ändern sich oft die Motivation und das Verhältnis unter den Beteiligten.

Im Fazit werden die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst und wichtige Handlungsempfehlungen abgeleitet.

1.2 Fallauswahl und Methodik

Die urbane Transformation wird in dieser Studie anhand der vergleichenden Analyse von sechs Initiativen in Quartieren untersucht. Eine wichtige Gemeinsamkeit zwischen ihnen ist, dass sie Quartiersentwicklung systemisch und ganzheitlich behandeln und nicht auf einen einzigen Aspekt (z. B. Energie, Mobilität oder sozialen Zusammenhalt) spezialisiert sind. Die Auswahl der Fallbeispiele orientiert sich auch an dem doppelten Verständnis von Nachhaltigkeit, das oben skizziert wurde: Neben einer negativen Nachhaltigkeit (*gegen* Missstände) gibt es eine positive (*für* das gute Leben).

So wurden zwei Initiativen ausgewählt, die sich als Reaktion auf eine drohende Entwicklung im Quartier gegründet haben. Dabei handelt es sich um die Bürgerinitiative *Viva Viktoria!* im Bonn-Zentrum und die Bürgerinitiative *Helios* in Köln-Ehrenfeld. Beide Initiativen verfolgten das Ziel, den Bau einer Shopping-Mall mitten im Viertel zu verhindern und richteten sich dabei gegen die

[2] Zum Beispiel benötigen Entscheidungen mehr Energie, wenn die Vielfalt der Perspektiven am Tisch breiter ist. Weil eine radikale Transformation mehr Kraft benötigt, ist es nicht leicht, dauerhaft der Tendenz zu widerstehen, zurück ins ‚Gewöhnte' und ‚Leichtere' zu fallen.

Pläne eines Immobilieninvestors. Sie leisten Widerstand gegen ein Phänomen, vor dem der WBGU selbst warnt:

> „Der Einfluss von großen Immobilieninvestoren in den Metropolen vieler Industrie- und Schwellenländer [ist] so prägend, dass Stadtverwaltungen und andere Verantwortliche eine am Menschen orientierte, nachhaltige Stadtentwicklung und gute Lebensqualität nicht mehr hinreichend beachten werden." (WBGU 2016, S. 8)

Zwei weitere ausgewählte Initiativen sind hingegen von einem positiven Impuls ausgegangen, schaffen Freiräume und Gemeinschaftsräume im Quartier, in denen die Bürger_innen selbst gemeinsame Fragen diskutieren: In was für einer Stadt wollen wir leben? Wie wollen wir in unserem Quartier zusammenleben? Welche Energieversorgung und Mobilität wollen wir in unserer Nachbarschaft? Sie setzen gemeinsame Lösungen um und fördern das Miteinander-Teilen und die Stärkung von Nachbarschaftsstrukturen. Einerseits geht es hier um den Kölner *Tag des guten Lebens*, der seit 2013 einmal jährlich in abwechselnden Quartieren stattfindet: Ehrenfeld (2013-2014), Sülz (2015), Deutz (2017), Agnesviertel/Eigelstein (2018). Andererseits geht es um die Wuppertaler Initiative *Aufbruch am Arrenberg e. V.*, die in den letzten zehn Jahren die negative sozioökonomische Abwärtsspirale im Quartier gestoppt hat und den Arrenberg bis 2030 zum klimaneutralen Quartier machen will.

Zur Unterstützung der Analyse werden zwei weitere Initiativen einbezogen, die zwar aus einem positiven Impuls ausgegangen sind, sich aber im Laufe ihrer Entwicklung mit einem Immobilieninvestor auseinandersetzen mussten. Die Baupläne der Aurelis Real Estate GmbH & Co. KG auf dem Gelände des alten Güterbahnhofs in Köln-Ehrenfeld bedrohen nämlich die Existenz von *Jack in the Box*, einem gemeinnützigen Verein für Beschäftigungsförderung, der sich zu einer wichtigen subkulturellen Institution im Quartier entwickelt hat. Die *Utopiastadt* in der Wuppertal-Nordstadt ist hingegen bereits im Besitz eines alten Bahnhofs, der zum Kultur- und Kreativzentrum für alternative Stadtentwicklung umgewandelt worden ist. Die Initiative möchte nun jedoch den eigenen Aktionsraum erweitern und die große Brachfläche hinter dem Gebäude, zurzeit auch im Besitz der Aurelis Real Estate GmbH & Co. KG, zu einem *Utopiastadt-Campus* umwandeln.

Wie bereits oben ausgeführt fokussiert sich diese Untersuchung vor allem auf die Rolle und die Sicht von Gründer_innen und Sprecher_innen der Initiativen. Sie pflegen eine hohe Identifikation mit ihrer Initiative und haben einen guten Überblick über deren Entwicklung. Mit folgenden Personen wurde ein Interview durchgeführt:

- für die Bürgerinitiative *Helios,* Köln: Hanswerner (Hawe) Möllmann (Sprecher).
- für die Bürgerinitiative *Viva Viktoria! e.V.*, Bonn: Axel Bergfeld und Bernd Eder (Mitgründer der Initiative, nun Vereinsvorsitzende).
- für *Aufbruch am Arrenberg*, Wuppertal: Jörg Heynkes (Mitgründer und Sprecher) und Pascal Biesenbach (Projektmanager).

- Für *Jack in the Box*, Köln: Martin Schmittseifer (Gründer und Geschäftsführer).
- für *Utopiastadt*, Wuppertal: Beate B. Blaschczok und Christian Hampe (Gründer_innen und Geschäftsführer_innen der Utopiastadt gGmbH).

Der empirische Teil dieser Studie basiert auf der Transkription und Auswertung dieser Interviews (pro Initiative ca. zwei Stunden lang). Der *Tag des guten Lebens* und das *Bündnis Agora Köln* werden in dieser Untersuchung hauptsächlich durch den Autor selbst vertreten, denn er war Gründer und Co-Designer der Kölner Initiative und von 2011 bis 2015 maßgeblich daran beteiligt.

Die Fallbeispiele werden im Hinblick auf Potenziale, Grenzen und Strategien eines quartiersbezogenen Bottom-up-Ansatzes der nachhaltigen Transformation untersucht. Nachhaltigkeit wird dabei als multidimensionales Entwicklungskonzept verstanden, das vier Dimensionen beinhaltet: Ökologie, Ökonomie, Soziales und Kultur. In die Analyse werden neben Literaturrecherchen auch transkribierte Diskussionsbeiträge aus der Themengruppe *Partizipation, Demokratie und Gerechtigkeit*[3] im Rahmen der Bergischen Klimagespräche 2017 sowie die Erkenntnisse aus Gesprächen, die im Rahmen des NRW-Dialogforums 2017 präsentiert wurden, einbezogen.

[3] Mitglieder der Themengruppen waren Boris Bachmann, Maria Behrens, Davide Brocchi, Jörg Heynkes, Matthias Sinn und Andreas Thiesen. Die Ergebnisse der Diskussion sind in einem Impulspapier mit dem Titel *Subsidiarität als Motor urbaner Transformation* zusammengefasst und vom Wuppertal Institut 2017 herausgegeben worden. Vgl. http://spiekerooger-klimagespraeche.de/sites/default/files/Bergischer_Impuls_01_0.pdf (Zugriff: 10. April 2018).

2 Theorien, Ansätze und Konzepte

In diesem Abschnitt werden relevante Hintergründe zur urbanen Transformation, Demokratie und Partizipation sowie zu Raum und Quartier erläutert. Worin bestehen die wichtigsten Herausforderungen der Transformation zur Nachhaltigkeit heute und warum sind besonders Quartiere geeignete Orte und Treiber dieser Transformation? Weil die bürgerschaftlichen Initiativen in den Städten auch als Reaktion auf die heutige Krise der Demokratie verstanden werden können, beschäftigt sich das zweite Kapitel mit dem Ursprung dieser Krise und liefert eine vorsichtige Definition von starker Demokratie. Nur vor diesem Hintergrund kann später bewertet werden, inwiefern Quartiersinitiativen für die große Transformation auch als Labor für neue Demokratieformen taugen und zum potentiellen Keim einer breiten Bewegung werden können, die eine Veränderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ‚von unten' anstrebt. Weil das Raumverständnis der Institutionen oft nicht mit jenem der Anwohner_innen übereinstimmt, wird in diesem Abschnitt auch die Frage angegangen, welches Quartierverständnis die große Transformation benötigt.

2.1 Urbane Transformation

Der Begriff der *Transformation* kommt aus den Politikwissenschaften und bezeichnet einen Wechsel der politischen Grundordnung (vgl. Merkel 1999). Wenn der WBGU in seinem Hauptgutachten 2011 über die große Transformation schreibt, dann erinnert er vor allem an das Werk *The Great Transformation* von Karl Polanyi aus dem Jahr 1944 über jene progressive Verselbstständigung der Wirtschaft gegenüber der Gesellschaft, die zu der internationalen Finanzkrise von 1929, autoritären Regimen und letztendlich zum Zweiten Weltkrieg führte (vgl. Polanyi 2001). Eine weitere große Transformation ist jedoch auch jene, die dem Fall der Berliner Mauer folgte. Aus dem friedlichen Ende des Kalten Kriegs gingen große Hoffnungen hervor, die zum Erdgipfel von 1992 in Rio de Janeiro und zur Verabschiedung der Agenda 21 führten. Doch nicht der friedliche sozial-ökologische Umbau der Weltgesellschaft setzte sich damals durch, sondern die neoliberale Globalisierung und das Programm der Modernisierung (vgl. Brocchi/Eisele 2011, S. 22-23). Dieses Entwicklungsmodell dominiert noch heute unsere Gesellschaft. Institutionen wie die Europäische Union, die Bundesregierung sowie viele Kommunalverwaltungen orientieren sich daran. In diesem Programm wird die Ökonomie als zentrale Dimension betrachtet, ihr werden die ökologischen, sozialen und kulturellen Belange unterordnet. Prozesse wie Demokratisierung, Säkularisierung, Individualisierung sowie eine bessere Bildung der Bevölkerung werden als fast logische Folge der wirtschaftlichen Entwicklung betrachtet. Sie verläuft linear und wachsend nach oben, von der Agrargesellschaft über die Industrialisierung bis zur Dienstleistungsgesellschaft. Begriffe wie Wissens- und Informationsgesellschaft, Erlebnisgesellschaft oder Kreativwirtschaft zeigen eine mögliche Weiterentwicklung dieser linearen Vorstellung von Entwicklung. Bei dieser Weltauffassung gilt Wirtschaftswachstum als oberstes Entwicklungsziel, seit Jahrzehnten genießt es den Status eines Dogmas, keine Partei im Deutschen Bundestag stellt dieses Ziel ernsthaft infrage (vgl. Rivera/Saalbach et al. 2016).

Dieses Entwicklungsmodell wurde vor allem in den USA geprägt. Mit dem Marshallplan wurde das Programm der Modernisierung in Europa implantiert. Da die Vereinigten Staaten für Jahrzehnte das höchste Bruttoinlandprodukt (BIP) verzeichneten und als siegende Supermacht aus dem Kalten Krieg hervorgingen, wurde ihr Modell durch die Globalisierung endgültig zum universalen Vorbild. In einem Entwicklungsmodell, das sich als linear und alternativlos sieht, wird jede Form von Andersartigkeit mit ‚Unterentwicklung' gleichgesetzt. Diesen Begriff verwendete zum ersten Mal der US-Präsident Harry S. Truman in seiner Antrittsrede von 1949: ‚Unterentwicklung' könne nur durch eine ‚Entwicklungshilfe' von außen überwunden werden, denn kein Patient operiert sich selbst (vgl. Esteva 2010; Gronemeyer 2010). Weil lokale ‚Traditionen' oft den Weg zur Moderne versperren, müssen sie überwunden werden:

> „Allem Anschein nach ist ‚Kultur' in der Globalisierung ein überaus sperriger Faktor. Sie verlangsamt, verzögert oder blockiert unternehmerische Expansion und bildet ein kostentreibendes organisations- und personalpolitisches Problem (Hofstede 1997). Sie stört und hindert bei den vielfältigen Versuchen einer *international governance* (Nye/Donahue 2000), und sie zeitigt geopolitische Verwerfungen eigener Art (Huntington 1996; Luttwak 1999; Harrison/Huntington 2000)." (Rieger/Leibfried 2004, S. 13)

In der Globalisierung kann jede Gesellschaft durch ein Struktur*anpassungs*programm (SAP, *Structural Adjustment Program*) ihre Rückständigkeit überwinden. So zum Beispiel Griechenland, das seit einigen Jahren durch die Troika (aus Europäischer Zentralbank, EU und Internationalem Währungsfonds) zu einer solchen schmerzhaften ‚Kür' gezwungen wird. Dabei lautet das neoliberale Mantra: Um die Staatsschulden zu reduzieren und die Kredite zurückzuzahlen, muss das Wirtschaftswachstum entfesselt werden. Der Staat muss sich zurückziehen und der Markt muss sich liberalisieren, öffentliche Güter und Dienstleistungen sollen dabei privatisiert und Steuern gesenkt werden. Vor allem muss jedoch der Massenkonsum gefördert werden, denn, so die Stufentheorie des US-Ökonomen und Wirtschaftshistorikers Walt W. Rostow, Massenkonsum ist das höchste Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung, Massenkonsum *ist* Wohlstand (vgl. Rostow 1960).

Das Programm der Modernisierung und der neoliberalen Globalisierung hat auch die Stadt- und Quartiersentwicklung der letzten Jahrzehnte enorm beeinflusst. Hier einige Hinweise, die dafür sprechen:

- Bei den Fragen der Stadtentwicklung orientieren sich die Kommunalinstitutionen im Wesentlichen am Entwicklungsmodell der Modernisierung. Dabei genießt die ökonomische Dimension der Entwicklung (Wirtschaftswachstum) Vorrang vor anderen Dimensionen (Soziales, Umwelt, Kultur). Da der Massenkonsum als wesentlicher Treiber des Wirtschaftswachstums betrachtet wird, wird seine Förderung oft als Königsweg zur Entwicklung rückständiger Gebiete angesehen: Das hyperkommerzialisierte Stadtzentrum ist so das Vorbild für die Entwicklung der Peripherie. In den letzten Jahrzehnten sind auch in Bonn, Köln und Wuppertal neue Shopping-Malls oder Multiplexkinos entstanden oder geplant worden, dabei haben der lokale Einzelhandel und das Handwerk stark ab-

genommen. Ein zentrales Anliegen in der Entwicklung der Infrastruktur ist infolgedessen, dass potenzielle Konsument_innen (Nachfrage) aus der Region so schnell wie möglich die Einkaufszentren (Angebot) erreichen sollen. Dadurch bekommt der motorisierte Straßenverkehr Vorrang: Einerseits ermöglicht das Auto den Konsument_innen die höchste Flexibilität (solange keine Staus dabei entstehen), andererseits erfordert eine geteilte Mobilität (ÖPNV) deutlich höhere Investitionen seitens der Städte. Der Einfluss der Autoindustrie auf die Politik ist in Deutschland besonders stark, hiervon betroffen ist auch die Stadt Köln, die die Ford-Werke mit 17.000 Mitarbeiter_innen beherbergt (vgl. Feldgen 2018).

- Städte verstehen sich als Unternehmen, die im Wettbewerb miteinander stehen. Beim *Standortwettbewerb* spielt auch das Stadtmarketing eine wichtige Rolle. Dazu dienen auch disneyfizierte Altstädte (vgl. Roost 2000), die Unterhaltungsindustrie, die Kunsteinrichtungen und die Kreativwirtschaft. Auch die Subkulturen können die Attraktivität von Quartieren steigern.
- Auch die Kommunalpolitik wurde ‚modernisiert' (vgl. Bogumil/Holtkamp 2013, S. 78), die kommunale Daseinsvorsorge (Energie, Wasser, Abfall, öffentlicher Personennahverkehr) zunehmend liberalisiert und privatisiert (vgl. Bogumil/Holtkamp 2013, S. 90-104). Wettbewerbselemente wie Leistungsvergleiche, Markttests und Vergabeverfahren halten auch im kommunalen Verwaltungshandel Einzug. Der Ökonomisierungstrend spiegelt sich auch in der Sprache der Stadtverwaltung, die Bürger heißen nun dort „Kunden" (Bogumil/Holtkamp 2013, S. 85).
- Der urbane Boden selbst ist eine Ware auf dem freien Markt. Auch auf dem Wohnungsmarkt bestimmt allein das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage den Preis. Vor allem die Immobilien- und die Mietpreise bestimmen, wer in einem Quartier leben darf und wer nicht (vgl. Bogumil/Holtkamp 2013, S. 71). Dort, wo eine (künstliche) Knappheit entsteht, setzen sich die Akteur_innen mit der stärksten Finanzkraft durch. Immer größere Teile der Großstädte gehören so den Investoren, die damit einen immer stärkeren Einfluss auf die Stadtentwicklung haben. Diese haben oft keinen Bezug zum Lokalen, manchmal sitzen sie sogar im Ausland. In ihrem Fokus steht vor allem die Rendite, bei Aktiengesellschaften die Dividende.
- Nicht nur die Wirtschafts- und Lebensweise der Städte wird *deterritorialisiert*, sondern auch die Architektur wird standardisiert und verliert zunehmend ihren Bezug zum Lokalen (vgl. Magnaghi 2000). So sehen die Städte weltweit immer ähnlicher aus.

Nun stößt diese Entwicklung jedoch an ihre Grenzen, global wie in den Städten selbst. Während Steueroasen florieren, sind viele Städte enorm verschuldet,[4] die Sparmaßnahmen haben vielerorts zur Schließung von Theaterhäusern oder Stadtbädern (u. a.) geführt. Die Kommunalpolitik

[4] „Die dauerhafte Abdeckung der Fehlbeträge im Verwaltungshaushalt durch Kassenkredite wurde schon vor der Finanzkrise zu einem kommunalen Massenphänomen. In vierzehn Jahren bis zum Jahr 2011 haben

verkommt so immer mehr zu einer Verwaltung der Knappheit. Die Stadtverwaltungen werden weiter verkleinert, obwohl Städte wie Köln wachsen. Paradoxerweise hat gerade diese Entwicklung eine Ökonomisierung der Kommunalpolitik verstärkt: (i) Die Perspektive der Kosten spielt bei Entscheidungen eine noch wichtigere Rolle. In der Personalpolitik werden die ökonomischen Kompetenzen bevorzugt. Die Modernisierung zielt auf eine Steigerung der Effizienz und ein besseres Leistung-Ergebnis-Verhältnis in der Stadtverwaltung. Die Rationalisierung der Arbeitsprozesse und die ständige Messung der Effizienz führen jedoch zu einer Zunahme der Bürokratie und schlagen sich negativ in der Motivation der Mitarbeiter_innen nieder, das Menschliche tritt immer mehr in den Hintergrund. (ii) Liberalisierungen und Privatisierungen dienen nun zur Sanierung der öffentlichen Haushalte (vgl. Bogumil/Holtkamp 2013, S. 54-55, S. 78). Um den politischen Stillstand, der sich durch die Verschuldung ergibt, zu umgehen, gehen die Städte Partnerschaften mit jenen Akteur_innen ein, die genau das haben, was ihnen fehlt: Geld. Durch *Public-Private-Partnerships* werden heruntergekommene Peripherien saniert oder Großprojekte realisiert. Solche Verträge sind jedoch nicht immer öffentlich zugänglich. Zusätzlich besteht in solchen Partnerschaften oft ein großes Ungleichgewicht: Wie können Großunternehmen durch Kommunalpolitiker_innen effektiv kontrolliert werden, die zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen nur eine geringe Entschädigung für ihre Arbeit bekommen?

Seit Jahren pumpt die Europäische Zentralbank Milliarden Euro auf den europäischen Markt, um das Wirtschaftswachstum künstlich aufrechtzuerhalten. Doch dieses Geld fließt nicht unbedingt ins Gemeinwesen oder in den sozial-ökologischen Wandel, sondern zum Beispiel zu Investoren, die vorzugsweise in den Immobilienmarkt investieren. Eine neue Immobilienblase droht (vgl. Roubini 2013), obwohl schon die letzte internationale Finanzkrise aus einer solchen hervorging (vgl. Harvey 2013). Die bisherige Entwicklung hat auch zu einem dramatischen sozialen Ungleichgewicht geführt. Die Deregulierung der Märkte, der Rückzug des Staates und die Schrumpfung des Gemeinwesens haben zu einer zunehmenden sozialen Ungleichheit auch innerhalb von Städten geführt, sie verursachen Segregation, Polarisierungen und Konflikte (vgl. Bogumil/Holtkamp 2013, S. 71-73). Inzwischen stimmt die Gleichung ‚Wirtschaftswachstum = Wohlstand' nicht einmal in der Mittelschicht. Mit der sozialen Ungleichheit nimmt hier die Angst vor dem sozialen Abstieg zu, entsprechend wächst die Bereitschaft, Überstunden im Unternehmen zu leisten (vgl. Nachtwey 2017). Die Häufung von Diagnosen wie Depression oder Burn-out ist ein Beleg, dass nicht nur die äußere Natur der Menschen, sondern auch ihre innere unter der bisherigen Entwicklung leidet (vgl. Ehrenberg 2008). Neben dem Zeitwohlstand nimmt auch der Raumwohlstand ab, denn unkommerzielle Freiräume für die kreative Selbstentfaltung und alternative Lebensweisen, für die Begegnung in der Nachbarschaft oder die politische Partizipation, sind gerade in wachsenden Großstädten Mangelware.

Die hier untersuchten Initiativen sind Treiber einer *großen Transformation* zur Nachhaltigkeit im Quartier. Nun lautet die Frage: Warum sind gerade die Stadt, das eigene Quartier oder gar die

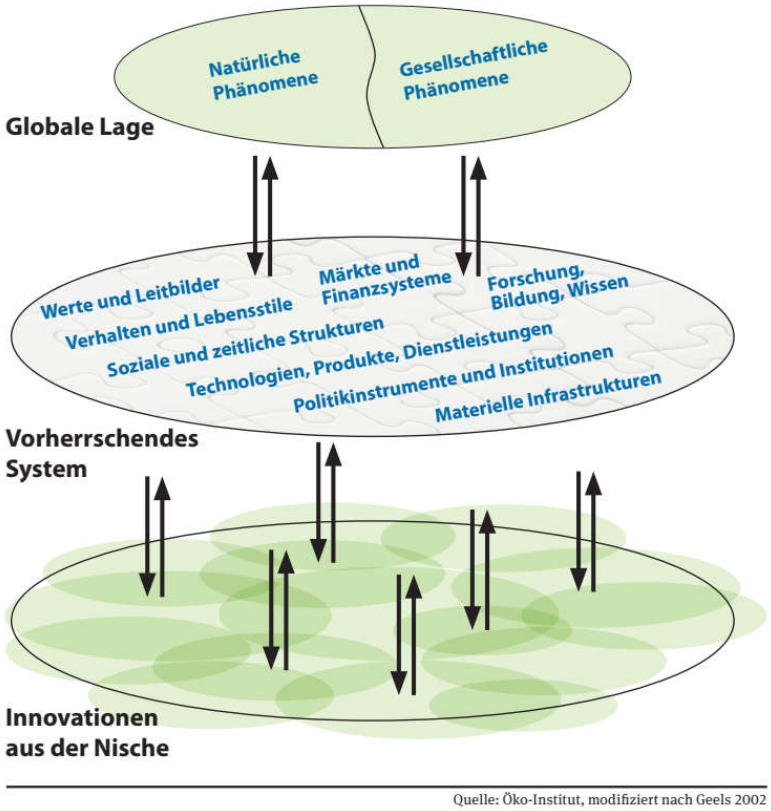
sich die Kassenkredite der deutschen Kommunen auf insgesamt 44 Mrd. verneunfacht." (Bogumil/Holtkamp 2013, S. 60)

eigene Straße für eine solche Transformation besonders gut geeignet? Im Folgenden finden sich die wichtigsten Argumente.

2.1.1 Die Nische als Quelle einer Transformation by design

Um zu verstehen, wie die Transformation zur Nachhaltigkeit gehandhabt werden kann, ist eine Mehrebenenperspektive (*multi-level perspective*) hilfreich.

Abbildung 2: Die drei Ebenen der Mehrebene-Perspektive



Quelle: Grießhammer/Brohmannder 201, S. 8.

Bei einer Transformation *by disaster* wird der Wandel des vorherrschenden Systems (Regime) und seiner Subsysteme durch einen zunehmenden Druck aus der ‚globalen Lage' (z. B. Klimawandel, Finanzkrise, Fukushima, Migration) erzeugt. Die Treiber einer Transformation in Richtung Nachhaltigkeit *by design* liegen hingegen in den Nischen auf der Mikroebene. Als Nischen werden „‚geschützte Räume' verstanden, in denen technische, marktliche, soziale oder regulatorische Innovationen entstehen, die ein hohes Potenzial zur Veränderung des Regimes haben." (Grießhammer/Brohmannder 2015, S. 9) Für die Resilienz von Städten spielen die Nischen eine sehr wichtige Rolle, denn hier werden Lösungsansätze erfunden, ausprobiert und/oder weiterentwickelt, die im Fall von Krisen gebraucht werden und die Lebensqualität erhöhen. Doch Nischen brauchen Freiräume und Städte ohne Freiräume verlieren deshalb an Resilienz. Quartiere

können selbst als Nische für die urbane Transformation dienen und den Raum dafür bieten. Freiräume sind oft gerade dort vorhanden, wo die Kommerzialisierung und Ökonomisierung weniger vorangeschritten sind. Vor allem in solche Peripherien ziehen viele Kreative ein, sie finden dort preiswerten Raum für Ateliers und kostengünstige Lebensbedingungen. Während die Treibkräfte der Modernisierung und der Globalisierung oft in den Zentren sind, liegen jene für die große Transformation vor allem in der ‚kreativen Marginalität' der Peripherien (vgl. Guidicini 1996, S. 12).

2.1.2 Ökonomie der Nähe

Warum müssen Waren und Nahrungsmittel über lange Wege transportiert werden, wenn sie in der Region produziert werden können? Eine ‚Ökonomie der Nähe' (vgl. Paech 2012) wird sich so oder so immer mehr durchsetzen, weil die Globalisierung auf Ressourcen fußt, die begrenzt verfügbar sind – und dies gilt vor allem für das Erdöl (vgl. u. a. Dezernat für Zukunftsanalyse der Bundeswehr 2010; Schneider 2008).

In einer regionalisierten Wirtschaftsstruktur wird die Versorgung durch viele Miniproduzent_innen an vielen Orten geleistet – und nicht durch wenige Megaproduzent_innen an wenigen Orten (vgl. B.U.N.D./EED/Brot für die Welt 2008, S. 231-232). Da sich Quartiere nicht selbst versorgen können, sollten sie Partnerschaften mit ländlichen Gebieten in der Region eingehen und Wirtschaftskreisläufe mit ihnen bilden.[5] Eine ‚Ökonomie der Nähe' ermöglicht eine persönlichere Beziehung zwischen Produzent_innen, Händler_innen und Verbraucher_innen – und dies fördert die Qualität der Produkte sowie die Fairness. Kosten für die Marketingmaßnahmen können dadurch gespart werden. Eine Reduktion des Massenkonsums ist eine weitere wirksame Strategie, um die Unabhängigkeit von der Fremdversorgung zu stärken. Sie kann durch eine Stärkung des Gemeinwesens, die Umverteilung des Überflusses von den wohlhabenderen zu den benachteiligten Schichten, aber auch durch eine Veränderung der Lebensstile (Teilen statt Besitzen, Nutzen statt Parken, Reparieren statt Wegwerfen) erfolgen.

In einer regionalisierten Ökonomie dürfen die Kosten nicht einfach externalisiert werden. Der Massenkonsum erzeugt zwar enorme Kosten, doch ihre Verlagerung im Rahmen der Globalisierung (siehe die Textilproduktion in Niedriglohnländern, Elektroschrott nach Afrika) führt dazu, dass die Verursacher_innen kein Interesse an Veränderungen haben, denn das Problem erscheint so außerhalb ihres Blickfeldes, ‚es liegt woanders'. Es gibt jedoch kein gutes Leben auf Kosten anderer (vgl. Lessenich 2017, S. 24). Wenn die Akteur_innen für die Auswirkungen des

[5] Diese Möglichkeit ist im Sinne der Neuorientierung, die der WBGU empfiehlt: „Die konventionelle Dichotomie zwischen Stadt- und Landflucht, Konzentration und Dispersion von Siedlungsstrukturen, wird durch eine Perspektive überwunden, die statt auf klare Trennungen zwischen ‚Stadt' und ‚Land', ‚Zentrum' und ‚Peripherie' systematisch auf Vernetzungen zwischen Siedlungspolen sowie auf Zwischenräume, die kleine und große Städte sowie rurale Räume verbinden, setzt." (WBGU 2016, S. 4)

eigenen Handels selbst haften und aufkommen müssen, dann kommen sie freiwillig zur Nachhaltigkeit. Eine ‚Ökonomie der Nähe', die Kosten und Probleme nicht externalisiert, ist auch im Sinne der globalen Verantwortung.

Ein polyzentrischer Städtebau und eine multifunktionale Gestaltung der Quartiere vermeiden, dass Menschen lange Strecken fahren müssen, um zur Arbeit zu kommen oder um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Städte wie Kopenhagen und Amsterdam machen vor, wie durch einen Ausbau der geteilten Mobilität (Carsharing, ÖPNV…) und der körperlichen Mobilität (Fahrrad, zu Fuß) Autos ersetzt werden. Durch einen solchen Wandel können enorme Flächen in den Städten frei und sinnvoller genutzt werden: Aus Parkplätzen für nicht genutzte Fahrzeuge kann Raum für Grün, Urban Gardening oder Begegnung werden. Wer in einer lebenswerteren Stadt und Region lebt, muss nicht unbedingt Fernflüge buchen, um Urlaub zu machen.

2.1.3 Das menschliche Maß berücksichtigen

Bei den meisten Entwicklungsmodellen geht es darum, den Menschen umzuerziehen, ihn zu etwas anderem zu machen, als er ist. Der Mensch ist ein kognitiv und physisch begrenztes Wesen, wie soll er Komplexität handhaben? Die erste Möglichkeit: Durch den wissenschaftlichen Fortschritt und die Weiterentwicklung von Technologien kann er seine Begrenztheit überwinden. Durch Computer kann er seine Fähigkeit steigern, Informationen zu verarbeiten; durch Telefon und Internet die Fähigkeit, zu kommunizieren; durch das Auto jene, sich zu bewegen. Marshall McLuhan definierte Technologien als *Körperprothesen*, doch er schrieb auch, dass sie gleichzeitig eine *Amputation* darstellen, denn sobald sich die Menschen von einer neuen Technologie abhängig machen, verlernen sie etwas (vgl. McLuhan 1964, S. 45). Der zweite Nachteil dieser Option ist, dass der Mensch heute immer mehr der Maschine dient statt umgekehrt. In der Architekturmoderne wurde sogar die Stadt als Maschine betrachtet, der Verkehrsplanung ging es darum, die besten Bedingungen für den Verkehr zu schaffen – mit dem Ziel der ‚autogerechten' Stadt. Die negativen Auswirkungen dieser rein funktionalen Stadtplanung zeigen sich noch heute (vgl. Gehl 2015, S. 10). Deshalb empfiehlt sich ein zweiter Umgang mit der menschlichen Begrenztheit: die Rückkehr zum *menschlichen Maß* (vgl. Schumacher 1977), die ‚menschengerechte' Stadt (vgl. Gehl 2015). Nachhaltig ist eine Entwicklung, die nicht nur die biophysischen Grenzen des Planeten respektiert, sondern auch die menschlichen Grenzen berücksichtigt. Das Lokale entspricht dem menschlichen Maß mehr als das Globale. Jeder kann sich mit dem eigenen Viertel viel stärker emotional identifizieren als mit den übergeordneten räumlichen Ebenen (Bundesland, Staat, Welt…) – und diese emotionale Identifikation ist eine wichtige Voraussetzung, um sich als Bürger_in einzubringen, um zu partizipieren, um Verantwortung zu übernehmen. Jeder bzw. jede Bürger_in ist auf lokaler Ebene ein Experte bzw. eine Expertin, jede_r weiß ungefähr, was in dem Viertel los ist, in dem er bzw. sie lebt oder arbeitet. Warum müssen die Bürger_innen die höchsten Ebenen um Geld anbetteln, selbst wenn sie am besten wissen, was für ihr Viertel gut ist?

Auch das ist der Grund, warum die Schweiz starke ‚Fraktionsgemeinden', ‚Viertelsgemeinden' und Quartiere hat, die mit einer hohen Autonomie ausgestattet sind. Dort wird das Prinzip der *Subsidiarität* (vgl. Bachmann/Behrens et al. 2017) deutlich konsequenter als im deutschen Bund umgesetzt: Die höhere institutionelle Einheit soll nichts machen, was die niedrigere Einheit genauso gut oder besser kann.[6]

2.1.4 Vertrauen als zentraler Faktor der Transformation

Vertrauen ist die Basis einer funktionierenden Demokratie und Ökonomie. Dort, wo sich Menschen misstrauen, ziehen sie nicht an einem gemeinsamen Strang. In der Globalisierung gibt es so viele Skandale, weil sich Produzent_innen, Händler_innen und Verbraucher_innen nicht persönlich kennen. Die Krise der Demokratie und die Finanzkrise sind Ausdruck einer breiten und tiefen Vertrauenskrise. Um sie zu überwinden, müssen die Demokratie und der Markt dort neu gegründet werden, wo sich Vertrauen bilden kann – und das ist dort, wo sich Menschen im Alltag persönlich begegnen können, nämlich im Lokalen. Virtuelle Räume und *social communities* reichen für die Bildung und die Pflege von Vertrauen nicht aus, es bedarf physischer Räume der Begegnung dafür. Dort, wo die Menschen miteinander physisch interagieren können, kann sich Sozialkapital bilden – und Sozialkapital macht soziale Systeme resilienter und beweglicher. Das Sozialkapital bildet eine der Hauptressourcen der großen Transformation.

2.1.5 Die Vielfalt nebenan

Während die Monokultur zum Sinnbild der neoliberalen Globalisierung geworden ist, liegt das Fundament der Nachhaltigkeit in der Vielfalt. So wie die Biodiversität die Ökosysteme krisenresistenter macht, so macht die kulturelle Vielfalt soziale Systeme resilienter (vgl. UNESCO 2005). Doch die Vielfalt liegt nicht in fernen Ländern, sondern oft nur einen Schritt weit entfernt. In der Nachbarschaft sind die Migrant_innen Botschafter_innen anderer gesellschaftlicher, kultureller und ökologischer Realitäten. Der interkulturelle Dialog mit ihnen ist eine wichtige Strategie für die Erweiterung der Wahrnehmungshorizonte und die Reflexion der eigenen Lebensweise (vgl. Brocchi 2012, S. 135). Doch Vielfalt ist deutlich mehr als der Migrantenanteil:

> „Schon in derselben Straße haben die Anwohner_innen verschiedene Vorstellungen vom Guten Leben: Junge Menschen hören gerne laute Musik, ältere Menschen wollen lieber die Ruhe; Autofahrer wollen lieber mehr Parkplätze, Fußgänger freie Bürgersteige. Manchmal schimpfen diese Gruppen übereinander, aber wie wäre es, wenn sie sich persönlich begegnen und die eigene Straße als gemeinsame Wohngemeinschaft betrachten? Wie wäre es, wenn sie sich an einen Tisch setzen und sich die Frage stellen: Wie wollen wir in unserer Straße zusammen leben? Das ‚Gute Leben' ist kein statisches vordefiniertes Konstrukt, sondern muss schon in einer Straße ständig verhandelt werden. Schon in der eigenen Straße kann man die Demokratie lernen, leben und üben." (Brocchi 2017b, S. 6)

Der Raum als Gemeingut (‚unser Veedel', ‚unsere Straße', ‚unser Platz'…) kann als Identifikationsmoment (Totem) in einer heterogenen Gemeinschaft dienen. Weil man sich darauf berufen

[6] So Harris C. M. Tiddens bei einem persönlichen Gespräch im Jahr 2017, Berlin.

kann, kann dies die inter- und intrakulturelle Kommunikation vereinfachen. Während die Dorfgemeinschaft oft die Selbstentfaltung der Menschen hemmt, suchen die Menschen in der Stadt die *weltoffene* Gemeinschaft, die Vielfalt schätzt statt hemmt: Dies ist eine große Herausforderung, aber auch die größte Chance für ein gutes Leben, denn Andersartigkeit steckt in jedem von uns.

2.1.6 Räumliche Nähe ermöglicht Sinnlichkeit und Selbstwirksamkeit

Im Lokalen, vor der eigenen Haustür, müssen Bürger_innen über die Transformation nicht bloß reden: Sie können diese selbst gestalten. Ein positiver Nebeneffekt: Während beim Reden vor allem Akademiker_innen auftreten und sich dabei profilieren, ist die Sprache der Gestaltung inklusiver und gemeinschaftsstiftender. Weil das Ergebnis des sozialen Handelns im Lokalen unmittelbar erlebt werden kann, ist dies ein zusätzlicher Anreiz. Menschen gehen mit dem Handeln verantwortlicher und bewusster um, wenn sie mit dessen Auswirkungen unmittelbar konfrontiert sind. Das ist eine wichtige Voraussetzung für die Selbstermächtigung der Bürger_innen.

Das Selbermachen an sich stärkt die Identifikation mit dem Produkt. Anwohner_innen identifizieren sich mit dem öffentlichen Raum stärker, wenn sie diesen gemeinsam einrichten dürfen, Urban-Gardening-Projekte sind ein gutes Beispiel dafür. Dabei spielen auch die Ästhetik und die Auswahl der Materialien eine Rolle, Möbel aus gebrauchten Holzpaletten schaffen eine wärmere, heimischere Atmosphäre als ein modernes, steriles Design.

2.2 Demokratie und Partizipation

Viele der Probleme, die durch die oben beschriebene *große Transformation* überwunden werden sollen, sind Probleme der Demokratie – und erfordern eine Lösung auf dieser Ebene. Eine polyzentrische Stadtentwicklung meint auch eine demokratischere, sie liegt den Menschen näher als eine zentralistische: „Polyzentrische Entscheidungsfindung und polyzentrische Governance-Strukturen in Städten setzen auf die Beteiligungsmöglichkeiten der lokalen Zivilgesellschaft und kollaborative Governance.“ (WBGU 2016, S. 4) Es gibt keinen Königsweg zur urbanen Transformation, keine Monokultur der Nachhaltigkeit (vgl. Brocchi 2008, S. 122), auch weil sich Städte und Quartiere stark voneinander unterscheiden:

> „Jede Stadt muss auf ‚ihre eigene Art‘ den Weg in eine nachhaltige Zukunft suchen. Diese ‚Eigenart‘ ist nicht nur von großer Bedeutung für die Herstellung urbaner Lebensqualität und Identität, sondern ist auch unverzichtbare Ressource im Sinne der Entfaltung jeweils stadtspezifischer Kreativitäts- und Innovationspotentiale.“ (WBGU 2016, S. 4)

Vor allem über Partizipation kann die große Transformation der Eigenart von Städten und Quartieren gerecht werden: „In dieser normativen Konnotation von Eigenart werden Menschen als Subjekte gesehen, die Teilhaberechte nutzen und damit ihre Städte auf unterschiedliche und spezifische Arten gestalten, um Lebensqualität zu verwirklichen.“ (WBGU 2016, S. 10) Eine gesellschaftliche Entwicklung kann nur dann dem menschlichen Maß entsprechen, wenn die Menschen darin *Subjekte statt Objekte* sind: Das ist der eigentliche Ansatz der hier untersuchten

Initiativen. Sie vertreten Formen der politischen Partizipation, die einer tiefen Krise der Demokratie entgegenwirken sollen.

2.2.1 Zur Krise der Demokratie

Diese Krise betrifft ein bestimmtes Modell der Demokratie: Das liberale Demokratiemodell, das im Westen dominiert (vgl. u. a. Dahrendorf 1967). In diesem Demokratiemodell lassen sich die Bürger_innen durch gewählte Entscheidungsträger_innen in Regierungen, Parlamenten und Parteien vertreten: Nur diese verfügen über die notwendige Legitimation, um Entscheidungen zu treffen. Nach diesem Prinzip steht auf kommunaler Ebene den Stadträten zu, eine Entscheidung über Stadtentwicklung zu treffen, zum Beispiel für oder gegen den Bau eines neuen Einkaufszentrums. Dieses Organ wird durch die Kommunalwahlen regelmäßig legitimiert, hier können sich Koalitionen zwischen Parteien bilden, die mit ihrer Mehrheit die Stadt nach eigenen Vorstellungen regieren. In diesem Demokratiemodell herrscht ein *instrumentelles Partizipationsverständnis*, bei dem

> „Partizipation diejenigen Handlungen von nicht durch die Wahl legitimierten Akteuren [umfasst], die bewusst auf das Erreichen eines bestimmten politischen Ziels ausgerichtet sind. Als Adressatinnen und Adressaten der – versuchten oder tatsächlichen – Einflussnahme können repräsentativ-demokratische Entscheidungsträgerinnen und -träger in Regierungen, Parlamenten und Parteien gelten." (Nanz/Fritsche 2012, S. 126)

Vor allem die Parteien sind in diesem Modell der durch die Grundverfassung (Art. 21 GG) bevorzugte anerkannte Ort, in denen die Bürger_innen außerhalb von Wahlen und Volksentscheiden partizipieren können, um die eigenen Bedürfnissen und Vorstellungen zum politischen Ausdruck zu bringen. Vieles spricht heute jedoch dafür, dass dieses Modell nicht mehr reibungsfrei funktioniert. Dafür sprechen einige Befunde. So ist zum Beispiel die Gesamtzahl der Parteimitglieder in Deutschland dramatisch gesunken und hat sich zwischen 1990 und 2016 halbiert, von 2.409.624 auf 1.207.849.[7] „Brachten in den 1980er-Jahren noch 50 Prozent der Bürger den Parteien Vertrauen entgegen, sind es im Jahr 2005 nur noch gerade mal zwölf Prozent […]. Vor diesem Hintergrund erscheint es nicht überzogen, von einer schweren Krise der Parteien zu sprechen." (Bogumil/Holtkamp 2013, S. 74) Nach 1949 lag die stärkste Wahlbeteiligung auf Bundesebene bei den Bundestagswahlen von 1972, mit 91,1 Prozent. Seitdem ist sie progressiv gesunken und hat 2009 mit 70,8 Prozent einen Tiefstand erreicht (vgl. Bundeswahlleiter 2017). Bei der Bundeswahl 2017 ist sie zwar wieder gestiegen (76,2 %), dies lag jedoch vor allem an der Mobilisierung der Protestwähler_innen durch die AFD, die auch eine tiefe Unzufriedenheit mit dem Zustand der Demokratie zum Ausdruck gebracht hat. Bei Kommunalwahlen ist die Wahlbeteiligung noch viel niedriger als auf Bundesebene, zwischen 1990 und 2005 sank sie von 71 Prozent auf 48,8 Prozent (vgl. Bogumil/Holtkamp 2013, S. 74). Anscheinend bedeutet räumliche Nähe nicht notwendigerweise ein engeres Verhältnis zwischen Institutionen und Bürgerschaft (vgl. Brocchi 2017, S. 128). Bei den Kommunalwahlen von 2014 in Nordrhein-Westfalen gingen in

[7] In dieser Berechnung wurden nur die Parteien einbezogen, die seit der letzten Bundestagswahl im September 2017 im Bundestag vertreten sind (Stand 31.12.1990 bzw. 31.12.2016). Vgl. Niedermayer 2017.

Bonn 56 Prozent der Wahlberechtigten zur Urne, in Köln 49,7 Prozent und in Wuppertal nur 45,0 Prozent (vgl. Landeswahlleiter NRW 2014). In diesen Städten sind also Ratsentscheidungen schon dann gültig, wenn sie von einem Viertel der Wahlberechtigten (über ihre Vertreter_innen im Rat) mitgetragen werden. Was ist jedoch mit den restlichen drei Vierteln? Politikverdrossenheit greift hier als Erklärung zu kurz. Die Ursachen der heutigen Krise der Demokratie sind struktureller Art und die Tatsache, dass die Wahlbeteiligung in vielen westlichen Ländern seit Jahren zurückgeht (vgl. Cremer 2016), ist ein Hinweis auf gemeinsame Ursachen.

Erstens. Das liberale Demokratiemodell ist keins der vollendeten Demokratie, sondern nur ein junger Zwischenschritt nach Jahrtausenden autoritärer Systeme, deren Merkmale auch im gegenwärtigen Staat an verschiedenen Stellen weiter existieren. Die schwerwiegendste Belastung für die heutige Demokratie ist eine tief verwurzelte Kultur, die es einem Teil der Gesellschaft ermöglicht, sich das Recht als Subjekt zuzusprechen, über andere Menschen als Objekte zu bestimmen bzw. diese zu entmündigen.

In der westlichen Kultur bedingen sich Naturbild und Menschenbild gegenseitig (vgl. Brocchi 2011). Die mentale Separation und Hierarchie zwischen Geist und Natur, die dem christlich-jüdischen Weltbild oder den äußerst einflussreichen Philosophien von Platon oder Descartes innewohnt, ist in der Gesellschaft verinnerlicht worden und drückt sich seitdem auch in einer Separation und Hierarchie zwischen Mensch und Mensch aus. Schon in der biblischen Genesis waren die Menschen nicht gleichberechtigt: Die Frau wurde bekanntlich aus einer Rippe des Mannes geschaffen (vgl. Gen 2,21-22) und ihm als Gehilfin unterordnet. Da die Frau der ‚Versuchung' (Schlange, Natur) offener als der ‚vernünftige' Adam gegenüberstand, machte sie sich in der Bibel der Erbsünde schuldig, wegen ihr wurde die Menschheit aus dem Paradies vertrieben (vgl. Gen 3). Weil die Philosophen dem ‚Reich der Ideen' am Nächsten stehen, so Platon, bildeten sie die Spitze seines idealen Staates, während Bauern, Handwerker und Gewerbetreibende unten standen, da sie nah am ‚Reich des Körperlichen' waren (vgl. Platon 1991; Roth 2006, S. 27-36; Popper 1992). Selbst auf der athenischen *Agora*, auf der die direkte Demokratie ihren Ursprung fand, waren Frauen und Sklav_innen von den Bürgerrechten ausgeschlossen (vgl. Roth 2016, S. 14-15). Sowohl die Römer als auch die christlichen Missionare betrachteten fremde Völker wie Barbaren oder gar wie Tiere, die ‚zivilisiert' werden sollten (vgl. Lanternari 1997). In diesem Weltbild ist nicht nur die äußere, sondern auch die innere Natur des Menschen eine Quelle des Misstrauens, weil sie als unberechenbar gilt. Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass Adam seine Frau Eva (‚lebend, lebendig') nannte, „denn sie wurde die Mutter aller Lebendigen" (Gen 3,20). In der christlichen Religion wurde für Jahrtausende nicht nur die Sünde unterdrückt oder bestraft, sondern auch die Lebendigkeit. Deshalb setzten sich die modernen Wissenschaften das Ziel, das Unberechenbare ins Berechenbare umzuwandeln. Nach dem Prinzip ‚Wissen ist Macht' sollte der Fortschritt dazu dienen, die Kontrolle über die Natur auszuweiten und das Lebendige zu beherrschen (vgl. Bacon 1990).

Es war Thomas Hobbes, der das Misstrauen und die Angst zum Fundament der modernen Staatstheorie machte und das mechanistische Weltbild der modernen Naturwissenschaften auf die

Politik übertrug (vgl. Esposito 2004). Die Frage könnte so lauten: Wie verhalten sich die Menschen in einem Zustand der vollen Freiheit, Anarchie und Gesetzlosigkeit? Hobbes' Antwort [hier durch den Autor zugespitzt]: Sie leben wie egoistische Barbaren, bringen sich gegenseitig um (*homo hominis lupus*) und zerstören ihre eigene ökologische Lebensgrundlage. Deshalb brauchen sie eine Autorität, die sie erzieht und zivilisiert; sie brauchen Gesetze und Strafandrohungen, um in Frieden miteinander zu leben und ihre Umwelt zu respektieren (vgl. Brocchi 2011, S. 9). Im *Leviathan* (vgl. Hobbes 1651) schließen die Menschen einen ‚Gesellschaftsvertrag', nach dem Vorbild des Westfälischen Friedens von 1648, verzichten auf die Souveränität über sich selbst und übertragen die Macht auf eine Autorität, die für Ordnung garantiert. Aus dieser Operation heraus entsteht der Staat, der auf dem Titelblatt des *Leviathans* mit einem metaphorischen Bild dargestellt wird: Der Souverän mit der Krone bildet den Kopf des Staates, die Vernunft, die für Ordnung sorgt; im Bauch des Staates erkennt man hingegen die Masse der Bürger_innen, die dort wie geistlose Rädchen zu funktionieren haben, jedoch friedlich nebeneinander.

Seit Hobbes verfügt die Autorität des Staates über ein ‚Gewaltmonopol', doch die Form der Herrschaft hat sich verändert: Heute unterliegen wir nicht mehr einer traditionellen oder einer charismatischen Herrschaft, sondern vor allem einer rational-legalen (vgl. Weber 1922, S. 124-130). Es ist die Herrschaft der Bürokratie, des ‚technischen Apparates', der Verwaltung. Auch die Personen, die für den Staat die Befehlsgewalt ausüben, müssen sich im modernen Staat an Regeln halten, sie werden aufgrund gesetzlich geregelter Verfahren ernannt oder gewählt. Sind alle Bürger_innen deshalb gleichberechtigt? Nein, die Subjekt-Objekt-Asymmetrie drückt sich heute in dem Verhältnis Regierende/Regierte, Expert_in/Laie oder Produzent_in/Konsument_in (u. a.) aus. Die moderne Stadtplanung selbst hat die Menschen lange Zeit als bloße Objekte behandelt: „Weder Stadtplaner noch Verkehrsplaner setzten die Menschen, für die sie die Städte im Grunde bauten, auf ihre Agenda und wussten so jahrelang fast nichts über den Einfluss baulicher Strukturen auf menschliches Verhalten." (Gehl 2015, S. 10) In den Modernisierungstheorien werden Arme in ‚unterentwickelten' Ländern als Objekte der Entwicklungshilfe dargestellt, wobei die Helfer_innen entscheiden, was für sie gut oder schlecht ist. Das Menschenbild der neoklassischen Ökonomie (*Homo oeconomicus*) ist auch ein pessimistisches, deshalb wird der Wettbewerb vor der Kooperation, das Privateigentum vor dem Gemeingut bevorzugt.

Wenn Stadtverwaltungen durch Elemente des ‚Public Managements' ökonomisiert werden (vgl. Bogumil/Holtkamp 2013, S. 79-90), dient dies nicht unbedingt dem menschlichen Maß und einer stärkeren Demokratie. Stadtverwaltungen lassen sich heute lieber von ‚Expert_innen' und ‚Agenturen' beraten, während das Alltagswissen von Bürger_innen nicht immer anerkannt und geschätzt wird. Ein Verständnis der Stadt als *Megamaschine* (Mumford 1974) oder als Unternehmen im Standortwettbewerb führt zu einer Missachtung der Bedürfnisse der Menschen, die darin leben. So können bestehende Räume, mit denen sich Menschen emotional identifizieren, zerstört werden, um Platz für eine sterile Architektur zu machen. Modern ist eben eine Gestaltung, die sich von der äußeren und inneren Natur des Menschen abkoppelt und dadurch zeitlos und heimatslos wirkt. Es ist das tiefe Misstrauen in der Natur des Menschen, das zum Abbau des

Gemeinwesens zugunsten des Privatwesens führt. Ein Sozialstaat kann nicht bestehen, wenn man Arbeitslosen und Migrant_innen irgendwie unterstellt, ihn missbrauchen zu wollen. So trug eine Broschüre des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit von 2005 den aufschlussreichen Titel *Vorrang für die Anständigen – Gegen Missbrauch, ‚Abzocke' und Selbstbedienung im Sozialstaat.*

Die westliche Kultur orientiert sich immer noch sehr stark an berechenbaren Ordnungen, politische Stichworte sind zum Beispiel ‚Stabilität', ‚Regierungsfähigkeit', ‚nationale Sicherheit' oder schlicht ‚alternativlos'. Sozialer Wandel wird dabei entweder als Übergang zwischen zwei Ordnungen betrachtet (in einem linearen Fortschritt) oder als Synonym von Chaos und Anarchie abgewertet oder gar abgewehrt. Wie sollen die große Transformation oder eine starke Demokratie in einem solchen kulturellen Kontext überhaupt möglich sein?

Zweitens. Durch die neoliberale Globalisierung und den Abbau des Sozialstaates hat die sozioökonomische Ungleichheit und dadurch auch die Kluft zwischen Institutionen und Teilen der Bevölkerung zugenommen. Frauen, Arbeiter_innen, Migrant_innen und Geringgebildete sind inzwischen sowohl in den Institutionen als auch unter den Wahlkandidaten stark unterrepräsentiert. Hingegen sind seit 2002 über 80 Prozent der Bundesabgeordneten Akademiker_innen, obwohl diese nur 14 Prozent der Bevölkerung ausmachen (vgl. Schäfer 2015b). Die sozioökonomische Zusammensetzung der Institutionen hat einen erheblichen Einfluss auf ihre Entscheidungen, empirische Studien haben belegt, dass die Interessen der oberen Schichten im Parlament deutlich stärker berücksichtigt werden als jene der unteren Schichten (vgl. Schäfer 2015a). Diese fühlen sich immer mehr abgehängt, verlieren das Vertrauen in die Institutionen und bleiben den Urnen fern, während die Wahlbeteiligung vor allem in den oberen Schichten hoch bleibt.[8] Es entsteht einen Teufelskreis, den Armin Schäfer so abbildet.

[8] Hier ein Vergleich der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2017 zwischen vier Kölner Quartieren nach ökonomischer Lage geordnet (von sozial benachteiligt bis wohlhabend): 45,8 % in Chorweiler, 67,3 % in Mülheim, 85,9 % in Sülz und 88,5 % in Hahnwald (vgl. Stadt Köln 2017).

Abbildung 3: Wie soziale Ungleichheit die Demokratie schwächt[9]

Im liberalen Demokratiemodell entscheiden nicht die Bürger_innen selbst, sondern ihre gewählten Vertreter_innen – und die Kandidat_innen werden meistens innerhalb der Parteien gewählt. Vor allem Menschen mit ausreichenden Ressourcen haben heute die Möglichkeit, eine Wahlkampagne durchzustehen und in den Bundestag einziehen. Auf kommunaler Ebene in NRW erhalten die ehrenamtlichen Ratsmitglieder lediglich 650 Euro Entschädigung pro Monat, inklusive Sitzungsgeld – und dies für einen Zeitaufwand, der bundesweit in Großstädten bei durchschnittlich 25 Stunden pro Woche liegt (vgl. Bogumil/Holtkamp 2013, S. 112-114). Wer kann sich das leisten?

Soziale Ungleichheit drückt sich im heute dominanten Demokratiemodell auch im Verhältnis zwischen politischen Mehrheiten und politischen Minderheiten aus, wobei einige Politikwissenschaftler_innen die moderne Demokratie auf dem Weg zu einer ‚Zweidrittel-Demokratie' sehen: Das restliche Drittel wird immer mehr abgehängt (vgl. Petring/Merkel 2011). Auch innerhalb der Parteien finden sich hierarchische Strukturen, bei Abstimmungen müssen Abgeordnete oft das eigene Gewissen dem Fraktions- oder gar dem Koalitionszwang unterordnen. Ein asymmetrisches Verhältnis besteht auch zwischen der exekutiven und der legislativen Gewalt, im Lokalen manchmal auch zwischen Stadtverwaltung und Stadtrat.

[9] Folie von Armin Schäfer, Keynote Speech *Demokratische Teilhabe in Zeiten der Partikularisierung* im Rahmen des NRW-Dialogsforums des Forschungsinstitutes für gesellschaftliche Weiterentwicklung, 23.11.2017, Düsseldorf.

Drittens. Das heute dominante Demokratiemodell widerspricht dem Prinzip der Subsidiarität. In der Hierarchie der Institutionen sind Macht und Ressourcen umgekehrt zur Nähe zu den Bürger_innen verteilt, sodass ausgerechnet Kommunen und Stadtbezirke die schwächsten Glieder darstellen. In Berlin werden Entscheidungen über Deutschland getroffen, in Brüssel über Europa, doch welches Alltagswissen über die realen Zustände der Bürger_innen ist dort vorhanden? „Unter größeren Verhältnissen löst sich Politik eher von ihrem Sozialgefüge ab, um ein Eigenleben zu führen, als unter kleineren." (Bogumil/Holtkamp 2013, S. 148)

Natürlich sind im Laufe der Zeit demokratisierende Korrektive im System eingebaut worden, doch direktdemokratische Verfahren wurden in Deutschland in den letzten 30 Jahren vor allem dort gestärkt, wo es am wenigsten zu entscheiden gibt und die wenigsten Ressourcen vorhanden sind. So können Bürger_innen auf Kommunalebene durch Bürgerbegehren Ratsentscheidungen anfechten oder durch Bürgerentscheide selbst eine Entscheidung herbeiführen – diese Möglichkeit bleibt ihnen jedoch auf Bundesebene noch verwehrt. Selbst auf lokaler Ebene werden direktdemokratische Verfahren durch eine Reihe von Vorschriften gehemmt (vgl. Bogumil/Holtkamp 2013, S. 121-122) angesichts der knappen Ressourcen wird ein Zusatz an Demokratie hier oft als eine zusätzliche Belastung erlebt. Dort, wo Bürger_innen beteiligt werden, gilt ihre Entscheidung oft nicht einmal als bindend. Anders als in der brasilianischen Millionenstadt Porto Alegre sind die ersten Bürgerhaushalte in Deutschland rein konsultative Verfahren (vgl. Nanz/Fritsche 2012, S. 47).

2.2.2 Zur starken Demokratie

Die Krise des liberalen Demokratiemodells hat in Europa (und nicht nur in Europa) zu einem Erstarken extremistischer Bewegungen und autoritärer Tendenzen geführt – und die verblüffenden Parallelen zu der Zeit nach der großen Finanzkrise von 1929 geben Grund zur Sorge. Es gibt aber auch eine zweite bedeutende und nicht zu unterschätzende Reaktion: die Förderung und die Entwicklung von Formen der *starken Demokratie* an der Basis der Gesellschaft. Dazu schrieb Benjamin Barber schon 1984:

> „Die Zukunft der Demokratie liegt in der starken Demokratie – in der Wiederbelebung einer Form von Gemeinschaft, die nicht kollektivistisch, einer Form des öffentlichen Argumentierens, die nicht konformistisch ist, und einer Reihe bürgerlicher Institutionen, die mit einer modernen Gesellschaft vereinbar sind. Starke Demokratie ist durch eine Politik der Bürgerbeteiligung definiert: sie ist buchstäblich die Selbstregierung der Bürger, keine stellvertretende Regierung, die im Namen der Bürger handelt. Tätige Bürger regieren sich unmittelbar selbst, nicht notwendigerweise auf jeder Ebene und jederzeit, aber ausreichend häufig und insbesondere dann, wenn über grundlegende Maßnahmen entschieden und bedeutende Macht entfaltet wird […]. Die starke Demokratie setzt kein grenzenloses Vertrauen in die Fähigkeit der Individuen, sich selbst zu regieren, hält aber wie Macchiavelli daran fest, daß die Menge im großen und ganzen ebenso einsichtig, wenn nicht gar einsichtiger als die Fürsten sein wird. Sie pflichtet Theodore Roosevelts Ansicht bei, daß „die Mehrheit des einfachen Volkes tagein tagaus weniger Fehler machen wird, wenn sie sich selbst regiert als jene kleine Gruppe von Männern, die versucht das Volk zu regieren."
> Als Antwort auf die Dilemmata der politischen Ausgangsbedingungen betrachtet, läßt sich starke Demokratie formal so definieren: *Starke Demokratie als Bürgerbeteiligung löst Uneinig-*

> *keit bei Fehlen eines unabhängigen Grundes durch den partizipatorischen Prozeß fortwährender, direkter Selbstgesetzgebung sowie die Schaffung einer politischen Gemeinschaft, die abhängige, private Individuen in freie Bürger und partikularistische wie private Interessen in öffentliche Güter zu transformieren vermag*.
> Die entscheidenden Begriffe in dieser starken Formulierung von Demokratie sind: *Tätigkeit*, *Prozeß*, *Selbstgesetzgebung*, *Schaffung einer Gemeinschaft* und *Transformation*." (Barber 1994, S. 146-147)

Während die Modernisierung oft von einem rationalen Plan ausgeht, verlässt sich die starke Demokratie auf die „Partizipation in einer Gemeinschaft, die sich weiterentwickelt, Probleme löst und öffentliche Zwecke schafft, wo es zuvor keine gab." (Barber 1994, S. 147) Die Begriffe von Partizipation, Bürgerbeteiligung und Gemeinschaft gehen bei Barber Hand in Hand: „Nehmen Individuen ihre Aufgaben als Bürger wahr, dann werden sie zugleich dazu erzogen, öffentlich als Bürger zu denken, so wie die Bürgerschaft die staatsbürgerliche Tätigkeit mit dem erforderlichen Sinn für Öffentlichkeit und Gerechtigkeit orientiert." (Barber 1994, S. 149) In einer starken Demokratie ist Partizipation immer gemeinwohlorientiert:

> „Bürger zu sein *heißt*, auf eine bestimmte, bewußte Weise an etwas teilzunehmen, auf eine Weise, die voraussetzt, daß man andere wahrnimmt und gemeinsam mit ihnen handelt. Aufgrund dieses Bewußtseins verändern sich die Einstellungen und gewinnt Partizipation jenen Sinn von *wir*, den ich mit Gemeinschaft assoziiert habe. Teilzunehmen *heißt*, eine Gemeinschaft zu schaffen, die sich selbst regiert und eine selbstregierende Gemeinschaft zu schaffen, *heißt* teilzunehmen. Ja, vom Standpunkt starker Demokratie aus sind die zwei Begriffe, *Partizipation* und *Gemeinschaft*, Aspekt ein und derselben sozialen Denkweise: der Bürgerschaft." (Barber 1994, S. 152)

Barber hat „ein stark demokratisches Programm zur Wiederbelebung der Bürgerschaft" definiert, das unter anderem folgende Punkte beinhaltet:

> „1. Ein landesweites System von *Nachbarschaftsversammlungen*, die aus jeweils eintausend bis fünftausend Bürgern bestehen; sie hätten anfangs nur Beratungsfunktionen, später dann auch legislative Kompetenzen im kommunalen Bereich.
>
> 2. Eine nationale *Kommunikationsgenossenschaft der Bürge*r, die die staatsbürgerlich förderliche Nutzung neuer Kommunikationstechnologien regelt und überwacht, und gleichzeitig Debatte und Diskussion von Fragen beaufsichtigt, die zur Volksabstimmung vorliegen.
>
> […]
>
> 5. Ein nationales *Volksbegehren- und Volksabstimmungsverfahren*, das Volksbegehren und Volksabstimmungen über die Gesetzgebung des Kongresses möglich macht. Dazu gehören ein Multiple-Choice-Format und ein Abstimmungsprozess in zwei Phasen.
>
> […]
>
> 7. Besetzung kommunaler Ämter in ausgewählten Bereichen durch *Losentscheid*, mit finanziellen Anreizen.
>
> 8. Versuche mit einem *internen Gutscheinsystem* für ausgewählte Schulen, öffentlichen Wohnungsbau sowie Transport und Verkehr.
>
> 9. Ein *allgemeiner Bürgerdienst*, mit der Möglichkeit für alle Bürger, Militärdienst zu leisten.

> 10. Öffentliche Finanzierung von *kommunalen Programmen mit Freiwilligen*.
>
> 11. Öffentliche Förderung von Versuchen zur *Demokratisierung der Arbeitswelt*, wobei öffentliche Einrichtungen als Beispiele alternativer Wirtschaftsformen zu dienen hätten.
>
> 12. Eine neue *Architektur des öffentlichen Raumes*." (Barber 1994, S. 290-291)

Die hier untersuchten Initiativen können als Teil einer informellen Bewegung der ‚starken Demokratie' verstanden werden. Dabei wird Demokratie nicht unbedingt als Forderung an übergeordnete Institutionen gestellt, sondern im Lokalen selbst gelebt und weiterentwickelt. Die Strategie ist gleichzeitig das Ziel: Selbstermächtigung (Empowerment), mehr Autonomie und Selbstverwaltung im Lokalen (Subsidiarität), Bildung von unkonventionellen Allianzen – zwischen Akteur_innen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen (Umwelt, Ökonomie, Soziales und Kultur) sowie zwischen organisierter Zivilgesellschaft, Anwohnerschaft und Kommunalinstitutionen. Da, wo die Institutionen nicht mehr greifen oder die Menschen vertreten, ermächtigen sich die Bürger_innen selbst und bilden parallele Strukturen der politischen Partizipation. Der Rückzug der öffentlichen Institutionen aus dem Markt schafft oder erfordert gar zusätzliche Möglichkeiten der Mitsprache für die Bürger_innen. Bottom-up-Initiativen üben auch eine kompensatorische Funktion aus, zum Beispiel wenn Stadtverwaltungen durch die starke öffentliche Verschuldung gelähmt werden. Die Menschen, die seit 1990 aus Parteien ausgetreten sind oder hier keinen Ort für das eigene politische Engagement mehr sehen, haben sich nicht unbedingt in eine passive Haltung aus Desinteresse und Resignation zurückgezogen. Viele von ihnen pflegen hingegen immer noch ein starkes Interesse für Politik, bringen einen hohen idealistischen oder kritischen Anspruch mit und sind gerade deshalb nicht unbedingt bereit, sich Partei- oder Vereinsstrukturen unterzuordnen; sie geben sich mit einer angeblichen ‚Alternativlosigkeit' nicht zufrieden. Diese Menschen sehnen sich nicht nur nach einer alternativen Politik, sondern auch nach alternativen Räumen der Politik: Sie sind oft kompetent und kreativ genug, um diese selbst zu kreieren – wie die hier untersuchten Initiativen zeigen. Dort kann noch eine Politik stattfinden, die mehr als bloße ‚Verwaltung (der Knappheit)' ist.

Große Potenziale für eine ‚Demokratisierung der Demokratie' liegen in der Selbstverwaltung der Kommunen und der Quartiere:

> „Erstens ist die kommunale Ebene den Problemen der Bürger am nächsten und ist am besten dazu geeignet, den Bürger kontinuierlich an der Politik zu beteiligen. Angesichts der bestehenden Politik(er)verdrossenheit und Skepsis gegenüber einer ausschließlich repräsentativen Demokratie können gerade auf kommunaler Ebene neuere Demokratieformen umgesetzt werden. Im gewissen Maß lassen sich hierdurch aus Sicht der Politikwissenschaft die immer offensichtlicher werdenden Demokratiedefizite der höheren föderalen Ebene kompensieren. […] Die kommunale Selbstverwaltung [ist] als »Experimentierbaustelle« von zentraler Bedeutung. In den Kommunen werden derzeit etliche Beteiligungsangebote und Demokratieformen erprobt, von deren Erfolge bzw. Misserfolgen Bund und Länder lernen können." (Bogümil/Holtkamp 2013, S. 187)

Eine große Herausforderung für die ‚Demokratisierung der Demokratie' liegt hingegen in der Notwendigkeit, mit einer Tradition zu brechen, die Bürgerrechte und Wohlstand im globalen Norden ermöglicht hat, indem die Ungerechtigkeit auf den globalen Süden verlagert und die

Ausbeutung der Natur ausgeweitet wurde (vgl. Lessenich 2017, S. 150). Wie kann Demokratie in einer reduktiven statt expansiven Moderne gestärkt werden? (vgl. Sommer/Welzer 2014)

2.3 Raum und Quartier

Die große Transformation kann von den Quartieren ausgehen, hier erprobt und vorangetrieben werden. Quartier wird hier „als Alltagsraum der Bürgerinnen und Bürger verstanden, der variable Interpretationen einer diversifizierten Stadtbevölkerung zulässt." (Bachmann/Behrens et al. 2017, S. 1)

Im Rahmen der deutschsprachigen Transformationsdebatte kam es in den letzten Jahren zu einer erhöhten Aufmerksamkeit für die kleinen Gebietseinheiten, wie Regionen, Städte und Quartiere. Ein wichtiger Grund für diesen *local turn* ist, dass überschaubare Räume dem menschlichen Maß besser entsprechen. Während das heute dominante Entwicklungsmodell rationale und rationalisierende Strukturen vorgibt, denen der Mensch dienen bzw. sich anpassen muss, meint Nachhaltigkeit menschlichere Strukturen. Menschlich sind zum Beispiel Strukturen, die die kognitiven und physischen Grenzen des Menschen beachten, denn zu hohe Komplexitäten überfordern ihn. Genau diese Beschaffenheit macht Hierarchien für den Menschen attraktiv, sie wirken nämlich entlastend, indem sie die Komplexität von sozialen Prozessen enorm reduzieren und Entscheidungswege effizienter gestalten. Gleichzeitig wirken sich Hierarchien sehr selektiv aus. Die Konzentration von Macht birgt die Gefahr, dass die Grenzen eines Menschen oder eines Idealmodells auf ein ganzes soziales System übertragen und ihm zum Verhängnis werden können (vgl. Popper 1992). In Diktaturen wird die lebendige Vielfalt in eine ‚Monokultur' umgewandelt, die zwar leicht begreifbar und kontrollierbar, jedoch auch anfälliger für Krisen ist. Sind Macht oder gar Gewalt also wirklich die einzige Möglichkeit, um Komplexität zu handhaben?

Anders als Hierarchien erzeugt jedoch die Demokratie selbst eine höhere Komplexität: Je mehr Meinungen am Tisch vertreten sind, desto aufwendiger wird die Diskussion. Im Extremfall kann sich diese Komplexitätssteigerung als lähmend auf das soziale System und seine Akteur_innen auswirken. Wie kann dieses Problem gelöst werden? Drei Erkenntnisse sind besonders wichtig.

Erstens. Wenn wir die Natur als evolutionäres Vorbild für die Organisation der Gesellschaft nehmen, dann bildet sie kein zentralistisches, standardisierendes System, sondern eine ‚Föderation' von Nischen. Eine starke Demokratie funktioniert nur in überschaubaren Räumen und Gemeinschaften, die sich auf übergeordneten Ebenen föderalistisch vernetzen und abstimmen können. Deshalb muss die Komplexitätssteigerung, die sich durch demokratische Strukturen ergibt, durch eine Dezentralisierung ausgeglichen werden. In Quartieren kann eine starke Demokratie praktiziert werden, ohne dass das soziale System an Handlungsfähigkeit einbüßt.

Zweitens bedürfen starke Demokratien Vertrauen. Ein Dialog und ein demokratischer Entscheidungsprozess sind deutlich leichter, wenn sich die beteiligten Akteur_innen vertrauen. Für den Systemtheoretiker Niklas Luhmann ist Vertrauen „eine wirksame Form der Reduktion von Komplexität (objektiv wie subjektiv)" (Luhmann 1989, S. 8). Vertrauen aktiviert gemeinschaftliche

Ressourcen und mindert dadurch das lähmende Gefühl der Ohnmacht. Vertrauen kann vor allem dort wieder entstehen, wo Menschen sich im Alltag persönlich begegnen und begegnen können, das heißt im Lokalen, in den Quartieren, in den Nachbarschaften.

Drittens ist Demokratie ein Lernprozess – und er steht nicht ganz am Anfang. In den letzten Jahrhunderten sind ein breites Wissen und Erfahrungswerte über demokratische Prozesse entstanden, zum Beispiel über Moderationsmethoden, Konfliktmanagement, Organisationsformen und Begegnungsformate. Die Einbeziehung dieses Wissens kann die Handhabung sozialer Komplexität vereinfachen. Die Generationen können viel voneinander lernen, im Quartier leben sie Tür an Tür. In einer Stadt können Quartiere mit verschiedenen Wegen und Strategien der starken Demokratie experimentieren, auch hier dann voneinander lernen.

Ein begrenztes Wesen wie der Mensch kann nur überschaubare räumliche und soziale Komplexitäten handhaben. In einer komplexen Umwelt fühlt er sich in sozialen Systemen der reduzierten Komplexität heimisch, wobei die eigene Wohnung und die engen emotionalen Beziehungen (Familie, Freunde) den Kern davon bilden. Dieser Kern ist durch weitere Kreise umrundet, wobei das Gefühl des Vertrauens und der Sicherheit immer weiter abnimmt, je mehr man sich vom Kern entfernt und der Kreisumfang zunimmt. Menschen suchen und brauchen eine enge, vertraute Beziehung nicht nur zu anderen Menschen, sondern auch zu Räumen: das häusliche Gefühl, das Heimatgefühl, ‚das Dorf in der Stadt'. Eine Fokussierung auf die Quartiere geht von der Grundannahme aus, dass die Beziehung der Menschen zu physischen Räumen eine qualitative Tiefe entwickeln kann, ähnlich wie bei Mensch-zu-Mensch-Beziehungen. Wenn eine solche emotionale Identifikation mit dem Raum entsteht, dann ist er nicht austauschbar. Weil Räume selbst Subjekte im sozialen Geflecht sind (vgl. Latour 2007; Krajewski 2015), sind viele Menschen in den Quartieren nicht bereit, ihre Zerstörung oder ihre kapitalistische Umwandlung in Ware bloß anzunehmen. Müssen sich diese Menschen an den Kapitalismus gewöhnen oder ist es vielleicht die Wirtschaft, die den Menschen stärker dienen sollte?

Die Globalisierung führt zwar zu einer Deterritorialisierung der Ökonomie, der Architekturen und der Lebensstile (vgl. Magnaghi 2000), doch dabei entsteht auch eine Selbstentfremdung der Menschen, die auch in eine wachsende Sehnsucht nach einer emotional-räumlichen Heimat mündet. Genau diese verbreitete Sehnsucht bildet eine wichtige Energiequelle für die hier untersuchten Initiativen. Eine Fokussierung der Transformationsdebatte auf das Lokale ist der These entgegengesetzt, dass sich der Raum komplett auflösen könne (vgl. Virilio 1994) bzw. dass virtuelle Räume realweltliche Räume substituieren können. In virtuellen Räumen können Beziehungen nie die gleiche Qualität erreichen wie in realweltlichen Räumen – selbst wenn virtuelle Räume eine stärkere Projektionsfläche für Imagination, Sehnsüchte und Wünsche bieten. Deshalb ist der Verlust von öffentlichen Aufenthaltsräumen und Begegnungsräumen in den Quartieren, durch die Privatisierung, die Kommerzialisierung oder den Autoverkehr, ein sehr starker Verlust.

Zwar können die *virtual communities* diesen Verlust erträglicher machen und die Selbstentfremdung zum Teil abfangen, aber

> „[w]enn ‚das Medium selbst die Botschaft ist' [vgl. McLuhan 2011], benötigt Nachhaltigkeit nicht nur Kulturkritik, Gegenkulturen und Aufwertung lokalen Wissens, sondern auch andere Medien. Ein wichtiges Medium für Nachhaltigkeit liegt in der menschlichen und sozialen Kommunikation, zum Beispiel von Angesicht zu Angesicht oder als Gruppenerfahrung" (Brocchi 2017, S. 35)

– und diese Möglichkeit gibt es vor allem dort, wo die räumliche Nähe die physische soziale Interaktion ermöglicht.

3 Empirische Fallbeispiele

3.1 Profile

Hier werden die Fallbeispiele von Bottom-up-Initiativen in urbanen Quartieren von Bonn, Köln und Wuppertal dargestellt, mit deren Gründer_innen oder Sprecher_innen ein Interview geführt wurde. Die ersten zwei Initiativen (die Bürgerinitiative *Helios* in Köln-Ehrenfeld und die Bürgerinitiative *Viva Viktoria!* in Bonn-Zentrum) haben sich als Reaktion auf einen drohenden Missstand gebildet: der Eingriff von Immobilieninvestoren in die Quartiersentwicklung durch den geplanten Bau einer Shopping-Mall. Es folgen zwei Initiativen (*Aufbruch am Arrenberg*, Wuppertal, und Kölner *Tag des guten Lebens*), die aus einer positiven Motivation hervorgegangen sind. Sie fördern Nachhaltigkeit, nachbarschaftliche Strukturen und Teilhabe; sie schaffen Gemeinschaftsräume und Freiräume für die kreative Selbstentfaltung. Die letzten zwei Fallbeispiele sollen die Analyse unterstützen: *Jack in the Box* in Köln-Ehrenfeld und die *Utopiastadt* in der Wuppertaler Nordstadt haben sich aus einem positiven Impuls heraus gebildet und setzen sich inzwischen mit demselben Immobilieninvestor (Aurelis Real Estate GmbH & Co. KG) auseinander, um den eigenen Platz im Quartier zu schützen oder zu erweitern.

3.1.1 Bürgerinitiative Helios (Köln-Ehrenfeld)

Die Bürgerinitiative (BI) *Helios* wurde 2010 in Ehrenfeld gegründet, um den Bau einer Shopping-Mall auf dem sogenannten Heliosgelände im Zentrum von Ehrenfeld zu verhindern. Diese Brache, auf der sich der Firmensitz und der Produktionsstandort des Elektrotechnikunternehmens Helios AG auf der Schwelle zwischen 19. und 20. Jahrhundert befand, hat eine sehr hohe Bedeutung sowohl für das soziale und das kulturelle Leben als auch für die hiesige Ökonomie (Kleingewerbe, Einzelhandel, Kreativwirtschaft) im Stadtteil. 1988 entstand hier der erfolgreiche Club und Veranstaltungsort *Underground*, mit einer Kapazität von 800 Gästen. Hier initiierte das Büro Sabine Voggenreiter 1990 das *Interior Design Festival Passagen*, das seitdem einmal jährlich in Köln stattfindet. Mit einer Förderung von EU, Land und Stadt gründete das Büro 2008 auch den Atelierkomplex *Design Quartier Ehrenfeld*. Diese Entwicklungen wurden jedoch im gleichen Jahr durch die Pläne eines Kölner Investors gefährdet. Die Bauwens-Gruppe (im Besitz des Bauunternehmers und Architekten Paul Bauwens-Adenauer) erwarb das Gelände, um ein 20.000 Quadratmeter großes Einkaufszentrum mit modernen Wohnflächen zu bauen.

Während die lokale Politik kontrovers darüber diskutierte, luden Mitglieder der Ehrenfelder Wählergemeinschaft *Deine Freunde* die Bürger_innen im Mai 2010 zu einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung ein, bei der sich die Bürgerinitiative *Helios* gründete. Ihre Ziele: die Verhinderung des Einkaufszentrums, die Forderung nach Bürgerbeteiligung sowie die Ausarbeitung eines eigenen Entwicklungsplans für das Gelände, unter dem Motto ‚für ein lebenswertes Ehrenfeld!'. Zum Sprecher der Initiative wurde der Lehrer Hanswerner (Hawe) Möllmann gewählt. Auf Antrag der SPD-Fraktion beschloss die Bezirksvertretung Ehrenfeld einstimmig eine öffentliche Informations- und Diskussionsveranstaltung, die im September 2010 stattfand. Vor allem die BI

Helios warb im Stadtteil für den Termin (vgl. Möllmann 2017, S. 2), sodass letztlich rund 700 Bürger_innen an der Veranstaltung teilnahmen. Hier stellte die Bauwens-Gruppe ihre Pläne für das Einkaufszentrum vor. Gegen die laute Kritik aus dem Publikum wurden diese auch vom damaligen Baudezernenten der Stadt Köln, Bernd Streitberger, verteidigt. Bei vielen Besucher_innen entstand so der Eindruck, der Bau des Einkaufszentrums sei bereits vorab beschlossen, was bestritten wurde (vgl. koeln.de 2010). Als Vermittler profilierte sich der Ehrenfelder Bürgermeister Josef Wirges, der sich für ein Dialogverfahren einsetzte. In der Tat stimmte die Versammlung der Bezirksvertretung einen Monat später einem extern moderierten Bürgerbeteiligungsverfahren sowie einem städtebaulichen Planungswettbewerb zu (vgl. Bezirksbürgermeister Ehrenfeld 2010, S. 17-18); das verbuchte die BI als ersten Erfolg. Am Verfahren sollten Vertreter_innen des Eigentümers, der Stadtverwaltung, der Politik sowie 100 Bürger_innen beteiligt werden.

Auch wenn die BI im beschlossenen Bürgerbeteiligungsverfahren gut vertreten war, initiierte sie parallel zum institutionalisierten Verfahren einen eigenen Diskussionsprozess innerhalb der Bürgerschaft. Sie bildete verschiedene thematische Arbeitsgruppen, um ein eigenes Konzept für den Umbau des Heliosgelände zu entwickeln: Verkehr, Kultur und Soziales, Wohnen und Vielfalt, öffentlicher Raum, städtebauliche Strukturen (u. a.). Der BI gelang es, vielfältige Kompetenzen für die unterschiedlichen Themen zu aktivieren (zum Beispiel Architekt_innen, Jurist_innen, Stadtplaner_innen, Moderator_innen) und in die ehrenamtliche Arbeit einzubeziehen. Dadurch konnte die BI die Schritte der Investoren und der Stadtverwaltung fachkundig begleiten und – wo notwendig – begründet eine kritische Position beziehen. Die große Mehrheit der Mitglieder der BI *Helios* plädierte für realistische und konsensfähige Lösungen, sodass die Idee von *Deinen Freunden*, das Gelände in einen kleinen, innerstädtischen Park umzuwandeln, abgelehnt wurde. Mitten im Bürgerbeteiligungsverfahren überraschte das Schuldezernat der Stadtverwaltung die Teilnehmer_innen mit dem Vorschlag, im mittleren Teil des Geländes eine inklusive Grund- und Gesamtschule mit einem innovativen pädagogischen Konzept zu bauen. Dieser Vorschlag setzte sich sowohl im Beteiligungsverfahren als auch letztlich im Stadtentwicklungsausschuss des Rates der Stadt mit großer Mehrheit durch.

Als wichtigste Ergebnisse des extern moderierten Bürgerbeteiligungsverfahrens, das 2012 endete, wurden ein gemeinsames Leitbild und ein Kodex, als normativer Rahmen für die weitere Entwicklung des Heliosgeländes, ausgearbeitet. Darin wurde beispielsweise formuliert, dass zwischen den vorhandenen und künftigen Gebäuden auf dem Gelände möglichst viel an öffentlicher Fläche mit einer hohen Aufenthaltsqualität entstehen soll, die ‚weitgehend autofrei' und intensiv begrünt ist (vgl. Stadt Köln 2012, S. 34-35). Die BI *Helios* setzte durch, dass die Schule so geplant wird, dass der Pausenhof öffentlich zugänglich bleibt und die Räumlichkeiten der Schule auch von Initiativen, Vereinen oder einzelnen Bürger_innen aus der Nachbarschaft genutzt werden können. Für den restlichen Teil des Geländes verpflichteten sich der Stadtentwicklungsausschuss und der Investor, eine „lebendige Mischung aus Wohnen, Kultur, Gewerbe und Einzelhandel" (Rösgen 2017) auf dem Gelände zu realisieren. Trotzdem stoßen Teile des aktuellen Planungskonzeptes immer noch auf Kritik bei der BI. Das Misstrauen, dass der beschlossene Kodex nur rudimentär berücksichtigt wird, ist immer noch groß: „Die Bürger wollten Bäume, geplant

sei aber nur Beton“ (Rösgen 2017), so eine SPD-Politikerin. Ende 2017 wurden der Club *Underground* geschlossen und die Räume abgerissen.

3.1.2 Bürgerinitiative Viva Viktoria! (Bonn-Zentrum)

Einer neuen Shopping-Mall hätte beinahe auch ein ganzes Viertel in Bonn weichen müssen. Im Juni 2015 beschloss der Stadtrat den Verkauf der städtischen Liegenschaften im Viktoriaviertel an die Signa-Holding des österreichischen Karstadt-Eigentümers René Benko (vgl. Stadt Bonn 2015; Akalin/Baumann 2015). Auf der Suche nach Stimmen vor Ort initiierte ein Journalist der Bonner Tageszeitung *Generalanzeiger* ein Gespräch mit mehreren Einzelhändlern und Gastronomen im Viertel, deren Geschäfte vom geplanten Abriss direkt betroffen gewesen wären. Dabei trafen sich Axel Bergfeld (Bergfeld’s Biomarkt), Lui Eick (Café Blau), Johannes Roth (Fahrradladen Klingeling) und Marcos Rivera y Mirkes (Antiquitäten) mit dem Bonner Lokalredakteur und äußerten im Interview zum ersten Mal den Gedanken, den Ratsbeschluss mit einem Bürgerbegehren anfechten zu wollen. Am 11. Juli 2015 wurde der Artikel (vgl. Akalin 2015) veröffentlicht. Eine Woche später schlossen sich eine Grafikerin, ein Webentwickler und ein Facebookexperte der Initiative an. Damit hatte sich in kürzester Zeit ein Team gefunden, das in der Lage war, eine gemeinsame Idee wirkungsvoll in die Öffentlichkeit zu bringen: Dies war der Kern der Bürgerinitiative *Viva Viktoria!* (Eder 2017a, S. 5). Sie zeigte offiziell ein Bürgerbegehren bei der Stadtverwaltung an und musste nun 10.000 Unterschriften unter wahlberichtigten Bürger_innen in Bonn einsammeln, um erfolgreich zu sein. Dafür hatte sie drei Monate Zeit. Um als anerkannte juristische Person die finanzielle Seite des Bürgerbegehrens korrekt abwickeln zu können, wurde der Verein *Viva Viktoria! e.V.* im Herbst 2015 gegründet. Die erste öffentliche Aktion, die die Initiative veranstaltete, war im August 2015, als 250 Personen eine Menschenkette zum symbolischen Schutz des Viktoriaviertels bildeten. Alle lokalen Medien berichteten über den sich bildenden Widerstand.[10] Dann etablierte die BI eine Demonstration, die jeden Mittwoch bis zur Abgabe aller Unterschriften an die Stadtverwaltung stattfand. Dabei beteiligten sich immer zwischen 100 und 300 Menschen, darunter viele Student_innen. Zur Koordination der Unterschriftenaktion bildete sich ein ‚*team10000*‘ schon beim Auftakt am 5. September 2015 sammelten ca. 50 Aktivist_innen 3.000 Unterschriften an 26 mobilen Ständen in der Stadt. Später unterstützten Ladengeschäfte, Cafés und Kneipen in ganz Bonn die Unterschriftsammlung, während jeden Mittwoch die neuen ausgefüllten Listen ausgezählt wurden und der neueste Stand auf einer improvisierten Bühne im Viertel öffentlich bekannt gemacht wurde. Die Resonanz war enorm, bis zum 2. Oktober 2015 wurden bereits 20.212 Unterschriften gesammelt, doppelt so viele wie nötig. Diese übergab die BI an den damaligen Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch.

Die etablierten Interessengruppen reagierten auf den mit jeder Woche deutlicher werdenden Erfolg des Bürgerbegehrens mit einer öffentlichen Kampagne gegen das Bürgerbegehren. „Die

[10] Presseschau der Bürgerinitiative Viva Viktoria! unter: https://www.viva-viktoria.de/was-die-anderen-schreiben.

IHK, DEHOGA, Kreishandwerkerschaft, das Bonner Stadtmarketing und der Bonner Einzelhandelsverband – alle warnten vor dem drohenden Niedergang der Innenstadt." (Bergfeld 2017, S. 18) Den Höhepunkt der Kampagne bildete eine ganzseitige Anzeige in allen Bonner Printmedien am Samstag vor der Ratssitzung.

Nun musste sich der Stadtrat mit dem Widerstand der Bürger_innen auseinandersetzen. Die Parteien spalteten sich in zwei Lager: Während CDU, FDP und die freie Wählergemeinschaft Bürger Bund Bonn weiterhin an der Idee des Einkaufszentrums festhielten, hatten sich Grüne, Linke und Piraten dem Bürgerbegehren schon angeschlossen. Diesem zweiten Lager trat schließlich auch die SPD bei (vgl. Eder 2017a, S. 8). Mit 42 zu 41 Stimmen votierte dann am 30. November 2015 der Stadtrat pro Bürgerbegehren und revidierte damit seinen Ratsbeschluss vom 18. Juni 2015. In der gleichen Sitzung beauftragte der Rat die Verwaltung, einen Vorschlag für eine ergebnisoffene Bürgerwerkstatt zur Zukunft des Viktoriaviertels zu erarbeiten – ein Beteiligungsverfahren, bei dem die Meinung der Bürger_innen eingeholt werden sollte (vgl. Eder 2017a, S. 10). Damit hatte die Bürgerinitiative bis auf Weiteres ihr wichtigstes Ziel erreicht: Eine Shopping-Mall stand nicht mehr zur Debatte. Im Herbst 2016 beauftragte die Stadtverwaltung eine Agentur, eine komplexe und mehrstufige Bürgerwerkstatt zur Entwicklung des Viktoriaviertels zu konzipieren und zu moderieren. Daran beteiligten sich im Laufe des Jahres 2017 Politik, Stadtverwaltung und organisierte Akteur_innen aus der Stadt und aus dem Viktoriaviertel. Die Schwäche des Verfahrens bestand darin, dass Zeit für direkte Diskussionen und Gespräche, für Mediation und Erarbeitung gemeinsamer Lösungsansätze im Verfahren so gut wie nicht vorgesehen war (Bergfeld 2017, S. 7). Die Bürgerwerkstatt diente vielmehr im Wesentlichen dem Sammeln und Clustern von Ideen. Im Laufe des Prozesses erarbeiteten dann vier ausgewählte Architekturbüros auf Basis der gesammelten Ideen Konzepte für den Umbau des Viktoriaviertels, die anschließend von einer Empfehlungskommission aus Fachexpert_innen und Akteur_innen bewertet wurden. Hier setzte sich mehrheitlich die Idee durch, das Viertel in zwei Bereiche zu teilen: ein westlicher Teil für die kommerzielle Nutzung (Stichwort: Markthalle) und ein östlicher Teil für eine eher gemeinwohlorientierte Nutzung. Auch Axel Bergfeld, Vorsitzender des Vereins *Viva Viktoria! e.V.*, stimmte für diese Lösung – im Unterschied zu den weiteren Vertreter_innen des Viertels in der Empfehlungskommission:

> „Das Konzept von skt|Umbaukultur bildet in idealtypischer Weise den bestehenden stadtpolitischen Konflikt ab. Mehr war angesichts des grundsätzlichen Charakters des Konflikts um die Zukunft des Viktoriaviertels in der Werkstatt nicht zu erreichen. Der Siegerentwurf gibt deshalb einige gute Hinweise im Hinblick auf eine konsensfähige Perspektive. Eine echte Lösung im Sinne eines dritten Weges steht allerdings noch aus." (Bergfeld 2017, S. 18)

Das Ergebnis der Bürgerwerkstatt hatte den Charakter eines Vorschlags an den Bonner Rat, sein Gewicht war also rein konsultativ. Entsprechend wurde das Ergebnis von den Bonner Stadtverordneten im Dezember 2017 auch nur „zur Kenntnis genommen" und mit dem Hinweis an die Verwaltung, zunächst Gespräche mit den von einem Umbau des Viertels betroffenen Eigentümer_innen zu führen, „auf die lange Bank geschoben," so Bergfeld (2017, S. 18). „Diese strukturelle Schwäche zieht dem Verfahren schon vor Beginn den Zahn und es ist zu befürchten, dass

die Bonner Tradition der im Endeffekt ergebnislosen Bürgerwerkstätten (Ermekeil, Bahnhofsvorplatz) lediglich eine Fortsetzung finden wird“, kommentiert Bernd Eder (2017a, S. 10) von *Viva Viktoria!*.

3.1.3 Aufbruch am Arrenberg (Wuppertal-Arrenberg)

Der Verein *Aufbruch am Arrenberg e.V.* wurde 2008 von ca. zehn engagierten Unternehmern und Hausbesitzern ins Leben gerufen, um den sozioökonomischen Zerfall ihres Quartiers zu stoppen und eine positive Entwicklungsspirale in Gang zu setzen. In der ersten Phase hat der Verein durch soziokulturelle Veranstaltungen (u. a. Sommerfest, Kindermalwettbewerb, Sankt-Martins-Umzug) versucht, die Anwohnerschaft mitzunehmen und eine optimistische Stimmung im Quartier zu verbreiten. In dieser Zeit entwickelten sich die Aktivitäten impulsgesteuert und sehr spontan, aus einem Aktionteam heraus, in dem die Ideen geboren und dann umgesetzt wurden (vgl. Heynkes 2017, S. 2). Als eine positive Dynamik tatsächlich einsetzte und sich immer mehr Bürger_innen in die Quartiersarbeit einbrachten, wandelte sich *Aufbruch am Arrenberg e.V.* zum Trägerverein einer breiten Bürgerplattform um, die 2014 begann, einen großen Plan für das Quartier zu entwerfen. In einem partizipativen Dialogprozess entstand so die Idee, den Arrenberg bis 2030 CO2-neutral zu gestalten. Der große Plan *Klimaquartier Arrenberg* wurde in eine Reihe von Unterprojekten unterteilt: *Essbarer Arrenberg, Mobiler Arrenberg, Energiereicher Arrenberg, Arrenbergfarm* und *Farmbox.* Dadurch wurde er für die Menschen im Quartier greifbarer und gestaltbarer. Betroffen ist ebenso die lokale Wirtschaft wie auch die Lebensstile der Anwohnerschaft. Im Bereich Mobilität sollen zum Beispiel die Menschen dazu gebracht werden, von einer individuellen motorisierten auf eine geteilte Mobilität umzusteigen. Im Rahmen des Klimaquartiers Arrenberg hat die Initiative eine Förderung von 300.000 Euro für das Verbundprojekt *Virtuelle Kraftwerke*, *VirtualPowerPlant* (VPP) erhalten. Gemeinsam mit einem Forschungsteam der Bergischen Universität und den Wuppertaler Stadtwerken wird dabei untersucht, wie die Energieversorgung innerhalb des Quartiers auf erneuerbare Energie umgestellt werden kann.

Parallel zu den neuen Aktivitäten führt die Plattform weiterhin soziokulturelle Projekte durch, die einerseits den sozialen Zusammenhalt im Quartier fördern und gleichzeitig dazu dienen, neue engagierte Mitstreiter_innen zu gewinnen. So hat die Initiative die internationale Idee des *Restaurant Days* nach Wuppertal gebracht, am Arrenberg findet er seit 2014 zweimal jährlich statt. Dabei werden sechs bis 14 Privatwohnungen für einen Tag in temporäre Restaurants umgewandelt, sie werden jedes Mal von 300 bis 400 Menschen besucht.

Durch die Unterstützung des Jobcenters verfügt die Plattform über zwei weitere geförderte Mitarbeiter, mit denen sie ein Stadtteilbüro im Quartier betreibt, das von Montag bis Freitag geöffnet ist. Das Stadtteilbüro dient nicht nur als Kommunikationszentrale der Plattform, sondern auch als Ansprechpartner für die Belange der Bürger_innen und als Vermittler gegenüber den Institutionen. Weil die räumlichen Kapazitäten des Büros begrenzt sind, hat der Verein inzwischen ein Bürgerzentrum in einer ehemaligen Schleckerfiliale von 180 Quadratmetern eingerichtet, es wurde im November 2017 eingeweiht. Die gemeinsamen Räumlichkeiten dienen nun zu

einer Bündelung der verschiedenen Projektbüros und als Treffpunkt für die Nachbarschaft, zum Beispiel um zusammen zu kochen (vgl. Praest 2017). Sie ermöglichen eine stärkere Koordination der verschiedenen Aktivitäten der Plattform.

Inzwischen ist die Attraktivität des Quartiers, das bis vor 20 Jahren als No-Go-Area galt, enorm gestiegen. *Aufbruch in Arrenberg e.V.* gilt heute als Leuchtturm unter den Bottom-up-Initiativen des Quartierswandels in Richtung Nachhaltigkeit.

3.1.4 *Tag des guten Lebens*: Kölner *Sonntag der Nachhaltigkeit* (Köln-Ehrenfeld, Sülz und Deutz)

Seit 2013 findet in Köln einmal jährlich in abwechselnden Quartieren ein *Tag des guten Lebens* (*TdgL*) statt. 2011 wurde das Konzept des Autors dieser Studie, einen *Sonntag der Nachhaltigkeit* in Köln einzuführen, mit dem *Dialog Kölner Klimawandel* ausgezeichnet (vgl. Katalyse Institut 2011; Agora Köln 2014, S. 14). Es ging nicht darum, eine neue Festivität in Köln einzuführen: Vielmehr sollte dieser Tag als „Taktgeber für eine Umgestaltung der Stadt in Richtung Nachhaltigkeit und postfossile Gesellschaft“ (Brocchi 2012, S. 27) dienen. Um die Idee zu realisieren, gründete der Initiator im September 2012 ein buntes lokales Netzwerk (vgl. Brocchi 2017, S. 81-83). Zum *Bündnis Agora Köln* gehören aktuell fast 130 Organisationen, Kultureinrichtungen, Schulen, Initiativen und Unternehmen (u.a.) sowie viele engagierte Bürger_innen, die das Konzept unterzeichnet haben. Der Name der Plattform ist Programm: In der altgriechischen *Polis* war die *Agora* der öffentliche Versammlungsplatz, an dem die direkte Demokratie entstanden ist. Hier tagten die Bürger, um gemeinsam die Entwicklung ihrer Stadt zu bestimmen. Genauso verfolgt die *Agora Köln* das Ziel einer Stadtentwicklung von unten. Wie würde Köln aussehen, wenn die Anwohner_innen den eigenen Stadtteil oder die eigene Straße selbst gestalten könnten?

Am *TdgL* verwandelt das Netzwerk – gemeinsam mit der Anwohnerschaft – den Verkehrs- und Konsumraum in eine breite Agora. Diese Umwandlung wird durch einen entsprechenden Beschluss der betroffenen Bezirksvertretungen ermöglicht. In einem möglichst großen Gebiet der Stadt sind dann Straßen und Plätze für den motorisierten Straßenverkehr gesperrt und zum Teil auch von geparkten Autos befreit. Sie werden zu einer großen öffentlichen Bühne unter freiem Himmel, auf der soziale Interaktion in der Nachbarschaft stattfindet und Anwohner_innen eigene Konzepte des ‚guten Lebens‘ umsetzen können. Alle Aktionen dürfen nur unter der Bedingung stattfinden, dass sie nicht kommerziell sind.

Jeder *Tag des guten Lebens* ist gleichzeitig der Höhepunkt einer stadtübergreifenden Kampagne der *Agora Köln*, die auch einen konkreten Transformationsschritt in Richtung Nachhaltigkeit in Köln einleiten soll. Im ersten Jahr war der Themenschwerpunkt der Kampagne *nachhaltige Mobilität*, in den Jahren 2014-2015 *Freiraum und Gemeinschaftsraum*, aktuell steht das Thema *Essbare Stadt* im Vordergrund; dabei arbeitet die *Agora Köln* mit dem Ernährungsrat für Köln und Umgebung eng zusammen (vgl. u. a. Mewes 2018).

Bisher haben drei Bezirksvertretungen in Köln einstimmig die Einführung eines *Tags des guten Lebens* beschlossen: Ehrenfeld, Lindenthal und Innenstadt. Die ersten zwei *Tage des guten Lebens* fanden 2013 und 2014 im Stadtteil Ehrenfeld (22.000 Anwohner_innen) statt, 1 km² und 24 Straßen waren autofrei. 2015 wurde der Stadtteil Sülz (ca. 30.000 Anwohner_innen) mobilisiert, 1,8 km² und 36 Straßen waren autofrei. 2017 fand das Projekt im Stadtteil Deutz statt (0,9 km², ca. 10.000 Anwohner_innen) und 2018 ist er im Agnesviertel/Eigelstein geplant. Die Finanzierung des Projektes kam zum großen Teil vor der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW. Für ihren Vorbildcharakter wurde diese Initiative im September 2017 mit dem ersten Deutschen Nachbarschaftspreis unter 1.300 Bewerber_innen ausgezeichnet (vgl. nebenan.de Stiftung 2017). Inzwischen gibt es auch in Städten wie Dresden, Kiel, Berlin, Essen und Bonn Gruppen, die die Möglichkeit der Realisierung eines solchen Vorhabens prüfen.

3.1.5 Jack in the Box (Köln-Ehrenfeld)

Als *Verein für Entwicklung und Erprobung innovativer Modelle der Beschäftigungsförderung e.V.* wurde *Jack in the Box* 2006 als Initiativbewegung sozial, kulturell und architektonisch engagierter Kölner Menschen gegründet. Die Initiative verfolgt zwei zusammenhängende Ziele:

- Speziell die Realisierung von Projekten im Rahmen von öffentlichen Beschäftigungsförderungsprogrammen, überwiegend für langzeitarbeitslose Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen. Dabei sind die Schwerpunkte der Seecontainerausbau für soziokulturelle Nutzungen, der Kulturbetrieb und die handwerkliche Produktion durch Upcycling (Verarbeiten statt Wegwerfen, inkl. Fachwerkstatt Holz und Metall). Im Rahmen des Seecontainerausbaus hat *Jack in the Box* verschiedene Architekturwettbewerbe gewonnen (z. B. für *mobile working spaces* 2007).

- Allgemein die nachhaltige Gesellschaftsgestaltung, Quartiers- und Stadtentwicklung. Das Engagement im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft dient dabei als ökonomischer Grund, um die sozialen und ökologischen Ziele zu erreichen. Dabei sind Offenheit und Partizipation Kernbestandteile des Selbstverständnisses und der Projektarbeiten.

Obwohl der Gründer des Vereins, Martin Schmittseifer, nicht in Ehrenfeld wohnte, fand der Verein damals hier den günstigsten Mietraum, um sich niederzulassen und die eigene Aktivität aufzunehmen. Es wurden ca. 2000 m² Hallenfläche und 500 m² Freifläche auf dem ehemaligen Güterbahnhof angemietet und durch viel Arbeit wieder nutzbar gemacht. Bis 2011 wurden die Kosten der Aktivitäten zu einem großen Teil (80 Prozent) über die Arbeitsmarktdienstleistungen gedeckt. Infolge der internationalen Finanzkrise wurden jedoch die Eingliederungsmittel für langzeitarbeitslose Menschen drastisch gekürzt (bei *Jack in the Box* um 50 Prozent). Die Gesetze bezüglich der Tätigkeiten, die eine gemeinnützige Organisation und deren geförderte Mitarbeiter_innen verrichten dürfen, wurden restriktiver, der Containerausbau war damit nur noch sehr eingeschränkt möglich. Aus dieser ersten schweren Krise kam der Verein durch den Umbau der Räumlichkeiten in eine Versammlungsstätte. So hat sich *Jack in the Box* progressiv vom Raum-

nehmer zum bedeutenden Raumgeber für nachhaltige Projekte, Flohmärkte und Kulturveranstaltungen (Theater- und Musikinszenierungen, Filmvorführungen, Ausstellungen, für Feste und Partys…) in Ehrenfeld gewandelt und etabliert und kooperiert mit einer Vielzahl von Akteur_innen (Hochschulen, Vereinen und Stiftungen sowie Kreativarbeiter_innen) im Quartier und darüber hinaus. Durch ein breites lebendiges Netzwerk kann die Beschäftigung und Qualifizierung von langzeitarbeitslosen Menschen nun inmitten des gesellschaftlichen Lebens durchgeführt werden. Die große Werkstatt für Kulturarbeit und Upcycling wird seit Jahren von anderen Institutionen wie der nahe gelegenen *ecosign/Akademie für Gestaltung* mitgenutzt. Hier fand das Ehrenfelder *bureau gruen* der Designerin Dunja Karabaic schon 2008 geeignete Räume, um die Idee eines Festivals für Nachhaltigkeit und Design umzusetzen. Das *ökoRausch-Festival* fand mehrere Jahre hier statt und ist heute eine erfolgreiche Institution in der Kölner Landschaft. Die 90 Nachtflohmärkte, die hier seit 2011 stattgefunden haben, wurden bisher von über 200.000 Menschen besucht, 100.000 waren es bei den 15 Streetfoodfestivals.

Bis Ende 2016 arbeiteten bei *Jack in the Box* elf feste Mitarbeiter_innen, 24 Mitarbeiter_innen in Arbeitsgelegenheiten (AGH, 1-€-Job), 15 Minijobber_innen, sechs regelmäßig ehrenamtlich Beschäftigte und eine regelmäßige Honorarkraft. Der Verein arbeitet sehr erfolgreich, musste jedoch seine zweite große Krise durchmachen, den attraktiven Standort in Ehrenfeld aufgeben und damit auch den Personalstamm deutlich verkleinern. Ehrenfeld ist in den letzten Jahren immer attraktiver geworden und dies hat zu einer fast exponentiellen Steigerung der Mietspiegel und der Bodenrentabilität geführt. Paradoxerweise sind ausgerechnet die kreativen Einrichtungen wie *Jack in the Box*, die diese Attraktivität enorm gefördert haben, nun von dieser Entwicklung in ihrer Existenz bedroht (vgl. Klopotek/Lüke et al. 2017). Nach der Privatisierung der Deutschen Bahn wurden bundesweit 30 Millionen Quadratmeter Fläche (vgl. BMVBS 2007) an den Bahnlinien entlang in eine Entwicklungsgesellschaft ausgelagert und im Anschluss daran an Großinvestoren verkauft. Das Gelände, auf dem *Jack in the Box* in Ehrenfeld sitzt, gehört seitdem dem Immobilienunternehmen Aurelis Real Estate, das inzwischen von US-Investoren kontrolliert wird (vgl. Aurelis Real Estate GmbH 2014). Durch die gestiegene Bodenrentabilität in Ehrenfeld ist die Fläche für lukrative Bauprojekte deutlich interessanter geworden. So machte Aurelis 2016 seine Pläne für den Umbau des Ehrenfelder Güterbahnhofs bekannt, im Juli 2017 wurde der Bebauungsplan durch den Kölner Stadtrat einstimmig beschlossen. Nun war die Existenz von *Jack in the Box* durch den Investor gefährdet. Nach einem persönlichen Treffen mit Aurelis verfasste *Jack in the Box* eine kritische Pressemitteilung über das Verhalten des Immobilienunternehmens, neben den Medien wurden auch die Stadtverwaltung und die Politik informiert. Der *Kölner Stadtanzeiger* berichtete dreimal zu diesem Thema, das Stadtmagazin *Stadtrevue* widmete im Oktober 2010 eine Ausgabe dem Thema *Wer rettet Ehrenfeld?*. *Jack in the Box* hat mit anderen Kultureinrichtungen und der Kölner Clubszene die Petition *Für ein lebenswertes Köln – Kulturstandorte in Köln und Ehrenfeld retten!* initiiert. Nun schlagen sich immer mehr Parteien auf die Seite von *Jack in the Box* und verlangen vom Investor, dass er eine gemeinsame Lösung mit der Einrichtung findet. In einer Rede auf dem Güterbahnhof Ehrenfeld erinnert der Ehren-

felder Bürgermeister Josef Wirges (SPD) die anwesenden Vertreter von Aurelis daran, dass „Eigentum zwar Geschäft bedeutet, aber gleichzeitig verpflichtet“ (Klopotek/Lüke et al. 2017, S. 34). Nun scheint eine gemeinsame Lösung zwischen Aurelis und *Jack in the Box* doch in Sicht, die alten Hallen des ehemaligen Güterbahnhofs wurden inzwischen jedoch abgerissen.

3.1.6 Utopiastadt (Wuppertal-Nordstadt)

Der Mirker Bahnhof nördlich der Elberfelder City in Wuppertal wurde 1991 von der Bahn aufgegeben und steht unter Denkmalschutz. Das Gebäude fiel nach gescheiterten Versuchen der kulturkreativen Nutzung der Stadtsparkasse zu. Diese wiederum war erfreut und gesprächsbereit, als sich 2010 aktive Stadtmacher_innen um die Übernahme des Gebäudes bewarben. In den Folgejahren wurde der Mirker Bahnhof zu einem lokalen und überregionalen Knotenpunkt für Kreativwirtschaft, Quartiers- und Stadtentwicklung sowie vielerlei Formen sozialer und digitaler Innovationen ausgebaut. Auf Grundlage der Erkenntnisse aus dem *Forum:Mirke*, das 2013 mit einer Reihe anderer Vereine und Institutionen und anderer Engagierter aus dem Quartier gebildet wurde, erarbeitete die Stadtentwicklung Wuppertal 2014 eine Fortschreibung des integrierten Handlungskonzeptes für das Quartier Mirke und beantragte eine entsprechende Förderung.

In unsaniertem Zustand stehen der Initiative derzeit nur 1.000 Quadratmeter Nutzfläche zur Verfügung, durch Sanierungs- und Umbauarbeiten sollen es in den nächsten Jahren insgesamt 2.000 Quadratmeter für kulturelle und kreative Nutzungen werden.

> „Ziel ist es, Initiativen, Projekte und Agenturen zusammenzubringen, die sich im weitesten Sinne mit neuen Programmen und Ideen zu Kultur, bürgerschaftlichem Engagement, Selbstorganisation, Stadtentwicklung, urbaner Ökonomie und Ökologie, politischer und kultureller Mitgestaltung und Kreativwirtschaft beschäftigen. Trotz der thematischen Offenheit gibt es also mit ‚Utopia‘ eine gemeinsame Ausrichtung der einzelnen Projekte.“ (Montag Stiftung Urbane Räume 2014 – 2017)

Seit 2013 dient die Gastronomie *Hutmacher* im Bahnhofgebäude als offener informeller Treffpunkt für engagierte Bürger_innen und die Nachbarschaft, hier werden regelmäßig Musik-, Literatur- und Kunstveranstaltungen organisiert.

Die Initiator_innen der *Utopiastadt* sind die zwei Grafikdesigner_innen Beate B. Blaschczok und Christian Hampe, die ab 2007 als *clownfisch gbR* ein monothematisches Statementmagazin herausgeben. In Verbindung mit der dritten Magazinausgabe von *clownfisch* zum Thema *Schöpfung* entstand in den brachliegenden ELBA-Hallen ein erfolgreiches Jahresprogramm aus Ausstellungen, Theater, Symposien und Diskussionen. Dies brachte die zwei Designer_innen auf die Idee, feste Räume in Wuppertal für das Projekt zu suchen. In Verbindung mit den Planungen zu einer vierten Ausgabe zum Thema *Utopia* wurden ein Exposé und ein Businessplan mit dem Titel *Utopiastadt* verfasst, die immer größere Unterstützung fanden (u. a. vonseiten der Wirtschaftsförderung und der Bergischen Entwicklungsagentur). Schließlich entschloss sich die Stadtsparkasse Wuppertal, der *clownfisch GbR* die Räume ab 2011 zu übertragen, unter der Bedingung der gemeinnützigen Nutzung nach einem Moratorium von fünf Jahren. So wurde der *Förderverein Utopiastadt e.V.* 2014 und 2015 die *Utopiastadt gGmbH* gegründet, wobei Beate B. Blaschczok und

Christian Hampe für die Geschäftsführung gewonnen werden konnten. 2016 wurden das Bahnhofgebäude und das umliegende Grundstück endgültig an die *Utopiastadt gGmbH* übertragen, wobei der Umbau vor allem durch eine Finanzierung des Landes Nordrhein-Westfalen (Städtebauförderung) sowie durch Stiftungsgelder ermöglicht werden soll.

Die *Utopiastadt* diente in den letzten Jahren als Raum für die kreativen Ideen der Bürger_innen. Zurzeit laufen ca. 70 Projekte im Bereich nachhaltige Mobilität, Ernährung oder Urban Gardening unter diesem Dach (vgl. Blaschczok 2017, S. 14). Bundesweit ist *Utopiastadt* in der Fachszene und Wissenschaft sehr gut vernetzt (u.a. Mitglied im europäischen Forschungsprojekt *SeiSmic* der Humboldt Universität Berlin und dem TransZent, dem Wuppertal Institut und der Gesellschaft *neue Effizienz*, Gründer der Plattform *Transformationsstadt*). Die Initiative hat verschiedene Wettbewerbe gewonnen (z. B. *LBS-Zukunftspreis*), für den Vorbildcharakter hat das Zentrum verschiedene Auszeichnungen erhalten (u. a. als *Ort des Fortschritts NRW* durch die NRW-Landesministerien für Wirtschaft, Wissenschaft und Städtebau). Perspektivisch soll auch das große Gelände hinter dem Bahnhof, das im Moment der Immobilienentwicklungsgesellschaft Aurelis gehört, erworben werden, um hier einen *Utopiastadt Campus* entstehen zu lassen. Die Fläche (ca. 60.000 m²) soll auch langfristig für experimentelle, nachhaltige und kulturkreative Stadtentwicklung, Projekte, Bildung und Vernetzung zur Verfügung stehen. Die Bebauung und Nutzung soll selbst Teil eines andauernden und gemeinschaftlichen Entwicklungsprozesses sein. Verschiedene kleine Teilflächen wurden jedoch schon seit 2011 wild oder in Absprache mit dem Eigentümer von der Initiative genutzt,

> „Seit 2015 intensiviert sich der Diskurs um die Entwicklung auf den restlichen Frei- und Pachtflächen. Utopiastadt hat ein großes Interesse an einer langfristigen, gemeinwohlorientierten, quartiersbezogenen und experimentellen Entwicklung der Flächen und befindet sich streckenweise in Opposition zu Ideen verschiedener Investor/innen, die für die Fläche größere Wohnanlagen und klassische Gewerbeflächen vorsehen. Die Stadtverwaltung unterstützt inzwischen die grundsätzliche Idee einer langfristigen, offeneren Flächenentwicklung […]. Seit Sommer 2016 beraten sich Aurelis, die Stadt Wuppertal und Utopiastadt im sogenannten Utopiastadt Campus-Flächenentwicklungsbeirat (UCF) über eine gemeinsam getragene Entwicklung und Ansiedlung neuer Nutzer/innen.“ (Wanner/Reinkenhoff 2017, S. 48)

Der *Utopiastadt Campus* versteht sich als stadtplanerischer Gegenentwurf zum aktuellen Bau des prominenten Einkaufszentrums des Textildiscounters Primark vor dem Wuppertaler Hauptbahnhof (vgl. Hampe 2017, S. 14; Boller 2016).

3.2 Vergleichende Analyse

In diesem Abschnitt werden die untersuchten Fallbeispiele auf verschiedenen Themenfeldern miteinander verglichen. Zuerst geht um den räumlichen Kontext der Initiativen (Stadt, Quartier), dann um die Pionier_innen, die Ziele der Initiativen, ihre Strategie, die Organisation und die Kommunikation, die Partizipation, die Frage der Ressourcen, das Verhältnis zu den öffentlichen Institutionen und den Immobilieninvestoren, schließlich um die transformative Wirksamkeit der Initiativen.

3.2.1 Städte

Mit einer maximalen Entfernung von 58 Kilometer liegen die Großstädte Bonn, Köln und Wuppertal geografisch relativ nah beieinander, Bonn und Köln am Rhein, Wuppertal im Bergischen Land. Die Bevölkerung von Bonn und Wuppertal ist dreimal kleiner als jene der Millionenstadt Köln. Im Durchschnitt sind die Bonner am reichsten (29.859 Euro Primäreinkommen[11] pro Kopf im Jahr 2014), die Wuppertaler ärmer (24.098 Euro), während die Kölner dazwischenliegen (27.049 Euro). (IT-NRW 2016) Am höchsten sind die Mieten in Köln (10,1 Euro/m^2), am niedrigsten in Wuppertal (6 Euro/m^2) (vgl. Tab. 2). Alle drei Städte leiden unter einem hohen Schuldenstand, der pro Kopf in Wuppertal am höchsten ist. Unter anderem haben die Finanzkrise und die Verlagerung der Sozialausgaben auf die Kommunen in den letzten zehn Jahren zu einer dramatischen Zunahme dieser Schulden geführt, in Bonn am stärksten.

Tabelle 1: Stadtverschuldung (2016)

	Schuldenstand in 1.000 Euro			**in Euro je Einwohner_in**		
	2006	2016	Veränderung	2006	2016	Veränderung
Bonn	921.134	1.663.088	80,5 %	2.943	5.217	77,3 %
Köln	3.574.125	4.890.974	36,8 %	3.624	4.612	27,2 %
Wuppertal	1.393.809	2.018.947	44,9 %	3.885	5.768	48,5 %

Quelle: IT-NRW 2017

Die Erklärung für die sich verschlechternde Lage der Stadt Bonn erklären zwei Gründer der Bürgerinitiative *Viva Viktoria!* so:

> *„Ehemalige* Hauptstadt. Sie wurde lange ausgeschmückt, weil hier Diplomaten waren, Beamte... Es gab große Kultureinrichtungen - und jetzt fühlt sich die Stadt allein gelassen. Sie denken immer noch, sie wären Hauptstadt, sie wären wichtig, aber Bonn ist jetzt nur eine 300.000 Einwohner-Stadt." (Eder 2017b, S. 16f.)

> „Es ist eine Stadt auf dem Höhepunkt einer Identitätskrise, kurz vor dem Implodieren. Die Strukturen sind hier komplett veraltet. Der Zustand der Gebäude ist sinnbildlich für die strukturelle und personelle Situation der Stadt. Seit 20-30 Jahren ist im Prinzip nichts gemacht worden, so sieht es auch geistig aus. Erhalt, Sanierung und Weiterentwicklung, das ist ziemlich nötig, das gilt nicht nur für die Gebäude, sondern auch für die geistige Infrastruktur der Stadt. Potential ist ohne Ende vorhanden, das ist das Verrückte, das macht mich wirklich ein bisschen nervös. 35.000 Studenten zum Beispiel, die konzentrierte Intelligenz, eine UN-Vertretung, die sehr wichtig ist, die Bevölkerung ist viel wohlhabender und gebildeter als in Köln-Ehrenfeld, es ist auch ein Mischmasch an Kultur." (Bergfeld 2017, S. 18)

[11] Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen.

Doch dieses Potential fließt nicht in die Stadtentwicklung hinein, die UN-Mitarbeiter_innen sind nicht Teil des Bonner Alltags, die Universität als Institution hat sich in die Angelegenheiten um den Umbau des Viktoriaviertels nicht eingebracht, obwohl das Viertel vor ihrer Fassade liegt:

> „Die Uni hat zu wenig Platz, sie hätten die Chance nutzen können, um sich einzubringen, aber sie haben nichts getan. Sie könnten sich etwas kaufen, aber haben nichts getan. Die Studenten bringen sich ein, aber die Uni als solche nicht." (Eder 2017b, S. 17)

Von den dreien ist Wuppertal zwar die ärmste Stadt, doch sie vermittelt den Eindruck, die stärkere Dynamik an ihrer Basis zu haben. Diese Stadt muss nämlich keinen hohen Status verteidigen, die Menschen sind hier bereiter, soziale Grenzen zu überspringen, selbst anzupacken, miteinander zu teilen. Wuppertal profitiert auch von der Position zwischen Düsseldorf und Köln, zwei Städten, die inzwischen durchökonomisiert sind und in denen bezahlbare Wohnungen oder Ateliers für Kreative inzwischen Mangelware sind. „Wir haben auch mit dem Gedanken einer anderen Stadt gespielt, vielleicht Dortmund oder Köln, weil wir dort viele Kontakte hatten, aber das Platzangebot und auch das Netzwerk in Wuppertal war hier viel günstiger und intensiver", so Christian Hampe (2017, S. 7), Mitgründer von *Utopiastadt*. Nicht zu unterschätzen ist die Tatsache, dass in Wuppertal neben der Bergischen Universität international renommierte Thinktanks sitzen, vor allem das Wuppertal Institut. Seit einigen Jahren betrachten diese Wuppertal als interessantes Reallabor für die eigenen Konzepte und bringen sich verstärkt ein.

3.2.2 Quartiere

Die hier untersuchten Initiativen betreffen insgesamt sechs Quartiere.[12] Ihre Größe liegt zwischen 5.490 Einwohner_innen in Bonn-Zentrum und 36.971 Einwohner_innen in Köln-Ehrenfeld. In der Wuppertal-Nordstadt ist die Einwohnerdichte am höchsten (14.692 Einwohner_innen pro km²), in Köln-Deutz am niedrigsten, da viel Gewerbe hier angesiedelt ist (u.a. Köln-Messe, Zentrale von RTL). Bei einigen Einheiten stimmt die stadtplanerische Definition von Quartier nicht unbedingt mit dem Empfinden der Einwohner_innen vor Ort überein. So wird nur ein kleinerer Teil der Nordstadt in Wuppertal, das Mirker Quartier, als eigentlicher Wirkungsraum der *Utopiastadt* angesehen, es zählt 8.600 Einwohner_innen im Verhältnis zu den 17.337 der Nordstadt (vgl. Wanner/Reinkenhoff 2017, S. 17; Stadt Wuppertal 2016). In dem Interview mit der Bürgerinitiative *Viva Viktoria!* fiel der Begriff *Bonn-Zentrum* kein einziges Mal, das Viktoriaviertel wird als der eigentliche Alltagsraum erlebt und dieser zählt nur ca. 300 Einwohner_innen (vgl. Eder 2017b, S. 11). Was ein Quartier wirklich ist, wird von den Anwohner_innen selbst im Alltag vorgelebt, es lässt sich nicht allein von oben vorgeben.

Die hier untersuchten Initiativen sitzen in Vierteln, in denen die Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen 2014 meistens über dem städtischen Durchschnitt lag.

[12] Stand: 10.06.2018. Das Kölner Agnesviertel/Eigelstein wird noch nicht dazu gezählt, da der *Tag des guten Lebens* 2018 erst am 1. Juli dort stattfindet.

Tabelle 2: Statistischer Vergleich der betrachteten Quartiere (2014-2017)

	Fläche (km²)	Bevölkerung	Einwohner/km²	Ausländeranteil	Arbeitslosenquote	Mietspiegel (€/m²) [c]	KfZs pro 1.000 Einwohner	Wahlbeteiligung Kommunalwahl 2014
Bonn	141,0 [a]	324.670 [a]	2.303 [a]	15,6% [a]	6,6% [b]	8,9 €	770 [i]	56,8% [j]
- Zentrum	0,9 [a]	5.490 [a]	6.458 [a]	n. v.	4,4% [b]	9,0 €	n. v.	59,0% [j]
Köln	405,0 [h]	1.069.192 [h]	2.640 [h]	18,6% [h]	8,2% [e]	10,1 €	507 [i]	49,7% [d]
- Ehrenfeld	3,7 [f]	36.971 [f]	9.943 [f]	20,0% [f]	8,2% [f]	10,7 €	432 [f]	52,5% [d]
- Sülz	5,2 [f]	36.478 [f]	7.053 [f]	9,2% [f]	4,3% [f]	11,7 €	471 [f]	61,4% [d]
- Deutz	5,2 [f]	15.412 [f]	2.941 [f]	16,2% [f]	7,0% [f]	10,6 €	568 [f]	56,2% [d]
Wuppertal	168,0 [g]	358.523 [g]	2.134 [g]	33,8% [g]	8,9% [e]	6,0 €	547 [g]	45,0% [k]
- Arrenberg	0,9 [g]	5.595 [g]	6.506 [g]	32,9% [g]	10,2% [m]	5,9 €	338 [g]	50,3% [l]
- Nordstadt	1,2 [g]	17.337 [g]	14.692 [g]	29,0% [g]	9,7% [m]	5,8 €	297 [g]	43,1% [m]

Quellen: (a) Statistikstelle der Bundesstadt Bonn 2016; (b) Bundesstadt Bonn, Arbeitslosenstatistik für den statistischen Bezirk Zentrum-Münsterviertel. Stand: 30.09.2017; (c) Mietspiegel: Immobilien-Kompass, capital.de. Stand: 15.12.2017; (d) Stadt Köln 2014; (e) Bundesagentur für Arbeit (https://statistik.arbeitsagentur.de). Stand: Dez. 2017; (f) Stadt Köln 2015; (g) Wuppertaler Statistik – Raumbezogene Daten. Stand: 31.12.2016; (h) Stadt Köln 2016; (i) Fahrzeugzulassungen (FZ) 2017 – Kraftfahrt-Bundesamt; (j) Stadt Bonn 2014; (k) Stadt Wuppertal 2014; (l) Stadt Wuppertal 2014b; (m) Amt für Informationstechnik der Stadt Wuppertal, persönliche Mitteilung vom 27.03.2018. Bei Bonn-Zentrum sind zwei Daten leider nicht vorhanden (n. v.).

Sozioökonomisch gesehen bilden Köln-Sülz einerseits und die Quartiere Arrenberg und Nordstadt andererseits zwei Antipoden im Rahmen dieser Analyse. In Sülz sind die Arbeitslosenquote und der Ausländeranteil am niedrigsten, während der durchschnittliche Mietspiegel am höchsten liegt. Das Quartier grenzt an die Universität zu Köln, war früher jedoch ein Arbeiterviertel; mit der Sanierung der Wohnungen ab den 1980ern wurde das Quartier zunehmend gentrifiziert und es fand eine progressive soziale Entmischung statt. Ausgerechnet in diesem wohlhabenden Stadtteil gibt es jedoch

> „keine echten Strukturen an engagierten Leuten und Organisationen, die solche Themen wie Mobilität, Nachhaltigkeit oder Bürgerbeteiligung auf ihre Agenda setzen, so dass man dort [bei Quartiersprojekten] auf etwas zurückgreifen kann. Es gibt hier überhaupt kein Netzwerk, wenige echte Nachbarschaft“ (Brocchi 2017, S. 106),

sagt Roland Schüler, stellv. Bürgermeister Roland des Stadtbezirkes Köln-Lindenthal, wozu auch Sülz gehört. 2015 fand der *Tag des guten Lebens* in diesem Stadtteil statt, weil die *Agora Köln*

hier eine gute Mitgliederbasis hatte, der Initiator und einige Mitarbeiter_innen wohnten hier. Das autofreie Gebiet war fast doppelt so groß wie beim ersten *Tag des guten Lebens* in Ehrenfeld, und doch war die aktive Partizipation der Bürger_innen deutlich geringer, sodass sich in vielen Nebenstraßen keine Nachbarschaftsgruppen gebildet hatten und Aktionen stattfanden (vgl. Brocchi 2017, S. 109-110). Da, wo die Menschen über mehr ökonomisches Kapital verfügen, sind der Bedarf nach Sozialkapital und die Bereitschaft, miteinander zu teilen, anscheinend weniger ausgeprägt.

In Sülz liegt die Autodichte bei 421 PKWs pro 1.000 Einwohner_innen, in Ehrenfeld bei 349 (vgl. Stadt Köln 2015, S. 38). Es war vorauszusehen, dass ein autofreier Sonntag in diesem Stadtteil nicht nur auf Befürworter_innen stoßen würde, so Thomas Schmeckpeper, damals verantwortlich für die logistische Organisation des *Tags des guten Lebens*: „Der Anteil derer, die den Tag des guten Lebens nicht als kreatives Angebot, sondern als arrogante Übergriffigkeit begriffen, war hier deutlich höher. Dies bildete sich v. a. deutlich im Beschwerdemanagement ab." (Schmeckpeper in Brocchi 2017, S. 107) Die hohe Bodenrentabilität in wohlhabenden Quartieren wie Sülz führt auch dazu, dass hier kaum Freiraum für Kreativität oder Gemeinschaft verfügbar ist.

Ganz anders sieht es eben in ‚ärmeren' Quartieren wie dem Arrenberg und der Nordstadt in Wuppertal aus, wo noch ein relativ hoher Leerbestand vorhanden ist und sich Investoren zurückhalten, da die Bodenrentabilität für sie zu niedrig ist (vgl. Heynkes 2017, S. 8). So werden die statistischen Eigenschaften des Quartiers vom Mitbegründer von *Aufbruch am Arrenberg* Jörg Heynkes beschrieben: „5500 Anwohner auf knapp 1 km², es ist sehr verdichtet. 53,7 Prozent der Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund, 35 Prozent sind Hartz-IV-Empfänger, in Wuppertal liegt der Schnitt bei 15 Prozent, die Mietpreise gehen von 3,50 bis 7,50 Euro pro Quadratmeter" (Heynkes 2017, S. 7). So wie viele andere Quartiere im Ruhrgebiet geriet auch der Arrenberg ab den 1960-70er Jahren in eine sozioökonomische Abstiegsspirale, die er für 40 Jahre durchlebt hat. „Vor zehn Jahren war es so, dass der Arrenberg ein völlig heruntergekommener Stadtteil war, wo die Leute abends nicht mehr auf die Straße gingen, weil es einfach gefährlich war […] Wir hatten nur Hartz-IV-Empfänger, hier wollte jeder weg." (Heynkes 2017, S. 1, 8) Heute hat das Quartier ein ganz anderes Image:

> „Man muss sich nicht mehr schämen hier zu wohnen, im Gegenteil. Ein Beispiel: Vor einem Jahr hatte das Wuppertal Institut eine Gruppe hier zu Besuch, Menschen aus der ganzen Welt. Die Gäste wurden gefragt, was sie gerne sehen wollen, und dann sagten mehrere, wir wollen an den Arrenberg, weil wir recherchiert haben, das ist im Moment das angesagteste Quartier in Wuppertal […]. Wir sind heute sexy!" (Heynkes 2017, S. 9)

Warum gelingt am Arrenberg ein solcher Wandel aus eigener Kraft und in anderen Quartieren nicht? Was macht Quartiere resilienter? Auf jeden Fall spielt die Vielfalt eine wichtige Rolle – und Vielfalt meint deutlich mehr als der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund, zum Beispiel eine gewisse multifunktionelle Nutzung des Quartiers:

> „Wo früher die Textilfabrik war, ist heute ein Designbüro oder ein Autohändler, es gibt hier Firmen mit bis 1000 Mitarbeiter. Es ist einerseits anstrengend, weil wir müssen sie alle mitnehmen, im Prozess. Das Tolle ist, dass sie auch Energie mitbringen […]. Unser Glück ist, dass wir Menschen mit ungeheuren Fähigkeiten, Talenten, mit ganz viel Kraft hier haben. Die einen sind Künstler, die anderen Unternehmen, die anderen Hausbesitzer, eine tolle Mischung.“ (Heynkes 2017, S. 7)

Ein weiterer Vorteil des Arrenbergs ist die räumliche Dichte und Überschaubarkeit, die eine soziale Interaktion in der Vielfalt sowie eine Identifikation mit dem gemeinsamen Quartier fördert. Schließlich verfügen paradoxerweise ausgerechnet manche ‚sozial benachteiligten' Quartiere über Ressourcen und Kompetenzen, die durchökonomisierte Quartiere nicht oder nicht mehr haben. Dazu gehören zuerst Freiräume, die Lebenskosten sind oft deutlich niedriger und dadurch auch die Abhängigkeit vom Lohn. Das ist der Grund, weswegen Kreative und Studierende in solche Quartiere ziehen. Eine zentrale Ressourcenquelle der großen Transformation liegt jedoch im Sozialkapital: Menschen aus solchen Quartieren wissen tendenziell besser als Menschen aus wohlhabenden Quartieren, wie man das fehlende ökonomische Kapital durch soziale Netzwerke (Migrantencommunities, Verwandtschaft…) kompensieren kann. Während ärmere Menschen dazu gezwungen werden, können Reiche das Teilen miteinander mit der Zeit verlernen. Anders als Bonn hat der Arrenberg auch kein Statusproblem, es gibt hier keine hoch angesehene Position, die vor einer ‚Verunreinigung' geschützt werden muss. Der Eindruck ist, dass in Wuppertal die Hemmschwelle für einen Dialog und eine Kooperation zwischen den unterschiedlichen Milieus und Schichten niedriger ist – und die Interviews mit Pascal Biesenbach (Projektmanager bei *Aufbruch am Arrenberg*) und Christian Hampe (Mitgründer der *Utopiastadt*) haben diese Offenheit und Sensibilität für soziale Unterschiede bestätigt.

Dem Arrenberg könnte jedoch eine ähnliche Entwicklung bevorstehen wie die, die in Köln-Ehrenfeld bereits stattgefunden hat. Früher war in Ehrenfeld viel Industrie, hier lebten viele Arbeiter_innen. Nach dem Strukturwandel und der Schließung der Betriebe wurde der Stadtteil mehr und mehr zum sozialen Brennpunkt:

> „Vor 20-25 Jahren sagte man, ‚da besser nicht, es ist gefährlich in Ehrenfeld in der Nacht herumzulaufen' […]. Das war sehr vermüllt, sehr laut, sehr dreckig, sozial gemischt, kulturell gemischt, sehr bunt und sehr preiswert. Das war mitten ein Grund, warum ich hierhin gezogen bin. Für einen Studenten preiswert, sehr interessant zum Ausgehen. Es hat sich geändert, die junge Menschen sind geblieben, es ist ein gehypter Veedel geworden“ (Möllmann 2017, S. 5-6),

sagt der Sprecher der Bürgerinitiative Helios, Hawe Möllman. Heute sieht es ganz anders in Ehrenfeld aus: „Jetzt ist Bildungsbürgertum, die ehemaligen Studenten. Auch trotz Gentrifizierung sind wir hier jedoch immer noch kulturell gemischt […]. Auch die Großmoschee spielt eine Rolle, dass sie sich hier nicht verdrängen lassen.“ (Möllmann 2017, S. 6) Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund bleibt im Stadtteil trotzdem relativ hoch (34,8 Prozent im Jahr 2015) (vgl. Stadt Köln 2015, S. 18), unter anderem weil sie in den vergangenen Jahrzehnten die Immobilien gekauft und diese an die nächsten Generationen vererbt haben, sodass diese nicht verdrängt werden können, so die Erklärung von Möllmann (2017, S. 6).

Das Heliosgelände spiegelt diese Entwicklung wider:

> „Früher war Industrie da, es ist eine Vorindustriebrache und es gab unheimlich viel Subkultur drauf […]. Dieses Gelände machte Ehrenfeld so ursprünglich. Ich wusste nicht genau, was die Künstler da machten, ich bin kein großer Subkulturmensch, aber als Anwohner wollte ich, dass diese Menschen hier sind. Auf dem Helios-Gelände waren die Mieten damals sehr niedrig, man wusste nicht einmal genau, woher der Strom kam, den man dort abgezapft hat. Es war ein Biotop, in dem jeder machen konnte, was er wollte. Noch heute stehen die Mietpreise dort in keinem Verhältnis zu jenem, die hier üblich sind." (Möllmann 2017, S. 5)

Während in der Wuppertaler Nordstadt eine gemeinnützige Initiative einen ganzen Bahnhof von der Stadtsparkasse gespendet bekam (vgl. Hampe 2017), werden in Köln-Ehrenfeld heute durch die rasant steigenden Mieten und die Investoren genau jene Subkulturen und Kultureinrichtungen nach und nach verdrängt, die das Quartier so attraktiv gemacht haben.

In den letzten 30 Jahren ist Köln-Ehrenfeld vom sozialen Brennpunkt zum kreativen Hippquartier umgewandelt worden. Warum haben sich die Ehrenfelder_innen beim *Tag des guten Lebens* deutlich stärker eingebracht, obwohl sie inzwischen mehrheitlich auch zur Mittelschicht gehören? Warum ist der Bedarf nach Sozialkapital hier stärker als in Sülz, obwohl sich das durchschnittliche Einkommen inzwischen ähnelt? „Die Erklärung dafür liegt in den *Werteinstellungen*, die sich auch innerhalb der Mittelschicht unterscheiden können: In Ehrenfeld sind die Menschen kreativer, experimentierfreudiger, aufgeklärter und stehen Alternativen offener gegenüber." (Brocchi 2017, S. 147) Menschen sind in den letzten 10-15 Jahren nach Ehrenfeld gezogen, auch um solche Werteinstellungen miteinander zu teilen, sodass sich dort ein bestimmtes Milieu konzentriert hat. Das, was für Ehrenfeld gilt, gilt jedoch für jede Quartiersinitiative: Auch Menschen mit einem guten Einkommen engagieren sich hier, weil ihre Persönlichkeit eine andere kulturelle Prägung genossen hat.

Die Geschichte des Bonner Zentrums ist bemerkenswert. In den letzten 30 Jahren ist der Stadtteil wie viele andere Innenstädte in eine Flaniermeile und ein Einkaufszentrum umgewandelt worden, dabei wurden der lokale Einzelhandel und das Handwerk durch Handelsketten und Kaufhäuser verdrängt. Obwohl der Massenkonsum in der Modernisierung mit Wohlstand gleichgesetzt wird, zeigt der starke Rückgang der Einwohnerzahl der letzten Jahrzehnte im Bonn-Zentrum (vgl. Bongartz 2006), dass sich eine starke Kommerzialisierung von urbanen Räumen auf die Wohnqualität mindernd auswirkt. Menschen wollen ungern in einem ‚Einkaufszentrum' leben, genauso wenig wie an einer stark befahrenen Straße. Eine Stadtplanung, die weiterhin darauf setzt, stößt auf immer mehr Unverständnis. Wie durch ein Wunder ist das kleine Viktoriaviertel inmitten des Zentrums von Bonn bisher von der Kommerzialisierung verschont geblieben, vor allem weil viele Liegenschaften hier bisher in öffentlicher Hand waren. „Im Viertel wohnen zum Teil Studenten, einige Wohnungen wurden Asylanten und Flüchtlingen zur Verfügung gestellt, die im Alltag aber kaum auffallen." (Eder 2017b, S. 11) Die Mietpreise sind hier niedrig, für Gewerbe weniger als die Hälfte pro Quadratmeter als im städtischen Durchschnitt (vgl. Bentfeld 2017, S. 11), die Baustruktur ist aber zum Teil stark sanierungsbedürftig und „in manchen Wohnungen sind die Fenster noch alt" (Eder 2017b, S. 11). Da das Viertel sehr zentral liegt, verspricht

hier eine relativ niedrige Investition eine hohe Rendite. Entsprechend hoch ist das Interesse von Immobilieninvestoren.

3.2.3 Pioniere des Wandels

Die Entstehung von Bottom-up-Initiativen bedarf Gründer_innen, Impulsgeber_innen und/oder Katalysator_innen. In der Organisationsentwicklung spielt ihre Persönlichkeit eine besondere Rolle, denn sie geben der Initiative ein erstes Gesicht sowie einen Habitus, der sich selektiv oder inklusiv auswirkt: Manche Menschen fühlen sich angesprochen, andere nicht. Eine neue Initiative hat erst einmal keine Geschichte vorzuweisen, vor allem die Persönlichkeit des Pioniers bzw. der Pionierin bietet am Anfang Orientierung in der „Überfülle des Möglichen" (Luhmann 1971, S. 32). Der Zuspruch, den die Initiative erfährt, ist gleichzeitig ein Zeichen, dass die Pionier_innen Vertrauen genießen, glaubwürdig wirken, Menschen motivieren können, selbst Verantwortung zu übernehmen. Motivationsfähigkeit ist gerade bei solchen Initiativen entscheidend, weil Partizipation hier auf Freiwilligkeit basiert. Deshalb verdienen die Pionier_innen eine besondere Aufmerksamkeit: Gibt es biografische, soziokulturelle oder psychologische Ähnlichkeiten unter ihnen? Sind bestimmte Merkmale besonders relevant für die Entwicklung und die Wirksamkeit der Initiativen?

Die erste Auffälligkeit betrifft das Geschlecht der interviewten Persönlichkeiten, sieben von acht sind nämlich männlich. Die Impulse für *Jack in the Box*, den *Tag des guten Lebens* und die Gründung der *Agora Köln* ging von einer einzigen männlichen Person aus. Beim ersten Treffen, das zur Gründung von *Aufbruch in Arrenberg* führte, waren zehn Unternehmer anwesend und keine einzige Frau (vgl. Heynkes 2017, S. 17). Auch die Zündung von *Viva Viktoria!* in Bonn war fast ausschließlich eine männliche Angelegenheit (vgl. Bergfeld/Eder 2017, S. 12). Nur die *Utopiastadt* wurde von einem Mann und einer Frau in gleichberechtigter Position gegründet, während die Bürgerinitiative *Helios* praktisch aus der Initiative einer freien Wählergruppe (*Deine Freunde*) hervorging. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob die Geschlechter in unserer Gesellschaft unterschiedliche Selbstverständnisse in Bezug auf die eigene Rolle in der Öffentlichkeit, auf die Selbstermächtigung oder das politische Engagement pflegen. Haben vielleicht Männer ein stärkeres Bedürfnis, sich in der Öffentlichkeit zu profilieren? Sind sie in der besseren, geschützteren Position (zum Beispiel als Unternehmer), um Ressourcen in eine Initiative zu investieren oder um sich öffentlich angreifbar zu machen? Haben die Frauen eine kulturbedingte soziale Ungleichheit verinnerlicht, die sie hemmt? Gestalten und kommunizieren Frauen Politik anders oder setzen sie sich lieber andere Schwerpunkte im Leben?[13]

[13] Die Relevanz solcher Fragen geht deutlich über die hier untersuchten Initiativen hinaus: „Frauen sind, gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil, in der deutschen Kommunalpolitik nach wie vor unterrepräsentiert. Das ist kein quasi naturwüchsiger Prozess, sondern Ausdruck vielfältiger Ungleichheits- und Diskriminierungsstrukturen. […] Empirisch ist festzustellen, dass die Frauenrepräsentanz mit der Bedeutung der Position auch in kleineren Städten tendenziell abnimmt. Der Frauenanteil unter allen Ratsmitgliedern in deutschen Mittelstädten zwischen 30.000 und 50.000 Einwohnern liegt bei 26 Prozent. Bei den Ausschussvorsitzenden beläuft sich der Frauenanteil nur noch auf 19 Prozent, bei den Fraktionsvorsitzenden auf 18

Die meisten hier betrachteten Persönlichkeiten sind zwischen 48 und 54 Jahren alt, während die zwei Gründer_innen der *Utopiastadt* 36 bzw. 37 Jahre alt sind. Die ältere Generation ist in der Atmosphäre der 1970er und 1980er aufgewachsen, als verschiedene Ideologien im Kalten Krieg miteinander konkurrierten. Das vorherrschende System wurde damals nicht unbedingt als selbstverständlich behandelt, sondern von breiten Teilen der Bevölkerung öffentlich in Frage gestellt. Hier konnten sich viele Menschen die Gesellschaft oder die Wirtschaft ganz anders vorstellen, als sie vorgegeben wurden.

In der Präambel seines Buchs *Urbane Transformation. Zum guten Leben in der eigenen Stadt* beschreibt der Initiator vom *Tag des guten Lebens*, wie sehr seine Kindheit und Jugend seinen späteren Transformationsansatz und sein Engagement geprägt haben (vgl. Brocchi 2017, S. 23-42). Die Transformation erlebte er bereits am Esstisch, als Wandel zwischen den Generationen seiner italienischen Großfamilie, in der Politik ein wichtiges Gesprächsthema war. Mit 14 Jahren war er in der italienischen Umweltbewegung aktiv und gründete die erste ökologische Gruppe seiner Gemeinde, die sich 1987 an der Kampagne zum nationalen Volksentscheid beteiligte, der zum Atomausstieg Italiens führte.

Der Kopf der Bürgerinitiative *Viva Viktoria!,* Axel Bergfeld, war in der Antiatombewegung und nahm an den Protesten gegen Gorleben teil, wo er seine Kampagnenerfahrung sammelte und mit der Strategie des gewaltfreien Widerstandes vertraut wurde: „Dieses Widerständige liegt mir schon im Blut, mir nicht etwas erzählen zu lassen, und zu sagen ‚Ist es so, kann man nichts machen', das ist nicht mein Ding. Deshalb hatte ich den Gedanken, wir können hier in Bonn etwas machen." (Bergfeld 2017, S. 5) Auch Jörg Heynkes (Mitgründer von *Aufbruch am Arrenberg*) war politisch immer engagiert und vertrat grüne Themen. So beschreibt er sich auf der Website der Wuppertaler Eventlocation Villa Media, die er als Geschäftsführer leitet:

> „Schon als Jugendlicher demonstrierte ich in Brokdorf gegen den Bau von Atomkraftwerken oder gegen die Installation von Massenvernichtungswaffen. Mit 18 hätte ich es vielleicht nicht so gut argumentieren können wie heute, aber ich wusste auch damals schon, dass es eine völlig irrsinnige Idee ist solche tödlichen Kraftwerke zu bauen und die Entsorgung der giftigsten Abfälle in der Menschheitsgeschichte einfach den nächsten tausend Generationen zu überlassen." (VillaMedia o.J.)

Martin Schmittseifer, Gründer von *Jack in the Box*, hat nach seinem Studium der Theologie und der Psychologie die politische Konfrontation in der Kirche und in der Psychiatrie erlebt. Er hat sich mit der lateinamerikanischen Befreiungstheologie und dem Unrecht in der Psychiatrie beschäftigt, in der Psychiatrie arbeitete er acht Jahre lang.

Die jüngere Generation ist mit solchen gesellschaftlichen Widersprüchen und Konflikten weniger konfrontiert worden. Nach dem angeblichen „Ende der Geschichte" (Fukuyama 1992) sind die Kritik und der Konflikt in der neuen gesellschaftlichen Ordnung eher unbeliebt, sicher kein

Prozent, bei den Dezernentinnen und Dezernenten auf 14 und bei den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern auf zehn Prozent. In den Großstädten […] liegt der Frauenanteil unter den Ratsmitgliedern […] bei 33 und bei den Ausschussvorsitzenden bei 22 Prozent." (Bogümil/Holtkamp 2013, S. 203-204)

Beleg für ‚professionelles Management'. In seinem Interview beschreibt der jüngere Christian Hampe seine Haltung als

> „positiv konstruktive Radikalität […]. Wir sind keine Bürgerbewegung gegen IKEA oder Outlets, sondern haben uns immer sehr bemüht, […] konstruktiv zu bleiben, lösungsorientiert zu handeln. Wenn andere Akteure irgendwas nicht wollen, dann meckern wir nicht gegen sie: Wir machen uns einfach die Dinge selbst, so wie wir sie gerne haben wollen." (Hampe 2017, S. 3)

Unter den hier behandelten Pionier_innen von Quartiersinitiativen liegt eine weitere interessante Gemeinsamkeit bezüglich der Herkunft vor. In sechs von acht Fällen sind die Personen auf dem Land oder in einer Kleinstadt aufgewachsen und erst später in die Großstadt gezogen. In zwei Fällen liegt die Herkunft sogar im Ausland. Fast alle Persönlichkeiten haben also eine Art *Migration* in ihrer Biografie erfahren, sie vertreten dadurch ein offeneres Konzept von Heimat oder sind ein wenig auf der Suche danach, und mit ihrer Initiative haben sie sich selbst ein Stück Heimat erarbeitet: „Nachdem ich mich hier so engagiert habe, ist meine Heimat hier. Ich gehe durch die Straßen und ist alles viel vertrauter, ich habe so viele Menschen kennengelernt. Es ist das Dorf in der Stadt", sagt Hawe Möllmann (2017, S. 12). Die Heimat ist da, wo man mitgestalten darf. Das trifft auch auf den Initiator des *Tags des guten Lebens* zu, der mit 23 Jahren freiwillig aus Italien nach Deutschland zog. Die Mitgründerin der *Utopiastadt,* Beate Barbara Blaschczok, kam hingegen aus Polen mit ihren Eltern, als sie zehn war. Sie wuchs im beschaulichen Sauerland auf und ging später nach Schwerte, um dort Design zu studieren. In der Ruhrakademie wurden die ersten Bausteine für die spätere Gründung der *Utopiastadt* gelegt:

> „Im Studium wollte ich viele Leute treffen, ich wollte auch Partys feiern, ich wollte eine Gemeinschaft, wo man auch nach der Vorlesung sagt, wir gehen jetzt, wir machen jetzt irgendwas... Aber es war eben schwer, weil alle Leute dann nach Hause gegangen sind (…). Und dann kam es plötzlich, wir [Christian Hampe und ich] haben uns kennengelernt, dann kamen noch ein paar andere Leute dazu. Es wurde lebendiger, wir blieben auch nach der Vorlesung zusammen. Man konnte plötzlich ganz viel verändern. Das, was mir gefehlt hat, konnte ich gemeinsam mit den anderen verändern, indem ich aktiv wurde, indem ich sagte: ‚So, lass uns das machen'. Die Leute hatten auch Lust zu. Zurückblickend ist das ein minimaler Schritt, aber das Bewusstsein dafür ist entscheidend: Wenn dir was fehlt, dann mach es. Das war für mich so und es hat sich später nur potenziert. Dann hat man Kontakt zu anderen Leuten, die etwas ganz anderes erlebt haben, aus einer ganz anderen Welt kommen: Ich habe es sehr schnell ausgesaugt, ich habe dadurch viel gelernt und ich habe mich dadurch auch ein Stück weit angepasst, aber es war eine wichtige Entwicklung für mich, sie hat mich auch hierhin [Utopiastadt] mitgenommen." (Blaschczok 2017, S. 6)

Auch Heynkes hat eine Form von Migration erfahren:

> „In meinem Beruf als Fotograf bin ich sehr viel unterwegs gewesen, in vielen verschiedenen Ländern. Durch die Reisen habe ich einen anderen Blick auf Deutschland und meine Heimatstadt gewonnen. Gelernt manches zu schätzen, was mir vorher egal war […]. Zum Beispiel Pünktlichkeit, Verlässlichkeit, funktionierende Infrastruktur, wie sauberes Wasser, Kanalisation, etc." (Heynkes 2017, S. 17)

Jede Form von Migration (zwischen Ländern, Land und Stadt, aber auch Schichten und Milieus) prägt eine Persönlichkeit, da sie die Fähigkeit erfordert, in einer nicht vertrauten Umgebung zurecht zu kommen. Jede soziale Innovation erfordert den Mut, sich auf ein fremdes ‚Gebiet' zu

begeben. Der bzw. die Migrant_in im umfassenden Sinne pflegt auch eine Form von ‚kreativem Fremdblick' auf soziale Systeme und kann aus einer solchen Perspektive Zusammenhänge, Möglichkeiten oder Potentiale erkennen, die aus einer Innenperspektive, bei der alles selbstverständlich erscheint, nicht erkennbar sind.

Sowohl der Initiator vom *TdgL* als auch Hawe Möllmann sind in einem ländlichen Dorf aufgewachsen und wurden durch starke Gemeinschaftserfahrungen geprägt. Der *Tag des guten Lebens* wurde immer wieder als der Versuch beschrieben, ein Hauch von Dorfleben in die Stadt zu bringen, dorthin, wo sonst Anonymität und Individualisierung herrschen.[14] Doch bemerkenswert ist, dass diese Personen nicht im ursprünglichen Dorf bleiben wollten, mit der Großstadt haben sie die Chance verbunden, sich persönlich zu entfalten. In den hier untersuchten Initiativen geht es nicht um eine bloße Übertragung des dörflichen Gemeinschaftsmodells auf die Stadt, sondern um die Realisierung einer „weltoffene[n] Gemeinschaft, die Vielfalt ertragen statt hemmen" (Brocchi 2017, S. 9) kann.

Alle interviewten Pionier_innen des Wandels haben eine überdurchschnittliche Ausbildung. Sie haben Sozialwissenschaften (Brocchi), Sport und Geografie (Bergfeld), Sozialarbeit (Schmittseifer) oder Sonderpädagogik (Eder) studiert, Ingenieurwesen, Jura, Wirtschafts- oder Naturwissenschaften sind hingegen als Fächer nicht vertreten. Der Rest von ihnen hat eine kreative Ausbildung, als Werbefotograf (Heynkes) oder als Kommunikationsdesigner_in (Blaschczok/Hampe), genossen. Die meisten sind freiberuflich bzw. selbstständig tätig. Heynkes und Bergfeld leiten ein eigenes Unternehmen, die *Villa Media* in Wuppertal und die *Bergfeld's Biomarkt-Kette* mit drei Filialen in Bonn. Die interviewten Personen haben teilweise 15-20 Stunden pro Woche für ihre Initiative ehrenamtlich gearbeitet (so der Sprecher der Bürgerinitiative *Helios*), Axel Bergfeld von *Viva Viktoria!* sogar bis zu 30-40 Stunden. Nicht jeder hat eine solche Flexibilität und eine solche Zeit zur Verfügung. Der Beruf als Lehrer bietet Möllmann eine gewisse Sicherheit, wichtig war aber auch die familiäre Entwicklung: „Ich bin ein Familienmensch und stolz, dass wir die drei Mädels groß gekriegt haben. Weil sie groß sind, haben sie jetzt ein bisschen Platz zu Hause gemacht, es passte, auch für mein Engagement." (Möllmann 2017, S. 1) In manchen Fällen sind Beruf und Engagement komplett voneinander getrennt, in anderen Fällen überschneiden sie sich (zum Beispiel beim Initiator vom *TdgL*) oder aus dem Engagement ist irgendwann ein Beruf geworden, so sind die Gründer_innen von *Utopiastadt* heute deren Geschäftsführer_innen. In allen Fällen haben aber die Initiativen in ihrer Entwicklung von den beruflichen Kompetenzen profitiert, zum Beispiel kann sich ein_e Lehrer_in ansprechend vor einem Publikum ausdrücken. Im Designstudium wird gelernt, „wie funktioniert Kommunikation, wie bringe ich meine Botschaft von A nach B." (Hampe 2017, S. 5) Wer ein Unternehmen gründen kann, kann auch eine Plattform im Quartier aufbauen.

[14] Möllmann (2017, S. 1) sagt: „Ich komme vom Niederrhein und bin eigentlich kein Großstadtmensch, deshalb war ich mit dieser Veedelstruktur in Köln schon sehr glücklich. Köln hat etwas überschaubares. Das Dörfliche in der Stadt interessiert mich schon".

Die hier betrachteten Persönlichkeiten sind politische Wesen im umfassenden Sinne. Doch die etablierten Parteien sind für die meisten von ihnen nicht oder nicht mehr der richtige Platz, um Politik zu machen. „Die Angebote der politischen Parteien zur Mitwirkung haben mich persönlich bisher nicht überzeugt. Ich will konkret agieren. Unmittelbar! Will mit meiner Energie und meiner Leidenschaft konkrete Projekte auf den Weg bringen, die dazu beitragen unsere gemeinsame Welt besser zu machen“ (VillaMedia o. J.), schreibt Jörg Heynkes. Als reflektierte Freidenker_innen lassen sich diese Persönlichkeiten politisch schwer einordnen: Einerseits werden ihnen die etablierten politischen Strukturen schnell zu eng, andererseits haben sie gerade deshalb die Fähigkeit, mehrere Zielgruppen gleichzeitig anzusprechen und Brücken zu bauen. Während viele Menschen, die aus Parteien ausgetreten sind, eine politische Resignation entwickelt haben und heute zu der großen Gruppe der Nichtwähler_innen heute gehören, sehen Persönlichkeiten wie Heynkes oder Bergfeld in ihren Initiativen den Versuch, alternative politische Räume jenseits von Parteien und Institutionen zu schaffen. Mit ihren eigenen Reallabors untersuchen sie Möglichkeiten der Überwindung der Krise der Demokratie hin zu einer gelebten starken Demokratie. Obwohl alle interviewten Personen mit ihren Initiativen einen radikalen Schritt gegangen sind, zeichnen sie sich durch eine liberale und tolerante Haltung aus. Bei ihrer Initiative geht es ihnen weniger um die Ausübung von Macht oder um eine Revanche, sondern um die Schaffung eines Raums, in dem Menschen gemeinsam ihr Selbst entfalten, ihre eigenen Ideen in einem gemeinsamen Rahmen realisieren können.

Schließlich haben diese Personen einen unterschiedlichen Bezug auf das Quartier, in dem sie sich mit ihrer Initiative engagieren. Bernd Eder im Viktoriaviertel und Hawe Möllmann in Ehrenfeld sind als Anwohner vom Bau eines Einkaufszentrums direkt betroffen. Axel Bergfeld unterhält eine Filiale seiner Biomarktkette im Viertel, Jörg Heynkes ist Unternehmer am Wuppertal-Arrenberg: Die Initiative entstand bei ihm aus der ‚egoistischen‘ Motivation heraus, die negative Entwicklungsspirale im Quartier zu stoppen und eine positive zu fördern. Brocchi startete den *Tag des guten Lebens* in einem fremden Quartier (Ehrenfeld), nur weil sich dort die Politik als erste dem Vorhaben öffnete. Danach machte er sich für einen *Tag des guten Lebens* in Sülz stark, dort, wo er noch heute wohnt. Die Gründer_innen der *Utopiastadt* leben nicht am Mirker-Bahnhof, fanden aber in diesem Quartier den Freiraum, um die eigene Idee umzusetzen, und bringen dadurch von außen neue Impulse in die Wuppertaler Nordstadt.

Diese Menschen stehen hinter dem, was sie tun. Ihr Engagement drückt deutlich mehr als eine bewusste Haltung aus, es ist eine Leidenschaft. „Es macht mir Spaß zu bewegen, es hat etwas Unternehmerisches, selbstständig sein, Dinge gestalten“, so beschreibt Bergfeld (2017, S. 15) seine Motivation. Es sind keine Menschen, die ihr Leben ausschließlich an Sicherheit oder Karriere orientieren. Sie sind im Gegenteil bereit, unkonventionelle Wege zu gehen, auch wenn dies mit Risiken und einem gewissen Grad an Selbstaufopferung verbunden ist (vgl. Hampe 2017, S. 3). Teilweise haben sie Charisma, auf jeden Fall die Fähigkeit, Menschen von einer Idee zu überzeugen, es sind jedoch keine Menschen, die sich überschätzen und immer im Mittelpunkt stehen wollen. Im Gegenteil sind sie sehr reflektiert und sensibel, kennen die eigenen Grenzen und set-

zen genau deswegen auf Partizipation und Netzwerke, auf die Motivation und Aktivierung anderer Menschen, um Ziele zu erreichen. Sie können die Potentiale bei anderen (an-)erkennen und wertschätzen – und pflegen ein eher positives Menschenbild, mit einem Grundvertrauen Fremden gegenüber. Beim Gespräch treten sie nicht mit einer Rolle oder Position auf, sondern als Mensch unter Menschen. Fast alle interviewten Personen haben ihr Vorhaben als ‚Neuland' beschrieben, in dem am Anfang vieles unbekannt war. Zum Teil handeln sie mit der naiven Offenheit und Neugierde eines Kindes dabei, als ob es ein Spiel wäre, von dem man nur lernen kann. In Bezug auf die eigene Initiative gibt es eine hohe Lernorientierung. Eine gewisse innere Buntheit führt dazu, dass sie eine Vielfalt ansprechen können: Sie können mit dem Vorstand der Stadtsparkasse kompetent kommunizieren, genauso wie mit Langzeitarbeitslosen in ihrem Quartier. Sie lassen sich nicht durch eine allzu schnelle Etikettierung entschärfen, sondern sind Querdenker_innen und Netzwerker_innen, teilweise Brückenbauer_innen und Vermittler_innen. Es sind Menschen, die sich von Hindernissen, Misserfolgen und Fehlern nicht abschrecken lassen, sondern immer wieder betonen, wie wichtig Ausdauer sei (vgl. Möllmann 2017, S. 5; Blaschczok 2017, S. 3; Eder 2017b, S. 15). Man kann nur so viel investieren, wenn man keine Angst hat, zu scheitern. Sie verfügen über einen ausgeprägten Gerechtigkeitssinn, sind aber keine Ideolog_innen und vertreten liberale Ansichten. Sie können Idealismus und Pragmatismus miteinander verbinden.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese Personen komplett widerspruchsfrei wären. Dies wurde manchmal mit einer gewissen Selbstironie erkannt.

3.2.4 Ziele und Motivation

Eine vergleichende Analyse auf dieser Ebene muss zuerst zwischen expliziten und impliziten, deklarierten und realen sowie zwischen bewussten und unbewussten Zielen unterscheiden. Was in einer Satzung festgeschrieben wird, bildet selten die Vielfalt der eigentlichen Motivationen unter den Mitgliedern vollständig ab.

Zu den expliziten Zielen

Die zwei untersuchten Bürgerinitiativen verfolgen allein *ein* Ziel, es ist eindeutig und konkret: „Wir waren prinzipiell gegen das Einkaufszentrum und haben dann gesagt, das Viertel gehört den Bürgern - und wir wollen das diese darüber entscheiden, was damit passiert" (Eder 2017b, S. 3), so Bernd Eder von *Viva Viktoria!.* Doch nur die Bürgerinitiative *Helios* übersetzte dieses Ziel auch positiv, indem sie ein eigenes alternatives Konzept für das Gelände partizipativ entwickelte und sich da*für* einsetzte. Wie werden diese Ziele begründet?

> „Es gab die Probleme des Einzelhandels gegen das Einkaufszentrum, es gab ein ästhetisches Problem gegen diesen Monolith auf dem Helios-Gelände. Wir wollten Einzelhandel anstatt anonymes Großeinkauf und Ausbeuter wie Primark. Die Kommerzkritik war da. Es war sozial solidarisch, es ging nicht nur um Subkultur und um mich, sondern es ging auch um Menschen und Existenzen […]. Wir wollten solidarisch mit den Menschen sein, die auf dem Helios-Gelände sind oder waren. Politisch waren wir links-grün, insofern war uns Nachhaltigkeit auch wichtig" (Möllmann 2017, S. 9),

so der Sprecher der Bürgerinitiative *Helios.*

Jack in the Box hat sich ursprünglich die Wiedereingliederung von langzeitarbeitslosen Menschen mit ‚besonderen Vermittlungshemmnissen' vorgenommen, unter der Prämisse ihrer Wertschätzung: „Jack in the Box wurde in der Hochphase der Arbeitslosigkeit in Deutschland gegründet, um mit unseren Projekten vielfache gesellschaftliche Mehrwerte zu schaffen […] Mich hat Hartz IV als rückwärtsgewandtes, paternalistisches System geärgert." (Schmittseifer 2017, S. 6) Jeder Mensch verfügt über Kreativität und ein gestalterisches Bedürfnis. *Jack in the Box* schafft einen Rahmen, in dem sich diese sonst brachliegende Kraft entfalten kann und in nachhaltige Güter und Dienstleistungen umgewandelt wird. Indem die Arbeit dieser Menschen der umliegenden Gemeinschaft und dem Quartier dient, machen sie diese lebenswerter.

Die *Utopiastadt* ist ein vielschichtiges Projekt, wobei die Nutzung des gemeinsamen Freiraums von zentraler Bedeutung ist. Auf der untersten, greifbarsten Ebene geht es hier um einen Coworkingspace für Menschen aus der Kreativwirtschaft, deren Kompetenzen sich überschneiden oder gegenseitig ergänzen. Auf einer höheren Ebene bietet die *Utopiastadt* Raum für Projektideen. Die übergeordnete Ebene ist die *Utopiastadt* als Forum und Treiber einer alternativen, nachhaltigeren Stadtentwicklung, wobei der Fokus auf dem umliegenden Quartier und Gelände liegt.

Wie die zwei oben genannten Bürgerinitiativen hat auch *Aufbruch am Arrenberg* einen deutlichen Quartiersbezug. Während die Bürgerinitiativen existierende Quartierseigenschaften oder endogene Entwicklungen gegen einen drohenden Eingriff von außen schützen wollten, ging es den Gründern der Arrenberger Plattform zuerst um die Abwendung einer Abwärtsspirale durch die progressive Aktivierung von soziokulturellen Potenzialen im Quartier.

Der *Tag des guten Lebens* ist nicht an ein bestimmtes Quartier gebunden, sondern rotiert als Katalysator der Transformation unter den Quartieren der Stadt. Die Plattform hinter dem *Tag des guten Lebens*, die *Agora Köln*, hat einen stadtübergreifenden Bezug: Hier können sich die Quartiere miteinander austauschen, voneinander lernen, gemeinsame Ziele und Forderungen formulieren. Im ursprünglichen Konzept standen zwei Ziele im Vordergrund:

a) Köln schrittweise in das postfossile Zeitalter führen, mit Fokus auf einem Wandel der Mobilität in der Stadt und einem Umstieg vom motorisierten Straßenverkehr in die geteilte und die körperliche Mobilität (ÖPNV, Carsharing, Fahrrad, zu Fuß…);

b) die Verbindung der Nachhaltigkeitsziele mit der Frage der Demokratie. Hier sollte der *Tag des guten Lebens* Bürger_innen aktivieren und selbst ermächtigen, die Stadtentwicklung stärker von unten mitzubestimmen und mitzugestalten. Nach dem Einsturz des historischen Stadtarchivs der Stadt Köln 2009 sollte der *TdgL* für ein neues Verhältnis zwischen Institutionen und Bürgerschaft stehen.

Zu den impliziten Zielen

Die Handlung der Initiative wird auf der expliziten (bewussten, verbalen) Ebene auf ein Ziel gerichtet, doch die eigentliche Energie dafür kommt oft aus der impliziten (eher unbewussten, nonverbalen) Ebene. Diese zweite Ebene ist eher unscharf, nicht immer greifbar, sie lässt sich nicht so leicht umschreiben. Die Initiativen dienen als Projektionsfläche für Sehnsüchte und Bedürfnisse. Beate Barbara Blaschczok von *Utopiastadt* beschreibt die allgemeine Motivation der Menschen, die sich an der Organisation der Veranstaltungsreihe in den Wuppertaler ELBE-Hallen beteiligten, wie folgt:

> „Es war die Gemeinschaft, die entstanden ist, das war diese Arbeit, die man gemacht hat, das waren die Früchte dessen, das war eine gute Veranstaltung... Das war dieser Schaffungsprozess, dieses Etwas zu bewegen, Leute da zu sehen, die sich wohlfühlen, die interessiert sind, mit denen man sich austauschen kann..." (Blaschczok 2017, S. 3)

Ihr Kollege Christian Hampe (2017, S. 3) ergänzt: „Und man hatte auch Bock, die Welt zu verändern... Man wollte sich nicht damit abfinden, dass die Sachen so oder so oder so sind."

In einer globalisierten Gesellschaft, die immer konformistischer wird, haben es Menschen, die anders denken oder anders leben wollen, nicht leicht – und finden in solchen Initiativen ein Biotop, das offen und tolerant genug ist, um sich zugehörig fühlen zu können, ohne die eigene Andersartigkeit aufgeben zu müssen. Diese Menschen glauben nicht an die dominanten Mythen und Dogmen (Wachstum, freier Wettbewerb, Massenkonsum als höchstes Stadium des Wohlstandes, Karriere und Sicherheit als anstrebende Lebensziele), sie suchen auch nicht nach einer alternativen Ideologie, an der sie sich festhalten können. Die Menschen suchen in diesen Initiativen Räume, in denen ‚große Fragen' noch gestellt und reflektiert werden dürfen, zum Beispiel nach der Möglichkeit der gewaltfreien Gestaltung von Beziehungen oder nach einem Leben im Gleichgewicht mit der inneren und der äußeren Natur. Weil solche Fragen hier nicht nur diskutiert, sondern teilweise auch gelebt werden, bilden solche Initiativen Labore und Werkstätten (Nischen), in denen die Fundamente des gesellschaftlichen Zusammenlebens weiterentwickelt oder neu definiert werden.

Schließlich gibt es eine besondere Kreativität in unserer Gesellschaft, die in einer gemeinwohlorientierten Logik besser verwertet wird als auf einem kapitalistischen Markt. So hätten die zwei Designer_innen, die die *Utopiastadt* gegründet haben, für eine Werbeagentur arbeiten können, anstatt viel in ein Projekt zu investieren, das ihnen nach Jahren immer noch nur ein Minimaleinkommen bietet. Doch Menschen glücklich zu machen ist manchmal eine größere Anerkennung als ein höheres Einkommen. Diese Aktivität bietet deutlich mehr *Sinnhaftigkeit* als die ständige Konsumförderung.

Die Ziele der Initiativen sind keine statischen Konstrukte, sondern können sich im Laufe der Zeit ändern. Nachdem die Bürgerinitiative *Viva Viktoria!* ihr erstes Ziel erreicht hat (die Shopping-Mall wird nicht gebaut), sucht sie nun eine Existenzberechtigung in neuen Zielen. Zur Debatte steht zurzeit die Entwicklung eines Konzeptes für die Zwischennutzung des ehemaligen städtischen Bads im Viktoriaviertel.

Bei der Weiterentwicklung der *Utopiastadt* geht es um die Übertragung des Konzeptes auf ein viel größeres Gelände, das zurzeit dem Investor Aurelis gehört. Hier soll der *Utopiastadt Campus* entstehen.

Nachhaltigkeit gehörte nicht von Anfang an zu den Zielen von *Aufbruch am Arrenberg*, sondern ist durch einen partizipativen Dialogprozess nach und nach zum Leitbild der Initiative geworden. Das übergeordnete Ziel ist nun, Arrenberg bis 2030 CO2-neutral zu gestalten.

Beim *Tag des guten Lebens* wurde das ursprüngliche Konzept im Laufe des ersten Jahrs durch ein weiteres Ziel ergänzt: die Schaffung bzw. die Stärkung von Nachbarschaftsstrukturen in den Quartieren. Die Inspiration dazu entstand beim Initiator durch den Austausch mit Gerd Wessling, damals Sprecher der deutschen Transition-Towns-Bewegung. Dort wurde gerade ein Transition-Street-Konzept entwickelt: Die Anwohner_innen jeder Straße sollten durch ein Sieben-Schritt-Verfahren die Energiewende in der eigenen Straße herbeiführen und dabei sogar Geld sparen können. Um sich von diesem Konzept abzugrenzen, fand mitten im Jahr 2012 im Rahmen der *Tag-des-guten-Lebens*-Initiative ein Treffen statt, um ein Transition-Neighbourhood-Konzept zu entwickeln: Dabei sollte am *Tag des guten Lebens* jede Straße zum Gemeingut werden, das von der eigenen Nachbarschaft entsprechend betrachtet, behandelt und selbst verwaltet wird.

Nicht alle Initiativen ändern die eigene Zielsetzung freiwillig. So musste *Jack in the Box* die Beschneidung der Fördermittel durch neue Ideen kompensieren – und wurde dabei vom Raumnehmer zum Raumgeber für gute Ideen. In anderen Fällen kann hingegen gerade der Erfolg der Initiative zu einem schleichenden Wandel der Motivation führen:

> „Ich will nicht ausschließen, dass es auch die Masse und die Anerkennung war […]. Der Erfolg ist dann die Bestätigung. Die Bürgerinitiative Helios wurde unheimlich gehyped. Es kamen Anfragen überregional, ‚was läuft da, wie macht ihr das.' Es hat auch mit dieser Anerkennung zu tun." (Möllmann 2017, S. 5)

Durch den Erfolg bieten die Initiativen plötzlich den Mitgliedern Zugang zu Möglichkeiten, die sie als Individuen nicht gehabt hätten: Massenmedien, öffentliche Aufmerksamkeit, prominente Kontakte, Fördermittel. Dies kann auch zu einem internen Wettbewerb in der Initiative führen, der das Teilen miteinander immer mehr erschwert:

> „Medien steigern den Bekanntheitsgrad von Personen enorm und können dadurch in sozialen Bewegungen einen Wettbewerb um Medienpräsenz auslösen: ‚Wer darf sich mit dem Erfolg des Tags des guten Lebens schmücken und wer nicht?'; ‚Warum sollte ich mich ehrenamtlich einbringen, wenn dies nur der Selbstdarstellung anderer dient?'" (Brocchi 2017, S. 141)

Organisationen, die sich professionalisieren und bezahlte Arbeitsstellen schaffen, riskieren irgendwann, die Selbstsicherung als reales, implizites Ziel zu verfolgen, während die ursprünglichen, deklarierten Ziele nach und nach zum Mittel umgewandelt werden.

Alle untersuchten Initiativen haben sich in der Zeit zwischen 2006 (*Jack in the Box*) und 2014 (Bürgerinitiative *Viva Viktoria!*) gegründet. Direkt oder indirekt sind ihre Ziele mit den Besonder-

heiten dieser historischen Phase verbunden. Teilweise können sie auch als Reaktion auf die direkten und indirekten Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung verstanden werden. Sie hat zu einer tiefen Krise der Demokratie geführt bzw. zu einem dramatischen Missverhältnis zwischen den Gestaltungsmöglichkeiten von Finanzmärkten und demokratischen Institutionen. Da, wo die Kommunalpolitik und die Stadtverwaltungen ein laszives oder gar gefälliges Verhältnis den Investoren gegenüber pflegen, schreiten die Bürger_innen ein, um einem als willkürlich empfundenen Handeln Grenzen zu setzen. Die Stadtverschuldung führt auch zu einer nachlassenden Handlungsfähigkeit der Stadtverwaltung, sodass solche Initiativen auch eine kompensatorische Funktion ausüben und Lücken schließen.

Bei allen Initiativen spielt das Thema *Raum* eine zentrale Rolle. ‚Freiräume und Gemeinschaftsräume' werden durch die Kommerzialisierung, die Privatisierung oder den wachsenden motorisierten Straßenverkehr immer mehr zu Mangelware, das war der Themenschwerpunkt der Agora Köln 2014-2015. Dadurch bleiben viele menschliche Bedürfnisse auf der Strecke – denn Gemeinschaft kann nicht nur in virtuellen Räumen, Bars oder Supermärkten stattfinden. Initiativen wie *Jack in the Box* und die *Utopiastadt* sind zum Anlaufpunkt geworden, für Menschen, die Freiräume für Ideen und Begegnungsräume suchen.

3.2.5 Strategie

Wie schaffen es die hier untersuchten Initiativen, systemisch zu handeln, ohne sich dabei zu lähmen? Diese Frage ist nicht unwesentlich. Diese Initiativen müssen handlungsfähig bleiben, obwohl sie (im Vergleich zu Institutionen oder Unternehmen) kaum Ressourcen zur Verfügung haben und ihre Bindungskraft auf Freiwilligkeit basiert. Sie wenden eine doppelte Strategie an: Zuerst reduzieren sie die Komplexität (Überlastung) durch eine Eingrenzung des räumlichen Handlungsrahmens auf das Lokale. Auch im Lokalen kann eine globale Verantwortung wahrgenommen werden, indem der Klimaschutz gefördert, das Konsumverhalten verändert oder das Handeln internationaler Investoren hinterfragt wird. Wenn lokale Betriebe nichtnachhaltige Güter (z.B. Waffen) für den Weltmarkt erstellen, können sich die Bürger_innen aus der Gemeinde für ihre Konversion einsetzen. Zweitens findet eine weitere Reduktion von Komplexität über das Vertrauen statt. Die Nähe ermöglicht eine häufigere physische Interaktion unter den Menschen. So haben sich Beate Barbara Blaschczok und Christian Hampe beim Designstudium kennengelernt und ein starkes Tandem gebildet, das sich jahrelang den Weg bis zur Gründung der *Utopiastadt* regelrecht erkämpft hat. Im Bonner Viktoriaviertel wohnt Bernd Elmer ein paar Etagen über dem Laden von Axel Bergfeld:

> „Ich musste nur die Treppen runtergehen und mich im Biogeschäft von Axel vorstellen. Da haben wir uns auf Anhieb verstanden und so hat die Zusammenarbeit für die Bürgerinitiative begonnen […]. Ich fand das erste Gespräch mit Axel total spannend, wir haben uns eine halbe Stunde zusammengesetzt. Keiner von uns hat herumtaktiert, sondern es war direkt ein ‚was möchtest du? Was würdest du gerne machen? Was stellst du dir vor?' Und das war zwischen uns deckungsgleich. Es war für uns klar, dass wir solange weitermachen, bis es noch Spaß macht, wir wollten keinen Kampf, sondern Engagement." (Eder 2017b, S. 1)

Im Kern der Bürgerinitiative *Viva Viktoria!* herrscht ein hoher Grad an Vertrauen und dies senkt die Möglichkeit von Konflikten und den Aufwand bei Entscheidungsprozessen erheblich: „Zu Bernd, Johannes und Lui, zwischen uns, ist eine Art Vertrauen, das von Anfang an da war. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass wir uns gestritten haben." (Bergfeld 2017, S. 5)

Der Initiator des *Tags des guten Lebens* überzeugte eigene *Freunde*, Aufgaben im Rahmen des Projektes zu übernehmen, die keiner sonst übernehmen wollte, so Thomas Schmeckpeper, der Jahre lang erfolgreich die Logistik (u. a. Organisation der Straßenabsperrungen) verantwortete (vgl. Brocchi 2017, S. 91). Auch die meisten Unternehmer, die *Aufbruch am Arrenberg* gründeten, kannten sich persönlich. Vertraute Beziehungen erleichtern den Schritt zum sozialen Handeln erheblich – und von dieser Strategie haben alle hier untersuchten Initiativen profitiert, sie haben nach und nach das Beziehungsgeflecht bzw. den Vertrauenskreis erweitert. Wenn man sich persönlich kennt, sind auch Entscheidungsprozesse unkomplizierter und ein Konflikt bedeutet nicht automatisch eine Trennung. Vertrauen ist auch die Voraussetzung für die Kooperation:

> „Das Erfolgsrezept des TdgL liegt vor allem im miteinander Teilen. Obwohl dieser Tag eine gewaltige logistische Herausforderung darstellt und die Agora Köln lange Zeit nur über knappe finanzielle Mittel für die Organisation verfügte, wurde er bisher erfolgreich realisiert, vor allem weil viele Bürger_innen kleine und größere Aufgaben selbst übernommen und eine kollektive Verantwortung mitgetragen haben." (Brocchi 2017, S. 117-118)

Die Wirksamkeit der Initiativen basiert weniger auf einem (oft nicht vorhandenen) ökonomischen Kapital: Entscheidend ist hier das *Sozialkapital*. Eine Voraussetzung für die Bildung und die Mobilisierung vom Sozialkapital, ist, dass die Prozesse bottom-up statt top-down verlaufen. Was *Aufbruch am Arrenberg* von anderen Initiativen unterscheidet, ist,

> „dass es bottom-up ist. In Andernach ist es sehr top-down. In Bottrop ist es auch ein top-down-Prozess, die Sennestadt ebenso. Was sehr erfolgreich ist, mit diesen begrenzten Möglichkeiten als bottom-up, dass wir schon viele kleine Schritte machen konnten, dass wir die Schritte miteinander teilen können." (Heynkes 2017, S. 3)

Dadurch zeigen diese Initiativen verschuldeten Städten, wie sie auch mit knappen Kassen handlungsfähig bleiben können. Während Investoren ihre Kräfte mit hohen Gehältern motivieren und kontrollieren und jeden Schritt nach der Frage prüfen, ob er rentabel oder finanzierbar sei, zeigen die Initiativen, wie künstlich die Macht des Geldes sei: „Die Bürger haben Spielräume. Ich glaube auch nicht, dass es immer eine Kapitalgeschichte ist. Das Monetäre wird überbewertet." (Möllmann 2017, S. 9) Die Unkommerzialität des *Tags des guten Lebens*, die Tatsache, dass an diesem Tag im öffentlichen Raum nichts gekauft und verkauft werden darf, sondern nur geschenkt und geteilt wird, ist eine wesentliche Strategie, um Vertrauen unter den Menschen zu fördern und zu pflegen – und damit das Sozialkapital zu steigern.

Die Nähe ermöglicht aber auch eine häufigere physische Interaktion zum Raum und zu den umliegenden ‚Dingen'. Einerseits ist das *gemeinsame* Viertel oder die *gemeinsame* Straße das ‚Totem' (vgl. Durkheim 1902), das als Identifikationsmoment der Gemeinschaft dienen kann. Die

Frage, was die Voraussetzungen für die Partizipation der Menschen sind, beantwortet Axel Bergfeld so: „Identifikation mit der Stadt, das muss schon da sein. Ich muss die Stadt als meine empfinden, dann gestalte ich sie auch mit“ (Bergfeld 2017, S. 14). Die Hemmschwelle zum Engagement ist deutlich niedriger, wenn man sich irgendwie ‚zu Hause‘ und dadurch auch zum Handeln *berechtigt* fühlt. Andererseits bedeutet die räumliche Vertrautheit auch eine räumliche Kompetenz, die das soziale Handeln vereinfacht, zum Beispiel wenn es darum geht, Ressourcen zu mobilisieren oder einen Raum für ein Treffen zu finden.

Im Umgang mit der inhaltlichen Komplexität unterscheiden sich jedoch die Strategien der untersuchten Initiativen voneinander:

a) Die Bürgerinitiativen *Helios* und *Viva Viktoria!* haben ein einziges übersichtliches und klar definiertes Ziel: eine Shopping-Mall im Quartier verhindern. „Ich bin nicht so der große politische Mensch […]. Es hat bei diesem Thema eine *überschaubare Große*, da kann ich mich besser einbringen“ (Eder 2017b, S. 1; Hervorhebung: D. B.), sagt Bernd Eder von *Viva Viktoria!.* Hawe Möllmann[15] erklärt den Vorteil der Bürgerinitiative *Helios* so: „Politische Themen sind häufig zu komplex, um überhaupt den Versuch zu starten, sie zu verstehen und sich zu positionieren. In dem Zusammenhang könnte auch erklärt werden, warum *monothematische* Bürgerinitiativen eher einen erhöhten Zulauf haben“ (Hervorhebung: D. B.). Selbst wenn diese Bürgerinitiativen auf ein einziges konkretes Ziel fokussiert sind, vereinen sie doch sowohl in der Begründung als auch bei der Entwicklung alternativer Bebauungskonzepte ökologische, ökonomische, soziale und kulturelle Belange.

b) *Utopiastadt* und *Jack in the Box* sind im Kern Orte der Kreativwirtschaft, thematisch jedoch relativ offen, die Eingrenzung entsteht vor allem im Rahmen der Raumverwaltung und der Raumvergabe. Was haben die Menschen und die Aktivitäten in der *Utopiastadt* gemeinsam? „Die Gemeinsamkeit ist dieses Haus selbst, die *Utopiastadt*. Die Gemeinsamkeit ist, dass wir vom Garten bis zur Werkstatt unterwegs allem begegnen. Gemeinsame Erfahrungen machen, in einem Gemeinschaftsraum“, sagt Beate B. Blaschczok (2017, S. 12). In der *Utopiastadt* werden die Inhalte gelebt statt vorgegeben, ihre Formalisierung findet eher informell statt oder als Beschreibung von dem, „was man bereits lebt“ (Blaschczok 2017, S. 6; Hampe 2017, S. 13). Die inhaltliche Eingrenzung findet unter anderem im Rahmen des täglichen Jour fix von Blaschczok und Hampe statt, bei dem immer wieder die Entscheidung getroffen wird, welche Projektideen einen Raum in der *Utopiastadt* bekommen und welche nicht, in schwierigeren Fällen befassen sich die erweiterten Entscheidungskreise mit der Frage. Hampe definiert die inhaltliche Klammer der *Utopiastadt* so: „Es geht auch um die Welt insgesamt, unter dem Gesichtspunkt des

[15] Persönliche Mitteilung vom 24.01.2018.

Gemeinwohlaspektes, besser, sinnvoller, schöner, nachhaltiger zu gestalten. Das steckt schon alles in diesem Begriff Utopiastadt." (Hampe 2017, S. 12-13)

c) Auch *Aufbruch am Arrenberg* zeichnet sich durch eine thematische Breite aus – und genau damit erklärt Jörg Heynkes einen weiteren Aspekt der Erfolgsstrategie der Initiative im Vergleich zu anderen Initiativen:

> „Wenn wir das Thema Klima behandeln, [machen] wir es umfänglich. Nehmen wir ein Beispiel: Die essbare Stadt Andernach macht im Bereich Ernährung viel mehr als wir, viel toller, aber sie macht nur das. Die Schönauer Bürgerinitiative macht nur Energiewende, in dem Bereich sind sie viel erfolgreicher als wir, aber sie machen nur das. Wir wollen hingegen alles anfassen, weil es nur dann Sinn macht, weil alles miteinander verzahnt ist." (Heynkes 2017, S. 3)

Es geht hier um eine Auffassung von Nachhaltigkeit, in der die ökologischen und ökonomischen Aspekte stärker betont werden als zum Beispiel die Frage der sozialen Gerechtigkeit. Diese inhaltliche Betonung hat sich inzwischen auch im Kölner Prozess des *Tags des guten Lebens* durchgesetzt, die *Agora Köln* hat für 2017 und 2018 *Essbare Stadt* als Themenschwerpunkt gewählt (vgl. u.a. Klein 2017)

d) In der ursprünglichen Strategie des *Tags des guten Lebens* in Köln werden die oben genannten Strategien miteinander verbunden. Die Strategie von monothematischen Bürgerinitiativen finden sich in der Tatsache wieder, dass sich die *Agora Köln* jedes Jahr oder alle zwei Jahre auf einen Themenschwerpunkt konzentriert, in dessen Rahmen auch ein konkreter Transformationsschritt definiert wird: Er soll gemeinsam, durch die Einheit der Kräfte aus Nachbarschaften, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Kultureinrichtungen (u.a.), in der Stadt durchgesetzt werden. So beschloss die *Agora Köln* 2013 *Nachhaltige Mobilität* als gemeinsamen Themenschwerpunkt und verband diesen mit einem tatsächlichen Transformationsschritt: der Einführung eines jährlichen autofreien Sonntags in Köln. An diesem Tag sollten auch Bus und Bahn in der Stadt kostenlos sein. Die *Agora Köln* startete und koordinierte eine umfangreiche Debatte zu diesem Themenschwerpunkt in Köln, viele Akteur_innen und Bürger_innen beteiligten sich daran, es wurde ein gemeinsames Programm mit dem Titel *Verkehr des guten Lebens. Ein nachhaltiges Mobilitätskonzept für Köln* (Agora Köln 2015) herausgegeben. Der Unterschied zu monothematischen Bürgerinitiativen ist, dass die Themenschwerpunkte und die durchzusetzenden Transformationsschritte bei der *Agora Köln* jedes Jahr bzw. alle zwei Jahre wechseln. Nach dem multidimensionalen Modell der Nachhaltigkeit sollten die Themen rotieren, 2014 wählte die *Agora Köln* einen sozialen Themenschwerpunkt: *Freiraum und Gemeinschaftsraum.* Im Prozess zum *Tag des guten Lebens* in Sülz bildete sich eine Arbeitsgruppe, um ein Sozial- und Kulturzentrum in diesem Stadtteil zu gründen. Die Rotation der Themenschwerpunkte basiert auf der Einsicht, dass eine heterogene Bevölkerung nur durch eine breite inhaltliche Aufstellung mobilisiert werden kann: Selbstreferentielle Kommunikationsprozesse (Umweltorganisationen sprechen umweltorientierte Menschen an, Kulturschaffende Kulturinteressent_innen usw.) müssen

> durchbrochen werden. Durch die räumliche Rotation des *Tags des guten Lebens* (er findet immer in einem anderen Viertel statt) kann die lokale Bewegung *Agora Köln* durch die Anbindung weiterer Nachbarschaften weiterwachsen, durch die thematische Rotation wächst die lokale Bewegung, indem weitere Interessenbereiche (Umwelt, lokale Ökonomie, Soziales, Kultur) nach und nach eingebunden werden. Je größer die Bewegung wird, desto größer ist seine Schlagkraft, um weitere gemeinsame Transformationsschritte durchzusetzen; darauf setzte zumindest das ursprüngliche strategische Konzept (vgl. Brocchi 2017, S. 66-67).

Eine wichtige strategische Rolle bei den Initiativen spielt auch die Fähigkeit, das eigene Handeln und die eigene Geschichte in ein *Narrativ des gesellschaftlichen Wandels* zu verpacken, das Sehnsüchte, Bedürfnisse und Wünsche anspricht (vgl. Brocchi 2017, S. 115-116). Für ein solches Narrativ steht der Name *Utopiastadt* selbst, ein Ort, in dem Utopien für die Stadt entwickelt und umgesetzt werden: „Ein Bahnhof von gestern als Labor für die Stadt von morgen" (Neue Nachbarschaft 2017). „Wie würde Köln aussehen, wenn die Anwohner_innen selbst den eigenen Stadtteil oder die eigene Straße gestalten könnten?" (Brocchi 2017, S. 45), heißt es beim Tag des guten Lebens. Das Narrativ ist ein *offenes*, „das plural interpretierbar und übersetzbar ist, ohne in Beliebigkeit auszuufern, zumindest so lange der vorgegebene normative Rahmen (u.a. Nachhaltigkeit, Unkommerzialität) eingehalten wird" (Brocchi 2017, S. 115). Das Narrativ ist auch deswegen offen, weil die beteiligten Akteur_innen darin „als *Co-Autoren* auftreten und selbst mitschreiben dürfen. Die Offenheit ermöglicht es dem Narrativ, sich den lokalen Nischen und den Individualitäten anzupassen. Dadurch ist es leicht übertragbar – auf andere Städte oder Milieus" (ebd.). Das Potential des Narrativs kann auch durch eine hohe Kompetenz im Umgang mit den neuen Medien (Websites, Facebook) und der Presse entfaltet werden. Diese ist in allen untersuchten Initiativen vorhanden – und spielte eine entscheidende Rolle zum Beispiel beim Erfolg der Bürgerinitiative *Viva Viktoria!*. „Wir hätten gar keine Chance ohne die sozialen Medien gehabt […]. Wir könnten uns ohne Geld organisieren, dank der neuen Medien auf sehr einfachen Art und Weise", sagt Axel Bergfeld (2017, S. 16). Er betont jedoch die Ambivalenz der Massenmedien: „Die Presse war nicht unbedingt auf unserer Seite, am Anfang schon, denn wir waren die Sensation, […] es war eigentlich ein Artikel im Bonner Generalanzeiger der unserer Bürgerinitiative ausgelöst hat." (Bergfeld 2017, S. 4; S. 16) Eder ergänzt: „Die Presse hat zuerst eine schöne Geschichte in uns gefunden, später waren wird dort jedoch die Querulanten, die alles aufmischen. Das Problem ist, dass Investoren oft auch die Werbeträger sind und die Presse braucht sie. Wir sind keine Werbeträger." (Eder 2017b, S. 16)

3.2.6 Organisation und Kommunikation

Nicht nur die Ziele der hier untersuchten Initiativen verändern sich im Laufe der Zeit, sondern auch die interne Organisations- und Kommunikationsstruktur. Die Entwicklung jeder Organisation folgt oft ähnlichen Mustern. Richard B. Caple beschreibt sie als Abfolge von fünf Stadien:

> „1. *Orientierungsstadium* (das Verhalten ist noch recht unkoordiniert, man hört nicht so recht aufeinander, Bemühungen zur Etablierung traditioneller Strukturen werden unternommen, die

> Toleranz des Gruppenführers wird erprobt usw.); 2. *Konfliktstadium* (in dieser Phase gibt es sehr viele Meinungsverschiedenheiten, Gruppenmitglieder sind sehr unzufrieden miteinander, stimmen mit vorgeschlagenen Plänen nicht überein, unterbrechen oft die Diskussion, greifen einander persönlich an usw.); 3. *Integrationsstadium* (dies ist eine Phase des Ausgleichs. Die Gruppenmitglieder beachten sich gegenseitig, suchen nach Übereinstimmung, die Polarisierung nimmt ab usw.); 4. *Leistungsstadium* (die Gruppe hat sich zu einer funktionsfähigen Einheit entwickelt. Die interpersonalen Beziehungen sind fest, Gruppennormen und -rollen sind etabliert, Probleme werden rational bewältigt, und die Gruppe arbeitet reibungslos. Jede Gruppe sollte dieses Idealstadium irgendwann erreichen); 5. *Stabilisierungsstadium* (die Gruppenmitglieder sind grundsätzlich mit ihrer Gruppe zufrieden. Sie sind an der Neubewertung ihrer Normen nicht interessiert, möchten keine neuen Informationen und erneuten Veränderungen usw. Das Interesse richtet sich auf die Zukunft der Gruppe: Wird sie von Dauer sein?)." (Thomas 1992, S. 78-79.)

Nur anhand eines Interviews mit den Gründer_innen oder Sprecher_innen kann das Entwicklungsstadium der hier untersuchen Initiativen nicht genau verortet werden, es gibt jedoch einige Hinweise auf dasselbe. Ein interessanter Aspekt betrifft die ‚Sonderrolle' der Pionier_innen (Gründer_innen und Initiator_innen) innerhalb einer Organisation, die sich starker Demokratie, Bürgerbeteiligung oder Vielfalt verschrieben hat. Bei *Utopiastadt, Jack in the Box, Aufbruch am Arrenberg* und der Bürgerinitiative *Viva Viktoria!* sind die meisten Gründer_innen bisher in einer prominenten Position geblieben. Dafür könnte eine Erklärung darin liegen, dass sie die Initiative durch eine gewisse unternehmerische Einstellung geprägt haben, bei der der bzw. die Ideengeber_in oder Innovator_in eine Sonderposition auch bei flachen Hierarchien bzw. in einem basisdemokratischen Prozess behalten darf/soll, ohne sich dafür ständig rechtfertigen zu müssen. Im Unterschied zu einem Unternehmen muss jedoch diese Position immer wieder von einer Gruppe legitimiert werden, denn es soll hier um ein ‚Wir' statt um ein ‚Ich' gehen. Diese Legitimation wird meistens fast selbstverständlich vergeben, die besonderen Leistungen werden damit anerkannt. So berichten die Gründer_innen der *Utopiastadt* über ihre Sonderposition und ihr Verhältnis zur Basis:

> „Wir waren vom Anfang an sehr transparent, in dem was wir getan haben. Wir haben Einnahmen und Ausgaben immer offengelegt, natürlich mussten wir zwischendurch entscheiden, aber wir haben uns immer darum bemüht, auch die Leute mitzunehmen, diese regelmäßigen Treffen zu machen und jedem die Möglichkeit zu geben, mitsprechen zu können. Das kann an vielen Stellen schwierig sein... Wenn jemand am Tisch gesessen hätte, der sich inhaltlich wirklich mehr hätte einmischen wollen (das ist wohl nicht passiert, aber wenn das passiert wäre), wäre es wirklich schwierig geworden." (Blaschczok 2017, S. 11).

> „[Frage: Wie habt ihr vor der Basis rechtfertigt, dass ihr auch für euch ein Honorar braucht?] Das spielte immer eine etwas untergeordnete Rolle, einfach weil wir eine sehr hohe Anfangsinvestition eingegangen sind. Wir haben fünf Jahre lang nur investiert, Zeit und auch Geld... Und dann ist der Moment gekommen, wo ich nur hier gearbeitet habe und es war keine restliche Zeit mehr da, das war noch zu GbR-Zeiten, als wir uns 800 Euro hier ausgezahlt haben, das war das erste Mal jeweils, 2013 […]. Es ist echt nicht viel, 800 Euro pro Monat. Wir sind sehr stark in Vorleistung gegangen und das wussten alle, weshalb gab es keine Probleme bei solchen Entscheidungen […]. Als es darum ginge, nach dem Förderverein die Utopiastadt gGmbH zu gründen, war natürlich die Frage, wer soll die Geschäftsführung machen, da war relativ klar, wir beide wollen/sollen das auch machen, das war schon klar, als wir den Förderverein gegründet haben, deshalb haben wir auch im Förderverein keine Posten. Unser Gehalt als Geschäftsführer ist ein bisschen aufgestockt worden. [lacht]" (Hampe 2017, S. 11)

Um die Legitimation von der Basis zu verkörpern, ist es entscheidend, dass der Führungsstil und der Habitus im Einklang mit dem Geist der Initiative bleiben bzw. dass keine großen Widersprüche auftreten. In solchen Initiativen sitzen oft sehr anspruchsvolle und kritische Menschen, die sich ernst genommen fühlen und nicht zum reinen Instrument verkommen wollen. Wie Blaschczok im Interview sagt, die Entwicklung der Organisation kann sich ändern, wenn Menschen die Bühne betreten, die die Sonderrolle hinterfragen, Schwächen ausnutzen oder bei Entscheidungen Gegenpositionen konsequent vertreten. Gerade die organisatorische Offenheit und der demokratische Anspruch schließen diese Möglichkeit nicht aus, dies führt jedoch zu einer Zunahme der Belastung und einer entsprechenden Abnahme der Motivation (vgl. Konfliktstadium im Modell von Caple).

Bei der Bürgerinitiative *Helios* und beim *Tag des guten Lebens* verlief die Organisationsentwicklung anders als bei den anderen Initiativen. In beiden Fällen haben die Initiator_innen ihre Sonderposition verloren oder aufgeben. Bei der Bürgerinitiative *Helios* war jedoch die persönliche Investition der Gründer_innen viel geringer als bei den anderen Initiativen. Die Wählergemeinschaft *Deine Freunde* wurde relativ schnell nicht nur ‚ein Teilnehmer unter anderen', sondern geriet selbst in die Minderheitsposition bei der vielleicht größten Kontroverse innerhalb der Bürgerinitiative. *Deine Freunde* entwickelte nämlich ein eigenes Konzept für den Umbau des Heliosgeländes: es in eine grüne Anlage umwandeln; ‚Her mit dem Bauwens Adenauer Park!', hieß es (vgl. Deine Freunde 2011) – gerade Grün ist im ehemaligen Industriegebiet Ehrenfeld Mangelware. ‚Zu radikal, zu kompromisslos, zu unrealistisch' fand die große Mehrheit der Bürgerinitiative den Vorschlag von *Deinen Freunden*: „Wir hätten als Bürger das Gelände nicht kaufen können. Wir wussten, dass wir Kompromisse machen müssen und deshalb war die Idee der Freunde, da einen grünen Park zu machen, schnell vom Tisch. Mit Park wäre auch keine Kultur da gewesen", begründet Möllmann (2017, S. 4) die Ablehnung.

Im Vergleich zu den anderen Initiativen war die Organisationsentwicklung beim *Tag des guten Lebens* am intensivsten und dies hatte sowohl mit dem Ausmaß der Aufgabe als auch – paradoxerweise – mit dem unerwarteten Erfolg der Initiative zu tun, der selbst zur Herausforderung wurde und die Gruppendynamik verschärfte. Der Initiator hat sich 2015 von der Plattform verabschiedet. Weitere Personen, die an den ersten Tagen des guten Lebens stark mitgewirkt hatten, sind heute nicht mehr Teil der Organisation. Nach dem Modell von Cable befindet sich diese Organisation derzeit wahrscheinlich im Stadium der Stabilisierung. Woran liegen die Besonderheiten dieser Entwicklung in der Organisation vom *TdgL*? Dafür gibt es verschiedene mögliche Erklärungen, aber eine besonders wichtige ist, dass die Bedeutung der emotionalen Gruppenbildung innerhalb der Organisation unterschätzt wurde. Der Beirat der *Agora Köln* hat sich immer wieder mehrheitlich für eine schnelle Durchführung des *Tags des guten Lebens* im Ein-Jahres-Takt entschieden, dieser Aktionismus führte jedoch zu einem Leistungsdruck: Für vertrauensbildende Maßnahmen und Rituale blieb zu wenig Raum übrig. Was nach außen gepredigt wurde (Gemeinschaft, Entschleunigung,…), konnte deshalb innerhalb der Organisation nicht immer gelebt werden.

Bei fast allen Interviews wurde die Bedeutung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen formalen und informellen Formaten für die Organisationsentwicklung und den Transformationsprozess betont. So bei der Bürgerinitiative *Helios*:

> „[Dass man auch ein Bier mal zusammentrinken geht...] das war ganz wichtig, es dient der Vertrauensbildung. Es gab auch Menschen, die dahinkommen, weil so eine Initiative als soziales Happening dient, es dient vielleicht nicht direkt dem Ziel, aber es ist auch wichtig, dass solche Leute dabei sind. Die emotionale und die sachliche Ebene haben sich vermischt. Ich bin selbst durch die Initiative der Nachbarschaft viel nähergekommen, ich habe unglaublich viele neue Leute kennengelernt. Durch das Partizipieren wird der soziale Zusammenhalt gepflegt und gestärkt. Gemeinsam einmal zu feiern, wir haben darauf geachtet, dass es immer wieder entspannte Momente zwischen uns gibt." (Möllmann 2017, S. 7)

Bei *Aufbruch am Arrenberg* spielt diese Ebene eine noch wichtigere Rolle:

> „Unsere Motivationen sind sehr unterschiedlich, es gibt jedoch eine, die wir gemeinsam haben: die Gemeinschaft zu genießen, hier ist wirklich Freundschaft entstanden, nicht jeder liebt jeden gleich, es ist klar. Das ist die Basis, dadurch entsteht die Energie für viele gemeinsame Aktivitäten, gemeinsames Handeln. Wir feiern gemeinsam, essen zusammen, trinken zusammen. Wir genießen die Zeit zusammen, das ist für uns Heimat." (Heynkes 2017, S. 7)

Das Fehlen einer starken emotionalen Bindung im Kern der Organisation *Tag des guten Lebens* wurde erst durch zusätzliche formale Strukturen und den Beschluss von Regeln kompensiert, die in einer ‚lernenden Satzung' zusammengefasst wurden (vgl. Beirat der Agora Köln 2013). Später wurde das Regelwerk jedoch aus pragmatischen Gründen aufgegeben, um sich auf die Realisierung des Tages zu konzentrieren, denn die Pflege von Strukturen und Regeln verbraucht selbst Energie und Ressourcen. Das Aufweichen gemeinsamer Regeln macht jedoch Konflikte dort möglicher, wo emotionale Bindungen fehlen, auch die Legitimationsstrukturen und die Netzwerkarbeit im Rahmen der *Agora Köln* wurden mit der Zeit vernachlässigt oder intransparent. Im Prozess ging die effiziente Zielorientierung auf Kosten der Kommunikationsorientierung. Doch durch den Erfolg verbesserte sich die finanzielle Ausstattung der Initiative, die *Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW* hat die Förderung deutlich erhöht. Den Verlust an Bindungsfähigkeit der Organisation wurde praktisch zunehmend durch die Vergütung von Arbeit kompensiert, wobei der Kern der Organisation vom *Tag des guten Lebens* nun vor allem aus Honorarkräften besteht. „Wo früher sich zehn Personen die zentrale organisatorische Arbeit aufteilten, sind es nun drei oder fünf. Es läuft deutlich entspannter und professioneller," erzählt ein aktueller Projektleiter des *Tags des guten Lebens* in einem informellen Gespräch. Wie kann das unentgeltliche Teilen miteinander unter den Bürger_innen durch solche professionalisierten Strukturen gefördert werden? Was ist mit dem Verhältnis zwischen bezahlten und ehrenamtlichen Kräften?

Eine Professionalisierung der Strukturen findet gerade auch beim *Aufbruch am Arrenberg* statt. Heynkes bemängelt jedoch, dass die tatsächliche Entwicklung der Organisation ein wenig hinter dem Reformbedarf hängt und es nicht immer leicht ist, die ‚alte Riege' der Organisation von den notwendigen Veränderungen zu überzeugen:

> „Heute haben wir fünf oder sechs Mitarbeiter beschäftigt, es ist ein kleines mittelständisches Unternehmen geworden, aber unsere Strukturen als Verein sind immer noch die alten. Das ist eine Reform, die wir jetzt anpacken müssen, wobei wir die Mitglieder mitnehmen müssen, nicht alle gehen mit dem gleichen Tempo. Das führt zu Konflikten, zum Beispiel zwischen Neuen und Alten; das führt dazu, dass sich Menschen nicht mitgenommen fühlen. Gerade die Alten haben ein Problem, die meinen ‚früher war es hier so gemütlich, haben wir wenig gemacht, lecker einen getrunken' […]. Es gibt jetzt Leute, die die Professionalisierung nicht nur gutheißen, es gibt Widerstände, es gibt Irritationen, ‚Warum müssen wir jetzt etwas verändern, das hat bisher auch funktioniert'." (Heynkes 2017, S. 6, 14)

Auf der Mikroebene der Initiativen können sich also ähnliche Dynamiken ergeben wie auf der Makroebene der Modernisierung. Die Ökonomisierung der Prozesse bringt jedoch Risiken mit sich, denn die Motivation kann sich dabei ändern und die Transformation wird von ihrer Finanzierung abhängig gemacht. Zweck und Mittel können immer wieder verwechselt werden.

Die Bonner Bürgerinitiative *Viva Viktoria!* macht gerade die Erfahrung, dass das Leben einer Initiative zu Ende gehen kann, wenn die Netzwerkarbeit der anspruchsvollen Zielerreichung komplett unterordnet wurde, die Organisationsstruktur möglichst effizient gestaltet wird (sehr offen, aber gleichzeitig mit einem kleinen Team an der Spitze) und es am Ende keine Finanzmittel gibt, um eine Kontinuität durch die Schaffung von Stellen zu ermöglichen. Auch in diesem Rahmen fehlten Räume für die Pflege der emotionalen, persönlichen Ebene der Kommunikation: „Wir haben immer aktionsorientiert uns begegnet, es gab eine Idee und dann ist etwas gemacht worden. Der Rest war, um diese Aktionen zu ermöglichen, wer kann wo anrufen und wer tut dies und das" (Bergfeld 2017, S. 12). „Ich fand es immer extrem sachlich, Privatsachen gehörte fast nie zum Thema." (Eder 2017b, S. 12) Und nun?

> „Nachdem wir die 20.000 Unterschriften abgegeben haben und das Ganze ein wenig an Leben verloren hat, haben wir einen Container draußen hingestellt, einen knallroten Container, damit waren wir wieder präsent, wir sind da. Und die Idee war, es zum Treffpunkt zu machen, was dann aber auch nicht so gut geklappt hat, wie wir uns es vorgestellt haben, Anlaufpunkt, Information, aber ohne die Brisanz war auch schwierig […]. Wir haben den Verein, es gab das Bürgerbegehren, aber aktiv im Moment sind sehr wenige, es gibt kaum Treffen, ein wenig eingeschlafen." (Bergfeld 2017, S. 3, 10)

Im Rahmen der Interviews wurden weitere Aspekte beleuchtet, die sich auf die Organisationsstrukturen der Initiativen beziehen. Alle Initiativen zeichnen sich durch eine relativ hohe *Offenheit* aus, zum Beispiel die Bürgerinitiative *Viva Viktoria!* Dadurch, in einer relativ kurzen Zeit viele bürgerschaftliche Ressourcen in Bonn mobilisieren:

> ‚Es war immer sehr offen, wir wussten selbst nicht, welche Idee die richtige ist, wenn es eine Idee gab, haben wir gesagt ‚gut, dann mach das'... Es waren Ideen für Aktionen gegen das Einkaufszentrum […]. Die Meinungen waren immer sehr sachlich und es war immer eine sehr hohe Akzeptanz da, für eigene Ideen. Es gab keine Diskussion über Ideen, sondern immer nur ‚wenn du Lust hast, mach das'. Diese Offenheit hat das Tempo gemacht.' (Eder 2017b, S. 3, 12)

Die Offenheit führt zu einer Differenzierung der Organisationsstrukturen und dadurch zu einer Zunahme der organisatorischen Komplexität. Unter dem Dach der *Utopiastadt* treffen sich in-

zwischen mehr als 70 unterschiedliche Projektgruppen, die *Agora Köln* veranstaltet oder beteiligt sich inzwischen an Nachbarschaftstreffen in vier verschiedenen Quartieren (Ehrenfeld, Sülz, Deutz, Agnesviertel) und unterhält Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen. Auch im Rahmen des *Klimaquartiers Arrenberg* finden inzwischen viele unterschiedliche Projekte statt. Diese Differenzierung ermöglicht es den Initiativen nicht nur, den eigenen Wirkungsbereich zu erweitern, sondern auch, weitere Zielgruppen und Ressourcen zu mobilisieren und zu binden. Gleichzeitig bringt jede organisatorische Ausdifferenzierung das Problem der Integration und Koordination mit sich – und sie benötigt selbst immer mehr Energie und Ressourcen, je stärker die Differenzierung ist. Dieses Problem hat sich in der Organisationsentwicklung des *Tags des guten Lebens* immer wieder bemerkbar gemacht, wobei sich zwei Positionen in der Diskussion über die Strukturreform gegenüberstanden:

a) Bei der ersten stand die organisatorische *Effizienz* im Vordergrund. Weil die verfügbaren Ressourcen begrenzt waren, sollte die organisatorische Differenzierung minimiert und die Kräfte auf prioritäre Ziele *konzentriert* werden.
b) Bei der zweiten stand die organisatorische *Effektivität* im Vordergrund, denn

> „gerade eine starke Vereinfachung der Strukturen und eine Selbstreduktion auf den Tag des guten Lebens als logistische Herausforderung [hätte] zu einer Hierarchisierung geführt, die breite Partizipation eher gehemmt statt gefördert hätte. Eine Vielfalt von Akteuren, Interessen und Arbeitsweisen benötigt demnach auch eine gewisse strukturelle Diversifizierung und Dezentralisierung, die eine wachsende Bewegung ermöglicht und zu einer effektiven Gestaltung des Prozesses führt." (Brocchi 2017, S. 102)

Ein weiterer untersuchter Punkt betrifft die Frage, wie Entscheidungen in den Initiativen entstehen und eine Legitimation finden. Mit einer Ausnahme (Bürgerinitiative *Helios*) stützen sich alle Initiativen auf einen eingetragenen Trägerverein. Hier werden nicht nur die formellen Organisationsstrukturen, sondern auch Entscheidungsprozesse formell durch die Satzung geregelt und die Vorgaben müssen sowohl dem Gesetz als auch den Kriterien der Finanzämter für die Gemeinnützigkeit entsprechen. Dadurch bekommen die Vertretung des Vereins sowie die Frage der Haftung durch den Verein eine juristische Festigkeit. Auch wenn das Vereinswesen als demokratisch organisiert gilt, genießen die durch das Gesetz vergebenen Vereinsstrukturen keinen hohen Ruf unter den Initiativen, die reine Vereinsarbeit wird als bürokratisch und nicht unbedingt motivierend empfunden (vgl. Bergfeld 2017, S. 3). Die Gründung eines Vereins ist oft nur ein notwendiger Schritt, zum Beispiel um die Möglichkeit zu bekommen, ein gemeinsames Girokonto zu eröffnen und Spenden zu sammeln (vgl. Eder 2017b, S. 3). Manchmal gibt es eine höhere Übereinstimmung zwischen der Struktur der Initiative und jener des Vereins; das ist der Fall bei der Bürgerinitiative *Viva Viktoria!*, bei der die zwei Mitgründer Axel Bergfeld und Bernd Eder auch Vorsitzende im Vorstand sind (vgl. Eder 2017b, S. 3) In anderen Fällen sitzen im Vereinsvorstand nur Vertraute, die nur einbezogen werden, wenn dies notwendig ist, und Entscheidungen formell anerkennen, die in den eigentlichen Strukturen der Initiativen getroffen werden. Manchmal üben die Vorstände der Trägervereine auch die Rolle des Aufsichtsrates oder eines Beratungsgremiums gegenüber der Initiative aus.

Die *Agora Köln* wird immer noch durch den gemeinnützigen Verein *Institut Cultura21 e.V.* getragen, der von ihrem Initiator 2007 gegründet wurde. Bei der *Agora Köln* wurden plattformübergreifende Entscheidungen (zum Selbstverständnis, den Zielen, der gemeinsamen Organisationsstruktur) teils mit qualifizierter Mehrheit, teils in Konsent[16] getroffen. Innerhalb des gemeinsam definierten Rahmens genossen jedoch die einzelnen Gruppen (Themengruppe, operative Arbeitskreise, Nachbarschaften) eine gewisse Autonomie und konnten dabei auch voneinander lernen (vgl. Brocchi 2017, S. 145). Bei den anderen Initiativen werden Entscheidungsverfahren möglichst unbürokratisch und informell durchgeführt, von echten Kampfabstimmungen bis zur Zählung der Stimmen wurde in keinem Interview berichtet.

Bei der *Utopiastadt* werden Entscheidungen im Alltag von den zwei Geschäftsführer_innen getroffen, bei schwierigeren Fragen wird die Diskussion geöffnet und weitere Gremien einbezogen:

> „Aber wir können nicht jede kleine Entscheidung im großen Plenum diskutieren, das war am Anfang auch meine Befürchtung. Dann würde die Gefahr bestehen, dass bestimmte Sachen extrem langwierig werden. Dann müssten auch die Leute drei Monate lang auf eine Entscheidung warten, obwohl sie extrem viel Lust an etwas haben. Es geht nicht darum, jemand nicht an einer Entscheidung teilhaben zu lassen, sondern die Leute, die sich engagieren wollen, möglichst schnell arbeitsfähig zu kriegen." (Hampe 2017, S. 13)

Bei der Bürgerinitiative *Helios* heißt es hingegen:

> „Es war immer ein Ringen, wir hatten kein legitimiertes Entscheidungsgremium. Es war der Kreis der Sprecher, da bekam man den Überblick. Es gab keine Abstimmungen, sondern im Diskurs wurde klar, wohin die Reise geht - und dies sowohl intern als auch extern. Es wurde einfach abgenickt." (Möllmann 2017, S. 7)

Eine Frage stellt sich auch in Bezug auf den Umgang mit Konflikten. Sie sind in der Entwicklung jeder Organisation nichts Außergewöhnliches, können sich jedoch unterschiedlich auswirken: destruktiv und belastend, oder auch die Lebendigkeit und die Lernfähigkeit der Organisation fördernd. Manchmal wird ein Konfliktmanagement innerhalb der Organisation formalisiert: Das war 2015 bei der *Agora Köln* der Fall, die ein Supervisionsteam mit dieser Aufgabe einrichtete (vgl. Brocchi 2017, S. 144). Manchmal übernehmen Personen die Rolle des Brückenbauers und des Mediators doch auf der informellen Ebene spontan, ohne dass diese Rolle formalisiert wird. Zum Beispiel übernimmt Pascal Biesenbach, Projektmanager, immer wieder diese Aufgabe beim *Aufbruch am Arrenberg*:

> „Streit gehört auch dazu, auch hier bei aller Verbundenheit, ist Streit ein ganz elementarer Teil der Kultur. Das heißt aber auch dass ein Grundverständnis geben muss, dass es ein demokratischer Prozess ist. Da kommen verschiedene Standpunkte zusammen, teilweise mit guten Argumenten, teilweise mit Stimmungen, Meinungen, Gefühlen... Und dann muss das irgendwie in

[16] Konsent ist ein Entscheidungsverfahren aus dem Organisationsmodell der Soziokratie. Dabei wird nicht gefragt, ob jeder zustimmt, sondern ob jemand dagegen ist. Eine bloße Missbilligung des Antrages reicht nicht aus, sondern die Ablehnung muss sich auf eine glaubwürdige Argumentation stützen (vgl. Brocchi 2017, S. 145).

> einen gemeinsamen Prozess gegossen werden. Dass das ohne Reibungen geht, steht völlig außer Frage […]. Es liegt in der Natur der Sache, es ist ein gemeinnütziger ehrenamtlicher Verein, da treffen sich erstmal Leute, die sich im Grunde mögen, man verbringt Freizeit zusammen... Im Vergleich zu anderen Organisationsformaten ist die Beziehungsebene hier eine viel tragendere. Dadurch schlagen aber Konflikte auch viel stärker durch, wenn man sich in der Sache uneins ist. Beziehung schafft eine Offenheit, aber auch eine Verletzbarkeit. Es ist eine Sache, ob ich mit einem Wildfremden diskutiere oder mit jemandem, mit dem ich ständig zusammen bin. Es ändert sich die Wahrnehmung. Die Menschen hier, die sehe ich dann abends wieder, mit denen sitze ich dann wieder im Cafe Simons, in der Bar Pinos... Man trifft sich trotzdem als Freunde. Es gibt eine sehr starke emotionale Komponente hier, das ist zwar schön, weil Emotionen Kraft geben, in unser Handeln hinein, aber sie geben auch eine Kraft in sich gegenseitig verletzen oder von dem Kopf stoßen." (Biesenbach 2017, S. 11)

Ein wichtiger Aspekt betrifft das Verhältnis zwischen direkter/physischer und virtueller Kommunikation in den untersuchten Initiativen. Es wird allgemein anerkannt, dass die neuen Kommunikations- und Informationstechnologien Kommunikationsprozesse stark unterstützen, vor allem weil man mit einem minimalen Aufwand sehr viele Menschen gleichzeitig mit Informationen oder Einladungen erreichen kann. So verfügte die Bürgerinitiative *Viva Viktoria!* nach kürzester Zeit über 2.500 Kontakte auf Facebook und einen Mailverteiler mit 600 registrierten Personen (vgl. Bergfeld 2017, S. 14). Ein Facebookposting über die Entwicklung im Quartier Ehrenfeld von *Jack in the Box* „hatte eine Reichweite von 200.000 und wurde 1000 Mal geteilt, eine unglaubliche Reichweite", schwärmt der Gründer Martin Schmittseifer (2017, S. 1). Trotzdem werden auch die Grenzen der virtuellen Kommunikation in allen Initiativen erkannt, denn Vertrauen kann nicht im virtuellen Raum entstehen, während sich Misstrauen und Missverständnisse hier sehr schnell verbreiten können. Deshalb wurde „immer verbal [diskutiert] und persönlich, nicht über die Mailinglisten, sie waren unidirektional, nur für die Information. Wir hatten keine virtuelle Plattform zum Diskutieren." (Eder 2017b, S. 13) „Definitiv. E-Mail-Diskussionen sind per se zum Scheitern verurteilt, weil sie die Kommunikation die Beziehungsebene entheben. Wir brauchen die Treffen." (Biesenbach 2017, S. 12) Das heißt, virtuelle Begegnungsräume können physische Begegnungsräume nicht ersetzen. Gleichzeitig setzt gerade *Aufbruch am Arrenberg* auch auf das Potential der Digitalisierung, zum Beispiel wenn es darum geht, eine organisatorische Differenzierung durch eine zunehmende Integration zu begleiten:

> „Wir haben gemerkt, dass wir mit reinen Mailings nicht weiterkommen, auch mit Facebook nicht, wir planen gerade aber eine App, die uns bei Projekten gut unterstützen kann, in der Kommunikation; wo man verschiedene Gruppen anlegen kann, Informationen hinterlegen kann, wo man den Arrenberg auch visualisiert hat, um direkt zu sehen, was passiert an welchen Stellen, weil wir eins festgestellt haben, diesen Bereich der Transparenz wird immer schwieriger, je komplexer alle Projekte werden. Und da ist unsere Antwort, da kann uns die Digitalisierung, bei aller menschlichen Verbundenheit, gut unterstützen, weil sie Informationen schneller/transparenter verfügbar macht und strukturieren. Es geht nicht darum, per E-Mail zu diskutieren, das funktioniert nicht, sondern Informationen bereit zu stellen, um erst dann auf Basis guter Information diskutieren zu können." (Biesenbach 2017, S. 12)

3.2.7 Partizipation

Auch wenn die hier untersuchten Initiativen ein ähnliches Verständnis von Partizipation pflegen, ist auch in diesem Rahmen Partizipation nicht gleich Partizipation. Bei den Interviews wurden

Partizipationsformen zum Beispiel anhand der Intensität des Engagements unterschieden. So spricht Heynkes von drei Partizipationskreisen in der Initiative *Aufbruch am Arrenberg*: dem engen Kern, einem mittleren Kreis und einem äußeren Kreis an Teilnehmer_innen.

> „Zum engen Kreis gehören so 30 Personen, die sehr sehr engagiert sind. Dann sind nochmal 30-40 drum rum, die immer wieder mitmachen, aber nicht jede Woche. Die ersten 30 sind ständig in Kontakt miteinander, permanent in Sitzungen, Meetings und Arbeitsgruppen usw. Insgesamt sind 60-80 Leute, die engagiert sind. Sie sind jederzeit erreichbar und mit denen macht man einiges zusammen. Und darüber hinaus haben wir im Moment 170 Mitglieder im Verein. Diese Leute wohnen übrigens nicht alle am Arrenberg, es gibt auch Leute, die von anderen Stadtteilen kommen, die hierhin kommen, weil sie es hier cool finden, was hier passiert. Aber der große Teil ist von hier." (Heynkes 2017, S. 3)

Eine solche organisatorische Differenzierung hat zwei Vorteile: Einerseits kann die Initiative dadurch auch Menschen binden, die gerade weniger leisten können, andererseits herrscht eine Form von Reziprozität und Verlässlichkeit innerhalb jedes Kreises, denn die Erwartungen untereinander stehen im Einklang mit den verfügbaren Kapazitäten.

In ihrer Hochphase gehörten vier Personen zum Kern der Bonner Bürgerinitiative *Viva Viktoria!,* ca. 20 zum mittleren Kreis, während die Anzahl im äußeren Kreis stark schwankend war: An den Mittwochdemos haben immer zwischen 40 und 500 Personen teilgenommen (vgl. Bergfeld 2017, S. 12; Eder 2017b, S. 2). Bei der Bürgerinitiative *Helios* sind noch 25 Personen im Kern aktiv, „wir wissen aber, dass wir viel mehr Menschen aktivieren können, wenn etwas nicht vernünftig läuft." (Möllmann 2017, S. 6) Beim ersten *Tag des guten Lebens* in Köln-Ehrenfeld gehörten ca. 20 Personen zum engen Kern, weitere ca. 20 gehörten dem mittleren Kreis an, die Anzahl im äußeren Kreis war undefiniert und stark schwankend. An den Nachbarschaftstreffen in Ehrenfeld nahmen immer zwischen 40 und 100 Anwohner_innen teil, am ersten *Tag des guten Lebens* selbst (15.9.2013) „hatten mehr als 200 Bürger_innen die Straßensperrungen abgesichert oder als Ordnungskräfte in dem autofreien Gebiet gedient" (Brocchi 2017, S. 97), und zwar rein ehrenamtlich. Viele weitere Anwohner_innen waren im Rahmen der fast 100 Aktionen aktiv, die in den autofreien Nebenstraßen an dem Tag angemeldet wurden. An der Debatte zum Themenschwerpunkt *nachhaltige Mobilität* der *Agora Köln* beteiligten sich ca. 40 Akteur_innen, vor allem Multiplikator_innen aus der ganzen Stadt, 62 Aktionen zum Thema wurden im Rahmen des Zentralprogramms des *Tags des guten Lebens* angemeldet. Diese Zahlen zeigen, dass sich in den Initiativen nur ein minimaler Teil der Bevölkerung in den Quartieren aktiv engagiert. Da dieser Teil nicht durch die Mehrheit gewählt wird, ist er nicht legitimiert, im Namen aller Anwohner_innen zu sprechen. Solange es so bleibt, können diese Initiativen nur eine Demokratie als „Herrschaft *für das Volk*", jedoch nicht als „Herrschaft *durch das Volk*" (Scharpf 1999, S. 16) für sich beanspruchen. Im ersten Fall „sind politische Entscheidungen legitim, wenn sie und weil sie auf wirksame Weise das allgemeine Wohl im jeweiligen Gemeinwesen fördern." (Scharpf 1999, S. 16) Im zweiten Fall sind politische Entscheidungen legitim, „wenn und weil sie den ‚Willen des Volkes widerspiegeln', das heißt, wenn sie von den authentischen Präferenzen der Mitglieder einer Gemeinschaft abgeleitet werden können." (Scharpf 1999, S. 16)

Nun stellt sich die Frage, ob die Zusammensetzung der untersuchten Initiativen die Heterogenität der Bevölkerung in den Quartieren oder in den Städten besser abbildet als die demokratisch gewählten Institutionen. Dazu gibt es keine genauen statistischen Daten, anhand der Interviews darf jedoch hier mit relativer Sicherheit behauptet werden, dass diese Initiativen die Bevölkerung nicht automatisch besser abbilden, auch weil sie diesen Anspruch nicht unbedingt haben.

Bei der Bürgerinitiative *Viva Viktoria!* besteht der enge Kern aus vier Männern, die selbstständig tätig sind und zum großen Teil eine überdurchschnittliche Ausbildung haben. Am äußeren Kreis beteiligen sich hingegen „sehr viele Student/innen“ (Eder 2017b, S. 11).

Der Kern der Bürgerinitiative *Helios* besteht vor allem aus Menschen, die aus dem Stadtteil kommen. „Zwei Drittel der 25 Leute sind Akademiker, ein Drittel sind noch Studenten. Zwei oder drei Personen haben einen Migrationshintergrund.“ (Möllmann 2017, S. 6)

Auch wenn sich die Heterogenität der Bevölkerung in dieser Zusammensetzung nicht widerspiegelt, hat sie einen Vorteil: die Konzentration an Sachverstand. Bürgerinitiativen bilden sich auch, weil das Handeln der Institutionen nicht immer dem Sachverstand entspricht, der auch in der Bevölkerung vorhanden ist:

> „Die Menschen in Bonn sind wohlhabend. Es gibt viel Intelligenz in der Bevölkerung, es ist für die Abgeordneten extrem schwer, wenn sie damit konfrontiert sind. In jeder Bürgerinitiative sind kompetentere Personen als im Stadtrat oder in der Stadtverwaltung. Wir haben 300.000 Menschen, mindestens sind 1.000 Architekten dabei und von denen gibt es engagierte Leute. Wir haben selbst Kompetenzen reingeholt, sonst wären wir als Initiative nicht gewachsen, das muss die Stadt auch tun.“ (Bergfeld 2017, S. 17)

In Bonn haben die Kommunalpolitik und die Stadtverwaltung unterschätzt, welche Kompetenzen in der Bürgerschaft vorhanden sind, deshalb war es für sie ein ‚Schock‘, als sie sahen, was allein fünf, sechs Bürger_innen innerhalb weniger Wochen auf die Beine stellen können (vgl. Bergfeld 2017, S. 10).

Auch der *Tag des guten Lebens* hat in Köln gezeigt, wozu Bürger_innen fähig sind, wenn man sie nur lässt. Der Kern der Organisation war sehr gemischt, was Geschlecht, Generationen und Berufe angeht. Doch hier saßen vor allem Menschen mit einer überdurchschnittlichen Ausbildung, während Menschen mit Migrationshintergrund oder aus den unteren sozialen Schichten stark unterrepräsentiert waren:

> „Für mich sind beim Tag des guten Lebens vor allem weiße Akademiker_innen aktiv (ich zähle mich selbst dazu). Also keine schwarzen Menschen, keine Menschen, die nicht aus einem akademischen Umfeld kommen, oder ich habe sie noch nicht kennengelernt. Diesen Punkt sehe ich kritisch an der Zusammensetzung der Gruppen.“ (Mitorganisatorin Sabrina Cali, zitiert in Brocchi 2017, S. 124)

Die soziale Selektion kann auch über die Themenwahl stattfinden. Der erste Themenschwerpunkt der *Agora Köln*, *Nachhaltige Mobilität*, hat nur bestimmte Gruppen angesprochen, die in den Strukturen der *Agora Köln* immer noch sehr präsent sind und den jetzigen Habitus der Initi-

ative stark prägen. Eine Sensibilität für soziale Aspekte wie Inklusion ist dabei nicht immer vorhanden: „Bei Treffen können schon mal Sprüche über ‚die Türken' auf der anderen Straßenseite fallen", verrät eine Verantwortliche des Kölner *Tags des guten Lebens* in einem informellen Gespräch. Im Berliner Brüsseler Kiez, wo der Autor dieser Expertise die Nachbarschaft berät, beschweren sich manche engagierten Bürger_innen über ‚den Dreck und die Kriminalität' in der ärmeren Hälfte des Viertels, wo viele Menschen mit Migrationshintergrund leben.[17] „Man sagt das Wort ‚Vielfalt' so einfach, doch der Alltag ist schon innerhalb unserer Netzwerke manchmal ein anderer."[18] Als sozialer und mentaler Prozess muss die große Transformation manchmal innerhalb der Initiativen selbst stattfinden.

Wie sieht es mit der Zusammensetzung von *Aufbruch am Arrenberg* aus?

> „Sehr bunt, Arrenberger Junge, Unternehmer, Kreative, Künstler, Designer, Rechtsanwalt, Hausbesitzer, Pfarrer, Biologin... […]. Die meisten wohnen hier, oder zumindest arbeiten hier. Sie sind 24 bis 80 Jahre alt. Frauen und Männer, das ist ziemlich gleich. Bildungsniveau ist gemischt, aber mit Schwerpunkt Bildungsbürgertum. Der Migrationsanteil liegt bei 20-30 Prozent." (Heynkes 2017, S. 7)

Bei der Wuppertaler *Utopiastadt* heißt es hingegen:

> „Am Anfang war es viel homogener als heute, am Anfang war es schon eher ein studentisches Milieu, viele aus dem Kreativ- und Kulturbereich, ich habe in der Kulturszene hier in Wuppertal auch meinen Zivildienst gemacht, kenne deshalb auch viele Leute aus Kunst und Kultur hier in Wuppertal und auch aus dem Veranstaltungsbereich, Veranstaltungstechnikbereich. Dort konnte man immer Boxen ausleihen, ein paar Lampen usw. Heute ist es viel heterogener, alle Altersgruppen, alle Milieus, von Langzeitarbeitslosen, die hier ein Landungspunkt gefunden haben, die super engagiert und kompetent hier dabei sind. Professoren, die sich hier extrem einbringen, auch über die Möglichkeiten, die sie so zur Verfügung haben. Leute hier direkt aus der Nachbarschaft, aber auch Leute von weit weg. Und auch nicht mehr so viel kultur- und kreativ-Cluster... Hier sind Zimmerleute, Programmierer, Architekten, Designer und Leute aus dem Kulturbereich." (Hampe 2017, S. 4)

Schließlich zählt die Inklusion bzw. die Reintegration von Langzeitarbeitslosen bei *Jack in the Box* zu den Zielen der Initiative, diese Gruppe ist hier sogar überrepräsentiert.

Eine Frage, die in den Interviews gestellt wurde, ist, welche Rolle Inklusion bei der Initiative spielt. Gibt es darin Strategien oder bewusste Versuche, eine inklusive Partizipation zu fördern? Bei dieser Frage setzt Heynkes vom *Aufbruch am Arrenberg* sehr viel Hoffnung in die Einrichtung des neuen Bürgerzentrums mitten im Stadtteil:

> „Der Wille zur Inklusion ist bei uns unbedingt da, nur wir schaffen es nicht, wie wir es gerne hätten. Gerade das neue Bürgerzentrum ist aber deswegen so wichtig und deswegen machen wir das. Bisher fanden die meisten Aktivitäten hier in der Villa Media statt, auf der ersten Etage. Das kriegt aber kein Mensch mit, nur wir, die das machen. Oder sie finden bei jemandem zu

[17] Persönliches Gespräch mit Verantwortlichen vom *Tag des guten Lebens* am 27.01.2018 in Köln, die über ihre Erfahrungen berichtet haben.
[18] Persönliche Mitteilung des Autors dieser Expertise an den bundesweiten Verteiler zum *Tag des guten Lebens*, 30.01.2018, Köln.

> Hause statt. In Zukunft finden die Treffen jedoch im Stadtteilzentrum hinter Schaufensterscheiben statt, sichtbar für jeden Mann. Jeder, der im Quartier lebt, und arbeitet und hier durchfährt, wird es in Zukunft mitkriegen: „Da brennt schon wieder Licht, da wird schon wieder gefeiert, die kochen schon wieder zusammen, sie tanzen schon wieder zusammen, die singen schon wieder zusammen, die machen schon wieder für uns...“ Und das wird dazu führen, dass immer mehr Leute den Schritt hineinwagen und sagen: „Hey, wat macht ihr eigentlich schon wieder? Kann man da mitmachen oder so?“ Das ist die Hoffnung. (Heynkes 2017, S. 4)

Sowohl Biesenbach als auch Heynkes erzählen, dass wichtige Erkenntnisse über Inklusion und interkulturelle Kommunikation oft aus dem Alltag entstehen, durch einen Prozess von *trials and errors* sozusagen:

> „Ich habe eine Anekdote dazu, wir haben vor drei Monaten das Ladenlokal gekauft, wo wir jetzt unser Bürgerzentrum bauen, das liegt zwei Häuserblock entfernt vom Cafe Simons. Cafe Simons ist der Ort am Arrenberg, wo wir uns treffen, wo Kultur ist […]. Zwei Häuser weiter haben wir diesen Laden gekauft, ein ehem. Schlecker-Laden, der zehn Jahre leer stand - und da steht gegenüber einem italienischen Ecklokal, Pinos. Wir hatten wochenlang Verhandlungen mit dem Besitzer des Schlecker-Ladens durchgeführt, waren irgendwann durch, da standen wir vor dem Laden, haben wir uns sehr gefreut und sind zum Pinos gegangen, um sie einzuladen, wir wollten etwas trinken gehen, zu Simons. Da empfang uns ein italienisches Ehepaar, die Verkäufer, die seit 30 Jahren am Arrenberg lebt, und jeden Tag in diesem Pinos sind, jeden Tag... Wir gehen dann gemeinsam zu Simons und die italienische Frau sagt mir: ‘Hey, es ist super, dass du mich jetzt einlädst, endlich kann ich das Cafe Simons von innen sehen, da war ich noch nie drin.’ Ich sage: ‘Das kann nicht dein Ernst sein, Simons gibt es seit sechs Jahren und wir sind da drei-vier Mal die Woche, es kann nicht sein, es kann nicht sein, dass du noch nie da drin warst.’ Und sie sagt ‘doch, noch nie da drin gewesen.’ Während ich über sie lachte, musste ich denken, ‘stimmt's, und ich war noch nie bei Pinos, heute war es das erste Mal.’ Verstehst du? Da sind nur zwei Häuserblocks dazwischen - und nur das trennt eine Welt, und die Lebensblase bei Pinos ist eine völlig andere als die im Cafe Simons, da sind auch völlig andere Leute. Und jetzt wird es plötzlich aufgebrochen, jetzt passiert etwas ganz Schräges, da wir es mit dem Laden machen, sind wir ständig da drüben, weil wir haben Baubesprechungen und alles Mögliche, man begegnet sich plötzlich ganz oft und plötzlich brechen diese beiden Welten auf. Der erste Schritt hat stattgefunden, die direkte soziale Interaktion, die Begegnung, die Grenzen der Schutzräume sind überwunden worden.“ (Heynkes 2017, S. 5)

Die Inklusion ist oft nur ein kleiner Schritt weiter, man muss nur die ‚Komfortzone‘ verlassen und die eigentlich offene Tür zur ‚Lernzone‘ überqueren. Oft stellen sich die Initiative nur eine Frage: Warum kommen Menschen mit Migrationshintergrund nicht zu uns, obwohl unsere Treffen offen sind? Doch Heynkes hat sich auch eine zweite Frage gestellt: Wie oft gehen wir zu ihren Treffen und besuchen ihre eigenen Orte?

Aufbruch am Arrenberg gewinnt als Initiative neue Mitstreiter_innen vor allem über informelle, offene Veranstaltungen mit hohem emotionalem Anteil im Format:

> „Wir machen seit drei Jahren zwei Mal pro Jahr den Restaurant Day. Das ist herausragend, was sich da abspielt […]. Der Restaurant Day ist eine globale Idee, aber wir haben es nach Wuppertal gebracht - und das hat unserer Initiative unglaublich viel Zuspruch gebracht, neue Mitstreiter, die wir da kennengelernt haben […]. Beim Restaurant Day sind zwischen sechs und 14 Restaurants, Privatwohnungen, die dann ein temporäres Restaurant werden. 300-400 Leute kommen dann an diesem Tag zu Besuch in den Restaurants […]. Die meisten Neuen kommen zu uns über den Restaurant Day, sie waren Gast dort, sie saßen am Tisch mit anderen Leute, keiner kannte sich. Dann stellt jemand die blöde Frage ‚warum macht ihr das?‘ Dann kommt die Antwort, man

> trinkt Wein, die emotionale Ebene stimmt. Dann kommen weitere Informationen Nachhaltigkeit, Arrenberg, essbare Stadt... und manche finden das auch cool. Der Integrationsprozess findet dann noch zu unstrukturiert statt, sie bekommen eine E-Mail, dann kommen sie..." (Heynkes 2017, S. 4, 17)

In dieser Strategie steckt jedoch auch ein grundsätzliches Problem, das Biesenbach so beschreibt:

> „Das ist auch der Grund, warum wir gerade versuchen, mit anderen Strukturen daranzugehen. Das ist ein entscheidendes Spannungsfeld […]. Einerseits haben wir […] den Restaurant Day und da nehmen die Nachbarn gerne teil, das ist Leben. Auf der anderen haben wir etwas vollkommen Abstraktes, wie die Einrichtung von virtuellen Kraftwerken, wo man erstmal zehn Minuten braucht, um überhaupt zu verstehen, was damit gemeint ist. Und das findet beides parallel statt. Und das immer noch so zusammenhalten, dass die Leute es als eines begreifen, obwohl sie nicht überall sind und überall gleich denken, das ist eine wirkliche Herausforderung und da suchen wir gerade noch die richtigen Wege. Wir geben uns andere Strukturen, um anders damit umgehen zu können." (Biesenbach 2017, S. 12)

Bei der Bürgerinitiative *Viva Viktoria!* war Inklusion kein Thema, das bewusst behandelt wurde, denn „dem Ziel wurde alles untergeordnet: Investor verhindern, Bürgerbegehren gewinnen." (Bergfeld 2017, S. 13) Bei der Bürgerinitiative *Helios* wurde das Problem so behandelt:

> „Die Bürgerinitiative war offen, am Anfang war es sehr bunt, was Schichten angeht, Generationen, Leute mit körperlicher Beeinträchtigung, alles war da. Das war nicht so, weil es gewollt war, sondern es war einfach so. Die waren einfach da. Die Buntheit ist mit der Zeit weniger geworden, denn so lange am Ball zu bleiben, einen festen Job zu haben, eine Familie und dann nebenbei noch das... Studenten ziehen nach dem Studium um. Es gibt deshalb eine Fluktuation, es ist vor allem eine Frage der Ressourcen. Ein großes Thema bei der Moderation war, wie kriegt man die Menschen zum Reden, wie hält man sie oder wie kriegt man sie, die Angst haben, sich vor so einer Gruppe zu artikulieren […]. Ja, ich hab auch kein Patentrezept zu […]. Man muss mit der Frage leben, wie repräsentativ seid ihr? Wir konnten diese Frage für uns positiv beantworten, weil wir sehr viel unterwegs waren im Veedel, mit Ständen bei Straßenfesten, wir haben so viel mit den Leuten gequatscht. Auch wenn die Milieus nicht alle bei uns vertreten oder gut vertreten waren, konnten wir mit jedem kommunizieren. Auch die Inhalte wirken sich auf die Zusammensetzung, wenn wir bestimmte Themen behandeln, kommen bestimmte Leute und andere nicht. 25 Leute arbeiten noch im Kern, wir wissen aber, dass wir viel mehr Menschen aktivieren können, wenn etwas nicht vernünftig läuft." (Möllmann 2017, S. 6)

Auch hier wird also bestätigt, dass sich schon die Themenauswahl selektiv auswirkt. Initiativen brauchen jedoch auch eine inklusive Ansprache, deshalb wurde der *Kölner Sonntag der Nachhaltigkeit* in *Tag des guten Lebens* umbenannt. Im Rahmen der Initiative musste „die Sprache, den für die Nachhaltigkeitsszene eher typischen Duktus des Normativen, [immer wieder] an die Situation, die Nachbarschafen, das neue Veedel angepasst werden." (Thomas Schmeckpeper zitiert in Brocchi 2017, S. 107)

3.2.8 Ökonomie

Eine Ressource, die partizipationsorientierte Initiativen haben oder benötigen, ist Zeit. Ihre Ziele erfordern Zeiteinsatz, der *Tag des guten Lebens* kann nur dann stattfinden, wenn eine Reihe von

Deadlines eingehalten wird. Die Erzeugung von Zeitdruck zählt auch zu den Strategien, die manche Kommunalverwaltungen anwenden, zum Beispiel um Widerstand gegen Konsolidierungsmaßnahmen vorzubeugen oder zu brechen:

> „Interessengruppen, Fachverwaltungen und Fachausschüssen wird nicht nur wenig Zeit gegeben, zu opponieren und die Ratsmitglieder zu beeinflussen. Diese können sich unter Zeitdruck auf entlastende Konsolidierungserzählungen stützen. Das Sparpaket, das nicht aufgeschnürt werden soll, wird von der Verwaltung in kürzester Zeit durch Rat und Ausschüsse ‚gepaukt'." (Bogumil/Holtkamp 2013, S. 173)

Die Bürger_innen sollen vor vollendeten Tatsachen stehen, potentielle Gegner werden einfach „überrumpelt" (Bogumil/Holtkamp 2013, S. 173). Der Zeitdruck wird auch durch Vorschriften aufgebaut, so musste die Bonner Bürgerinitiative *Viva Viktoria!* in max. drei Monaten 10.000 Unterschriften sammeln, um einen Ratsbeschluss mit einem Bürgerbegehren anzufechten. Und doch war gerade das *Tempo* für den Erfolg der Bürgerinitiative entscheidend:

> „Es gab eine hohe Bereitschaft zum Handeln, manche Sachen sind innerhalb von zwei Tagen entstanden, schon sehr faszinierend. Wir hatten so ein Tempo, das war der wichtigste Erfolgsfaktor überhaupt […], wir haben immer Druck geschafft. Es gab die Demo jeden Mittwoch, das hat Struktur bei uns geschaffen, zehn Mal haben wir es gemacht […]. Da einer unserer wichtigsten Erfolgsfaktoren das von uns vorgegebene Handlungstempo war, musste immer wieder sofort Geld ausgegeben werden, um einen nächsten Schritt zeitnah zu realisieren. Den habe dann in der Regel ich vorfinanziert, bevor wir später um Spenden gebeten haben. Das garantierte unsere uneingeschränkte und jederzeit gegebene Handlungsfähigkeit." (Bergfeld 2017, S. 12)

Um ein solches Tempo zu ermöglichen, wurden die Strukturen der Plattform sehr offengehalten. So gab es keine Diskussion über neue Ideen, sondern immer nur „wenn du Lust hast, mach das" (Eder 2017b, S. 12). Vor allem durch eine zügige Presse- und Öffentlichkeitsarbeit konnte die Bonner Bürgerinitiative den Zeitkampf mit den Institutionen gewinnen: „Wir waren immer an der richtigen Stelle im richtigen Moment, zum Beispiel mit Pressemitteilungen. Das kann eine Verwaltung nicht, das kann eine Partei nicht, es gibt dort eine Hierarchie, Entscheidungen brauchen viel Zeit." (Bergfeld 2017, S. 16)

In anderen Fällen setzen die Stadtverwaltungen oder die Investorinnen gerade auf die Langwierigkeit von Prozessen, um den Widerstand in sich zusammenbrechen zu lassen. So könnte es mehr als zehn Jahre dauern, bis das Heliosgelände in Köln-Ehrenfeld fertig gebaut wird: „Es steckt Kalkül dahinter, ehrenamtliches Engagement, das in der Freizeit stattfindet, über viele Jahre zu zermürben […]. Geld ist sehr ausdauernd" (Symanski zitiert in Klopotek/Lüke et al. 2017, S. 33), sagt Ute Symanski, Sprecherin der Wählergemeinschaft *Deine Freunde*. Gerade in solchen Fällen brauchen dann Initiativen vor allem ‚Ausdauer', um die eigenen Ziele zu erreichen.

Zeit ist auch wichtig, um sich auf die Eigenart von Quartieren und auf die Heterogenität der Bevölkerung einzulassen. Je größer die soziokulturelle Ungleichheit zwischen den Pionier_innen der Transformation und der Bevölkerung im Quartier ist, desto mehr Zeit brauchen der Aufbau von Vertrauen und die Mobilisierung von unten. Da Partizipation freiwillig ist, muss sich der Zeittakt von Transformationsprozessen der verfügbaren Zeit der Menschen vor Ort anpassen, sonst

steigen diese aus. Doch um welchen Zeiteinsatz geht es genau? Im Kern der Initiativen ist er deutlich höher als am Rande. In der Hochphase der Aktivitäten widmeten Axel Bergfeld 30 bis 40 Stunden und Bernd Eder 10 bis 20 Stunden pro Woche der Bürgerinitiative *Viva Viktoria!*. „Für mich war es wirklich ein Fulltimejob, mehrere Monate lang. Das hat Spuren in meinem Geschäftsleben hinterlassen", sagt Bergfeld (2017, S. 13). Bei der Bürgerinitiative *Helios* heißt es:

> „In den heißen Phasen arbeitete ich 15-20 Stunden die Woche für die BI. Jeden Tag war irgendwas, inzwischen komme ich mit zwei Stunden die Woche hin. Oft geht es um Anfragen, Studenten, die ihre Masterarbeit schreiben, eine Initiative aus Bonn, die wissen möchte, wie Bürger_innen Einkaufszentren verhindern können." (Möllmann 2017, S. 10)

Beim *Aufbruch am Arrenberg* ist es sehr unterschiedlich, wie viel Zeit die engagierten Bürger_innen im engen Kern der Initiative widmen:

> „Es gibt 10-15 Leute, die jeden Tag mit der Arbeit im Quartier beschäftigt sind, manchmal 30 Minuten, manchmal 2-3 Stunden pro Tag. In jeder Gruppe gibt es regelmäßige oder unregelmäßige Treffen, es gibt ganz viel bilaterale Treffen. Dann gibt es Treffen mit Externen, mit der Stadtverwaltung, mit dem Ministerium…" (Heynkes 2017, S. 14)

In der Aufbauphase des *Tags des guten Lebens* verbrachte der Initiator 10-20 Stunden pro Woche mit dem Vorhaben, es ging vor allem um Öffentlichkeits- und die Netzwerkarbeit. Je größer die Initiative und die Aufmerksamkeit wurden, desto mehr Termine mussten wahrgenommen und E-Mails abgearbeitet werden.

Diese Menschen bekommen für ihre Arbeit meistens keine finanzielle Vergütung, es handelt sich dabei um reine ehrenamtliche Arbeit. Bei jedem Individuum ist Zeit bekanntlich eine begrenzte Ressource, neben dem Engagement verlangen auch der Beruf und manchmal auch die Familie nach Einsatz. Wie groß die Herausforderung sein kann, beschreibt die Mitgründerin von *Utopiastadt* wie folgt:

> „Ich hatte noch ein 30 Stunden-Job in Dortmund - und hier [bei der Initiative] hörte es mit der Arbeit nicht mehr auf, man musste sich mit den ganzen Unterlagen beschäftigen, die ganze Buchhaltung. An dem Prozess, der uns hierhin geführt hat, wo wir sind, haben wir ehrenamtlich gearbeitet. Manchmal habe ich bis 4 Uhr morgens für Utopiastadt gearbeitet, um 7 Uhr bin ich wieder aufgestanden und dann nach Dortmund gefahren, Wochenende gab es halt nicht. Es war auch in Ordnung, es war eine Gemeinschaft, wir haben auch hier gelebt, tun wir es immer noch, aber die Zeiten ändern sich auch, wenn Nachwuchs dazukommt, dann kommt eine andere Kurve da rein. Ich bin ein selbsterwählter Workaholic, ich mag diesen Job, ich lebe dafür, aber ich musste in den ersten Jahren hart dran, jetzt geht das Kind in die Kita. Manchmal musste ich damals Stopp sagen […]. Rückblickend muss man einfach schauen, wie man sein eigenes Leben auch so gestaltet, wir engagieren uns gerne und das tun wir immer noch, und das ist wirklich unser Lebenswerk, glaube ich... Aber irgendwann muss man sich spiegeln, was ist man persönlich, wie will man sich verändern, was will man vom Leben, und deswegen muss man - auch wenn es sehr sehr schwer ist - dann wieder versuchen, die Spirale rückwärts zu drehen, ok, jetzt muss ich versuchen, runter zu kommen; schauen, dass ich auch Arbeitszeiten habe, und danach Freizeit." (Blaschczok 2017, S. 10-11)

Diese Darstellung macht einerseits bewusst, wie hoch die Motivation solcher Menschen sein muss, um sich diesen Aufwand anzutun, andererseits auch, dass Zeit ein begrenzender Faktor für die Partizipation von Bürger_innen ist.

Zeit kann geteilt oder mit Geld erkauft werden. Heute erhalten die Gründer_innen der *Utopiastadt* einen Lohn als Geschäftsführer, um viel Zeit in der *Utopiastadt* zu verbringen. Nicht nur Zeit, sondern auch Geld kann so im Laufe der Organisationsentwicklung zu einer entscheidenden Ressource werden. Vom Geld kann irgendwann die Existenz einer ganzen Initiative abhängen, das gilt zum Beispiel für *Jack in the Box.* Bis Februar 2011 wurden noch ca. 80 Prozent der Kosten über die Arbeitsmarktdienstleistungen des Vereins finanziert. Die Kürzungen der Forderungen durch Einsparungen beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales stürzten den Verein dann in eine tiefe Krise, plötzlich konnten lediglich 40 Prozent der Kosten des Vereins so finanziert werden (vgl. Jack in the Box 2011, S. 2).

Geld wird nicht nur für die Vergütung von Arbeit benötigt. Am *Tag des guten Lebens* entstehen die meisten Kosten „paradoxerweise ausgerechnet durch die Autos, das heißt für die Befreiung des öffentlichen Raums vom motorisierten Straßenverkehr." (Brocchi 2017, S. 93) Dies liegt nicht zuletzt an den hohen Auflagen, die Stadtverwaltungen setzen, wenn es darum geht, in den motorisierten Straßenverkehr einzugreifen und ganze Straßen den Bürger_innen zur Verfügung zu stellen. Auch darin zeigt sich, wie gut eine bestimmte Hierarchie (Auto vor Mensch) im öffentlichen Raum geschützt und reproduziert wird.

Kosten entstehen bei Initiativen zum Beispiel für den Druck von Flyern und Plakaten oder für das Ermöglichen von Aktionen. Doch wie werden sie gedeckt? Ein Beispiel:

> „Die Organisation eines *Tags des guten Lebens* in Köln kostete bisher im Durchschnitt ca. 60.000 Euro, davon waren die eine Hälfte Sachkosten (Absperrung der Straßen, Versicherung, Druckkosten) und die andere Hälfte Honorare. Gedeckt wurden die Ausgaben bisher zu etwa 50 Prozent von der *Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW*, der Rest zu etwa gleichen Teilen von Sponsoren und kleineren Zuschüssen (z. B. 2.000 Euro von der Bezirksvertretung) sowie Spendenaktionen aus den Vierteln." (Brocchi 2017, S. 133-134)

Die Kosten von *Aufbruch am Arrenberg* werden unter anderem durch die Beiträge von 170 Vereinsmitgliedern finanziert, „zwei Stellen werden über dem Jobcenter finanziert, das sind beides offiziell volle Stellen, wobei ein großer Teil darin besteht, dass wir beide Personen weiterqualifizieren […]. Das ganze 6-12 Monate lang." (Biesenbach 2017, S. 13) Durch eine Förderung von 300.000 Euro für das Verbundprojekt *Virtuelle Kraftwerke, VirtualPowerPlant (VPP)* konnten zwei weitere Arbeitsstellen eingerichtet werden.

Die bisher wichtigste Einnahmequelle der *Utopiastadt* sind die Raummieten aus Co-Working, einer Tanzschule und der Gastronomie. Inzwischen werden Räumlichkeiten auch von affinen Organisationen für Veranstaltungen angemietet (u. a. GLS-Bank, Wuppertal Institut, Montagstiftung, Alanus Hochschule) (vgl. Hampe 2017, S. 11-12).

Unter den untersuchten Initiativen bestand die geringste Geldabhängigkeit bei der Bürgerinitiative *Helios*:

> „Wir haben uns selbst bezahlt, indem wir Waffeln backen und dann auf dem Weihnachtsmarkt verkauft haben. Oder bei Ständen haben wir Spenden gesammelt. Wir haben das Glück gehabt, dass wir 1.000 Euro Spende bekommen haben. Ich wurde immer wieder eingeladen, auch von der Gegenseite, die einfach wissen wollte, wie man solche Verfahren durchführt, was da passiert, wie viel Zeit muss man einplanen... Das habe ich mir dann auch bezahlen lassen, bei so einer Veranstaltung 500 Euro. Mit so viel Geld sind wir dann sieben Jahre lang gefahren. Es gab keine bezahlten Leute bei uns." (Möllmann 2017, S. 10)

Eine weitere Ressource, die Initiativen benötigen oder haben, ist Raum: Begegnungsraum, Freiraum für Kreativität, Aktionsraum… Da kostenlose Räume oft im Quartier fehlen, müssen die Initiativen das Problem kreativ lösen. Cafés können zu einem zentralen Treffpunkt für die Initiativen werden. So fand das Gründungstreffen der Bürgerinitiative *Helios* 2010 im Ehrenfelder Café *Weltempfänge*r statt, daran nahmen 130 Personen teil (vgl Möllmann 2017, S. 1).

Am Arrenberg ist hingegen das Café *Simons* eine Institution für die Initiative geworden:

> „Unsere Initiative hätte nie so weiterkommen können, wenn es das Café Simons nicht gegeben hätte […]. Das ist ein Ort der Kommunikation, da trifft man sich, da geht man zusammen essen, trinken, zusammen feiern, da ist Kultur, ist ein sehr schönes Café, da ist ein schöner Außenbereich, da spielen die Kinder, die Mütter können dort sitzen... Es ist einfach ein Treffpunkt, es ist ein Kommunikationsort, das hat uns vorher total gefehlt." (Heynkes 2017, S. 13)

> „Das ist der Punkt, Cafe Simons, da kann man beides tun, sich hinsetzen, zu zweit, viert, sechst oder zehnt... Man kann sprechen, man kann arbeiten. Es hat trotzdem einen informellen Charakter mit da drin. Und ich glaube, das ist genau die Verbindung, du kannst da die informellen Prozesse laufen lassen, aber es findet in einem Setting, in einem Rahmen statt, der das widerspiegelt, was ein gemeinnütziger Verein ist. Es ist etwas menschlicher, dass die Leute ihre Freizeit zusammen verbringen. Dieser Freizeitcharakter, dieser Charme, das passt als Konzept unglaublich gut zusammen. Ganz wichtig solche Orte zu haben." (Biesenbach 2017, S. 13)

Genau aus diesem Grund war die Einrichtung einer Gastronomie innerhalb der *Utopiastadt* nicht nur wichtig für die Finanzierung der Initiative, sondern auch für ihre Weiterentwicklung:

> „Die Gastronomie ist schon ein sehr wichtiger Ort für das Haus, das wussten wir schon vom Anfang an, es ist ein sehr wichtiges Bindeglied, man trifft sich da einfach. Man trinkt einen Cappuccino bei Gesprächen oder einen Wein, sehr entspannt. Es ist eine sehr wichtige Ebene der Kommunikation." (Blaschczok 2017, S. 15)

Die *Agora Köln* verfügte nicht über eigene Räume, sondern hat abwechselnd Räume der eigenen Mitglieder für Veranstaltungen genutzt. So fanden die Nachbarschaftstreffen in Ehrenfeld überwiegend in den großen Räumen des *Ateliers Colonia* in der Körnerstraße (www.atelier-colonia.de) statt, welche der Fotograf Jürgen Schaden-Wargalla kostenlos zur Verfügung stellte (vgl. Brocchi 2017, S. 90). Für Netzwerkstreffen oder Arbeitsgruppen wurden immer wieder die Räume des Allerweltshauses, von *Colabor*/Raum für Nachhaltigkeit, der *ecosign*/Akademie für Gestaltung oder von Bürgerzentren genutzt. Für die Nachbarschaftstreffen im Stadtteil Sülz stellte die Bezirksvertretung Lindenthal die große Aula des Schiller-Gymnasiums im Viertel zur Verfügung (vgl. Brocchi 2017, S. 108).

Zur Grundinfrastruktur der Partizipation und des guten Lebens im Quartier gehören gemeinsame, selbstverwaltete Räume. Weil sie schon lange Mangelware sind, wurden diese in den 1970ern und 1980ern einfach besetzt, so begann die Geschichte vieler Bürgerzentren, die noch heute existieren (u. a. die Alte Feuerwache im Kölner Agnesviertel). Vor wenigen Jahren hat eine Initiative in Kiel die Räume der ehemaligen Muthesius Kunsthochschule (MKH) besetzt, bevor diese abgerissen werden sollten, um Platz für Luxuswohnungen zu machen: Dort entstand das alternative *Alte Mu Impuls-Werk*.[19] In seiner Ausgabe mit dem Titel *Wer rettet Ehrenfeld?* stellte das Kölner Magazin *Stadtrevue* 2017 die Frage, warum eigentlich das *Underground* auf dem Heliosgelände oder der ehemalige Güterbahnhof nicht besetzt worden sind, auch nur symbolisch, bevor sie abgerissen wurden (vgl. Klopotek in Klopotek/Lüke et al. 2017, S. 36).

Die hier untersuchten Initiativen sind lieber den langen, aufwendigeren Weg gegangen, zum Beispiel um in Besitz des Mirker Bahnhofs zu kommen, wo die *Utopiastadt* gegründet wurde. Genauso die Initiative *Aufbruch am Arrenberg*, die nun Räume erworben hat (über den Mitgründer und Geschäftsführer der Villa Media, Jörg Heynkes), um darin das eigene Bürgerzentrum einzurichten, „wo wir endlich einen gemeinsamen Ort haben, wo wir in Zukunft unsere ganzen Aktivitäten bündeln und zentrieren." (Heynkes 2017, S. 3) Schließlich hat sich die *Agora Köln* bisher auf den Beschluss der interessierten Bezirksvertretungen verlassen, um den öffentlichen Raum im Rahmen des *Tags des guten Lebens* für den Autoverkehr abzusperren und den Bürger_innen zur Verfügung zu stellen. Eine zusätzliche Genehmigung wird auch vom Verkehrsamt und vom Ordnungsamt der Stadt Köln jedes Mal erteilt. Auf solche Formalitäten verzichten zum Beispiel die Organisator_innen von Projekten wie dem *PARK(ing) Day:* Sie besetzen einfach die Autoparkplätze an den Straßen entlang, um diese in öffentliche Parks zu verwandeln.[20]

3.2.9 Verhältnis mit externen Institutionen

In diesem Abschnitt wird das Verhältnis der Initiativen einerseits zu den Kommunalinstitutionen und andererseits zu Immobilieninvestoren dargestellt. Vor allem im ersten Fall ergibt sich kein eindeutiges Bild, denn Institutionen sind keine uniformen Einheiten. Sie bestehen aus Menschen, die in innere Rollenkonflikte geraten können, weil sie im Beruf starren Hierarchien unterordnet sind, während sie im Alltag auch Bürger_innen/Nachbar_innen sind. ‚Die' Stadtverwaltung gibt es nicht, Ämter können dort miteinander konkurrieren, in Köln standen Bezirksvertretungen und Stadtrat schon einmal in Konflikt miteinander, es gibt Parteien an der Regierung und in der Opposition. Auch Investoren stehen im Wettbewerb miteinander, es kann einen Unterschied in ihrem Handeln machen, ob sie in der eigenen Stadt agieren (z. B. Paul Bauwens-Ade-

[19] Website der Initiative: http://altemu.de.

[20] „Der PARK(ing) DAY wurde 2005 von dem Künstlerkollektiv REBAR aus San Francisco ins Leben gerufen. Er ist ein weltweites jährlich stattfindendes Kunstprojekt, bei dem Bürger ein Parkticket ziehen und diese Parkplätze kreativ in öffentliche PARKs zu verwandeln. In kürzester Zeit fand diese Aktionsform Nachahmer quer durch die USA und auf der ganzen Welt, von Sao Paulo über Melbourne bis Stuttgart und Berlin: 2015 gab es weltweit über 1.000 PARKs auf sechs Kontinenten" (autofrei Leben e. V. 2016).

nauer) oder die Anweisungen aus dem Ausland kommen (Aurelis Real Estate GmbH, Signa-Holding). Es liegt auch an der spezifischen Situation oder an der Strategie der Initiativen, von welcher Seite sie die Institutionen und die Investoren erleben.

Verhältnis zu Kommunalinstitutionen

Unter den untersuchten Initiativen war das Verhältnis zwischen der Bürgerinitiative *Viva Viktoria!* und den Bonner Kommunalinstitutionen am polarisiertesten. Zur Erinnerung: Der Stadtrat traf im Juni 2015 die Entscheidung, die städtischen Liegenschaften im Viktoriaviertel an die Signa-Holding des österreichischen Karstadteigentümers René Benko zu verkaufen. Die Bürgerinitiative bildete sich, um den Beschluss anzufechten. Es gelang ihr in kürzester Zeit, bürgerschaftliche Netzwerke in der Stadt zu aktivieren und die doppelte Menge an Unterschriften zu sammeln, die für ein Bürgerbegehren notwendig war. Bis zu diesem Zeitpunkt war das Verhältnis zwischen den Akteur_innen durch formelle Vorschriften geregelt: Die Bürger_innen machten in Bonn von einem Recht gebraucht, das ihnen zusteht. „Wir wollten keinen Kampf, sondern Engagement“ (Eder 2017b, S. 1), sagt Bernd Eder. „Wir wollten nichts Böses, es geht um ein neues Bewusstsein der Bürger/innen, dass nun an die Oberfläche kommt, nicht nur durch Protest“ (Bergfeld 2017, S. 11), ergänzt Bergfeld. Doch für Kommunalinstitutionen sind direktdemokratische Verfahren eine Ausnahmesituation: „Absolut und relativ werden direktdemokratische Verfahren am häufigsten in NRW und Bayern eingesetzt […]. Hier gab es bisher in knapp 15 Jahren insgesamt ca. 1,5 direktdemokratische Verfahren pro Kommune, in Rheinland-Pfalz und Thüringen waren es 0,1 Verfahren pro Kommune.“ (Bogumil/Holtkamp 2013, S. 117) Die niedrige Anwendungshäufigkeit erklärt sich vor allem durch die hemmenden institutionellen Rahmenbedingungen, die Unterschriftenquoren und Zulässigkeit der Verfahren regeln (vgl. Bogumil/Holtkamp 2013, S. 118). Deshalb ist es nachvollziehbar, dass die Kommunalinstitutionen den ersten Erfolg der Bürgerinitiative in Bonn bei informellen Gesprächen so betrachteten:

> „Wir sind geschockt, wir haben es unterschätzt, dass ihr 20.000 Leute innerhalb von wenigen Wochen auf die Beine bringen könnt, dass wir eine Bewegung entstehen, dass wir auf die Pelle rücken, professionelle soziale Medien nutzen... So etwas hat es vorher in Bonn nie gegeben. Bürgerbegehren in der Vergangenheit, da waren Bürger, die jeden Tag zur Stadtverwaltung gegangen sind, sich daran abgearbeitet haben und am Ende doch gescheitert sind.“ (Bergfeld 2017, S. 10-11)

Auch nach dem Einreichen der Unterschriften haben Stadtverwaltungen jedoch andere Möglichkeiten, ein Bürgerbegehren zum Scheitern zu bringen oder zumindest zu entschärfen. In diesem Fall war der erste Versuch jedoch grob, so berichtet Bernd Eder:

> „Als wir die Unterschriften abgegeben haben, sind sie erstmal bei der Stadtverwaltung verloren gegangen. Wir haben ihnen einen großen Karton gegeben und dann einen kleinen, und der kleine war plötzlich weg. Dann durften wir wieder eine lustige Pressemeldung schreiben ‚Ah, ah, hier die Stadtverwaltung...‘ Wir hatten alle Blätter mit den Unterschriften vorher kopiert, dann haben wir der Stadtverwaltung gesagt ‚Ist nicht schlimm, wollen Sie die Kopien haben?‘ Dann sind sie wieder aufgetaucht.“ (Eder 2017b, S. 4)

Bürgerbegehren können für unzulässig erklärt werden, wenn die Kommunalverwaltungen beweisen können, dass die Kosten eines Erfolgs des Bürgerbegehrens nicht gedeckt werden können: „So zeigt sich z. B. in NRW für die 1990er-Jahre, dass die Hauptgründe für eine Unzulässigkeit der fehlende Kostendeckungsvorschlag (in knapp 50 Prozent der Fälle) […] sind." (Bogumil/Holtkamp 2013, S. 119) In Bonn gab es also eine Stellungnahme der Stadtverwaltung zum möglichen Bürgerbegehren, mit einer Auflistung der Kosten, die der Stadt entstehen würden, wenn sich die Bürger_innen durchsetzen:

> „Da bleiben Gebäude in städtischer Hand, die Stadt muss für ihre Instandhaltung bezahlen, es entstehen kosten, die Stadt muss die Gebäude betreiben, Hausmeister usw. Sie haben das reingeschrieben, was es kosten würde, und das war offensichtlich falsch, weil die Stadt auch Erlöse hat – und diese wurden in der Stellungnahme nicht mitberechnet. Natürlich waren auch die Beträge falsch, die Vermietung von den Läden fehlte. Dann sagte die Stadt ‚Oh, stimmt', Mist' [lach]." (Eder 2017b, S. 4)

Nach solchen Erfahrungen mit der Stadtverwaltung festigten sich bei der Initiative zwei Eindrücke: zuerst der, dass die Stadtverwaltung nicht den Bürger_innen dient, sondern und vor allem einer Eigenlogik; und zweitens, dass die Stadtverwaltung glaubt, die Bürger_innen seien inkompetent und leicht zu manipulieren. Das Misstrauen nahm zu statt ab:

> „Wir haben Manipulation vermutet […], das war schon Absicht, das war nicht nur ein bisschen dumm. Normalerweise sind Bürgerinitiativen ehrlich und sie argumentieren nur inhaltlich - und wenn du sie einschüchterst, sind sie auch ruhig. Nette Bürger sind für die Stadtverwaltung gut zu handeln. Die Stadtverwaltung möchte nicht mit uns zusammenarbeiten […]. Das Verhalten der Institutionen hat mich nicht erstaunt […], ich war eben schon in der Antiatombewegung. Aber in der Absolutheit, wie das hier erlebt wird, wie die Stadtverwaltung mit uns definitiv nichts zu tun hat und nichts zu tun haben will, das ist hier schon erschreckend. Man fragt sich natürlich schon, in welcher Stadt lebt man eigentlich. Aber Bürgerbegehren heißt es in Prinzip, für sich selbst Verantwortung übernehmen, Verantwortung übernehmen. Hier muss ich nun selbst als Bürger einen Architekten beauftragen, um beraten zu werden, während das eine Aufgabe der Stadtverwaltung sein sollte, sie haben Gelder. Die Initiative musste von der Stadtverwaltung kommen, die Bürger zu beteiligen. Das ist völlig verrückt." (Bergfeld 2017, S. 4, 14)

> „Ich war hier am Anfang entsetzt, dass eine Stadtverwaltung gegen mich, gegen seine Bürger sein kann. Ich war echt entsetzt. Ich bin für sie da, ich bezahle sie doch quasi, wie kann es sein? Dann zu merken, dass sie so ein eigenes starkes Interesse haben, dass ich ihnen vollkommen egal bin." (Eder 2017b, S. 14)

Da es der Bonner Stadtverwaltung nicht gelungen war, den Widerstand der Bürger_innen zu brechen, musste sich nun der Stadtrat damit auseinandersetzen – das heißt die Parteien. Es waren die CDU, die SPD und die FDP, die jenen Beschluss im Stadtrat mitgetragen hatten, der nun von der Bürgerschaft angefochten wurde. Über das Verhältnis berichtet Eder wie folgt:

> „Ein Geschäftsführer der CDU sagte, dass er durch das Bürgerbegehren die Legitimation des Rates in Frage gestellt sieht, genau ist das Problem. Deshalb wollen sie uns am liebsten zerschlagen, wie kann ich ihnen nun erklären, dass ich kein Staatsgefährder bin, sondern nur beraten will, mitgestalten will? Ich will zusammenarbeiten, ich finde Wahlen völlig in Ordnung." (Eder 2017b, S. 17)

Nur die Grünen und die Linksfraktion stimmten im Stadtrat gegen den Verkauf der städtischen Liegenschaften an Sigma und wollten entsprechend die Initiative für ein Bürgerbegehren gegen eine Shopping-Mall im Viktoriaviertel unterstützen (vgl. Ratsfraktion B90/Die Grünen Bonn 2015; Linksfraktion Bonn 2017). In letzter Minute wechselte auch die SPD die Seite und kam zu dem Schluss, dass eine Shopping-Mall mehr schadet als nutzt. Damit setzte sich der Wille der Bürger_innen im Stadtrat am Ende durch.

Dieses Bürgerbegehren gehört zu den knapp 40 Prozent der zugelassenen direktdemokratischen Verfahren, die von Erfolg gekrönt sind (vgl. Bogumil/Holtkamp 2013, S. 120). Der Mitinitiator der Bürgerinitiative *Viva Viktoria!* zieht folgende Bilanz:

> „Wir sind in der Gesellschaft als neue politische Kraft aufgetaucht und haben gezeigt, dass wir Wahlen auch gewinnen können. Du bist dann ein Faktor, den man berücksichtigen muss. Die Institutionen fühlen sich sehr stark in Frage gestellt, sonst wurden sie nicht so um sich herum schlagen. Es geht nicht mehr um Argumente, sondern es hat eine gewisse Irrationalität, es ist der Versuch, wie wir es von Viva Viktoria erlebt haben, uns auf verfahrenstechnischen Weg, auf juristischem Weg kalt zu stellen." (Bergfeld 2017, S. 16)

Bei dieser Bewertung bezieht sich Bergfeld auch auf die Gestaltung des formellen Bürgerbeteiligungsverfahrens (Bürgerwerkstatt) nach dem Erfolg des Bürgerbegehrens; auch sie erfolgte durch die Bonner Stadtverwaltung, die eine Agentur beauftragt hat.

Die Bürgerinitiative *Helios* hat eine andere Erfahrung mit den Kölner Kommunalinstitutionen gemacht, auch weil die Bezirksvertretung Ehrenfeld und vor allem der Bezirksbürgermeister Josef Wirges (SPD) von Anfang an eine Vermittlerrolle übernommen haben:

> „Sie waren unsere ersten Ansprechpartner. Da war wichtig das Gefühl zu bekommen, dass man als Bürger ernst genommen wird, auf dieser institutionellen Ebene, auf der Bezirksebene. Der Bezirksbürgermeister ist wirklich in Ehrenfeld einer, er ist diesem Ort sehr verbunden, er war im richtigen Moment auf der richtigen Seite, auf der Seite der Bürger. Erstmal sehr pragmatisch. Er hat seine Bürger vertreten und vermittelt." (Möllmann 2017, S. 5)

Diese Aussage macht deutlich, wie wichtig es ist, dass Bürger_innen echte Ansprechpartner_innen und Vertreter_innen in Institutionen finden, die ihnen möglichst nah sind. Von der Stadtverwaltung hat der Sprecher der Bürgerinitiative *Helios* heute ‚ein besseres Bild als vor sieben Jahren' und auch eine Erklärung für die Probleme dort:

> „Ich bin mir sicher, dass sie unterbesetzt sind. Es gibt Leute, die dort sehr gut und fleißig arbeiten. Wir haben mit vielen Abteilungen zu tun gehabt. Beim Thema Schule und Stadtentwicklung saßen acht unterschiedliche Ämter, jeweils zwei Leute, und dann wir zu zweit. Ich habe gemerkt, wie stark sich die Sichtweisen in einer Stadtverwaltung unterscheiden können: Die Bauaufsicht, Verkehrsamt, Schulamt, Gebäudewirtschaft, Stadtplanentwicklung... unheimlich komplex... Es gibt dann nicht nur sachliche Probleme, sondern auch ganz persönliche Sachen, so dass der schwarze Peter immer weiter zugeschoben wird. Man arbeitet viel, aber die internen Strukturen sind dort überarbeitungsfähig. Was ich gesehen habe, ist auf jeden Fall nicht effektiv. Fakt ist, dass die Ressourcen der Verwaltung ausgeweitet werden müssen, da ist zu wenig Personal, zu wenig Sachmittel." (Möllmann 2017, S. 10)

Es wird hier erkannt, dass es zu Engpässen innerhalb der Institutionen kommen kann, wenn einerseits Städte wie Köln weiterwachsen und andererseits öffentliche Verwaltungen kleingespart werden. In einem solchen Kontext kann Bürgerbeteiligung nicht nur willkommen sein: Wie wird sie in der Stadtverwaltung gesehen?

> „Das hängt von den Personen ab. Dazu gibt es keine richtige Linie in der Stadtverwaltung und deshalb ist gut, dass man mit der lokalen Politik (sprich Bezirksvertretung) zusammenarbeitet, weil die Stadtverwaltung dann von der Politik die Anfragen bekommt, sie werden so schneller beantwortet. Die Akzeptanz für unsere Bürgerinitiative hat sich in der Stadtverwaltung im Laufe der Zeit gebessert." (Möllmann 2017, S. 10)

Im Interview wurde auch eine Frage in Bezug auf die Entwicklung des Verhältnisses zu Parteien gestellt:

> „Es ist persönlicher geworden, weil ich die Leute jetzt persönlich kenne. Wir haben sehr darauf geachtet, dass wir überparteiisch bleiben und keine zu starke Nähe zu einer Partei zeigen." (Möllmann 2017, S. 11)

Der Initiator des *Tags des guten Lebens* würde diese Sicht in großen Teilen bestätigen und an folgenden Stellen ergänzen.

Formell sind der Stadtrat und die Stadtverwaltung die wichtigsten Institutionen einer Stadt, aber auf informeller Ebene kann diese Hierarchie anders aussehen. Während der Öffentlichkeitsarbeit für das Konzept *Tag des guten Lebens* empfahlen eigene prominente Akteur_innen dem Initiator, sich an die Kölner Karnevalsgesellschaften zu wenden. Der Tenor: ‚Wenn es Ihnen gelingt, diese zu knacken, dann haben Sie alle anderen Hierarchieebenen in dieser Stadt durch.' Eine leitende Mitarbeiterin der Stadtverwaltung meinte, dass Köln zwar zu den deutschen Städten mit der höchsten Luftverschmutzung gehört, aber eine Reduktion des Autoverkehrs an der Spitze der Stadtverwaltung Tabu sei. Ein wichtiger Grund? „Die Ford-Werke sitzen hier."

Kommunalverwaltungen sind „hochgradig arbeitsteilig organisiert und stark hierarchisiert" (Bogümil/Holtkamp 2013, S. 42), so auch die Kölner Stadtverwaltung. Bei einem informellen Gespräch sagte ein verantwortlicher Mitarbeiter des Verkehrsamtes: „Ich bin gerne bereit, Sie beratend zu unterstützen, ich finde die Idee [des Tags des guten Lebens] toll und habe mich für ähnliche Vorhaben immer wieder eingesetzt. Die Bedingung ist, dass mein Name öffentlich nicht bekannt werden darf, sonst bekomme ich Probleme bei meinem Chef." Ein weiterer leitender Mitarbeiter meinte: „Wir brauchen mehr Druck von der Zivilgesellschaft, von außen – sonst ändert sich hier drinnen nichts mehr." (Brocchi 2017, S. 12) Hierarchien führen dazu, dass sich Mitarbeiter_innen viel mehr am Willen des Amtsleiters oder an den Vorschriften orientieren, als dass sie mit den Bürger_innen lösungsorientiert arbeiten. Ihre Motivation sinkt, wenn sie keine Spielräume für eigenverantwortliche und kreative Arbeit haben. Ein weiteres Problem ist, dass die Posten in der Stadtverwaltung in den letzten Jahrzehnten nicht immer nach Kompetenz oder

Engagement vergeben wurden, sondern als ‚Versorgungsposten' nach Parteibuch bzw. im Rahmen von ‚Klüngeln' (Kartellen).[21] Entsprechend selektiv werden dann Vorhaben unterstützt. Wenn sich das Personal selbst wählen darf, festigen sich solche Strukturen im Laufe der Zeit und reproduzieren sich selbst. In den letzten Jahren ist das Problem in Köln erkannt worden, eine Reform der Stadtverwaltung ist gerade im Gange, ihr Erfolg jedoch ungewiss.

Auch wenn die Stadt eine stärkere Identifikation bei den Bürger_innen erzeugt als übergeordnete Ebenen wie Land, Staat oder Europäische Union, erlebt man gerade innerhalb der Kommunalinstitutionen Frakturen und Wettbewerb. So vermisst der stellv. Bürgermeister des Bezirkes Lindenthal Roland Schüler einen ‚Teamgeist, einen Geist, der Lösungen fordert', in der Verwaltung:

> „Dort herrscht ein ausgeprägtes Spartendenken: ‚Das ist meins und was meins ist, ist nicht deins – und ich achte auf meins und wenn du mit deinem vorangehst, werde ich mir überlegen, wie ich dir Knüppel in die Beine stecken kann'. Wenn man in Verwaltungsrunden sitzt, dann hat man 20 Leute und davon denken 15 negativ, nur auf sich bedacht. Die Politik kann beschließen, was sie will: Die Verwaltung macht trotzdem was sie will, weil sie es abarbeitet." (Schüler in Brocchi 2017, S. 132)

Eigentlich benötigen die Bürger_innen im Lokalen keine Parteien zur Orientierung, „weil sie die Sachverhalte entweder selbst beurteilen können oder wenigstens persönlich bekannten Honoratioren ein solches Urteilsvermögen zutrauen." (Bogumil/Holtkamp 2013, S. 149) Doch sogar in Städten wie Köln können Parteien ein Eigenleben führen und in starker Konkurrenz mit den anderen Parteien stehen, sodass ein Vorhaben, dass von einer bestimmten Partei unterstützt wird, fast automatisch von den anderen abgelehnt werden kann, unabhängig von den Inhalten. Die ‚Konkurrenzdemokratie' ist in Nordrhein-Westfalen deutlich ausgeprägter als in anderen Bundesländern wie Baden-Württemberg (vgl. Bogumil/Holtkamp, S. 150). Das zwingt die Initiativen,

[21] Diese Strategie dient auch der Lösung eines grundsätzlichen Problems: In Kommunen sind die Parlamentarier_innen oft Ehrenamtler_innen, die lediglich eine bescheidene Entschädigung bekommen. „Die Ratsmitglieder bekommen auch von den Lokalparteien in der Regel keine Zusatzverdienste, sondern sie müssen sogar zu deren Wahlkampffinanzierung und zur Unterhaltung der Fraktion häufig erhebliche Teile der schon niedrig bemessenen Aufwandsentschädigung als ‚Parteisteuer' (entgegen den kommunalrechtlichen Bestimmungen durch Fraktionszwang) abführen […], sodass man noch weniger davon ausgehen kann, dass Kommunalpolitiker ausschließlich von den Aufwandsentschädigungen leben können. Relativ wenig überraschend ist, dass der größte Anteil der Fraktionsvorsitzenden im öffentlichen Dienst beschäftigt ist (49 Prozent) und hier offenbar problemlos freigestellt wird. Auffällig ist aber, dass in den größeren Städten der Anteil der Selbstständigen (u.a. Bauunternehmer, Rechtsanwälte und Architekten) unter allen Fraktionsvorsitzenden auf immerhin 28 Prozent in unseren Befragungen steigt. Dies ist vor dem Hintergrund des hohen Zeitaufwands in den Großstädten und der von Selbstständigen mit sehr hohem Bildungsniveau zu realisierenden Verdienstmöglichkeiten pro Stunde schon bemerkenswert.' (Bogumil/Holtkamp 2013, S. 201-202) ‚Versorgungsposten' sind die Vergütung, die Kommunalpolitiker_innen in einer Großstadt wie Köln irgendwann bekommen, für den hohen Zeitaufwand, die ihre Position mit sich bringt. Diese Posten sind zum Beispiel in den zum Teil privatisierten kommunalen Unternehmen und „zweitens durch Unternehmen (bzw. als Selbstständige), die daran interessiert sind, einen Stadtrat in ihren Reihen zu haben, also ‚Wohnungsgesellschaft, karitative Verbände, Architekten und Bauunternehmen' […]. Diese ‚individuellen' Strategien dürfen häufig in informellen Führungsgruppen und parteiübergreifenden Kartellen realisiert werden." (Bogumil/Holtkamp 2013, S. 202)

überparteilich zu bleiben und die Zusammenarbeit mit der einen oder anderen Partei zu vermeiden, um nicht Opfer dieser Logik zu werden. Gleichzeitig spielt innerhalb der *Agora Köln* keine Rolle, welche parteipolitischen Tendenzen die Teilnehmer_innen haben: Jeder versteht sich als Bürger_in in der eigenen Stadt oder als Nachbar_in im eigenen Quartier.

Zunächst stieß das anspruchsvolle Konzept *Tag des guten Lebens* auf Skepsis in den Kölner Institutionen und wurde von der Bezirksvertretung Innenstadt im Mai 2012 abgelehnt: „Wir dürfen Bürgerinnen und Bürger mit solchen visionären und überdimensionierten Projekten nicht überfordern, vielleicht kann man mit einer Straße beginnen“ (Hupke zitiert in Brocchi 2017, S. 9), so die Begründung des Bezirksbürgermeisters Andreas Hupke (B90/Die Grünen). Ein Mitarbeiter der Stadtverwaltung empfahl dem Initiator, nach Ehrenfeld zu gehen und Kontakt mit dem Bürgermeister des Stadtbezirks aufzunehmen: „Dort sind die Politik und das Umfeld offener für solche Ideen“ (Brocchi 2017, S. 9). Tatsächlich musste diesem Bürgermeister das Konzept des *Tags des guten Lebens* nicht länger als fünf Minuten präsentiert werden: Wirges stand plötzlich auf, holte einen Stadtplan aus der Schublade, breitete ihn auf dem Tisch aus und zeichnete mit einem Bleistift ein Viereck: „Herr Brocchi, das machen wir da!“ (Brocchi 2017, S. 86). Auch diese Erfahrung zeigt, dass die Institutionen in der Stadt ein sehr vielfältiges Konstrukt sind, wobei die gleiche Initiative und das gleiche Projekt unterschiedlich wahrgenommen und behandelt werden können. Wenn sich eine Tür schließt, bedeutet es nicht, dass sich keine andere öffnen kann. In der Bezirksvertretung Ehrenfeld machte sich Wirges für einen Beschluss über die Parteigrenzen hinweg stark:

> „Im November 2012 lud Wirges den Initiator des TdgL ein, das Projekt vor den Fraktionsvorsitzenden der Ehrenfelder Parteien vorzustellen. Er wollte unbedingt eine politische Kampfabstimmung vermeiden, um die Bevölkerung nicht in Befürworter und Gegner des TdgL zu spalten. Wirges zielte auf einen gemeinsam getragenen Antrag aller Fraktionsvorsitzenden ab, um das Vorhaben mit möglichst viel politischem Vertrauen auszustatten. Die Rechnung ging auf. Alle Fraktionsvorsitzenden unterstützten die vom Initiator des TdgL vorgeschlagene Beschlussvorlage – fast ohne Korrekturen:
>
> ‚1. Die Bezirksvertretung Ehrenfeld tritt dem Kreis der Unterstützer [Agora Köln] bei, setzt sich dadurch für ein neues Verhältnis zwischen Institutionen und Zivilgesellschaft ein und kann den Prozess mitbestimmen.
>
> 2. Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt zu, dass Ehrenfeld einmal pro Jahr an dem ‚Tag des guten Lebens‘ teilnimmt, ein Gebiet für den individuellen motorisierten Verkehr sperren lässt und den öffentlichen Raum den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stellt.‘
>
> Bei der Versammlung der Bezirksvertretung Ehrenfeld am 17.Dezember 2012 wurde der Antrag einstimmig angenommen – mit den Stimmen von SPD und Grünen (jeweils 6 Sitze), CDU (4 Sitze), FDP, Pro Köln und Linke (jeweils 1 Sitz).“ (Brocchi 2017, S. 87-88)

Während es nicht jeder im Vorfeld laienhaften Bürger_innen zutraute, ein solch ambitioniertes Projekt vor allem auf ehrenamtlicher Basis zustande zu bekommen, staunten Kommunalpolitiker_innen, die Stadtverwaltung, die Polizei und die Feuerwehr über den unerwartet reibungslosen Verlauf und den großen Erfolg des ersten *Tags des guten Lebens* in Ehrenfeld am 15. September 2013. Es war das Zeichen, dass die Kompetenz und die Lernfähigkeit der Bürger_innen

oft unterschätzt werden: „Die Bürger_innen sind weiter als man denkt“ (Stiegels 2014), zitierte das *Stadtrevue*-Magazin den Initiator des *Tags des guten Lebens*. Ehrenfeld diente als Reallabor der Transformation für die ganze Stadt, denn nach dieser Erfahrung und dank der überragenden Presse öffnete sich plötzlich die Türe für den *Tag des guten Lebens* in anderen Stadtbezirken. Sogar in der von der CDU-regierten Bezirksvertretung Lindenthal wurde das Konzept einstimmig angenommen, die Bezirksbürgermeisterin Helga Blömer-Frerker (CDU) sprach von „paradiesischen Zuständen auf den Straßen“ (Brocchi 2017, S. 109), als sie *den Tag des guten Lebens* am 31. Mai 2015 in Sülz erlebte. Schließlich stimmte auch die Bezirksvertretung Innenstadt für das Konzept, auf diesem Gebiet findet der *Tag des guten Lebens* gleich zweimal statt, im Stadtteil Deutz (2017) und im Agnesviertel/Eigelstein (2018).

Durch den politischen Beschluss bekommt die Kölner Stadtverwaltung von den Bezirksvertretungen (und nicht von der *Agora Köln*) den Auftrag, die Rahmenbedingungen für die Realisierung des Tages zu schaffen. Wie reagiert diese? Thomas Schmeckpeper, der von 2013 bis 2017 die Logistik des *Tags des guten Lebens* organisierte, berichtet so vom ersten Treffen mit der Stadtverwaltung:

> „Zunächst war das Ordnungsamt Köln als zuständige Genehmigungsbehörde und Informationsknotenpunkt für alle anderen Ämter und Behörden (Amt für Straßen- und Verkehrstechnik, Feuerwehr, Polizei) überrascht bis konsterniert über die Dimension der geplanten Veranstaltung. Die Sperrung von 25 Straßen und die Einrichtung von flächendeckenden Halteverbotszonen mit der gleichzeitigen Aufforderung an alle Anwohner, den entstehenden Freiraum gemeinschaftlich und alternativ zu nutzen, entsprach bei weitem nicht den üblichen Anträgen für Straßenfeste oder andere Sport- und Kulturveranstaltungen im öffentlichen Raum. Die Antwort auf die Frage, was denn in all den Straßen geplant sei, dass man das eben noch nicht wisse, weil es ja durch die Anwohner selbst gestaltet werden solle, provozierte einen, sagen wir mal, verblüfften Moment der Stille. Der Plan, eine Veranstaltung zu organisieren, bei der der Veranstalter sich als solcher gar nicht zu erkennen gibt, im Gegenteil, die Gestaltung der Veranstaltung den Besuchern überlassen wollte, war offenkundig schwierig mit der Gesetzgebung zu vereinbaren, die die Auflagen für Veranstaltungen im öffentlichen Raum bemessen (in diesem Fall v. a. die Sonderbauverordnung NRW und das Landes-Immissionsschutzgesetz). Im Folgenden erwies sich das Ordnungsamt als zuverlässiger und kooptativer Partner, der nach seinen Möglichkeiten die Veranstaltung begleitete und unterstützte. Für eine vertrauensvolle Partnerschaft war die proaktive Kommunikationsarbeit von Seiten des Veranstalters unerlässlich – lieber eine Frage zu viel und früh genug als eine zu wenig oder zu spät.“ (Schmeckpeper zitiert in Brocchi 2017, S. 92)

Die Erfahrung des *Tags des guten Lebens* machte den Veranstalter_innen schnell bewusst, dass der öffentliche Raum nicht den Bürger_innen gehört, sondern den Institutionen. Ohne Genehmigung dürfen die Bürger_innen nicht einmal ihre eigene Straße verschönern. Die *Agora Köln* musste deshalb eine ‚Pufferfunktion‘ zwischen Institutionen und Anwohnerschaft übernehmen: Ohne eine gewisse Einhaltung der Auflagen wäre das Projekt in der Stadtverwaltung nicht genehmigt worden, gleichzeitig hätten viele Bürger_innen ihre Motivation verloren, wenn sie direkt mit der Fülle an Vorschriften konfrontiert worden wären. Spontane kreative Aktionen der Nachbarschaften im öffentlichen Raum sind beim Ordnungsamt nicht einmal als Möglichkeit vorgesehen, jede Aktion muss hingegen beantragt werden (mit Angabe von Verantwortlichen, genauer Adresse, Zeit, Umfang usw.). Wie können die Bürger_innen Verantwortung im Quartier

übernehmen und die Nachbarschaft pflegen, wenn schon der bürokratische Aufwand dafür so groß ist? Wie viele Ressourcen der Stadtverwaltungen dienen der Kontrolle statt der Unterstützung der Bürger_innen?

Da alle Auflagen bisher durch die *Agora Köln* erfüllt wurden, haben die Mitarbeiter_innen der Stadtverwaltung inzwischen eine positive Haltung dem *Tag des guten Lebens* gegenüber:

> „Das Konzept, das dahinterstand, fanden die meisten von uns sehr interessant. Die Agora wollte den Bürger_innen den Straßenraum zurückgeben, um an so einem Tag zu zeigen, wie man ihn anders nutzen kann, wenn man keine Autos und kein Kommerz mehr hat. Hier wollte man keine Pommes, sondern die Bürger selbst beteiligen, statt von außen etwas aufzwingen." (Hendrik Colmer, Mitarbeiter der Gruppe des Fahrradbeauftragten der Stadt Köln, zitiert in Brocchi 2017, S. 91-92).

> „Alle Mitarbeiter der Stadtverwaltung, mit denen ich sprach, hatten einen sehr positiven Eindruck vom Tag." (Alexandra Foxius, Mitarbeiterin vom Kölner Verkehrsamt, zitiert in Brocchi 2017, S. 98).

Natürlich ist es nicht immer leicht herauszufinden, mit welcher realen Motivation die Institutionen solche Projekte unterstützen: Liegt es wirklich an einem Bewusstsein für Nachhaltigkeit oder an der Nähe zu den Bürger_innen? Oder erhoffen sich die Institutionen eine zusätzliche Legitimation, wenn das Projekt gute Presse verspricht? Inzwischen ist der *Tag des guten Lebens* ein bundesweit bekanntes und geschätztes Projekt, von dem das Kölner Stadtmarketing profitiert. Dabei werden die Kassen der Stadt nicht einmal belastet, die Bezirksvertretungen haben bisher das Projekt mit lediglich ca. 2.000 Euro pro Jahr unterstützt. Trotzdem hat gerade das Gelingen des *Tags des guten Lebens* gezeigt, welche Potentiale unkonventionelle Allianzen zwischen Bürger_innen und Teilen der öffentlichen Institutionen auf lokaler Ebene haben:

> „Mit ihrer Entscheidung können [die politischen Institutionen] Gestaltungsräume für die Zivilgesellschaft und die Anwohnerschaft öffnen und diese legitimieren. Sie können logistische und finanzielle Ressourcen beisteuern, um Transformationsprozesse zu ermöglichen und um die beteiligten Akteure zu entlasten." (Brocchi 2017, S. 76-77)

Auch die Wuppertaler Initiative *Aufbruch am Arrenberg* fand zuerst keine offenen Türen in den Kommunalinstitutionen, später veränderte sich nach und nach das Verhältnis. So berichtet Jörg Heynkes:

> „Vor zehn Jahren […] wurden [wir] sehr skeptisch gesehen von der Stadt, von Politik und Verwaltung, es hat ein Jahr gedauert, dann hat man in der Politik verstanden, dass wir nicht nur Spinner sind, sondern eine seriöse Arbeit machen, dass wir was Gutes wollen, erst dann entstand mehr Vertrauen. Unter den Parteien gibt es Unterschiede bis heute, das hat auch persönliche Gründe. Es gibt in unserer Initiative einige Leute, auch ich unter anderem, die den Parteioberen von der Koalition CDU und SPD in Wuppertal kräftig auf die Füße steigen, und das führt schon mal zu Unmut. Allgemein werden wir von den Partien nicht so wahrgenommen, wie wir es verdient hätten. Trotzdem sowohl der frühere Oberbürgermeister als auch der jetzige finden gut, was wir hier machen. Die Stadtverwaltung, die entscheidenden Leute dort, sind nun von uns begeistert. Wir leben heute in einer sehr positiven Koexistenz. Die Stadtverwaltung handelt am Anfang immer genervt, ‚was willst du denn von mir?!', das hat sich hier schon spürbar verbessert. Der Drehpunkt war nach zwei-drei Jahren. In Wuppertal kommt etwas Besonderes hinzu, die Stadt ist pleite, also eine handlungsunfähige Stadt, die eigentlich nichts mehr

> selber gestalten kann, ist natürlich noch mehr darauf angewiesen, dass Bürger was machen. Was wir hier machen, was in der Utopiastadt passiert, was in Recklinghausen passiert, wäre in einer Stadt wie Düsseldorf undenkbar, weil die Stadt es nicht zulassen würde oder die Menschen dort nicht einmal damit anfangen würden (‚Wenn etwas nicht stimmt, soll sich die Stadt darum kümmern'). Hier in Wuppertal hat jeder vor zehn Jahren gewusst: Wenn hier dir irgendwas stört, dann mach es selber, die Stadt tut nichts mehr. Wir waren pleite, wir hatten Korruptionssumpf. Die Finanzkrise hat den Nährboden geschaffen, für alle Initiativen... Die Wuppertaler Bewegung, die die Nordbahn-Trasse ermöglicht hat, da wo jetzt Utopiastadt ist, ist nur möglich gewesen, weil die Stadt am Ende war, weil die Bürger gesagt haben, wenn wir wollen, dass da ein Radweg kommt, dann müssen wir ihn selber bauen. Genauso ist es am Arrenberg, es sind Menschen, die gewusst haben, wenn ich will, dass sich etwas ändert, dann muss ich es tun. Die Stadtverwaltung und auch die Politik haben zum Glück auch begriffen, sie können nichts tun, außer sie begleiten ein bisschen Initiativen wie unsere und helfen ihnen ein bisschen, dann passiert zumindest was. Da wo eine gut ausgestattete Stadtverwaltung ist, würde man sagen, was fällt euch da ein!" (Heynkes 2017, S. 15)

Seit der Finanzkrise üben bürgerschaftliche Initiativen eine kompensatorische Funktion gegenüber den Institutionen aus. Insofern haben die Bürger_innen zweimal für die Rettung der Banken bezahlt: einmal über die Steuergelder, die dafür angewendet würden; einmal über die Übernahme von Aufgaben, die die verschuldeten Institutionen nicht mehr leisten können. Trotzdem weigern sich die Institutionen weiterhin, einerseits eine echte Gegenleistung von den Finanzmärkten zu fordern und andererseits den Bürger_innen mehr Macht zu übergeben.

Inzwischen übt *Aufbruch am Arrenberg* eine wichtige Vermittlungsfunktion aus, vor allem durch das Betreiben eines Stadtteilbüros:

> „Wir haben ein Ohr für die Belange der Bürger. Das beginnt bei ganz einfachen Sachen, wir hatten diese Woche den Fall... Es gab ein großer Turm von Müllsäcken, die ein Bauvorhaben zurückgelassen hat. Wo früher die Arrenberger diese Säcke zerstreut hätten, kommen sie heute ins Stadtteilbüro und sagen: ‚Wisst ihr, wie wir sie wegbekommen? Könnt ihr Bescheid sagen?' Dann gehen wir raus, machen ein Foto, melden es an die Stadt und an den Investor zurück. Das ist nur ein kleines Beispiel, zeigt aber wie sich die Wahrnehmung bei den Bürgern hier im Stadtteil verändert hat; dass Leute, die sonst nie eine offizielle Stelle aufsuchen würden, sie kommen zu uns ins Büro - und sagen uns, was ihnen stört, was sie gerne verändert haben möchten usw. Wir haben es geschafft, eine wirkliche Bürgernähe zu schaffen - und nicht nur im Sinne von, wir erzählen den Bürgern, was wir hier tolles tun, sondern umgekehrt, die Leute nehmen uns als Ansprechpartner wahr, für Sorgen, für Nöte, für Wunsche, die sie haben." (Biesenbach 2017, S. 4)

> „…die Stadt Wuppertal, die Verwaltung, wenn da eine Idee entsteht, was sie im Arrenberg machen wollen, dann kommen sie zuerst zu uns, fragen uns, ob wir das auch gut finden und dann wird abgestimmt, untereinander. Also die Stadt wurde nie auf die Idee kommen, etwas Umfangreicheres von alleine zu organisieren, ohne vorher mit uns darüber gesprochen zu haben. Man akzeptiert, dass wir diejenige sind, die das Quartier entwickeln - und es sinnvoll ist, sich mit uns abzustimmen, und es nicht einfach allein zu machen. Das ist eigentlich schon ein Irrerfolg." (Heynkes 2017, S. 4)

Obwohl *Aufbruch am Arrenberg* keine gewählte Vertretung der Anwohnerschaft darstellt, übt sie bereits wichtige Funktionen aus, die sonst von Quartiersräten ausgeübt werden. Das Beispiel zeigt mal wieder, wie wichtig es ist, dass die Anwohner_innen einen institutionellen Ansprechpartner vor Ort haben, der ihre Belange ernst nimmt und sich darum kümmert. Gleichzeitig sind

die übergeordneten Institutionen oft zu weit weg und brauchen ebenso einen kompetenten Ansprechpartner vor Ort, um über Maßnahmen zu beraten.

Verhältnis zu Immobilieninvestoren

Immer größere Teile des urbanen Raums sind in der Hand von Immobilieninvestoren. Diese handeln profitorientiert und gestalten oft ihre Projekte möglichst rentabel. Das Privateigentum in kapitalistischen Gesellschaften genießt zusätzlich einen besonderen Schutz. Andererseits sind die Quartiere der Lebensraum ihrer Anwohner_innen. Die hier behandelten Initiativen nehmen den urbanen Raum als Gemeingut wahr, behandeln ihn entsprechend und orientieren sich zum Teil an einer Gemeinwohlökonomie, die nicht allein auf Profit und Rendite zielt. Immer wieder werden Quartiere also zum Theater von Konflikten zwischen gesellschaftlichen Subsystemen, die völlig unterschiedliche Logiken vertreten – entscheidend ist oft, welche Position die Institutionen dabei einnehmen.

Vier der hier behandelten Initiativen haben mit drei Immobilieninvestoren interagiert:

- *Jack in the Box* und *Utopiastadt* mit der Aurelis Real Estate GmbH, die inzwischen von US-Investoren kontrolliert wird (vgl. Aurelis Real Estate GmbH 2014).
- Die Bürgerinitiative *Viva Viktoria!* mit der Signa-Holding des österreichischen Karstadteigentümers René Benko.
- Die Bürgerinitiative *Helios* mit der Bauwens-Gruppe, im Besitz des Kölner Bauunternehmens und Architekten Paul Bauwens-Adenauer.

Am entspanntesten und konstruktivsten scheinen die Verhandlungen zwischen der *Utopiastadt* und Aurelis zu laufen. Hier geht es um die Nutzung der großen Brachfläche (knapp 60.000 Quadratmeter) hinter dem Mirker Bahnhof, um einen *Utopiastadt Campus* einzurichten:

> „Wobei die Frage ist, kaufen wir sie und wenn ja, mit welchem Geld? Aurelis löst einen gewissen Druck aus, sie wollen die Fläche loswerden und nichts selbst machen. Es ist eine Fläche mit viel Potential geworden, durch die Nordbahntrasse und die Utopiastadt, das ist ein unglaublich guter Ort, um Themen in einer Stadt zu platzieren, um sich mit Themen auseinanderzusetzen […]. Wie können wir das Konzept Utopiastadt auf 60.000 qm Fläche übertragen? Wir sind ganz gut dabei und die Gespräche mit Aurelis und mit der Stadt laufen gut.“ (Hampe 2017, S. 14)

Die *Utopiastadt* verhandelt in diesem Fall mit Vertretern des Investors auf Augenhöhe, weil sie sich inzwischen einen gewissen Status durch die eigene Arbeit im Quartier erarbeitet hat und am Verhandlungstisch auch von der Stadt Wuppertal unterstützt wird (vgl. Hampe 2017, S. 1). Ein weiterer wichtiger Faktor spielt jedoch eine entscheidende Rolle: Für den Investor ist diese Brachfläche kaum rentabel. Die Wuppertaler Nordstadt ist noch nicht attraktiv genug und die Mietpreise sind hier immer noch niedrig. Zusätzlich grenzt die Brachfläche an eine Autobahn, wegen des Lärms können keine Luxuswohnungen gebaut werden.

Anders ist die Lage in Ehrenfeld: Hier ist die Bodenrentabilität in den letzten Jahren enorm gestiegen, sodass Aurelis die Brachfläche am alten Güterbahnhof nun bebauen möchte. Der Kölner Stadtrat hat den Plänen zugestimmt, die alten Räume von *Jack in the Box* wurden bereits abgerissen. Über die Entwicklung des Verhältnisses zum Investor berichtet Martin Schmittseifer, Gründer der Initiative, wie folgt:

> „Aurelis gehört dem US-Investor Grove International Partners LLP, und letztendlich haben wir hier das Thema, das wir bundesweit, weltweit, haben. Ich habe den Eindruck, dass die Finanzmogulen immer das machen, was sie wollen. Sie haben die Möglichkeit, sich alles einzuverleiben, alles zu kaufen […]. Seit einem Jahr sind wir mit denen im Gespräch, wir haben mit ihnen oft gesprochen. Ich habe der Politik deswegen immer gesagt, ‚alles auf einem guten Weg'. Und sie haben jetzt Baurecht bekommen, durch den Ratsbeschluss (CDU, Grüne, FDP, SPD...), ihr Bebauungsplan wurde beschlossen, Aurelis darf jetzt bauen. Die Politik dachte, die Kultur wird wiederkommen, denn die Aurelis sind in einem guten Gespräch mit den Akteuren vor Ort. Ich habe das ihnen auch immer so berichtet, bis zuletzt, es war auch so. Jetzt hatten sie den Beschluss und dann haben die Aurelis mich eingeladen - und sie haben unser ganzes Konzept einfach vom Tisch gewischt. Einfach in einer paternalistischen Attitüde, unfreundlich. Jetzt, dass sie den Ratsbeschluss in der Hand haben, geht es ihnen nur um die Rendite. Im Beschluss des Kölner Stadtrates gab es nur eine weiche Formulierung: ‚Es wird bekräftigt, dass […] im Rahmen der Umsetzung möglichst kulturwirtschaftliche und soziokulturelle Nutzungen zu berücksichtigen sind' (Stadt Köln 2017, S. 68). Es steht drin, aber weich, ‚möglichst' wurde im Text unterstrichen. Der Beschluss des Stadtrates ist vom Juli 2017. Nach diesem Gespräch mit den Aurelis habe ich die Medien informiert, ich habe alle Leiter der relevanten Abteilungen der Stadtverwaltung informiert, alle angeschrieben, die Politiker alle angeschrieben." (Schmittseifer 2017, S. 1)

Nun bekommt *Jack in the Box* Unterstützung, auch von der Politik. Es wird so immer wahrscheinlicher, dass die Initiative in den neu gebauten Vierteln Räume für die eigenen Aktivitäten vom Investor erhalten wird.

So beschreibt Bernd Eder den Investor René Benko, ohne ihn jemals persönlich getroffen zu haben:

> „Benko ist ein ehrgeiziger Typ. Auch in München hat er ganz viel Bau, er stößt gerne solche Projekte an, er hat keine Angst vor großen Zahlen, in München hat er schon eine Milliarde Euro an Immobilien oder so, das ist der Umfang da. Er sammelt das Geld, früher hatte er Niki Lauda im Boot, dann ist er ausgestiegen, jetzt sind es ein paar Scheichs, die ihm das Geld geben, um Grundstücke zu erwerben und Bauprojekte zu entwickeln." (Eder 2017b, S. 1)

Die Bonner Bürgerinitiative hat eine Recherche über den Investor durchgeführt und vermutet, dass er in allen Städten mit ähnlich aggressiven Methoden handelt, um die eigenen Projekte durchzusetzen, auch gegen den Widerstand von Bürger_innen:

> „In der Zeit hat der Investor diverse Häuser in der unmittelbaren Umgebung [des Viktoriaviertels] gekauft und hat angefangen die Läden zu entmieten, sie haben die Leute da rausgeworfen. Das ist eine Strategie, die dieser Investor auch in Bozen praktiziert hat, wenn es einen Widerstand gegen Projekte gibt, sorgt der Investor im Prinzip dafür, dass das Viertel so verelendet: Man hat dann die leeren Schaufenster, da sprüht jemand etwas darauf, dann kommen die Plakate darauf, […] dann schlafen da die Obdachlosen. In vier Wochen ist das Viertel kaputt. Dadurch erzeugt man Druck, irgendwann sagen die Bürger der Stadt ‚Schau mal da, es sieht total schlimm aus, man muss etwas machen. Guckt, da ist ein Investor, er kann was machen.'

> Die Stadt hat kein Geld dann, um etwas zu machen, deshalb ist man auf den Investor angewiesen. Das konnten wir mit Bozen vergleichen, weil es dort sehr ähnlich war. In Bozen wollte der Investor etwas bauen, ist dann im Gemeinderat gescheitert, und dann haben sie die Bozen mit einer Marketingwelle sondergleiche überzogen, danach war es klar, die Zukunft von Bozen ist das Einkaufszentrum, das haben sie hier in Bonn auch versucht. Es gab eine Werbeanzeige im Stil der AFD, eine ganzseitige Anzeige in der Zeitung, wo es vorher/nachher-Bilder im Generalanzeiger, Vorherbild es regnet... Natürlich nicht vom Investor selbst eingeschaltet, sondern vom IHK, Citymarketing." (Eder 2017b, S. 6)

Die Bürgerinitiative *Viva Viktoria!* staunte über die Unterstützung, die ein fremder Investor mit seinen Plänen in ihrer Stadt bekommen hat – und die Intransparenz schafft Raum für Spekulationen:

> „Mitten im Viktoriaviertel hat die Stadt […] das Schwimmbad sehr schnell geschlossen, vielleicht 2010-2011. Sie haben sehr schnell Nägel mit Köpfen gemacht, die Technik im Schwimmbad rausgerissen, damit das Schwimmbad nicht mehr betrieben werden konnte. Die Stadt selbst hat es getan, so dass keiner auf die Idee kommen sollte, das Schwimmbad wieder zu eröffnen. Das war hier in der Mitte der Stadt, es war das Schwimmbad, das mit Abstand die höchste Benutzerzahl hatte […]. Man fragt sich, warum sie alles kaputt gemacht haben. Der Grund ‚wir müssen sparen' wurde immer vorgeschoben, aber es fanden parallel Gespräche zwischen Sigma und der Stadt statt. Man weiß es nicht ganz genau, aber es gibt Gerüchte, dass der ehem. OB auf der Yacht von Benko gewesen sei, aber das hat der Bürgermeister dann auch wortreich dementiert […]. 2012 hat der Investor, der hier das Einkaufszentrum planen wollte, auf der Ecke zum Rathaus das zweitgrößte Grundstück erworben. Es war ein genialer Schachzug, dieses Stück war ein Tor zum Viktoriaviertel und das haben sie sich frühzeitig gesichert." (Eder 2017b, S. 1, 2)

Für diese Unterstützung hat Axel Bergfeld eine Erklärung:

> „Ich glaube, der Investor weißt schon, was er macht, er hat eine einfache Agenda. Er will das Grundstück und er will Geld daraus machen. Aber er trifft auf eine Stadtverwaltung, wo die Köpfe, die dafür maßgeblich sind, die sind komplett in der Vergangenheit, ob es Haus und Grund ist oder IHK... Es sind Menschen, in ihrer Art aus der 1990er des letzten Jahrhunderts. Sie sind in einer anderen Welt und diese Welt beinhaltet Einkaufszentren, die Innenstadt als Einkaufszentrum, alle mit Tiefgarage, so dass man so schnell wie möglich die Ware erreichen kann." (Bergfeld 2017, S. 6)

Insofern richtete sich die Bürgerinitiative weniger gegen einen fremden Investor, der seine eigenen Interessen und Natur verfolgt, als vielmehr gegen eine Einstellung in den Institutionen: Sie nehmen ihre Aufgabe als Garant der Gerechtigkeit und als Vermittler zwischen Privatwohl und Gemeinwohl nicht mehr wahr. In gewisser Weise übernehmen die Bürgerinitiativen auch hier eine kompensatorische Funktion gegenüber den Institutionen.

In Ehrenfeld hat der Sprecher der Bürgerinitiative *Helios* den Investor Adenauer einmal persönlich getroffen: Hat er deshalb irgendwann angefangen, ihm zu vertrauen?

> „Eigentlich gar nicht, aber ich bin ihm auch nicht böse darum, weil ich bemerkt hab, dass man als Normalsterbliche reingeht, man hat erstmal ein Bauchgefühl, wer so eine gesellschaftliche Position hat, der muss so ein ganz intelligenter Mensch sein. Diese Sicht relativiert sich relativ schnell, weil man merkt, die mögen in ihrer Branche eine Ahnung haben, aber auf einer anderen Ebene sind sie so etwas von unterbelichtet, fast unter dem Niveau des Normalbürgers […]

> Die Werte sind einfach ganz unterschiedlich, deshalb werde ich ihm nie so vertrauen wie Menschen, mit denen ich auf einer Wellenlänge bin.“ (Möllmann 2017, S. 8)

Da, wo sich die Kulturen unterscheiden, zum Beispiel zwischen Investoren und Bürgerinitiativen, bedarf es neutraler Moderator_innen und Vermittler_innen. Ein interkultureller Dialog kann nur dort gut funktionieren, wo er auf Augenhöhe geführt wird. Deshalb sollten die Institutionen immer die schwächere Seite mehr unterstützen, um zumindest für Gleichgewicht zwischen den Interessen zu sorgen.

3.2.10 Transformative Wirksamkeit

Wie wirksam und nachhaltig sind die untersuchten Initiativen im Sinne einer großen Transformation? Diese Frage lässt sich nur so beantworten: Es hängt stark von der Perspektive ab. Aus Sicht des Stadtmarketings oder der Presse kann ein Projekt wie der *Tag des guten Lebens* erfolgreich sein, „weil bis zu 100.000 Menschen daran teilnehmen“. Doch allein die Besucherzahl ist als Indikator ungeeignet, um den *nachhaltigen* Erfolg zu messen. Eine erste ausführliche Auswertung der ‚transformativen Wirksamkeit‘ des Kölner *Tags des guten Lebens* wurde im Buch *Urbane Transformation* des Autors dieser Studie vorgenommen (vgl. Brocchi 2017, S. 115-121).

Da die zwei untersuchten Bürgerinitiativen das überschaubarste Ziel unter allen Initiativen verfolgten (die Verhinderung einer Shopping-Mall im Quartier), begrenzt sich diese Untersuchung auf eine Bewertung ihrer Wirksamkeit.

Einerseits: Diese Initiativen haben das Ziel erreicht, eine Shopping-Mall steht heute weder im Viktoriaviertel noch in Ehrenfeld zur Debatte. Während die Bürgerinitiative *Helios* ein eigenes Konzept für den Umbau des Heliosgeländes partizipativ entwickelt hat, wurde in Bonn die Bürgerinitiative *Viva Viktoria!* nur durch die Spitze im offiziellen Bürgerbeteiligungsverfahren der Stadt Bonn vertreten, die dem Bürgerbegehren folgte. Axel Bergfeld stimmte allein für das Konzept eines Architektenbüros: „Für mich war es total stimmig, das war ein ganz rundes Konzept“ (Bergfeld 2017, S. 9). In der Bürgerinitiative fand keine Diskussion statt, um eine gemeinsame Position zu erarbeiten (vgl. Eder 2017b, S. 9).

Andererseits: Man könnte die Perspektive wechseln und behaupten, dass beide Bürgerinitiativen am Ende eine Entwicklung indirekt legitimiert haben, die zur Zerstörung des Alten führen wird – denn die Brachen waren Freiräume, in denen sich in den letzten Jahrzehnten eine ökonomische, soziale und kulturelle ‚Wildnis‘ frei entwickeln konnte. Viele Menschen hatten eine emotionale Beziehung zu Orten wie dem Ehrenfeld Club *Underground,* obwohl oder gerade weil diese Räume so verstaubt waren und manches einfach ‚mit Spucke zusammengehalten wurde‘, so die Betreiber im Dokumentarfilm *Wem gehört die Stadt. Bürger in Bewegung* von Anna Ditges (2014). Egal wie einfach oder alt die Dinge sind, wenn sie selbstgemacht sind, erzeugen sie eine deutlich stärkere Identifikation und Wirkung für das gute Leben im Quartier, als wenn sie von Architekt_innen und Stadtplaner_innen in Studios entworfen werden, egal wie renommiert sie und wie hoch die Investitionen sind. Selbst wenn die neuen Gebäude energieeffizienter als die alten sind, stellt sich die Frage, inwiefern das Abreißen von Altem und das Bauen von Neuem

immer nachhaltiger ist und wie dies angesichts eines andauernden Immobilienbooms zu rechtfertigen ist. Wie viel Leerstand gibt es in Deutschland bereits und warum müssen trotzdem Naturräume, Ackerfelder oder Kulturräume weiteren Immobilien weichen?

Trotzdem: Die vielen bereits errichteten oder noch geplanten Einkaufszentren, Multiplexkinos oder hochgehobenen Wohnkomplexe in den Städten zeigen, dass es sich bei den zwei Bürgerinitiativen in Bonn und Köln um Ausnahmen handelt. Selbst wenn ihr Erfolg eine Signalwirkung hat, muss das Ziel eine Veränderung der politischen und kulturellen Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung bleiben.

Im Rahmen der zwei Interviews wurde die Frage gestellt, worin die wichtigsten Lehren im Rahmen der Initiativen für die Interviewten persönlich bestanden. Bei Bernd Eder von der Bürgerinitiative *Viva Viktoria!* heißt es: „Die positive Erfahrung war, wie die Menschen hier miteinander umgegangen sind, hohe Wertschätzung, hohe Achtsamkeit, das fand ich faszinierend." (Eder 2017b, S. 14) Eine weitere wichtige Lehre entstand bei einem persönlichen Treffen mit Vertreter_innen der Gegenseite: „Ich war positiv überrascht!" (Eder 2017b, S. 14) „Die Leute müssen ins Gespräch kommen, dann ist Bürgerbeteiligung erfolgreich. Hier in Bonn wurde die Bürgerwerkstatt leider so konzipiert, dass 90 Prozent nur aus Ideensammeln bestand." (Bergfeld 2017, S. 15) Für Hawe Möllmann liegt die wichtigste Erkenntnis im Potential der Selbstermächtigung: „Es stimmt nicht, dass man nichts machen kann, das ist die wichtigste Lehre. Man kann viel machen!" (Möllmann 2017, S. 11)

4 Spannungsfelder und Spielräume

Für die große Transformation gibt es keine Patentrezepte und dies nicht nur, weil sich Städte und Quartiere stark voneinander unterscheiden können. Die Transformationsprozesse finden in *Spannungsfeldern* statt, die von Ambivalenzen und Widersprüchen gekennzeichnet sind. Besonders vor diesem Hintergrund kann das Potential der Initiativen und der Quartiere als *urbane Reallabore* (vgl. Schneidewind 2014) zur Geltung kommen: Auch hier können sich die Lernprozesse entfalten, die die große Transformation braucht. Das wichtigste Spannungsfeld betrifft die Frage, ob es ein richtiges Leben im Falschen geben kann (vgl. Adorno 1997, S. 43). Wie können Menschen echte Alternativen zustande bringen, obwohl sie selbst Teil der Gesellschaft sind und die Kultur in sich tragen, die es zu ändern gilt?

In der Steuerung von Transformationsprozessen in Spannungsfeldern sind *Spielräume* besonders wichtig.

4.1 *Self-development* oder Nachhaltigkeit?

Ein erstes Spannungsfeld liegt zwischen Partizipation als Möglichkeit der Selbstregierung bzw. dem *self-development* einerseits und einer ‚Entwicklung' (‚Quartiersentwicklung' inbegriffen), die den Bürger_innen Modelle und Ziele vorgibt (mal Modernisierung, mal Nachhaltigkeit, mal Klimaschutz etc.), andererseits. Dieser Konflikt wurde beim Kölner *Tag des guten Lebens* immer wieder spürbar, ein Beispiel:

> „Auch ‚urbane Dorfgemeinschaften' können […] relativ geschlossen wirken und ein gewisses Misstrauen gegenüber externen Akteuren pflegen, deren Initiativen als ein Eingreifen in den eigenen Raum wahrgenommen werden. Mit einer solchen Zurückhaltung wurde auch die Agora Köln konfrontiert, als sie sich in Ehrenfeld zum ersten Mal vorstellte: ‚Da kam sogar die Frage, ist das ne Sekte oder so? […] Es war irgendwie mit der Agora, dieser Name allein, das war alles so ein bisschen esoterisch angehaucht, so kam das erst mal rüber' (Schaden-Wargalla 2015). Einige Ehrenfelder Anwohner forderten, dass Entscheidungen über den Stadtteil von Ehrenfeldern selbst getroffen werden sollten. Bei Nachbarschaftstreffen waren die Meinungen von Teilnehmer_innen aus anderen Stadtteilen nicht immer willkommen: ‚Gerade das lebendige Ehrenfeld braucht keine Entwicklungshelfer von außen'. Viele Anwohner, die am Tag des guten Lebens teilnahmen, wollten vor allem einen Nachbarschaftstag nach dem Motto ‚von Nachbarn für Nachbarn' feiern. Das Thema Nachhaltigkeit empfanden einige hingegen als von oben aufgezwungen. Wie eng die verschiedenen Themen zusammenhängen und welches Potenzial eine stadtübergreifende Bewegung der Nachbarschaften hätte, konnte die *Agora Köln* den Anwohner_innen nicht immer verständlich machen […]. Insofern war das Verhältnis zwischen Nachbarschaften und der *Agora Köln* nicht immer einfach. Ein Teil der Ehrenfelder Nachbarschaft forderte die Selbstverwaltung auch gegenüber der *Agora Köln*. Dieser Teil proklamierte: ‚Wir machen nächstes Jahr unseren eigenen Tag des guten Lebens!'" (Brocchi 2017, S. 126-127.)

Welche Spielräume haben Initiativen, um diesem Dilemma zu entkommen? Zuerst gilt es zu verstehen, ob das Problem auf der Sachebene oder auf der Beziehungsebene liegt. Konflikte auf der Sachebene stehen manchmal stellvertretend für Konflikte auf der Beziehungsebene:

> „Fühlt sich […] mindestens einer der Gesprächspartner unwohl, dann wird der Beziehungsaspekt selbst wichtiger als der Inhaltsaspekt. Man interpretiert den Inhalt im Kontext der Beziehung zueinander und verlässt damit die Sachebene. Der Inhaltsaspekt hat somit fast vollständig seine Bedeutung verloren. Daraus lässt sich ableiten, dass der Beziehungsaspekt den Inhaltsaspekt bestimmt." (Ternes 2008, S. 39; vgl. Watzlawick 2007)

Um den Konflikt zu lösen, muss zuerst die Beziehungsebene geklärt werden.

Selbstbestimmung ist keine Frage der Inhalte, sondern der Beziehung. Eine wahrscheinliche Erklärung für die Zurückhaltung der Ehrenfelder_innen liegt in einem *als ungleich empfundenen* Verhältnis zur *Agora Köln*. Die Abwehrreaktion galt der Gefahr der Instrumentalisierung, der Fremdbestimmung und des Kontrollverlustes – und zwar *unabhängig von den Inhalten*, die die *Agora Köln* ins Quartier trug. Soziale Ungleichheit ist ein fundamentales Hindernis von Kooperation und Vertrauen, umgekehrt sind Augenhöhe und Gleichberechtigung eine zentrale Voraussetzung dafür. Dabei sollte beachtet werden, dass soziale Ungleichheit nicht nur eine materielle Dimension hat, sondern auch eine kulturelle und psychologische. Das heißt, es geht auch um verinnerlichte Muster und Einstellungen, die unabhängig von der materiellen Situation existieren können. Das Beispiel *Agora Köln*/Nachbarschaft Ehrenfeld zeigt, dass nicht nur Institutionen oder Investoren auf Misstrauen stoßen, wenn sie die Quartiere mit eigenen Vorhaben betreten, sondern auch Initiativen, die Nachhaltigkeit oder Demokratie als explizite Ziele verfolgen. Ist diese negative Projektion berechtigt? Da diese Frage ein Beziehungsverhältnis betrifft, gibt es mindestens zwei Antworten:

a) Die Zurückhaltung der Anwohnerschaft kann durch den Habitus der Initiativen und ihrer Sprecher_innen erzeugt werden. Bewusst können sie nämlich eine Kultur der Nachhaltigkeit vertreten, aber unbewusst, auf nonverbaler Ebene, die verinnerlichte Einstellung der Modernisierung ausstrahlen. Die Nachhaltigkeitspionier_innen treten so auf, als ob sie sich auf eine höhere Entwicklungsstufe stellen und anderen Menschen eine Form von ‚Unterentwicklung' und ‚Mangel' zuschreiben würden. Sie verhalten sich wie ‚Missionar_innen', ‚Erzieher_innen' oder ‚Entwicklungshelfer_innen', die besser als die Betroffenen wissen, was für sie gut sei und was nicht. „Es ist […] mit der Nachbarschaft schwierig, wenn man zu aggressiv die eigene Agenda promotet und dann letztlich Gleichgesinnte für die Arbeit gewinnt. Dieses Phänomen könnte man polemisch auch als ‚kolonial' bezeichnen", sagt Christian Nehls (zitiert in Brocchi 2017, S. 127-128), ehemals Mitarbeiter des Allerwelthauses Köln und Mitglied des Beirates der *Agora Köln.* In den Initiativen kann man bewusst und verbal für Kooperation plädieren und doch den Wettbewerb und die Maximierung des Eigennutzens (*homo oeconomicus*) in ihrem Habitus tragen.

b) Teile der Anwohnerschaft können sich Impulsen von außen verschließen, obwohl diese wirklich als bereichernder, gleichberechtigter ‚Kulturaustausch' gemeint sind. Auf die Nachhaltigkeitspionier_innen werden Ängste oder Vorurteile projiziert, obwohl sie in diesem Fall unberechtigt sind. Menschen leben in einem Kontext der sozialen Ungleichheit; diese Ungleichheit hat eine sehr lange Geschichte, sie ist im Laufe der Zeit in die

> Familienkultur verinnerlicht worden und wird von Generation zu Generation übertragen. Auch wenn die Kinder studiert haben und Karriere machen, können sie einen Minderwertigkeitskomplex in sich tragen.

Die Kultur der Modernisierung wird nicht nur von den angeblichen ‚Entwicklungshelfer_innen verinnerlicht, sondern auch von den ‚Unterentwickelten'. Sie drückt sich zum Beispiel in Form von ‚Scham' aus, die bestimmte Menschen haben, sich vor einer Gruppe zu äußern. Das Nichtpartizipieren ist auch Ausdruck einer inneren Selbstzensur. Durch die Globalisierung und die Finanzkrise hat nicht nur die soziale Ungleichheit zugenommen, sondern auch die Angst vor dem sozialen Abstieg. Sie hat sich auch in der Mittelschicht breitgemacht, wobei der Minderwertigkeitskomplex manchmal durch eine fast obsessive Abgrenzung zu jenen Menschen kompensiert wird, die sozial benachteiligt sind (Obdachlose, Flüchtlinge…). Auch Pegida proklamiert sich als Bewegung für die Selbstermächtigung der Bürger_innen, doch hier steht Selbstermächtigung eher für Selbstschutz durch Abwehr, nicht für das Recht auf die Selbstentfaltung der inneren Buntheit in einer weltoffenen Gemeinschaft.

Wie können solche Hindernisse der großen Transformation überwunden werden?

Zuerst: Verinnerlichte Muster, die die Wahrnehmung verzerren und ein Hindernis auf dem Weg zum guten Leben darstellen, können durch Selbstreflexion überwunden werden. *Innere Transformation* kann im Dialog, als Gruppenerfahrung stattfinden. Dabei geht es darum, bestimmte kulturelle Einstellungen, die als *Skript*[22] aus dem Unbewussten heraus wirken, zum Beispiel mit den Methoden der Transaktionsanalyse bewusst zu machen und zu überarbeiten (vgl. Berne 1983). Unsere Gesellschaft leidet unter kollektiven inneren Blockaden, die im extremen Fall nur als individuelle Störung therapeutisch behandelt werden. Es geht darum, die blockierten inneren Energien in eine politisch kreative Kraft umzuwandeln.

Zweitens: Es geht darum zu verstehen, dass Gruppen (*Agora Köln*, Nachbarschaft…) nie ein uniformes WIR (Eigengruppe) und SIE (Fremdgruppe) darstellen, sondern selbst aus sehr unterschiedlichen Menschen bestehen. Manchmal sind das WIR und das SIE bloße Etikettierungen, denn was ist das Innen und das Außen einer ‚Nachbarschaft', wenn Menschen ständig ein- und ausziehen? Wenn sich in der ‚Nachbarschaft' nur eine kleine Minderheit der Anwohner_innen einbringt? Nicht nur zwischen den Gruppen, sondern auch innerhalb von Gruppen kommt es zu

[22] „Jeder Mensch besitzt […] einen vorbewußten *Lebensplan* (auch *Skript* genannt), mit dessen Hilfe er längere Zeitperioden – Monate, Jahre, aber auch ein ganzes Leben – strukturiert und sie mit rituellen Tätigkeiten, mit Zeitvertreib aller Art und mit Spielen ausfüllt, die nicht nur eine Förderung seines Skripts bedeuten, sondern ihm gleichzeitig auch eine unmittelbare Befriedigung gewähren […] aber bei sensitiven, intelligenten und einsichtigen Menschen lösen sich diese Illusionen nach und nach auf, und das führt dann zu den verschiedenen Lebenskrisen, wie sie uns Erikson schildert. Zu diesen Krisen gehören die Neubewertung der eigenen Eltern durch die heranwachsenden Jugendlichen…" (Berne 1983, S. 43-44) Genauso investieren Menschen viel Energie und Zeit in ‚Spiele' (um Status, Wettbewerb, Profit, Leistung…), die sich an verinnerlichten gesellschaftlichen ‚Illusionen' orientieren. Es kann sehr schmerzhaft sein, irgendwann zu erkennen, dass solche ‚Spiele' und ‚Illusionen' weder sinnvoll sind noch glücklich machen, auch wenn sie von einer Masse von Menschen jeden Tag befolgt werden.

Ungleichheiten. Eine solche differenzierte Wahrnehmung hilft, die Kommunikation zwischen Gruppen offener zu gestalten, sodass sie voneinander profitieren können. Prozesse der Selbstentwicklung in einer Nachbarschaft sind zum Beispiel mit einer hohen Komplexität verbunden, die überfordern kann: Wenn nichts vorgegeben ist, dann ist alles möglich. Wie kommt man bei einer solchen Offenheit zu einer gemeinsamen Strukturierung? Die Tatsache, dass der *Tag des guten Lebens* einen äußeren normativen Rahmen vorgibt (Nachhaltigkeit, Demokratie, Nichtkommerzialität…), bietet auch eine Form von Entlastung und Orientierung in der Selbstentwicklung der Nachbarschaft. Gleichzeitig kann die Auseinandersetzung mit den Nachbarschaften der *Agora Köln* helfen, den ‚Elfenbeinturm' zu verlassen und sich mit dem menschlichen Alltag auseinanderzusetzen.

Drittens: In der Kommunikation zwischen Eigengruppe und Fremdgruppen spielen Grenzgänger_innen, Brückenbauer_innen und Vermittler_innen eine wichtige Rolle. Oft gehören sie zu beiden Gruppen gleichzeitig.

Viertens sollte die Frage gestellt werden, wie das Skript der Modernisierung im Geist der Menschen installiert wird und welche Verantwortung die Massenmedien, die Bildungsinstitutionen und auch die Künste dabei tragen. Kann der Kulturwandel, der eine Umgestaltung der gesellschaftlichen und menschlichen Beziehungen benötigt, durch die gleichen Medien der Modernisierung stattfinden (z.B. Elitenuniversitäten für Nachhaltigkeit?) – oder braucht es andere Kommunikationsformen, eine andere Bildung und eine andere Kunst? (vgl. Brocchi 2015, S. 62-64) Am *Tag des guten Lebens* sind die Face-to-face-Kommunikation und das Gruppenerlebnis die Hauptmedien des Wandels.

Fünftens: Initiativen und Anwohnerschaft sollten gemeinsam das gleiche Ziel verfolgen, eine Überwindung der strukturellen Asymmetrien in der Gesellschaft – zwischen Institutionen und Bürger_innen, zwischen Privatwesen und Gemeinwesen oder zwischen reicher werdenden Oberschichten und ärmer werdenden Unterschichten. Diese Asymmetrien sind kein Ausdruck von Vielfalt, sondern sie unterdrücken die Vielfalt.

4.1.1 Das Quartier als Gemeingut

Dass Nachhaltigkeit schon bei der Gestaltung menschlicher Beziehungen beginnt (vgl. Brocchi 2017, S. 70), davon gehen die *Commons*-basierten Ansätze aus. Auch sie bieten Spielräume im Spannungsfeld zwischen Partizipation als Selbstregierung und jenen normativen Zielen (Klimaschutz, Nichtkommerzialität…), die die Beliebigkeit im Prozess deutlich reduzieren. Bei diesen Ansätzen werden ökologische und ökonomische Probleme im Grunde genommen als Problem des Zusammenlebens begriffen: Während Gemeingüter durch den Wettbewerb unter den Nutzer_innen zerstört werden, fördert ihre Kooperation eine nachhaltige Bewirtschaftung. Auch andere Studien haben bestätigt, dass sich das soziale Engagement positiv auf das Umweltverhalten der Menschen auswirkt:

> „In den Untersuchungen von Danner und Hoch (2004) sowie Hinding (2004) zeigen sich [.] statistisch signifikante Zusammenhänge zwischen der Einbindung von Individuen in Netzwerke

> und ihrem Umweltverhalten. So bilden Danner und Hoch mit den ‚sozial Engagierten', ‚sozial Integrierten' und ‚sozial Distanzierten' drei Cluster von Bewohner_innen im Quartier. In Bezug auf das Umweltverhalten unterscheiden sich die drei Gruppen in ‚ökologisch am engagiertesten' (sozial Engagierte), ‚mittelmäßig interessiert und engagiert' (sozial Integrierte) und ‚ökologisch gering informiert und interessiert' (sozial Distanzierte)." (Drilling/Schnur 2012, S. 25)

Durch die Untersuchung von empirischen Fallbeispielen hat die US-Politikwissenschaftlerin Elinor Ostrom (1999) eine Theorie für die erfolgreiche Bewirtschaftung von Gemeingütern (auch ‚Allmenden' genannt) entwickelt, „die klein genug sind, dass die meisten Mitglieder sich untereinander persönlich kennen." (Dieckmann/Preisendörfer 2001, S. 92) Sieben Faktoren tragen dazu bei:

1. *„Restriktion des Zugangs*. Nur Mitglieder haben Zugang zur Allmende, und es ist genau festgelegt, wer Mitglied ist und wer nicht.

2. *Umweltangepasstheit*. Die Regeln der Verfügung über die Ressource sind den lokalen Umweltbedingungen angepasst.

3. *Partizipation*. Die Mitglieder haben das Recht, an der Veränderung der sie betreffenden Regeln mitzuwirken.

4. *Monitoring*. Es existiert »Monitoring«, das heißt, das Verhalten der Mitglieder bezüglich der Bewirtschaftung der Allmende ist kontrollierbar.

5. *Sanktionierbarkeit*. Personen, die die Regeln verletzen, werden sanktioniert, und es besteht die Möglichkeit zu abgestuften Sanktionen je nach der Schwere des Regelverstoßes.

6. *Konfliktregulierung*. Es gibt Institutionen, um Konflikte zwischen den Mitgliedern zu regulieren.

7. *Autonomie*. Externe Regierungsbehörden respektieren das Recht der Mitglieder einer Genossenschaft, autonom Regeln zur Bewirtschaftung der Allmende festzulegen." (Dieckmann/Preisendörfer 2001, S. 92-93)

Die hier untersuchten Initiativen liefern den Beweis dafür, dass diese Prinzipien auch auf urbane Räume übertragen werden können, auch sie lassen sich in Gemeingütern umwandeln. Die Betrachtung von Alltagsräumen als ‚unserem Quartier', ‚unserer Straße', ‚unserem urbanen Garten' fördert wiederum die Kooperation, die Bildung von Gemeinschaft sowie eine inklusive Partizipation. Gemeingut und Gemeinschaft meinen hier keinen uniformierenden Konsenszwang, sondern ermöglichen eine friedliche Koexistenz in der Vielfalt, wenn sie als eine Art ‚Wohngemeinschaft' verstanden und gestaltet werden: Neben Gemeinschaftsräumen (‚Wohnzimmer, Küche…' in der Metapher) gibt es auch Räume für die Individualität und die kreative Selbstentfaltung. Die Mitbewohner_innen der Wohngemeinschaft übernehmen Verantwortung, wenn sie sich persönlich kennen, sich nicht jeder am Gemeingut beliebig bedienen darf und die Institutionen (‚Wohneigentümer_innen' in der Metapher) Autonomie zulässt. Das Monitoring und die Sanktionierbarkeit müssen in Gemeinschaften nicht immer formalisiert werden. Wer sich in einer Wohngemeinschaft an die Regeln hält (das Bad ist sauber, das Geschirr wird nach der Nutzung gespült…) und für ein gutes Leben in der Gemeinschaft sorgt, bekommt Anerkennung und

eine emotionale Zuneigung. Wer das Gegenteil tut, riskiert, nicht mehr an Entscheidungen beteiligt oder aus Gruppenerfahrungen ausgeschlossen zu werden. Da Konflikte nicht immer eindeutig sind, empfehlen sich jedoch Mechanismen der Konfliktregulierung. Zu beachten ist, dass in einer Wohngemeinschaft das Gemeingut beliebig erweitert werden kann: Muss jeder nur für sich selbst einkaufen? Auch die Lebensmittel können zum Beispiel geteilt werden, wenn sich die Mitglieder der Wohngemeinschaft genug vertrauen und die Beteiligung als gerecht empfunden wird.

Diese Prinzipien werden zum Teil auch bei den Initiativen praktiziert, sie können auch in Quartieren und Nachbarschaften gelebt werden. Bei dieser Übertragung gibt es jedoch zwei große Probleme:

a) Die gesetzlichen Rahmenbedingungen und die institutionellen Strukturen lassen in Deutschland kaum Spielräume für eine echte Selbstverwaltung und Autonomie im Lokalen, wie es zum Beispiel in der Schweiz der Fall ist. Es braucht an dieser Stelle eine radikale Reform, die Governance von unten nach oben organisiert (nach dem Prinzip der Subsidiarität) und Dezentralisierung mit Föderalismus und Mechanismen der gerechten Umverteilung kombiniert.

b) Sowohl Quartiere als auch Initiativen sind halboffene Systeme mit einer hohen Fluktuation. In Zeiten der Globalisierung wechseln Menschen im Laufe ihres Lebens mehrmals den Wohnort, Studierende beteiligen sich an Initiativen oft nur, solange es keine Klausuren gibt. Nur die Mieter_innen leben im Quartier, selten ihre Vermieter_innen. Wohnort und Arbeitsort liegen oft in zwei unterschiedlichen Quartieren. Was kann Gemeinschaft unter solchen Bedingungen sein? Welche Identifikation mit einem Gemeingut kann hier entstehen? Dieses Problem ist nicht leicht zu lösen; darin verbirgt sich jedoch auch eine Chance, denn Fluktuation kann Gemeinschaften auch offener und lebendiger halten, Prozesse werden durch neue Impulse von außen bereichert und Lehren können nach außen weitergetragen werden. Die Fluktuation sorgt ein Stück weit dafür, dass das Globale im Lokalen immer präsent bleibt – und umgekehrt.

4.2 Avantgarde oder Inklusion?

Die hier untersuchten Initiativen bilden eine Art ‚Avantgarde' der gesellschaftlichen Entwicklung und sind gleichzeitig Reallabore für neue Formen von Demokratie, zum Beispiel weil sie einen Raum bilden, in dem Anwohner_innen gemeinsame Konzepte von gutem Leben verhandeln, jenseits von Partikularinteressen.

Das Potential der Demokratie steckt in der Bildung eines *kollektiven Gedächtnisses*, dessen kognitive Fähigkeit deutlich höher als bei einem individuellen liegt. Wie kann dieses Potential zur Geltung kommen? Welche Kommunikations- und Organisationsformen braucht es dafür? Genau an dieser Stelle erklärt sich, warum Inklusion mehr als eine moralische Wunschvorstellung ist: Gerade sie bringt Demokratie und Nachhaltigkeit zusammen. Inklusion bezeichnet nämlich eine

offene Auseinandersetzung mit dem Fremden und dem Unbekannten und bietet als solche die Chance, die Wahrnehmungshorizonte zu erweitern. Je breiter die Wahrnehmungshorizonte sind, desto nachhaltiger sind die Entscheidungen. Dagegen können Menschen, die ‚unter sich' bleiben, dauerhaft keine nachhaltigen Entscheidungen treffen, denn ihre Wahrnehmungshorizonte erweitern sich kaum, sie riskieren es mit der Zeit, das Lernen zu verlernen und den Kontakt zu einer dynamischen Realität zu verlieren (vgl. Brocchi 2012; 2015, S. 24-26). Das Fremde ist nicht nur in fernen Ländern oder bei Migrant_innen vorhanden: Es will schon nebenan, in der unmittelbaren Nachbarschaft, entdeckt und wertgeschätzt werden.

Wie ist eine inklusive Partizipation im Quartier möglich? Einerseits wird Inklusion durch einen gesellschaftlichen Kontext der wachsenden sozialen Ungleichheit und des Wettbewerbs erschwert. Warum sollten Menschen mit ‚Fremden' teilen, wenn dies einen Statusverlust mit sich bringt? Andererseits drückt sich das menschliche Maß auch in der sozialen Homophilie aus: ‚Gleich und Gleich gesellt sich gern'. Wie kann dieser inneren Tendenz des Menschen entgegengewirkt werden?

Im ersten Spannungsfeld ‚Self-development oder Nachhaltigkeit' wurden bereits wichtige Aspekte genannt, die auch dieses Spannungsfeld betreffen. Eine inklusive Partizipation kann als Ziel nur erreicht werden, wenn erkannt wird, dass die Ursachen des Nichtpartizipierens nicht nur bei der ‚Unterentwicklung' bestimmter Gruppen zu suchen sind, sondern eine Beziehung mit zwei Seiten betreffen. Bei *Aufbruch am Arrenberg* fand irgendwann ein *Perspektivenwechsel* statt: „Die Menschen mit Migrationshintergrund kommen nicht zu unseren Treffen, aber wer von uns ist schon mal bei Pinos gewesen?" (vgl. Heynkes 2017, S. 5) Jörg Heynkes machte den ersten Schritt, er verließ eine kollektive ‚Komfortzone' und betrat einen fremden Raum (Café bei Pinos), der jedoch der italienischen Migrantengemeinschaft sehr vertraut ist. Dadurch entstand am Arrenberg eine ‚Lernzone' zwischen zwei Milieus. In dieser Anekdote ist eine zentrale Lehre für die Inklusion enthalten: Soziale Interaktion ist die beste Strategie, um Vorurteile und unsichtbare Mauern abzubauen, um Vertrauen zwischen Milieus zu fördern.

Inklusion bedarf der Augenhöhe, dabei ist der Habitus entscheidender als die verbale Botschaft. Wenn der bzw. die Nachhaltigkeitspionier_in ein Projekt im Quartier startet, weil er bzw. sie damit einen bezahlten Auftrag erfüllen muss, wird es für ihn nicht leicht sein, andere Menschen zu überzeugen, sich ehrenamtlich einzubringen. Nur wenn der Weg mit dem Ziel übereinstimmt, die verbale mit der nonverbalen Botschaft kongruiert (vgl. Ternes 2008, S. 79), wirkt ein_e Nachhaltigkeitspionier_in authentisch und glaubwürdig. Glaubwürdige Nachhaltigkeitspionier_innen müssen einen gewissen Grad an Selbstaufopferung erbringen und aushalten können, wie Christian Hampe in seinem Interview bekräftigt hat (vgl. Hampe 2017, S. 3). Sie kommunizieren als Bürger_in zu Bürger_in, als Mensch zu Mensch.

Auch wenn der Impuls für die Initiativen im Quartier oft von wenigen Personen ausgeht, lässt sich die Vielfalt am besten durch Vielfalt ansprechen. Deshalb empfiehlt es sich, möglichst früh

die Multiplikator_innen als Mitgestalter_innen der Initiative zu gewinnen, die in den verschiedenen Milieus im Quartier Vertrauen und Ansehen genießen. Die aktivierende Kraft des Bündnisses *Agora Köln* bestand in der Vielfalt der fast 130 Organisationen, die dazu gehörten.

Wie bei persönlichen Begegnungen ist *der erste Eindruck*, den Initiativen in der Anwohnerschaft im Quartier hinterlassen, immer der einprägsamste: Er kann den weiteren Kommunikationsprozess vereinfachen oder enorm erschweren. Um inklusiv zu wirken, sollte eine Initiative gerade am Anfang darauf achten, dass sie sich nicht zu schnell in einer ‚mentalen Kategorie' (z. B. ‚die Ökos', ‚die Akademiker_innen') gefangen nehmen lässt, die sich dann entsprechend selektiv auswirkt. Die ersten Nachbarschaftstreffen oder Stammtische sollten deshalb in möglichst neutralen Räumen stattfinden. Erst später kann es hingegen im Sinne der Inklusion angebracht sein, die Orte zu rotieren, um Brücken zwischen den Milieus zu bauen: Mal findet das Treffen in der katholischen Kirche statt, mal in der Moschee, mal bei einem Vereinssitz oder in einer Spielhalle. Es sollte auch berücksichtigt werden, dass Mütter oder Väter selten an Treffen teilnehmen können, wenn keine Kinderbetreuung organisiert wird.

Die Inklusion sollte sich auch in der Sprache ausdrücken, denn nicht jeder fühlt sich von Begriffen wie ‚Nachhaltigkeit' angesprochen. Auch die Themensetzung kann sich exklusiv oder inklusiv auswirken. Wenn Initiativen Klimaschutz, Mobilität und Ernährung in den Vordergrund stellen, während soziale Gerechtigkeit oder Wohnpolitik nicht den gleichen Stellenwert genießen, dann sprechen sie nur bestimmte Milieus an. Die Gruppenzusammensetzung und die Themenwahl beeinflussen sich gegenseitig; so führt eine höhere Heterogenität in der Gruppe tendenziell zu einer thematischen Erweiterung. Genauso fördert eine thematische Erweiterung oder Rotation zu einer höheren Heterogenität in der Gruppe.

Es ist jedoch einfacher, eine Vielfalt anzusprechen, als eine Vielfalt dauerhaft zu binden – und hier spielen die Kommunikations- und die Organisationsformen sowie die Debattenkultur innerhalb der Initiativen eine wichtige Rolle.

Das Eisbergmodell der Psychologie lehrt, dass das Unbewusste (Emotionen, Gefühle) einen deutlich stärkeren Einfluss auf das Verhalten der Menschen hat als das Bewusste (Information, Wissen, rationale Überlegungen…) (vgl. Ruch/Zimbardo 1974, S. 366). Das Unbewusste drückt sich vor allem nonverbal aus, das Bewusste verbal. Für die Inklusion spielen informelle Formate der Kommunikation als Brückenbauer deshalb eine wichtige Rolle, auch weil sich Menschen auf der Ebene von Gefühlen und Emotionen mehr ähneln als auf anderen Ebenen. Der *Restaurant Day* vom *Aufbruch am Arrenberg* ist ein solches Format. Die inklusive Kraft des *Tags des guten Lebens* liegt auch in der Tatsache, dass er nicht nur Debattenräume, sondern auch Gestaltungsräume schafft: Gestaltung ist eine deutlich inklusivere Sprache als die rein verbale. Wenn die gemeinschaftlichen Gestaltungsräume in den Quartieren fehlen, wenn die Selbstverwaltungsmöglichkeiten gesetzlich eingeschränkt werden und man sogar für die Verschönerung der gemeinsamen Straße eine Genehmigung benötigt, dann behindert auch dies die Inklusion.

Menschen bringen sich eher in kleineren Gruppen ein als in größeren. Es lohnt sich, ein Quartier in kleine Nachbarschaften aufzuteilen, um möglichst viele Anwohner_innen zu aktivieren und zu binden. Selbst Initiativen unterteilen sich in kleinere Arbeitsgruppen, weil sie eine vertrautere Atmosphäre und dem einzelnen Individuum stärkere Möglichkeiten der Mitgestaltung bieten. Die Ausdifferenzierung muss jedoch durch Ebenen der Integration in der Organisation ausgeglichen werden.

Wie inklusiv oder exklusiv eine Organisation (zum Beispiel ein Quartiersrat) ist, hängt auch von der Frage ab, wie Legitimation verstanden wird und Personal- und Sachentscheidungen getroffen werden. In den Initiativen steht die Legitimation durch demokratische/inklusive Wahl immer wieder in einem unterschwelligen Konflikt mit der Legitimation durch Leistung/Investition. Dieser Konflikt besteht manchmal auch zwischen neuen und alten Mitgliedern: Soll die Stimme von Menschen, die der Initiative gerade beitreten, genauso viel wert sein wie jene von Menschen, die seit Jahren hart dafür arbeiten? In einigen hier untersuchten Initiativen wurden die Vertreter_innen nur einmal gewählt und dann nicht mehr. Manchmal finden die Wahlen nur im kleinen vertrauten Kreis statt, in anderen Fällen wird das ganze Netzwerk eingeladen, man freut sich auf möglichst viele Kandidaturen. Unter den Wahlverfahren ist das Losverfahren bei regelmäßiger Rotation in den Positionen am inklusivsten. Da Stadtverwaltungen ein solches Verfahren oft aufgrund des Datenschutzes nicht unterstützen können, hat der Autor dieser Studie eine Auswahlmethode für die Gründung eines Kiezrates in Berlin entwickelt:

> „Für die erste Bildung des Kiezrates wird ein zufälliger Schlüssel definiert, der in jeder Nachbarschaft angewendet wird. Zum Beispiel die Anwohner im Gebäude mit der Hausnummer 10 und 18, drittes und fünftes Klingerschild an der Haustür werden angeschrieben, persönlich angesprochen und eingeladen, Mitglieder des Kiezrates zu werden. Personen, die die Wahl nicht annehmen (können), haben die Möglichkeit, eine weitere Person vorzuschlagen bzw. selbst zu wählen. Für die folgende Wahl kann der Schlüssel verändert werden, so dass andere Anwohner_innen das Angebot bekommen." (Brocchi 2017a, S. 7)

Bei Abstimmungen ist eine qualifizierte Mehrheit inklusiver als eine einfache Mehrheit, doch ist es falsch zu glauben, dass das Konsensprinzip am inklusivsten sei:

> „Je heterogener eine Gruppe ist, desto mehr Energie und Zeit benötigt der Konsens. Oft ist er eher das Ergebnis von Ermüdung, Bequemlichkeit oder Konformitätszwang als von einer tatsächlichen Übereinstimmung. Unter Konsenszwang können auch die Kreativität und die individuelle Eigenständigkeit erheblich leiden. Bei der Agora Köln wurden plattformübergreifende Entscheidungen (zum Selbstverständnis, den Zielen, der gemeinsamen Organisationsstruktur) teils mit qualifizierter Mehrheit, teils in *Konsent*[23] getroffen. Innerhalb des gemeinsam definierten Rahmens genossen jedoch die einzelnen Gruppen (Themengruppen, operative Arbeitskreise, Nachbarschafen) eine gewisse Autonomie und konnten dabei auch voneinander lernen. Hierarchien wurden nicht komplett ausgeschlossen, denn klare Ansprechpartner mit einer klar definierten Zuständigkeit können die Arbeit enorm vereinfachen. Wer für eine Aufgabe die Verantwortung tragen darf oder für die Realisierung eigener Ideen einen Spielraum bekommt, ist

[23] Konsent ist ein Entscheidungsverfahren aus dem Organisationsmodell der Soziokratie. Dabei wird nicht gefragt, ob jeder zustimmt, sondern ob jemand dagegen ist. Eine bloße Missbilligung des Antrages reicht nicht aus; stattdessen muss sich die Ablehnung auf eine glaubwürdige Argumentation stützen.

> auch motivierter, darin zu investieren. Eine vielfältige Gemeinschaft benötigt jedoch auch Brückenbauer, Vermittler und Moderatoren, die für die Synchronisierung und Integration der verschiedenen Beiträge zuständig sind.“ (Brocchi 2017, S. 145)

Einige der hier untersuchten Initiativen halten die Vielfalt am Tisch, indem sie Entscheidungen entbürokratisieren: „Es wurde einfach abgenickt“ (Möllmann 2017, S. 7) bei der Bürgerinitiative *Helios*. Damit wird das Risiko minimiert, dass Entscheidungen zu einer Bühne für Machtkämpfe werden können.

Die Organisationsstrukturen können sich selektiv auswirken und die Vielfalt reduzieren statt binden, wenn zum Beispiel *Zielorientierung* und *Kommunikationsorientierung* in der Organisation in einem Ungleichgewicht stehen. Die Zielorientierung kann dazu führen, dass sich viele Menschen nicht mitgenommen fühlen und ihre eigenen Anliegen, Ideen oder Bedürfnissen auf der Strecke bleiben. Irgendwann nehmen sie nicht mehr teil. Wenn jedoch die Kommunikationsorientierung zu stark überwiegt, bei Treffen zum Beispiel immer viel Zeit verloren geht, um die Neuen durch eine erneute Vorstellungsrunde zu integrieren, dann entsteht eine Unzufriedenheit bei jenen, die zu wenig Ergebnisse für die eigene Investition sehen. Aus diesem Grund empfiehlt es sich, jede verantwortliche Position innerhalb der Initiativen mit einem gleichberechtigten, kompetenten *Tandem* zu besetzen, in dem eine Person für die zielorientierte Koordination und die andere für die kommunikationsorientierte zuständig ist. Idealerweise sollten Frauen und Männer in solchen Positionen gleich vertreten sein (Geschlechtergerechtigkeit).

Inklusion meint die ständige Pflege der Lernorientierung, sie darf jedoch nicht zu einer Standardisierung der Identitäten führen: Nachhaltigkeit braucht eben auch die Vielfalt, Nischen für soziokulturelle Mutationen, Freiräume für die Wildnis und die Authentizität. Auch in diesem Spannungsfeld ist es das Modell der Wohngemeinschaft, das Spielräume öffnet. Einerseits leben die Milieus im Quartier nebeneinander statt miteinander, wenn diese ‚Wohngemeinschaft‘ nur individuelle Räume, jedoch keine gemeinsamen ‚Wohnzimmer‘ hat, in denen die Gemeinschaft entstehen und gepflegt werden kann. Deshalb verfolgen die Initiativen *Aufbruch am Arrenberg,* die *Utopiastadt* und der *Tag des guten Lebens* eine richtige Strategie für die Inklusion im Quartier, wenn sie solche Räume schaffen oder auf ihre Notwendigkeit hinweisen. Selbstverwaltete Begegnungs- und Gemeinschaftsräume sowie ökologische Gemeingüter (auch in Form von Urban-Gardening-Projekten) sollten zur Grundausstattung eines lebenswerten Quartiers gehören. Andererseits bieten gerade die Quartiersinitiativen individuelle Freiräume, in denen sich eine Andersartigkeit und eine Kreativität ausdrücken können, die im Mainstream keinen Platz finden.

4.3 Soziales oder ökonomisches Kapital?

Die wichtigste Ressource, die alle Initiativen zur Verfügung haben und durch ihr Handeln ausbauen, ist *Sozialkapital*. Bei Sozialkapital geht es nicht nur um das sogenannte ‚Vitamin B‘, sondern um das ‚überbrückende Sozialkapital‘, das

> „hilft, unterschiedliche Gruppen der Gesellschaft miteinander in Verbindung zu bringen (vgl. Putnam 1995 […]), es hat den Charakter eines ‚generalisierten Vertrauens‘ (Bornschier 2001)

> und die Eigenschaft eines Kollektivguts (Gabriel et al. 2002). […] Vom überbrückenden Sozialkapital profitieren alle Akteure eines Netzwerks, auch diejenigen, die in das Kapital nicht investiert haben (vgl. Esser 2000), ‚es ermöglicht die Verwirklichung bestimmter Ziele, die ohne es nicht zu verwirklichen wären' (Coleman 1991)." (Drilling/Schnur 2012, S. 19)

Jene freiwillige Kooperation, die eine nachhaltige Bewirtschaftung von Gemeingütern benötigt, entsteht eher in Gemeinschaften mit hohem Sozialkapital. Die wichtigste Voraussetzung für die Bildung von Sozialkapital ist Vertrauen, es kann zum Beispiel durch ‚Trittbrettfahrer_innen' gefährdet werden: Wie kann diese Gefahr in einem sozialen Beziehungsnetz vermindert werden? Zum Beispiel, indem Mitglieder nach ihrer Reputation ausgewählt werden. Quellen zur Entstehung von Vertrauen sind für Robert D. Putnam Normen der Gegenseitigkeit (Reziprozität) sowie Netzwerke zivilen Engagements, wie zum Beispiel freiwillige Vereinigungen (vgl. Putnam 1993, S. 172-180).

Partizipationsorientierte Initiativen im Quartier erweitern diesen Kreis des Vertrauens auf die Nachbarschaft und darüber hinaus. Während Stadtverwaltungen oder Unternehmen zum Stillstand kommen, wenn Geld nicht mehr fließt, schaffen Initiativen in den Quartieren die Voraussetzungen für eine Ökonomie, die auch während einer Finanzkrise weiter funktionieren kann. Insofern machen solche Initiativen Quartiere resilienter. Weil partizipationsorientierte Initiativen Sozialkapital fördern, üben sie eine wichtige Funktion für die ganze Stadt aus: „Verfügbarkeit von sozialem Kapital […] impliziert gesteigerte Konkurrenzfähigkeit [der Städte, Anm. der Verfasser] sowie soziale Kohäsion, Mangel an sozialem Kapital dagegen korreliert mit mangelndem wirtschaftlichem Erfolg und folglich mit sozialer Exklusion und Ausschluss." (Mayer 2001 zitiert in Drilling/Schnur 2012, S. 19) Das Sozialkapital eröffnet Spielräume für die große Transformation der Gesellschaft in Richtung Nachhaltigkeit. Es macht die große Transformation unabhängiger von einer Finanzierung, von Finanzgeber_innen oder vom Wirtschaftswachstum.

Mit Sozialkapital ersetzen die Initiativen das fehlende ökonomische Kapital, um die Komplexität ihrer Aktivitäten zu meistern. Wenn die Arbeit geteilt wird, dann ist die erforderte Zeitinvestition bei jedem bzw. jeder einzelnen Teilnehmer_in geringer. Wenn Sozialkapital bei Projekten eingesetzt wird, werden Kosten erspart. Sozialkapital vermehrt sich selbst, denn die Motivation hinter dem Miteinanderteilen ist ansteckend: Je mehr Menschen mitmachen, desto mehr Menschen wollen dabei sein. Was passiert aber mit dieser Motivation, wenn plötzlich Geld in die Organisation einfließt? Diese Erfahrung machte die *Agora Köln* kurz vor dem ersten *Tag des guten Lebens* am 15. September 2013 in Köln-Ehrenfeld:

> „Paradoxerweise wurde die gute Atmosphäre innerhalb der *Agora Köln* ausgerechnet durch zwei finanzielle Erfolge bedroht. Zwei Wochen vor der Realisierung des *Tags des guten Lebens* wurde die Idee mit dem *ecologic* Förderpreis für Zukunftsideen von Toyota Deutschland ausgezeichnet, welcher mit 10.000 Euro dotiert war. Fast gleichzeitig stimmte die *Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW* einer zweiten Projektförderung für den TdgL über 35.000 Euro zu. Plötzlich konnte ein Teil der Arbeit der *Agora Köln* finanziell honoriert werden. Für einige Personen war die Organisation des *Tags des guten Lebens* seit Monaten zur Vollzeitbeschäftigung geworden. Aber welche Tätigkeiten sollten hierbei honoriert werden und welche nicht? Welche Verteilung des Geldes und welche Höhe der Honorare wäre gerecht gewesen? Wie sollte hierüber

> eine Entscheidung getroffen werden? Diese Fragen bargen eine große Sprengkraft für die Gruppendynamik in sich und wurden deshalb auf die Zeit nach dem 15. September 2013 vertagt […]. Nach dem Erfolg des ersten *Tags des guten Lebens* in Ehrenfeld herrschte wochenlang innerhalb der *Agora Köln* eine Mischung aus verblüfftem Staunen und breiter Erschöpfung. Ein Kern von Aktiven übernahm die Projektabwicklung. Die undankbarste Aufgabe hatte dabei das ad hoc gebildete *Honorarteam*, das Entscheidungen über die Verteilung der Honorare zu treffen hatte. Dazu gehörten Personen wie Sabrina Cali und Eva Maria Pollmeier, die einerseits den bisherigen Prozess gut kannten und andererseits selbst keine Belohnung beanspruchten. Die größte Herausforderung für dieses Team war, ‚dass einzelne Personen die Wertschätzung für ihr Engagement an der Höhe des Honorars gemessen haben. Das heißt je höher das Honorar war, desto wertgeschätzter haben sie sich gefühlt' (Cali). ‚De facto gab es ein paar Agora-Mitglieder, die sich hauptamtlich mit dem TdgL beschäftigt haben. Dennoch ist es eine Herausforderung Ehrenamtler und Hauptamtler entsprechend für ihr Engagement zu würdigen und die knappen Gelder fair zu verteilen' (Pollmeier). Die ungleiche Verteilung der Honorare erweckte unabsichtlich den Eindruck, dass die Aktiven nicht gleichberechtigt seien und eine informelle Hierarchie doch existiert, zum Beispiel zwischen ‚Hochleistungsträgern' und ehrenamtlichen Kräften oder zwischen alten und neuen […]. Sobald [Geld] ins Spiel kommt, verändert sich die Motivation der Mitglieder und die Gruppendynamik. Nach dem ersten TdgL wurde das Honorar öfter als Voraussetzung für den weiteren persönlichen Einsatz im Projekt genannt." (Brocchi 2017, S. 94-95; 100-101)

Die *Agora Köln* machte die Erfahrung, dass sich ökonomisches Kapital und Sozialkapital nicht gut vertragen. Zusätzliches ökonomisches Kapital kann Sozialkapital zerstören. Auch eine Technologie wie Geld stellt eine Körperprothese dar, die sich gleichzeitig amputierend auswirkt (vgl. McLuhan 1964, S. 45). Die Erfahrung der *Agora Köln* steht stellvertretend für eine verheerende Entwicklung in der ganzen Gesellschaft: Das ständige Wirtschaftswachstum und die zunehmende Ökonomisierung des Alltags führen zu einer enormen Zerstörung von Sozialkapital. Für viele Dienstleistungen, die in der Vergangenheit solidarische Netzwerke übernahmen, muss heute Geld ausgegeben werden. Da, wo es kein Geld gibt, sind Menschen auf sich allein gestellt.

Die zunehmende Monetarisierung sozialer Beziehungen hat dazu geführt, dass Menschen das unentgeltliche Teilen im Laufe der Zeit verlernt haben. So nahmen in wohlhabenden Stadtteilen wie Köln-Sülz weniger Menschen am *Tag des guten Lebens* teil. Vermögende Menschen brauchen nicht unbedingt eine Nachbarschaft. Dagegen hat in Spanien ausgerechnet die Finanzkrise zu einer Wiederbelebung sozialer Beziehungen geführt. Weil dort immer mehr Menschen weniger Geld haben, sind sie auf den unentgeltlichen Austausch von Gegenständen (Staubsauger, Waschmaschine, Auto etc.), Fachkompetenzen und Dienstleistungen im Rahmen von nachbarschaftlichen Tauschringen angewiesen (vgl. Blaschke/Kapohl 2015; Pigem 2009).

> „Dieses und andere Beispiele zeigen, dass eine gezielte Dekommerzialisierung des öffentlichen Raums und der sozialen Prozesse eine signifikante Strategie sein kann, um die Schenkökonomie wieder zu üben – und dadurch den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Beim TdgL ist dieser Aspekt von zentraler Bedeutung." (Brocchi 2017, S. 135-136)

Wo sind aber weitere Spielräume im Umgang mit diesem Spannungsfeld? Soziales und ökonomisches Kapital sind nur unter einer fundamentalen Bedingung vereinbar: Gerechtigkeit. Initiativen, die Geld zur Verfügung und unter den Mitgliedern verteilen, müssen sich mit der gleichen Frage auseinandersetzen, die sich für die ganze Gesellschaft stellt.

Es gibt verschiedene Formen der Wertschätzung von Arbeit – und die finanzielle Vergütung ist nur eine davon. Wenn Kräfte in einer Organisation eine finanzielle Anerkennung für ihre Arbeit bekommen, dann ist es wichtig, Formen der Anerkennung für die ehrenamtliche Arbeit zu finden und zu pflegen, zum Beispiel besondere Rituale. Es können jedoch auch spezielle lokale Komplementärwährungen entwickelt werden, zum Beispiel in Form von Gutscheinen,[24] die im Rahmen von Kooperationsringen eingelöst werden können (vgl. Kennedy/Lietaer 2004).

Für die untersuchten Initiativen lautet also eine zentrale Herausforderung: Wie kann Sozialkapital in einem durchökonomisierten Kontext entstehen und aufrechterhalten werden? Paradoxerweise birgt auch der Erfolg Gefahren, denn alles, was in unserer Gesellschaft erfolgreich ist, riskiert, kommerzialisiert zu werden – und die musikalischen Subkulturen, die schnell zum Teil der Kulturindustrie gemacht werden, sind ein typisches Beispiel dafür. Warum sollte auf Großsponsor_innen verzichtet werden, nur weil sie nicht ganz im Einklang mit Nachhaltigkeit stehen? ‚Denn wenn Geld fließt, dann ist es sowieso nie ganz sauber', so ein verbreitetes Argument. Da die Initiativen selten genug Geld haben, um die Arbeit dauerhaft zu vergüten, ist es nicht leicht, finanziellen Versuchungen dauerhaft zu widerstehen. Auch Initiativen profitieren von den brachliegenden Kräften in der Gesellschaft und von der Flexibilität des Prekariats, aber wer hat schon Lust, lebenslang so zu leben? Um diesem mächtigen ‚Sog' zu widerstehen, reicht die ‚Schenkökonomie' nicht aus. Die Initiativen haben dabei drei Möglichkeiten, um nachhaltig zu bleiben:

a) Sie lassen sich durch Stiftungen oder Ministerien fördern; seit 2013 wird der *Tag des guten Lebens* durch die Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW gefördert.

   Auch in diesem Fall müssen sie jedoch einen Teil ihrer Selbstbestimmung aufgeben und sich den Konditionen der Förderer bzw. Förderinnen unterordnen. Im schlimmsten Fall bekommen die Initiativen keine Förderung, wenn ihre Ziele in Konflikt mit den Institutionen stehen, wie der Gründer der Bürgerinitiative *Viva Viktoria!* berichtet:

   > „Die Stadtverwaltung möchte nicht mit uns zusammenarbeiten - und das Problem dabei ist, dass wir kaum eine Chance auf Förderung deswegen haben. Wir haben schon eine Stiftung angeschrieben, die uns sagte: ‚Aber der Antrag muss die Stadt stellen, ansonsten geht es nicht'. Wir können keine Landesmittel beantragen, keine Bundesmittel... Die Stiftungen sind sehr zurückhaltend, wenn es darum geht, Initiativen zu fördern, die im Konflikt mit Institutionen stehen. Wir kriegen keine Unterstützung von Institutionen, die abhängig sind von städtischen öffentlichen Mitteln. Ich weiß nicht, wie oft das schon passiert ist. Alle sind in dieser Blase." (Bergfeld 2017, S. 4)

   Die Initiativen, die eine Förderung bekommen, müssen aufpassen, dass Zweck und Mittel nicht verwechselt werden. Denn jede Organisation, die Arbeitsstellen schafft, riskiert

[24] 2017 verteilte die Agora Köln Gutscheine unter den ehrenamtlichen Kräften, die mit ihrer Arbeit den „Tag des guten Lebens" in Köln-Deutz ermöglicht hatten. Diese Gutscheine bestanden zum Beispiel aus Freikarten, die Theater und andere Kultureinrichtungen gespendet hatten.

irgendwann, deren Sicherung als Hauptziel zu verfolgen. Sogar die demokratischen, partizipativen Strukturen können dabei immer mehr zum Instrument verkommen. Was passiert, wenn die Förderung zu Ende geht?

b) Sie gehen *Public-Citizen-Partnerships* mit den Kommunalinstitutionen ein. Warum müssen Bürgerinitiativen aufwendige Organisationsstrukturen für die eigenen Aktivitäten aufbauen, wenn sie die Stadtverwaltungen genau dafür mit Steuergeldern finanzieren? Die Bürger_innen sind keine Kund_innen der Stadtverwaltung, sondern deren eigentliche Eigentümer_innen. Die eigentliche Aufgabe der Stadtverwaltung liegt in der Unterstützung der Bürger_innen. Durch *Public-Citizen-Partnerships* kann die Privatisierung von Stadtwerken wieder rückgängig gemacht und die Mitsprache der Bürger_innen in der Kommunalwirtschaft gestärkt werden.

c) Die Bürger_innen schaffen sich ein paralleles Steuersystem und eine eigene Ökonomie. Denn selbst wenn Bürger_innen Steuern an die Institutionen zahlen oder Produkte von Großkonzernen kaufen, haben sie keinen so großen Einfluss auf ihr Verhalten. Trotz Steuereinnahmen beschäftigen sich die Stadträte in verschuldeten Kommunen vor allem mit der Frage, wie Kosten gespart werden können. Wie können sich die Städte so auf die sozialökologischen Herausforderungen der Zukunft vorbereiten? Wie können die Bürger_innen eine selbstbestimmte Entwicklung finanzieren?

   Initiativen können sich zum Beispiel in eine Bürgergenossenschaft umwandeln, die sich für eine schrittweise zu vollziehende Transformation der Stadt in Richtung Nachhaltigkeit einsetzt. Wenn 100.000 Kölner_innen ihre Mitgliedschaft bei der *Agora Köln* mit einem oder zwei Euro pro Jahr finanzieren würden, dann hätte die *Agora Köln* 100.000-200.000 Euro zur Verfügung, die gemeinsam investiert werden könnten. Diese individuelle ‚Steuer für die große Transformation in der eigenen Stadt' könnte am *Tag des guten Lebens* an den Straßeneingängen zum autofreien Gebiet entrichtet werden. Dadurch würden sich die Bürger_innen eine Stimme in der *Agora Köln* sichern, um über die Verwendung der gemeinsamen Mittel zu bestimmen. Auf die gleiche Art und Weise könnten die Anwohner_innen die eigenen Quartiersräte mit einem Budget für gemeinsame Projekte ausstatten.

   Bürger_innen können sich die eigene Ökonomie schaffen, genauso wie die Anwohner_innen in Schönau irgendwann den eigenen Strom hergestellt haben: „atomstromlos. klimafreundlich. bürgereigen".[25] Quartiere können Partnerschaften mit ländlichen Gemeinden in der Region bilden, um die eigene Ernährung zu sichern. Durch regionale Wirtschaftskreisläufe würden sie für internationale Handelsketten immer unrentabler,

[25] Website der ElektrizitätsWerke Schönau (EWS): www.ews-schoenau.de.

Nischen für den lokalen Einzelhandel und für das Handwerk würden sich hingegen öffnen. Die Anwohner_innen könnten die eigenen Bücher, die sonst in den Buchregalen verstauben, zusammenlegen und dadurch Nachbarschaftsbibliotheken einrichten.

Es gibt so viele Möglichkeiten der Umgestaltung der Quartiere hin zur großen Transformation und zum guten Leben.

5 Fazit

Anhand von konkreten Fallbeispielen hat diese Studie die Frage untersucht, wie die Transformation in Richtung Nachhaltigkeit partizipativ, durch die Bürger_innen selbst, in unterschiedlichen Quartieren gestaltet wird.

Im ersten Teil wurde gezeigt, warum besonders Quartiere geeignete Orte und Treiber der großen Transformation sind. Zum Beispiel beherbergen sie jene Nischen, die für eine Transformation *by design* in Richtung Nachhaltigkeit so wichtig sind. In der Studie wurde Quartier so begriffen, „als Alltagsraum der Bürgerinnen und Bürger verstanden, der variable Interpretationen einer diversifizierten Stadtbevölkerung zulässt." (Bachmann/Behrens et al. 2017, S. 1)

In diesem Teil wurde auch betont, dass viele der Probleme, die durch die große Transformation überwunden werden sollen, Probleme der Demokratie sind – und eine Lösung auf dieser Ebene erfordern. Auch darin bestehen die besondere Relevanz und der besondere Ansatz der hier untersuchten Initiativen. Während autoritäre Entwicklungen und fremdenfeindliche Bewegungen wie Pegida eine negative Reaktion auf die Krise der Demokratie darstellen, könnten lokale bürgerschaftliche Initiativen zum Keim einer breiten Bewegung der starken Demokratie werden.

Im zweiten Teil wurden die sechs Fallbeispiele von Bottom-up-Initiativen in Quartieren von Bonn, Köln und Wuppertal dargestellt. Ihre Gemeinsamkeiten können wie folgt zusammengefasst werden:

(1) *Systemischer Ansatz und unkonventionelle Allianzen*. Die Initiativen haben den Anspruch, ökologische, ökonomische, soziale und kulturelle Belange miteinander zu verbinden: „Wir wollen alles anfassen, weil es nur dann Sinn macht, weil alles miteinander verzahnt ist" (Heynkes 2017, S. 3). Der systemische Ansatz spiegelt sich auch in der Bildung von unkonventionellen Allianzen wider, nicht nur zwischen Akteur_innen aus unterschiedlichen Bereichen (Umweltinitiativen, lokales Gewerbe, soziale und kulturelle Einrichtungen…), sondern auch zwischen organisierter Zivilgesellschaft, Anwohnerschaft und Teilen der Institutionen. Während sich Organisationen, die im raumumfassenden Kontexten (bundes-, europa- oder weltweit) tätig sind, oft thematisch spezialisieren, um handlungsfähig zu bleiben, versuchen lokale Initiativen, für die große Transformation eine ganzheitliche Sicht einzunehmen, bleiben jedoch handlungsfähig, indem sie die Komplexität räumlich statt thematisch reduzieren.

(2) *Die Fokussierung auf den Sozialraum.* Die Krise der Demokratie und die Finanzkrise sind Ausdruck einer breiten und tiefen Vertrauenskrise – und die untersuchten Initiativen fördern das Vertrauen im Lokalen, weil sich Menschen hier im Alltag persönlich begegnen können. Schon deshalb kann hier die Demokratie gestärkt werden und eine faire ‚Ökonomie der Nähe' entstehen. Die stärkere Identifikation mit dem Veedel oder mit dem Kiez ist eine wichtige Voraussetzung, um als Bürger_in zu partizipieren.

(3) *Das Partizipationsverständnis.* Die untersuchten Quartiersinitiativen vertreten eine besonders starke Form von Partizipation: Einerseits drückt sie sich im Teilen miteinander (von Gütern, von Solidarität und Verantwortung) aus, andererseits meint sie die Möglichkeit der Mitgestaltung (*Co-Creation*). Es geht um die Partizipation als Selbstermächtigung (*Empowerment*): Die Bürger_innen beginnen die große Transformation vor der eigenen Haustür, statt Lösungen von übergeordneten Institutionen zu erwarten. Sie machen sich die Stadt selbst, anstatt die Stadt zu konsumieren. In den untersuchten Initiativen ist Partizipation gemeinwohlorientiert, wobei das Gemeinwohl kein statisches Konstrukt ist, sondern ständig dialogisch und demokratisch unter Bürger_innen im Quartier verhandelt werden möchte.

(4) *Sozialkapital als zentrale Ressource und als zentrales Produkt.* Ihre Ziele erreichen die Initiativen vor allem durch Sozialkapital, damit ersetzen sie auch das oft fehlende ökonomische Kapital. Zum Beispiel findet der *Tag des guten Lebens* statt, weil viele Bürger_innen große und kleine Aufgaben ehrenamtlich übernehmen und miteinander teilen. Sozialkapital ist aber auch ein bedeutendes Produkt der Initiativen, es bleibt nämlich auch über den *Tag des guten Lebens* hinaus bestehen. *Aufbruch in Arrenberg* zeigt, wie eine stark verschuldete Stadt wie Wuppertal handlungsfähig bleiben kann, wenn die Anwohnerschaft Verantwortung übernehmen darf und solidarische Strukturen im Quartier entstehen.

(5) *Urbaner Raum als Gemeingut.* Bei den untersuchten Initiativen stellen gemeinsame physische Räume das ‚Totem' (vgl. Durkheim 1902) dar, das als Identifikationsmoment in einer sehr heterogenen Gemeinschaft dient. Gemeingüter existieren nicht, sondern werden gemacht (vgl. Helfrich 2011) – so können auch eine Straße oder eine brachliegende Fläche zu ‚*unserer* Straße' oder zu ‚*unserem* urbanen Garten' werden, *wenn* die Nutzer_innen eine Kooperation miteinander eingehen.

(6) *Entwicklung von weltoffenen Gemeinschaftsformen.* Bei diesen Initiativen geht es um keine bloße Übertragung der Dorfgemeinschaft auf die Stadt, sie pflegen keine Sehnsucht nach traditionellen Formen von Heimat. Hingegen setzen sie Individualität und Gemeinschaft oder Andersartigkeit und Gemeinsamkeit in ein neues Verhältnis. Einerseits sind die Initiativen ein Integrationsmoment für unterschiedliche Menschen in den Quartieren (‚Heimat ist dort, wo ich mitgestalten darf'), andererseits schafft die hohe Fluktuation eine Brücke zwischen Lokalität und Globalität, wobei Impulse und Wissen ständig nach innen und nach außen übertragen werden. Die Migrant_innen und die Flüchtlinge sind Botschafter_innen anderer Realitäten im Quartier.

Diese Studie vertritt unter anderem die Auffassung, dass die Persönlichkeit und die Motivation der Gründer_innen und der Sprecher_innen für die Prägung und die Entwicklung von partizipationsorientierten Quartiersinitiativen für die große Transformation eine besonders wichtige Rolle spielen. Sie geben den Initiativen ein erstes Gesicht. Doch genau an dieser Stelle kann es

auch zu Ambivalenzen und Widersprüchen in der Organisationsentwicklung kommen – zum Beispiel in der Legitimation von Positionen und Entscheidungen: Wie kann jemand, der für die Initiative ehrenamtlich viel investiert und geleistet hat, später durch demokratisch gewählte neue Mitglieder ersetzt werden?

Alle Initiativen fördern das gute Leben in ihren Stadtteilen auf unterschiedliche Art und Weise: *Aufbruch am Arrenberg* setzt sich für ein klimaneutrales Quartier ein, die *Agora Köln* für eine Mobilitätswende und den sozialen Zusammenhalt in der Nachbarschaft, die *Utopiastadt* ist ein Forum für alternative Stadtentwicklung. Auch wenn die Initiativen einen hohen ideellen Anspruch haben und sich für das *gute* Leben einsetzen, zwingt sie vor allem die Knappheit an Ressourcen (Zeit, Raum, Geld) immer wieder zu Kompromissen und Pragmatismus. Gleichzeitig liegt genau in der Herausforderung zwischen Anspruch und Ressourcenknappheit auch eine Quelle für die Kreativität und die soziale Innovation.

Die Studie hat gezeigt, dass die Initiativen oft eine kompensatorische Funktion gegenüber den Institutionen ausüben. Der Kölner *Tag des guten Lebens* dient auch dem Stadtmarketing, dabei werden die Stadtkassen nicht einmal belastet. Dort, wo die Institutionen die Liberalisierung der Märkte zugestimmt haben und sich nicht mehr als Garant der Gerechtigkeit verstehen, endet die empfundene Willkür von Investoren erst dort, wo Bürger_innen rebellieren. Die Bürger_innen übernehmen immer wieder eine Kontrollfunktion, die ehrenamtliche Parlamentarier_innen auf Kommunalebene nicht leisten können – oder wollen, wenn sie lieber ‚Versorgungsposten' annehmen (vgl. Bogumil/Holtkamp 2013, S. 200-202).

Die Wirksamkeit und die Nachhaltigkeit von Transformationsprozessen werden oft nur auf die Ergebnisse bezogen, das heißt auf sichtbare, greifbare und messbare Zustände. Dabei wird ein Zustand A (IST-Zustand, vor Prozessbeginn) mit einem Zustand B (SOLL-Zustand, nach Prozessende) verglichen, um zu einer belastbaren Aussage zu kommen, zum Beispiel ‚zwischen A und B wurden die C02-Emissionen um einen Prozentsatz X gesenkt'. Wenn eine bestimmte Strategie eine noch stärkere CO2-Reduktion erreicht hat, dann war sie nicht nur nachhaltig, sondern auch wirksamer. Es darf hier behauptet werden, dass die Wuppertaler Initiative *Aufbruch am Arrenberg* einen Prozess vorantreibt, der mit relativer Sicherheit bei einigen Indikatoren zu mehr Nachhaltigkeit im Quartier zwischen A und B führt. Aber macht das allein die Initiative besonders? Denn ein Zustand B kann auf viele unterschiedliche Weisen erreicht werden; aus der Perspektive des Klimaschutzes könnte ein Gesetz oder gar eine Ökodiktatur noch effektiver und effizienter sein, aber eben nur aus dieser Perspektive. Es wurde bereits erläutert, dass Top-down-Strategien oft selbst Teil des Problems sind. Für die große Transformation ist der Prozess an sich mindestens genauso wichtig wie das Ergebnis, besser: Der Weg und das Ziel sollten möglichst im Einklang sein. Das ist die eigentliche Besonderheit, der Anspruch und gleichzeitig die Herausforderung der hier untersuchten Initiativen. Diese Initiativen stellen Räume dar, in denen ‚der Zweck die Mittel nicht heiligt', sondern das WIE dem WAS nicht widersprechen darf. Die Beziehungsebene der Kommunikation und die Sachebene der Kommunikation sollten möglichst kongruent sein, im Sinne eines systemischen, ganzheitlichen Ansatzes. Deshalb werden in dieser

Studie auch reflexive Aspekte wie Persönlichkeit oder Gruppendynamik herangezogen, während solche unscharfen Aspekte in der naturwissenschaftlichen Nachhaltigkeitsforschung oft unterbeleuchtet bleiben. Die Relevanz des menschlichen Maßes, von Gefühlen und Emotionen, lässt sich weder genau operationalisieren noch quantifizieren. Genau deshalb ist die geeignetste Methode, um urbane Reallabore der Transformation zu untersuchen, das *Co-Design,* die Teilnahme als Mensch, der u. a. auch Wissenschaftler_in ist. Die Wissenschaft kann das wirklich Wesentliche nicht erkennen und erfassen, wenn sie solche Prozesse als ‚Objekte' erforscht, die von einem selbst (als beobachtendes ‚Subjekt') getrennt sind; wenn sie den Dialog mit der ‚Realität' vermeidet, um die Asymmetrie Expertentum/Laientum aufrechtzuerhalten.

Die partizipationsorientierten Initiativen sind in den Quartieren mit ähnlichen Problemen konfrontiert, die Entfaltung ihres Potentials erfordert die bewusste Auseinandersetzung mit folgenden Spannungsfeldern (u.a.):

a) Die Initiativen verfolgen einerseits normative Ziele (Klimaschutz, nachhaltige Mobilität, gegen Kommerzialisierung…) und verstehen sich andererseits als Bottom-up-Initiativen, bei denen Partizipation die Möglichkeit der Selbstentwicklung und der Co-Creation meint. Es geht hier für die Initiativen darum, den äußersten normativen Orientierungsrahmen so zu definieren, dass die Anwohner_innen in den Quartieren den größtmöglichen Raum für die Selbstentwicklung und die Mitgestaltung finden. Dieser äußerste Orientierungsrahmen kann einerseits erst selbst den Freiraum für die Mitgestaltung durch die Bürger_innen ermöglichen (zum Beispiel als Garant einer gewissen Selbstverwaltung des Quartiers unter der Bedingung, dass Prozesse demokratisch und möglichst inklusiv verlaufen) und andererseits Prozesse der Vergemeinschaftung erleichtern, indem der reinen Beliebigkeit vorgebeugt wird. Auch die Commonsansätze schaffen Spielräume, um das normative Prinzip der Nachhaltigkeit mit der Selbstverwaltung von urbanen Gemeingütern zu verbinden.

b) Die Initiativen bilden einerseits eine Avantgarde, sie schaffen Freiräume für die Entfaltung von Alternativen. Gleichzeitig wollen sie Inklusiv wirken und die Vielfalt ansprechen und vernetzen. Hier kann es sinnvoll sein, Initiativen wie eine Wohngemeinschaft zu organisieren, sodass Räume der Pluralität (der Interessen, der Möglichkeiten…) Platz neben Räumen der Inklusion und des Konsens finden.

c) Ein sehr kritisches Spannungsfeld bildet die Koexistenz von Sozialkapital und ökonomischem Kapital in den Initiativen. Sobald es ins Spiel kommt, hat das Geld eine starke Auswirkung nicht nur auf die Strukturen unserer Gesellschaft, sondern auch auf die Strukturen und die Entwicklung der Initiativen. Die Motivation der Beteiligten kann sich dabei ändern, eine Professionalisierung der Strukturen kann auf Kosten der Partizipation gehen. In der großen Transformation muss auch das Verhältnis zwischen Sozialkapital und ökonomischen Kapital neu gedacht und austariert werden – und dies schon innerhalb der Initiativen.

Es sind vor allem solche Spannungsfelder, die eine Prozess- und Lernorientierung sowie die Fähigkeit zur Selbstreflexion und -kritik bei den Initiativen erfordern. Lokale Initiativen können viel voneinander lernen. Auch dazu soll diese Studie dienen.

6 Handlungsempfehlungen

Aus der Untersuchung können verschiedene Handlungsempfehlungen abgeleitet werden, erst für die Quartiersinitiativen, dann für die Institutionen. Die empfohlene Neugestaltung der quartiersbezogenen Governance betrifft beide Gruppen.

6.1 Für Quartiersinitiativen

Eine gemeinsame Bewegung. Die Quartiersinitiativen können im Lokalen oft nur die Symptome einer Fehlentwicklung behandeln, jedoch nicht deren strukturelle Ursachen. In vielen Quartieren fehlt die Kraft für solche Initiativen oder sie sind nicht von Erfolg gekrönt, weshalb Shopping Malls weiter gebaut oder geplant sind. Die Ursachen der Fehlentwicklungen können nur behandelt werden, wenn sich die Initiativen vernetzen und gemeinsam als breite, bunte, föderalisch organisierte Bewegung einen hohen Druck ausüben, um die Institutionen zu reformieren und die Wirtschaft wieder zurück in die Gesellschaft zu bringen. Es geht um die Veränderungen der Rahmenbedingungen, die die Partizipation der Bürger_innen und den Weg zum guten Leben erschweren. So entstehen die meisten Kosten beim Kölner *Tag des guten Lebens* für die Berücksichtigung von Vorschriften der Stadtverwaltung.

Im Rahmen von Plattformen können die lokalen Initiativen den äußersten Orientierungsrahmen für die Selbstentwicklung der Quartiere gemeinsam definieren und ständig verbessern. Eine solche Vernetzung dient auch dem Wissens- und Erfahrungstransfer zwischen den Initiativen – und dadurch der großen Transformation als gemeinsamen Lernprozess.

Durch die Bildung von Synergien auf übergeordneter Ebene können Ressourcen gespart oder gemeinsame Vorhaben realisiert werden (zum Beispiel die Einrichtung einer Akademie für Nachbarschaftsarbeit oder für urbane Transformation). Quartiere, die bereits über gute Nachbarschaftsstrukturen und ein starkes bürgerschaftliches Netzwerk verfügen, könnten eine ‚Patenschaft' für Quartiere mit schwachem Sozialkapital übernehmen und dort Transformationsprozesse unterstützen. Auch solche Maßnahmen würden einer gerechten Umverteilung der Ressourcen unter den Quartieren dienen.

Die Identität der Bewegung könnte gepflegt und sichtbar gemacht werden, durch gemeinsame Rituale, zum Beispiel die Ausrufung eines bundesweiten *Tags des guten Lebens*, der in mehreren Städten gleichzeitig stattfindet.[26]

Mehr Inklusion und Vielfalt. Die Quartiersinitiativen bilden oft eine Avantgarde, verfolgen jedoch Inklusion nicht immer konsequent genug. In den meisten Initiativen wird zum Beispiel nicht be-

[26] Eine entsprechende Plattform hat sich bereits gebildet. Neben lokalen Initiativen gehören auch die Bundesvereinigung soziokultureller Zentren, die Stiftung Futurzwei, der Verkehrsclub Deutschland (VCD) sowie die Experten Alberto Acosta und Christa Müller dazu.

wusst darauf geachtet, dass Frauen oder Männer in verantwortlichen Positionen gleich vertreten sind oder dass Menschen mit Migrationshintergrund stärker einbezogen werden. Auch dem Anspruch der Ganzheitlichkeit kann nicht wirklich entsprochen werden, wenn soziale Themen (Gerechtigkeit, Gentrifizierung…) nicht die gleiche Priorität erfahren wie ökologische und ökonomische.

Stärkere Kongruenz von Weg und Ziel, von Botschaft und Habitus. Es reicht nicht, Vielfalt, Demokratie oder Entschleunigung verbal zu predigen, wenn diese Prinzipien nonverbal nicht gelebt werden oder ihnen gar widersprochen wird (vgl. Brocchi 2017d, S. 4). Während bei gewöhnlichen Events Werbung und Pressearbeit eine wichtige Rolle spielen, um so viele Besucher_innen wie möglich anzuziehen, empfiehlt sich bei Initiativen wie dem *Tag des guten Lebens* genau das Gegenteil. Mit der Botschaft der Initiative kongruiert eine soziale Kommunikation (*face to face*) mehr als die Massenkommunikation über die Presse.

Kriterien für den nachhaltigen Erfolg. Ist der *Tag des guten Lebens* ein Erfolg, weil zwischen 60.000 und 100.000 Teilnehmer_innen daran teilnehmen? Dabei sollte unterschieden werden, ob es sich um _Konsument_innen‘ oder ‚Produzent_innen‘ des guten Lebens handelt. Der nachhaltige Erfolg ergibt sich nämlich vor allem dann, wenn möglichst viele Bürger_innen von passiven ‚Konsument_innen der Stadt‘ oder ‚Kund_innen‘ der Stadtverwaltung zu Prosument_innen werden, die das gute Leben gemeinsam produzieren und gleichzeitig konsumieren – und zwar jeder direkt vor der eigenen Haustür. Um die Asymmetrie Produzent_in/Konsument_in zu überwinden, sollte deshalb das Ziel verfolgt werden, den Prozess auf die ganze Stadt zu übertragen und zu realisieren, sobald eine kritische Masse an Quartieren Jahr nach Jahr mobilisiert worden ist.

Die Bürgerinitiativen *Helios* und *Viva Viktoria!* haben den Bau einer Shopping-Mall in ihrem Quartier verhindert, die Zerstörung von Bausubstanz und Kulturorten sowie den Neubau des Quartiers jedoch mitlegitimiert: Wie nachhaltig ist ein solcher Erfolg? Quartiersinitiativen wollen das gute Leben in den Quartieren fördern (saubere Luft, weniger Verkehr, *Aufwertung* des öffentlichen Raums), aber die Frage, für wen das gute Leben ist und sein soll, wird nicht immer gestellt (siehe Gentrifizierung).

6.2 Für Institutionen

Stadtplanung nach menschlichem Maß. Lebenswerte und resiliente Quartiere benötigen nicht nur sanierte Wohnungen, Geschäfte und asphaltierte Straßen, sondern auch ‚Agoras‘, selbstverwaltete Gemeinschaftsräume in jeder Nachbarschaft, Nischen für Alternativen sowie Freiräume für die Entfaltung einer kreativen und ökologischen ‚Wildnis‘. Breite Flächen können durch eine radikale Neuausrichtung der Verkehrspolitik in den Städten verfügbar gemacht werden, wobei die Infrastruktur der geteilten Mobilität (ÖPNV, Carsharing) und der körperlichen Mobilität (Fahrrad, zu Fuß) ausgebaut und der motorisierte Straßenverkehr (unter anderem durch die Einführung von Citymauts) sowie die Zahl der Parkplätze für Autos gleichzeitig stark reduziert wird.

Solche Maßnahmen machen die Städte nicht nur attraktiver und gesünder, sondern auch zukunftsfähiger. Kopenhagen oder Amsterdam zeigen, dass es geht. Mehr urbaner Raum (Wohnungen inbegriffen) sollte in öffentlicher Hand bleiben und nicht privatisiert werden. Der Boden darf kein Spekulationsobjekt sein.

Größere Spielräume der lokalen Selbstverwaltung. Zu viele Vorschriften schützen das Recht auf Autofahren im öffentlichen Raum und hemmen gleichzeitig die Bürger_innen bei der Übernahme von Verantwortung, der Belebung oder der Verschönerung ihres eigenen Lebensraums. Das sollte sich ändern.

Eine Reform der Stadtverwaltung. Die Bürger_innen sind die eigentlichen Eigentümer_innen der Stadtverwaltung. Die Stadtverwaltung sollte deshalb nicht nur dem bzw. der Bürger_in als ‚Kunde' bzw. ‚Kundin' dienen, sondern auch dem bzw. der Bürger_in als Mitgestalter_in der Quartiere. In jedem Quartier braucht es eine Schnittstelle zur Stadtverwaltung. *Public-Citizen-Partnerships* sollen formal anerkannt werden, sodass sich Projektteams aus bürgerschaftlichen Initiativen und Stadtverwaltung (leichter) bilden können. Korruption und Versorgungsnetzwerke sollten in der Stadtverwaltung und in der Kommunalpolitik abgebaut, starke Hierarchien durch flache Hierarchien ersetzt werden, um eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Ämtern und mit den Bürger_innen zu ermöglichen.

Neuausrichtung der Förderung von lokalen Initiativen. Die Institutionen finanzieren heute vor allem den Ausbau der materiellen Infrastruktur, während die Bedeutung der sozialen und kulturellen Infrastruktur stark unterbewertet wird. Der Weg zur Nachhaltigkeit und zur Dematerialisierung der Lebensstile führt jedoch durch eine Neugestaltung der sozialen Beziehungen: Da, wo Menschen mehr miteinander teilen, konsumieren sie weniger, könnten also auch weniger arbeiten, um mehr Zeit für das Gemeinwohl zu haben. Der Beitrag von bürgerschaftlichen Initiativen zur kommunalen Daseinsvorsorge sollte anerkannt und entsprechend unterstützt werden. Die Förderinstitutionen sollten die Initiativen beraten (nach dem Vorbild der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW), sodass nicht nur Einrichtungen gefördert werden, die sich auf ein professionelles Fundraising spezialisiert haben. Es braucht eine überparteiliche Förderung der Initiativen: Es darf nicht sein, dass bürgerschaftliche Initiativen nicht unterstützt werden, wenn sie Missstände kritisieren (z. B. den fragwürdigen Schulterschluss zwischen Stadtverwaltungen, Kommunalpolitik und Großinvestoren). Gerade bei Großprojekten wie Stuttgart 21 oder dem Flughafen Berlin-Brandenburg hat sich gezeigt, wie sehr Bürger_innen staatliche Institutionen vor verheerenden Fehlentscheidungen schützen können. Die Einführung von einem Grundeinkommen würde neue Spielräume schaffen, um Sozialkapital in einem stark ökonomisierten gesellschaftlichen Kontext zu schützen und sein Entstehen bei den lokalen Initiativen zu erleichtern. Unabhängige Jurys könnten Impulsgeber_innen, Katalysator_innen und Leistungsträger_innen der großen Transformation in den Quartieren empfehlen, sodass diese ein Grundeinkommen erhalten.

6.3 Quartiersbezogene Governance

Die untersuchten Initiativen zeichnen sich durch eine bestimmte Form von Partizipation aus: Sie stellt die Möglichkeit des Teilens miteinander, der Mitgestaltung und der Selbstverwaltung von Gemeingütern dar, sie orientiert sich am Gemeinwohl. Doch ihre Organisationsformen und Kommunikationsformen werden dem Anspruch einer ‚starken Demokratie' oder einer ‚inklusiven Partizipation' nicht immer gerecht. Die Vermischung von unternehmerischen Elementen, die Einbeziehung von Fachkompetenzen und Sachverstand sowie eine gewisse Professionalisierung tragen zum Erfolg der Initiativen bei, ihre Strukturen sind dadurch effizienter und die Aktion effektiver. Doch die Effektivität wird nicht von einer genauso starken Legitimation begleitet: Es handelt sich hier um eine Demokratie als ‚Herrschaft *für das Volk*', jedoch nicht als „Herrschaft *durch das Volk*" (Scharpf 1999, S. 16). Im Extremfall werden bei den Initiativen wichtige Entscheidungen von wenigen Personen getroffen. Der Einbezug von mehr statt weniger Bürger_innen bedeutet auch hier mehr Aufwand, obwohl die Arbeit oft nur von wenigen erledigt wird. Auch partizipationsorientierte Initiativen können paradoxerweise den Kontakt zu den Bürger_innen verlieren, obwohl sie ursprünglich durch die Selbstermächtigung der Bürger_innen entstanden und gewachsen sind. Um diese Schwächen zu überwinden, können sich interessante Entwicklungspotentiale durch die Verbindung des Ansatzes hinter den Quartiersinitiativen mit jenem der Quartiersräte ergeben. Die Initiativen könnten sich nämlich das Konzept des Quartiersrats zu eigen machen, ihre Gründung und ihre Weiterentwicklung in den eigenen Stadtteilen vorantreiben. Genau diesen Ansatz möchte der Autor dieser Studie mit seinem Konzept *Große Transformation im Kiez* in Berlin-Wedding erproben, wobei der *Tag des guten Lebens* mit der Bildung und Etablierung eines Kiezrates verknüpft wird (vgl. Brocchi 2017a). Auch Jörg Heynkes von *Aufbruch am Arrenberg* in Wuppertal setzt sich seit 2017 für eine Verbindung der Ansätze ein:

> „Die Idee ist mir in meinem Wahlkampf für die Landtagswahl [NRW am 14.05.2017] gekommen. Da ist mir klar geworden, dass Politik so weit weg von den Quartieren ist, da ist die politische Ebene nicht existent. Das ist mir in der Zeit unglaublich bewusst geworden, welch ein Fehler ist. Viel von dem Frust bei den Menschen, die jetzt AFD wählen, oder nicht mehr wählen, kommt, weil die Politik nicht mehr in Kontakt mit den Leuten ist. Die Politik bekommt nichts von den Menschen mit, ihren Problemen und Bedürfnissen. Ich habe mir einfach überlegt, wir müssen Politik anders organisieren. Die Hierarchie ist jetzt Landesregierung, Stadtrat, Bezirk... und ich habe es umgedreht, ich finde das Zentrum des Lebens ist das Quartier, ich fange jetzt da an, politische Beteiligung zu organisieren, wie wäre es wenn wir da den Quartiersrat wählen, dann den Quartiersbürgermeister und wenn wir das in allen Quartieren machen, dann können die Bürgermeister der Quartiere den Stadtrat bilden - und damit drehen wir das ganze rum." (Heynkes 2017, S. 15)

Partizipationsorientierte Initiativen in den Quartieren könnten eine demokratische Legitimation bekommen (im Sinne einer ‚Herrschaft durch das Volk'), wenn sie sich mit einem ‚Quartiersrat' verbinden. Dadurch können sie als politisch repräsentative Kraft wahrgenommen werden und entsprechend wirken. Von einer solchen Perspektive würden jedoch auch die bereits existierenden Quartiersräte in Deutschland profitieren. Sie leiden nämlich oft unter mehreren Problemen. Zuerst wurden sie meistens *top-down* statt *bottom-up* gegründet, nur in ‚Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf' im Rahmen des Programms *Soziale Stadt* der Bundesregierung (vgl.

Bogumil/Holtkamp 2013, S. 139). Doch Partizipation lässt sich von oben nicht vorschreiben. Einige Quartiersräte funktionieren nur deshalb, weil sie durch geförderte Stadtteilmanagementbüros gestützt werden. Was passiert jedoch, wenn die befristete Förderung *Soziale Stadt* ausläuft? Beim Quartiersrat im Berliner Körnerkiez (Neukölln) werden die Mitglieder im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung demokratisch gewählt, zu der alle Anwohner_innen eingeladen werden: „Dort kommen ca. 50 Personen, obwohl im Kiez 13.000 Anwohner leben."[27] Zu den Kandidat_innen gehören oft die ‚üblichen Verdächtigen', sodass auch die Quartiersräte die Heterogenität der Bevölkerung im Quartier nicht wirklich abbilden. Da die Teilnahme an den Sitzungen der Quartiersräte freiwillig ist, bedarf es einer hohen Motivation bei den Mitgliedern, um diese wahrzunehmen. Diese sinkt jedoch, wenn die Bürokratie der Formalitäten die reale Wirksamkeit übersteigt, in dieser Form haben Quartiersräte nur sehr begrenzte Handlungsspielräume. Deshalb wäre es ein großer Gewinn für die Quartiersräte, wenn sie durch die hier untersuchten Quartiersinitiativen gestützt, umgeformt und weiterentwickelt werden würden, auch unter einem anderen Namen (z. B. Kiezrat, Veedelsrat). Sie würden von unten statt von oben kommen, an Lebendigkeit gewinnen, ihren Handlungsspielraum erweitern, indem sie eine breite Selbstermächtigung der Bürger_innen zum Ausdruck bringen und die Möglichkeiten der Selbstverwaltung ausschöpfen würden.

Die Gründung ‚von unten' von Quartiersräten ist die zentrale Forderung des Impulspapiers *Subsidiarität als Motor urbaner Transformation* (vgl. Bachmann/Behrens et al. 2017), das im Rahmen der Themengruppe *Partizipation, Demokratie und Gerechtigkeit* der Bergischen Klimagespräche 2017 entstanden ist. Die Bürger_innen wissen zwar am besten, was für ihr Quartier gut und weniger gut ist, es fehlt jedoch eine anerkannte Institution, die die gemeinsamen Bedürfnisse und Vorstellungen der Bürger_innen auf dieser Ebene formalisiert und in den „Transmissionsriemen der Interessenvermittlung in das politische System" (Behrens 2017, S. 1) einfließen lässt. Dieser Riemen ist gerissen, zum Beispiel durch die Gebietsreform und die kommunale Neugliederung der 1970ern. Dabei wurden die Verwaltungsbezirke der Gemeinden und Landkreise zusammengelegt, ihre Zahl verringert und die Verwaltungsräume vergrößert: „Nachteile [größerer Gemeinden] sind Gemeinschafts- und Identitätsverluste […], deren ‚Narben' in einigen Gemeinden noch 20 Jahren nach der Gebietsreform nach wie vor prägend sind." (Bogumil/Holtkamp 2013, S. 28) Heute ist die untere institutionelle Ebene der Stadtbezirke oft praktisch für eine Großstadt zuständig, so zählt der Stadtbezirk Köln-Ehrenfeld 104.509 Einwohner_innen, Berlin-Mitte sogar 373.944 Einwohner_innen (Stand: 2017). Hier ist eine zu große Lücke zwischen Institutionen und Bürger_innen entstanden, die durch die Bildung von Quartiersräten geschlossen werden kann. Dafür schlägt der oben genannte *Bergische Impuls* folgendes Verfahren vor:

> „In einem einmaligen Prozess bestimmen Bürgerinnen und Bürger die administrativen Grenzen ihres Quartiers selbst. Die Größe der Quartiere hinsichtlich der Anzahl der Bewohnerinnen und

[27] Persönliches Gespräch mit den Mitarbeiter_innen des Quartiersmanagements Körnerpark (Berlin-Neukölln) am 9. Februar 2018. Jeder bzw. jede Anwohner_in erhält eine Einladung zu der genannten Veranstaltung, die in den Briefkasten eingeworfen wird.

> Bewohner ist sowohl nach oben als auch nach unten zu begrenzen. Die Bewohnerinnen und Bewohner eines Quartiers wählen einen Quartiersrat. Die repräsentative Vertretung im Quartiersrat wird nach dem Prinzip der positiven Diskriminierung (Affirmative Action) sichergestellt. Der Delegiertenquotient richtet sich nach den Diversity-Kriterien des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG). Auf diese Weise werden Diversität und Inklusion strukturell zusammengedacht. Der so konstituierte Quartiersrat wählt aus seiner Mitte eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden sowie eine Stellvertretung auf Zeit (z. B. für zwei Jahre). Eine Wiederwahl der Vorsitzenden ist ausgeschlossen, um die demokratische Durchlässigkeit in politischen Entscheidungsstrukturen zu erhöhen […]. Neben den Quartiersräten ist die Einrichtung von Quartiersbeiräten sinnvoll, die sich aus zentralen Anspruchsgruppen aus dem Quartier zusammensetzen (zivilgesellschaftliche Initiativen, öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Unternehmen). Die Quartiersbeiräte beraten die Quartiersräte jedoch lediglich." (Bachmann/Behrens et al. 2017, S. 2-3)

Bei diesem Vorschlag soll es nicht darum gehen, die bisherigen Strukturen kommunaler Selbstverwaltung zu ersetzen: Diese sollen hingegen aus einer Subsidiaritätsperspektive von unten erweitert und modifiziert werden, um eine stärkere eigenverantwortliche Teilhabe von Bürger_innen an politischen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen. Der Vorschlag versteht sich als Entwurf einer zwar tiefgreifenden, aber notwendigen Reform kommunaler Selbstverwaltung und „gilt perspektivisch und flächendeckend für alle Quartiere, unabhängig von ihren soziodemographischen Charakteristika – d.h. für Marxloh ebenso wie für Blankenese" (Bachmann/Behrens et al. 2017, S. 2-3).

Auch wenn der Autor dieser Studie den Bergischen Impuls mitunterzeichnet hat und dessen Richtung teilt, ist er folgender Ansicht:

- Die maximale Größe eines Quartiers sollte vorgegeben werden, einerseits weil das menschliche Maß begrenzt ist, andererseits um überzogene Territorialansprüche und Konflikte unter Quartieren zu vermeiden. Die empfohlene Große liegt zwischen 2.000 und 15.000 Einwohner_innen.[28]

- Eine solche Quartiersgroße übersteigt jedoch die kognitiven, emotionalen und sozialen Fähigkeiten des Menschen. (vgl. Grundwald 1996, S. 744) Deshalb empfiehlt es sich, das Quartier in Nachbarschaften (von 300-600 Einwohner) zu unterteilen. Je kleiner die Gebietseinheiten und Gemeinschaften sind, desto eher bringen sich die Menschen ein und partizipieren. Eine Nachbarschaft kann sich durch einen gemeinsamen emotional-räumlichen Bezugsrahmen definieren, dieser kann ein Platz, eine Straße, ein großer Innenhof oder ein gemeinsamer Treffpunkt sein. Jede Nachbarschaft sollte über einen eigenen gemeinsamen selbstverwalteten Begegnungsraum verfügen.

- Jede Nachbarschaft sollte eine Koordination von 3-7 Personen haben. Dazu sollten Anwohner_innen gehören, die per Losverfahren gewählt werden. Die Zufallsauswahl ist die beste Methode, um die ganze Heterogenität der Bevölkerung einzubeziehen und zu

[28] Harris C.M. Tiddens sieht die Obergrenze bei 20.000, die Bergische Themengruppe fand 15.000 Einwohner als zu groß.

aktivieren, ohne dass eine starre Asymmetrie (Regierende/Regierte, Expert_in/Laie oder Macher_in/Konsument_in) entstehen muss: „Jedem Anwohner und jeder Anwohnerin wird die Eigenschaft zugesprochen, eine Perspektive und ein Wissen über das Leben im Kiez zu haben, Wunschvorstellungen und Ideen für das Zusammenleben und die Entwicklung im Quartier äußern zu können." (Brocchi 2017, S. 6) Jede Nachbarschaft sollte sich im Quartiersrat durch 1-2 Personen vertreten lassen; durch eine interne Rotation können sich Koordinationsmitglieder gegenseitig entlasten und gleichzeitig die übergeordnete Ebene mitgestalten.

- In seiner Demokratietheorie unterscheidet der Politikwissenschaftler Giovanni Sartori zwischen einer Verantwortlichkeit gegenüber den Menschen und einer Verantwortlichkeit gegenüber der Sache. Eine gute Regierung sollte beiden Verantwortlichkeiten gerecht werden (vgl. Sartori 1992, S. 182). Sie sollten im Quartiersrat gleichberechtigt vertreten werden, indem der Sachverstand über genauso viele Sitze wie die Nachbarschaften hier verfügt (anstatt in einen zusätzlichen machtlosen Quartiersbeirat abgeschieden zu werden) (vgl. Brocchi 2017, S. 7).

- Die Hierarchisierung und die Personifizierung des Quartiersrates durch die Wahl eines Vorsitzenden widerspricht der Idee einer starken und inklusiven Demokratie. Stattdessen sollte sich der Quartiersrat eine Koordination aus vier Personen geben, die zur Hälfte aus Vertreter_innen der Nachbarschaften besteht und zur Hälfte aus Vertreter_innen des Sachverstandes. Auch hier könnte eine Rotation stattfinden. Diese Koordination hätte die Aufgabe, den Quartiersrat nach innen und nach außen zu vertreten.

Die Schweiz ist eines der Länder, in dem das Subsidiaritätsprinzip am konsequentesten umgesetzt wird. So verfügen dort die Ortsteile über eine hohe Autonomie, sie erlassen ihre eigenen Organisationsstatuten, erheben Steuern, verwalten ihr Vermögen und ihre Güter. Nur diejenigen Aufgaben, die nicht auf der unteren institutionellen Ebene erledigt werden können, werden auf die übergeordnete Ebene (Gemeinde, Kanton, Bund) übertragen, die meistens eine föderale Organisationsform haben (zum Beispiel die bündnerische Gemeinde Davos). In mehreren Themengruppen im Rahmen der Bergischen Klimagespräche 2017 ist genauso eine föderalistische Struktur für die Städte in Deutschland empfohlen worden, wobei die Quartiere über eine gewisse Autonomie verfügen, eigene Ressourcen selbst verwalten dürfen und in der Legislative der Stadt stimmberechtigt vertreten sind (vgl. Bachmann/Behrens et al. 2017, S. 2). Ähnlich wie beim Länderfinanzausgleich sollte auch auf Stadtebene ein Mechanismus des Quartiersressourcenausgleichs eingeführt werden (vgl. Bachmann/Behrens et al. 2017, S. 3), der unter anderem Segregationsprozessen entgegenwirken soll.

Das Bergische Impulspapier nennt einige äußere und innere Voraussetzungen, um eine solche Reform effektiv umzusetzen bzw. um ‚Partizipation als demokratische Realutopie zu realisieren':

> „Eine zentrale *äußere* Voraussetzung ist eine Umverteilung der Macht in der institutionellen Hierarchie von oben nach unten (Dezentralisierung) […]. Innerhalb der Quartiere setzt politische Teilhabe soziale und ökonomische Teilhabe voraus. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Quartiersräte im Quartier verankert sind. Daher müssen aus den Quartieren heraus Prozesse angestoßen werden, die auf die Schaffung von inklusiven Möglichkeitsräumen für Teilhabe sowie auf die Herausbildung eines gemeinsamen Verständnisses von ‚Gutem Leben' und Gemeingütern zielen. Dies bedeutet das Entstehen von intermediären Freiräumen, Gemeinwohlzonen oder Commons im Allgemeinen, die von den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam selbstverwaltet werden. Dieser Prozess muss allerdings an die lokalen Spezifika einzelner Quartiere anschließen. Schon aus praktischer Perspektive muss Diversität daher nicht nur innerhalb des Quartiers, sondern auch zwischen den Quartieren anerkannt werden. (Bachmann/Behrens et al. 2017, S. 3-4)

Dezentralisierung meint auch eine Umverteilung der Ressourcen – und dies erfordert zum Beispiel eine Reform des Steuersystems: Quartiere und Städte sollten über eigene Steuereinnahmen verfügen dürfen und finanziell stärker ausgestattet sein. Eine Gesellschaft, die sich am Subsidiaritätsprinzip orientiert, braucht auch eine andere Stadtverwaltung, die vor Ort präsent ist und Bürger_innen bei den eigenen Vorstellungen des ‚guten Lebens' unterstützt. Eine entscheidende äußere Voraussetzung ist jedoch auch eine Neugewichtung des Verhältnisses zwischen Gemeinwesen und Privatwesen, die der Entwicklung der letzten Jahrzehnte entgegengesetzt ist. Da Quartiere keine autarken Systeme sind, sondern vor allem durch Fremdversorgung überleben können, empfiehlt sich die Bildung von Partnerschaften und Wirtschaftskreisläufen zwischen Quartieren in den Großstädten und Ortschaften in der umliegenden ländlichen Region. Über diese Brücken könnten die Städte ihre regionale Umgebung mit Dienstleistungen und kulturellen Impulsen beliefern, während sie vom Land qualitative Produkte und Naturdienstleistungen erhalten. Kinder könnten die Sommerferien in den ländlichen Ortschaften verbringen und dadurch stärker in Kontakt mit der Natur kommen, erfahren, wie Nahrungsmittel produziert werden; Studierende aus der Stadt könnten bei der Ernte auf dem Land helfen.

Nach all den Opfern, die die jetzigen Generationen für die Missstände auf den Finanzmärkten erbracht haben und die künftige Generationen zur Schuldentilgung erbringen müssen, haben die Bürger_innen das Recht auf eine Wiedergutmachung. Um die Krise der Demokratie zu beenden, bedarf es einer *Demokratisierung der Demokratie* (vgl. Bogumil/Holtkamp 2013, S. 212), die durch eine breite Bewegung lokaler Initiativen gefordert wird.

Literatur

Acosta, Alberto (2015): Buen vivir. Vom Recht auf ein gutes Leben, München: oekom.

Adorno, Theodor W. (1997): Minima Moralia, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Agora Köln (2015): Verkehr des guten Lebens. Ein nachhaltiges Mobilitätskonzept für Köln, Köln: Agora Köln, http://www.agorakoeln.de/wp-content/uploads/2015/11/AgoraKoeln_Verkehr-des-guten-Lebens_Lang_BF.pdf (Zugriff: 19. Dez. 2017).

Agora Köln (2014): Tag des guten Lebens. Kölner Sonntag der Nachhaltigkeit. Ein Projekt der Agora Köln, Köln: Institut Cultura21 e. V., http://www.agorakoeln.de/wp-content/uploads/2015/04/Tag-des-guten-Lebens_Broschuere_Screen.pdf (Zugriff: 20. Jan. 2018).

Akalin, Cem (2015): Geschäftsleute bereiten Bürgerbegehren vor. In: Generalanzeiger, 11.07.2015, http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/stadt-bonn/Geschäftsleute-bereiten-Bürgerbegehren-vor-article1677191.html (Zugriff: 20. Jan. 2018).

Akalin, Cem/Baumann, Andreas (2015): Ratsmehrheit für Verkauf an René Benko zeichnet sich ab. In: Generalanzeiger, 16.06.2015, http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/stadt-bonn/Ratsmehrheit-für-Verkauf-an-René-Benko-zeichnet-sich-ab-article1657616.html (Zugriff: 20. Jan. 2018).

autofrei leben! e. V. (2011): PARK statt Parkplatz! Weltweiter PARK(ing) Day, Pressemitteilung, Berlin: autofrei leben! e.V., http://www.autofrei.de/images/Publikationen/160913PM_ParkingDayBerlin_2016.pdf (Zugriff: 01. Feb. 2018).

Bachmann, Boris/Behrens, Maria/Brocchi, Davide/Heynkes, Jörg/Sinn, Matthias/Thiesen, Andreas (2017): Subsidiarität als Motor urbaner Transformation. Impulspapier der Themengruppe *Partizipation, Demokratie und Gerechtigkeit* im Rahmen der Bergischen Klimagespräche 2017, Wuppertal: Wuppertal Institut, http://spiekerooger-klimagespraeche.de/sites/default/files/Bergischer_Impuls_01_0.pdf (Zugriff: 17. Jan. 2018).

Bacon, Francis (1990): Neues Organ der Wissenschaften, Darmstadt: Wissenschaftlíche Buchgesellschaft.

Barber, Benjamin (1994): Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen, Hamburg: Rotbuch.

Beirat der Agora Köln (2013): Lernende Satzung, Köln: Agora Köln, http://davidebrocchi.eu/wp-content/uploads/2015/11/2013_Lernende-Satzung-der-Agora-Köln-Stand-29.04.2013.pdf (Zugriff: 30. Jan. 2018).

Berne, Eric (1975): Was sagen Sie, nachdem Sie ‚Guten Tag' gesagt haben? Psychologie des menschlichen Verhaltens, München: Kindler.

Bezirksbürgermeister Ehrenfeld (2010): Niederschrift über die 10. Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld in der Wahlperiode 2009/2014, Köln: Stadt Köln, https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=276512&type=do& (Zugriff: 20. Jan. 2018).

BMVBS (Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung) (2007): Hintergründe des Verkaufs der Aurelis Real Estate GmbH & Co KG durch die Deutsche Bahn AG. Bericht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Sitzung des Verkehrsausschusses am Deutschen Bundestag vom 10. Oktober 2007, Berlin: BMVBS.

Bogumil, Jörg/Holtkamp, Lars (2013): Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Boller, Andreas (2016): Wuppertal: Das Primark-Gebäude ist voll im Zeitplan. In: Rheinische Post, 11.11.2016, http://www.rp-online.de/nrw/staedte/remscheid/freizeit/das-primark-gebaeude-ist-voll-im-zeitplan-aid-1.6387022 (Zugriff: 20. Jan. 2018).

Bongartz, Richard (2006): Innenstädter pfeifen aufs ruhige Leben im Dorf. In: Generalanzeiger, 11.11.2006, http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/Innenstädter-pfeifen-aufs-ruhige-Leben-im-Dorf-article113398.html (Zugriff: 07. Feb. 2018).

Brocchi, Davide (2017a): Große Transformation im Kiez. Bildung eines Kiezrates und *Tag des guten Lebens* 2019 im Brüsseler Kiez (Berlin-Wedding), Köln: Eigenverlag.

Brocchi, Davide (2017b): Urbane Transformation. Vortrag vom 8.11.2017 im Rahmen des Dresdner Planerforum, Leibnitz-Instituts für ökologische Raumentwicklung, Dresden, http://davidebrocchi.eu/wp-content/uploads/2017/11/2017_Dresden_Vortrag_DB.pdf (Zugriff: 18. Dez. 2017).

Brocchi, Davide (2017c): Große Transformation im Kiez, Köln: Eigenverlag, http://davidebrocchi.eu/wp-content/uploads/2017/12/2017_Große-Transformation-im-Kiez-v.-20171126b.pdf (Zugriff: 19. Jan. 2018).

Brocchi, Davide (2017d): Die Vielfalt als Chance. Zur Nachhaltigkeit von Kulturarbeit. Vortrag bei der Tagung *Lebensfreude hat keine Hautfarbe*, 22.11.2017, Nordkolleg Rendsburg, https://davidebrocchi.eu/wp-content/uploads/2017/11/11-Rendsburg-Vortrag-DB-22.11.2017-v.-2.0.pdf (Zugriff: 07. Feb. 2018).

Brocchi, Davide (2015): Nachhaltigkeit als kulturelle Herausforderung. In: Steinkellner, Vera (Hrsg.): CSR und Kultur, Berlin/Heidelberg: Springer-Verlag, S. 41-70.

Brocchi, Davide (2013): Das (nicht) nachhaltige Design. In: Fuhs, Simone/Brocchi, Davide/Draser, Bernd/Maxein, Michael (Hrsg.): Die Geschichte des Nachhaltigen Designs, Bad Homburg: VAS, S. 54–80.

Brocchi, Davide (2012): Sackgassen der Evolution der Gesellschaft. In: Simonis, Udo Ernst/Leitschuh, Heike/Michelsen, Gerd/Sommer, Jörg/Weizsäcker, Ernst Ulrich von (Hrsg.): Wende überall? Von Vorreitern, Nachzüglern und Sitzenbleibern, Stuttgart: Hirzel, S. 130-136.

Brocchi, Davide (2011): Negatives Menschenbild und Separationsdenken der westlichen Gesellschaft, Band 4 aus der Cultura21 eBooks Reihe zur Kultur und Nachhaltigkeit, Köln: Institut Cultura21 e. V.

Brocchi, Davide (2008): Die Umweltkrise. Eine Krise der Kultur. In: Altner, Günter/Leitschuh, Heike/Michelsen, Gerd/Simonis, Udo E./Weizsäcker, Ernst Ulrich von (Hrsg.): Jahrbuch Ökologie 2008, München: C.H. Beck, S. 115-126.

B.U.N.D./EED/Brot für die Welt (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (2005): Vorrang für die Anständigen. Gegen Missbrauch, ‚Abzocke' und Selbstbedienung im Sozialstaat. Ein Report vom Arbeitsmarkt im Sommer 2005, Berlin: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit.

Bundeswahlleiter (2017): Wahlbeteiligung, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt, https://www.bundeswahlleiter.de/service/glossar/w/wahlbeteiligung.html (Zugriff: 12. Jan. 2018).

Cremer, Arne (2016): Aktuelle Entwicklungen der Wahlbeteiligung in Europa, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, http://library.fes.de/pdf-files/dialog/12858.pdf (Zugriff: 12. Jan. 2018).

Dahrendorf, Ralf (1967): Fundamentale und liberale Demokratie. In: Dahrendorf, Ralf (Hrsg.) (1968): Für eine Erneuerung der Demokratie in der Bundesrepublik, München: Piper, S. 31-46.

Danner, M./Hoch, H. (2004): Die Wirkung von Umweltkommunikation und Sozialer Arbeit. Ergebnisse der Vergleichsuntersuchung. In: Maier, Konrad/Michelsen, Gerd (Hrsg.): Nachhaltige Stadtentwicklung, Bad Homburg: VAS, S. 94-228.

Deine Freunde (2011): Her mit dem Bauwens Adenauer Park!, deinefreunde.de, 11.06.2011, Köln, http://deinefreunde.de/her-mit-dem-bauwens-adenauer-park (Zugriff: 28. Jan. 2018).

Deutscher Bundestag (2017): Frauen und Männer, bundestag.de, Oktober 2017, https://www.bundestag.de/abgeordnete/biografien/mdb_zahlen_19/frauen_maenner/529508 (Zugriff: 08. Feb. 2018).

Dezernat für Zukunftsanalyse der Bundeswehr (Hrsg.) (2010): Peak Oil. Sicherheitspolitische Implikationen knapper Ressourcen, Strausberg: Zentrum für Transformation der Bundeswehr – Dezernat für Zukunftsanalysen, http://peak-oil.com/download/Peak%20Oil.%20Sicherheitspolitische%20Implikationen%20knapper%20Ressourcen%2011082010.pdf (Zugriff: 09. Jan. 2018).

Diamond, Jared/Vogel, Sebastian (2010): Kollaps. Warum Gesellschaften überleben oder untergehen, 4. Auflage, Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag.

Diekmann, Andreas/Preisendörfer, Peter (2001): Umweltsoziologie. Eine Einführung, Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt.

Ditges, Anna (2014): Wem gehört die Stadt. Bürger in Bewegung. Dokumentarfilm, Deutschland, Köln: Punktfilm, http://wemgehoertdiestadt-derfilm.de (Zugriff: 07. Feb. 2018).

Drilling, Matthias/Schnur, Olaf (Hrsg.) (2012): Nachhaltige Quartiersentwicklung. Positionen, Praxisbeispiele und Perspektiven, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Durkheim, Émile (1902): Sur le totémisme. In: L'Année Sociologique 5/1902, S. 82–121, http://classiques.uqac.ca/classiques/Durkheim_emile/annee_sociologique/an_socio_4/totemisme.html (Zugriff: 25. Jan. 2018).

Eder, Bernd (2017a): Viva Viktoria - was bleibt? Erfolgsgeschichte eines Bürgerbegehrens, Bonn: Die Linke im Rat der Stadt Bonn.

Ehrenberg, Alain (2008): Das erschöpfte Selbst. Depression und Gesellschaft in der Gegenwart, Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Esposito, Roberto (2004): Communitas, Berlin: Diaphanes.

Esteva, Gustavo (2010): Development. In: Sachs, Wolfgang (Hrsg.): The development dictionary. A guide to knowledge as power, New York: Palgrave Macmillan, S. 1-23.

Feldgen, Willi (2018): Seit Donnerstagmorgen 17.000 Ford-Beschäftigte in Köln legen Arbeit nieder. In: Kölner Stadtanzeiger, 01.02.2018, https://www.ksta.de/29594746 (Zugriff: 03. Feb. 2018).

Florida, Richard (2002): The Rise of the Creative Class, New York: Basic Books.

Friedrichs, Jürgen/Kecskes, R. (Hrsg.) (1996): Gentrification. Theorie und Forschungsergebnisse, Opladen: Leske und Budrich.

Fukuyama, Francis (1992): Das Ende der Geschichte, München: Kindler.

Gehl, Jan (2015): Städte für Menschen, Berlin: Jovis Verlag.

Grießhammer, Rainer/Brohmannder, Bettina (2015): Wie Transformationen und gesellschaftliche Innovationen gelingen können, Dessau: Umweltbundesamt.

Gronemeyer, Marianne (2010): Helping. In: Sachs, Wolfgang (Hrsg.): The development dictionary. A guide to knowledge as power, New York: Palgrave Macmillan, S. 55-73.

Grundwald, Wolfgang (1996): Psychologische Gesetzmäßigkeiten der Gruppenarbeit. In: Personalführung 09/1996, https://www.leuphana.de/fileadmin/user_upload/PERSONAL-PAGES/Fakultaet_1/Grunwald_Wolfgang/files/Fachartikel/Psychologische_Gesetzmaezigkeiten_der_Gruppenarbeit.pdf (Zugriff: 18. Jan. 2018).

Guidicini, Paolo (1996): Manuale per le ricerche sociali sul territorio, Milano: Franco Angeli.

Harvey, David (2013): Rebellische Städte, Berlin: Suhrkamp.

Hegemann, Lisa (2014): Kann Karstadt diesen Männern vertrauen? In: Handelsblatt, 15.08.2014, http://www.handelsblatt.com/unternehmen/handel-konsumgueter/die-plaene-von-rene-benko-kann-karstadt-diesen-maennern-vertrauen/10338508.html (Zugriff: 20. Jan. 2018).

Helfrich, Silke (2011): Gemeingüter sind nicht, sie werden gemacht. In: Ostrom, Elinor: Was mehr wird, wenn wir teilen, München: oekom, S. 11-19.

Helliwell, John/Layard, Richard/Sachs, Jeffrey (2017): World Happiness Report 2017, New York: Sustainable Development Solutions Network.

Hinding, B. (2004): Zur Bedeutung der Nachbarschaft für die Förderung nachhaltiger Konsummuster. In: Maier, Konrad/Michelsen, Gerd (Hrsg.): Nachhaltige Stadtentwicklung, Bad Homburg: VAS, S. 254-265.

Hobbes, Thomas (1909): Leviathan or the Matter, Forme and Power of a Commonwealth Ecclesiasticall and Civil, Oxford: Oxford University Press, https://archive.org/stream/hobbesleviathan00hobbuoft#page/n33/mode/2up (Zugriff: 10. Jan. 2018).

IT-NRW (2017): Kredite, Kassenkredite und Wertpapierschulden der Gemeinden und Gemeindeverbände Nordrhein-Westfalens, Düsseldorf: Information und Technik Nordrhein Westfalen, https://www.it.nrw.de/presse/pressemitteilungen/2017/pdf/163_17.pdf (Zugriff: 25. Dez. 2017).

IT-NRW (2016): Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in NRW, Düsseldorf: Information und Technik Nordrhein Westfalen, https://www.it.nrw.de/presse/pressemitteilungen/2016/pdf/240_16.pdf (Zugriff: 25. Dez. 2017).

Jack in the Box (2011): Konzeptpapier *Diversifkation der Handlungsfelder – Ausbau der offenen Werkstätten für Kulturarbeit und Upcycling,* Stand: Nov. 2011/2. Entwurf, Köln: nv.

Kapohl, Blaschke (2015): Barcelona Social Club. Was Spanien aus der Krise lernt. In: WDR5, DOK 5 – Das Feature: 10./11.05.2015.

Katalyse Institut (Hrsg.) (2011): Auszeichnungen im Rahmen des Ideenwettbewerbes 2011. In: koelner-klimawandel.de, 2011, http://www.koelner-klimawandel.de/index.php?id=iw2011_ausgezeichnet (Zugriff: 20. Jan. 2018).

Kennedy, Margrit/Lietaer, Bernard A. (2004): Regionalwährungen. Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand, München: Riemann.

Klein, Yvonne (2017): BarCamp *Essbare Stadt Köln*: Köln wird essbar – Machst du mit? In: agorakoeln.de, 08.12.2017, http://www.agorakoeln.de/2017/12/barcamp-essbare-stadt-koeln-koeln-wird-essbar-machst-du-mit/ (Zugriff: 26. Jan. 2018).

Klopotek, Felix/Lüke, Jan/Meyer, Anne/Wilberg Bernd (2017): Wer rettet Ehrenfeld? In: Stadtrevue 10/2017, S. 30-39, http://www.stadtrevue.de/archiv/artikelarchiv/12967-wer-rettet-ehrenfeld-teil-i/ (Zugriff: 20. Jan. 2018).

koeln.de (2010): Pläne zum Helios-Gelände stoßen auf Protest. In: koeln.de, 16.09.2010, https://www.koeln.de/koeln/helios_363621.html (Zugriff: 20. Jan. 2018).

Krajewski, Markus (2015): Akteur-Netzwerk-Theorie. In: Arch+ Zeitschrift für Architektur und Städtebau 221/2015, S. 11–12.

Landeswahlleiter NRW (2014): Kommunalwahlen 2014, Heft 1-3, Düsseldorf: Landesministerium des Inneren NRW.

Lanternari, Vittorio (1997): L'incivilimento dei barbari, Bari: Dedalo.

Latour, Bruno (2007): Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft. Einführung in die Akteur-Netzwerk-Theorie, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Leggewie, Claus/Welzer, Harald (2009): Das Ende der Welt, wie wir sie kannten, Frankfurt/Main: Fischer.

Lessenich, Stephan (2017): Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. Berlin: Hanser.

Linksfraktion Bonn (Hrsg.) (2017): Viva Viktoria - was bleibt? Erfolgsgeschichte eines Bürgerbegehrens, Bonn: Linksfraktion Bonn.

Luhmann, Niklas (1971): Sinn als Grundbegriff der Soziologie. In: Habermas, Jürgen/ Luhmann, Niklas (Hrsg): Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie – Was leistet die Systemforschung? Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Magnaghi, Alberto (2000): Il progetto locale, Torino: Bollati Boringhieri.

Massing, Peter/Breit, Gotthard (Hrsg.) (2006): Demokratie-Theorien. Von der Antike bis zur Gegenwart, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Mauss, Marcel (1990): Die Gabe. Die Form und Funktion des Austauschs in archaischen Gesellschafen, Frankfurt/Main: Suhrkamp.

McLuhan, Marshall (2011): Das Medium ist die Massage. Ein Inventar medialer Effekte, Stuttgart: Tropen bei Klett-Cotta.

McLuhan, Marshall (1964): Understanding Media. The Extensions of Man, New York: McGraw-Hill.

Merkel, Wolfgang (1999): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Opladen: Leske + Budrich.

Mewes, Sarah (2018): Barcamp am 13.1. und erster Entwurf des Aktionsplans *Essbare Stadt Köln.* In: agorakoeln.de, 12.01.2018, http://www.agorakoeln.de/2018/01/essbarestadt-barcamp-aktionsplan/ (Zugriff: 20. Jan. 2018).

Montag Stiftung Urbane Räume (2014 – 2017): Utopiastadt Wuppertal, Bonn: Montag Stiftung, http://neue-nachbarschaft.de/immovielien/utopiastadt-wuppertal-2/ (Zugriff: 20. Dez. 2017).

Mumford, Lewis (1974): Mythos der Maschine. Kultur, Technik und Macht, Wien: Europa-Verlag.

Nanz, Patrizia/Fritsche, Miriam (2012): Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

nebenan.de Stiftung (2017): Deutscher Nachbarschaftspreis 2017 geht an drei Projekte mit Vorbildcharakter: Berlin: nebenan.de Stiftung, https://www.nachbarschaftspreis.de/de/presse/presse/ (Zugriff: 18. Dez. 2017).

Neue Nachbarschaft (2017): Utopiastadt Wuppertal. In: neue-nachbarschaft.de, Bonn: Montag Stiftung Urbane Räume 2014–2018, http://neue-nachbarschaft.de/immovielien/utopiastadt-wuppertal-2/ (Zugriff: 26. Jan. 2018).

Niedermayer, Oskar (2017): Parteimitglieder in Deutschland. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 27, Berlin: Freie Universität Berlin, http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/schriften/Arbeitshefte/P-PMIT17-NEU.pdf (Zugriff: 12. Jan. 2018).

Ostrom, Elinor (1999): Die Verfassung der Allmende. Jenseits von Staat und Markt, Tübingen: Mohr.

Paech, Niko (2012): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie, München: oekom.

Petring, Alexander/Merkel, Wolfgang (2011): Auf dem Weg zur Zweidrittel- Demokratie. Wege aus der Partizipationskrise. In: WZB Mitteilungen 134/2011, Berlin: WBZ, https://www.wzb.eu/sites/default/files/publikationen/wzb_mitteilungen/wm134-30-33.pdf (Zugriff: 15. Jan. 2018).

Pigem, Jordi (2009): Buena crisis. Hacia un mundo postmaterialista, Barcelona: Editorial Kairós.

Platon (1991): Der Staat, München: Dtv.

Polanyi, Karl (2001): The Great Transformation. The political and economic origins of our time, Boston: Beacon [Erstausgabe 1944].

Popper, Karl (1992): Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Band 1: Der Zauber Platons, Tübingen: J.C.B. Mohr.

Praest, Manuel (2017): Arrenberg bekommt ein Bürgerzentrum, Westdeutsche Zeitung, 26.09.2017, http://www.wz.de/lokales/wuppertal/arrenberg-bekommt-ein-buergerzentrum-1.2524441 (Zugriff: 20. Dez. 2017).

Putnam, Robert D. (1995): Tuning In, Tuning Out: the Strange Disappearance of Social Capital in America. In: Political Science and Politics 28, Nr. 4, S. 664-683.

Putnam, Robert D. (1993): Making Democracy Work. Civiv Tradtitions in Modern Italy, Princeton: Princeton University Press.

Ratsfraktion B90/Die Grünen Bonn (2015): Verkauf des Viktoriabades. GRÜNE nehmen Akteneinsicht, Pressemitteilung Ratsfraktion, 24.07.2015, http://gruene-bonn.de/verkauf-des-viktoriabades-gruene-nehmen-akteneinsicht/ (Zugriff: 02. Feb. 2018).

Rieger, Elmar/Leibfried, Stephan (2004): Kultur versus Globalisierung, Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Rivera, Manuel/Saalbach, Claudia/Zucher, Franziska/Mues, Moritz (2016): Das Wachstumsparadigma im Deutschen Bundestag, Potsdam: IASS Potsdam, http://www.iass-potsdam.de/sites/default/files/files/iass_study_oktober2016_de_wachstumsparadigma_im_deutschen_bundestag.pdf (Zugriff: 07. Jan. 2018).

Roost, Frank (2000): Die Disneyfizierung der Städte, Wiesbaden: VS-Verlag.

Rösgen, Heribert (2017): Heliosgelände Ehrenfeld. Gemeinsame Fläche für Fußgänger, Radfahrer und Autos. In: Kölner Stadtanzeiger, 4.7.2017, https://www.ksta.de/koeln/ehrenfeld/heliosgelaende-ehrenfeld-gemeinsame-flaeche-fuer-fussgaenger--radfahrer-und-autos-27902120 (Zugriff: 22. Dez. 2017).

Rostow, W. Whitman (1960): The stages of economic growth. A non-communist manifesto, 3. Auflage, Cambridge: Cambridge University Press.

Roubini, Nouriel (2013): In Zeitlupe zur Immobilienblase. In: Capital, 04.12.2013, https://www.capital.de/wirtschaft-politik/in-zeitlupe-zur-immobilienblase (Zugriff: 07. Jan. 2018).

Roth, Klaus (2006): Antike. In: Massing, Peter/Breit, Gotthard (Hrsg.): Demokratie-Theorien. Von der Antike bis zur Ge-genwart, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 11-51.

Ruch, Floyd L./Zimbardo, Philip G. (1974): Lehrbuch der Psychologie. Eine Einführung für Studenten der Psychologie, Medizin und Pädagogik, Berlin: Springer.

Sachs, Wolfgang (1993): Die vier E. Merkposten für einen maßvollen Wirtschaftsstil. In: Politische Ökologie 11, Nr. 33, S. 69-72.

Sartori, Giovanni (1992): Demokratietheorie, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Sauer, Ulrike (2016): Bozen gegen Benko. In: Süddeutsche Zeitung, 30.3.2016, http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/kaufhausprojekt-in-suedtirol-bozen-gegen-benko-1.2926832?reduced=true (Zugriff: 20. Jan. 2018).

Schäfer, Armin (2015a): Der Verlust politischer Gleichheit. Frankfurt/Main: Campus.

Schäfer, Armin (2015b): Die Akademikerrepublik. Kein Platz für Arbeiter und Geringgebildete im Bundestag? In: MPIfG Jahrbuch 2015-2016, Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, S. 89-96. http://www.mpifg.de/pu/ueber_mpifg/mpifg_jb/JB1516/MPIfG_15-16_13_Schaefer.pdf (Zugriff: 13. Jan. 2018).

Scharpf, Fritz (1999): Regieren in Europa, Frankfurt/Main: Campus.

Schneider, Astrid (2008): ‚Die Sirenen schrillen'. Der Chefökonom der Internationalen Energieagentur (IEA) im Gespräch. In: Internationale Politik 4/2008, S. 34-45, https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/ip-die-zeitschrift/archiv/jahrgang-2008/april/»die-sirenen-schrillen« (Zugriff: 10. Juni 2018).

Schneidewind, Uwe (2017): Vorwort. In: Brocchi, Davide: Urbane Transformation. Zum guten Leben in der eigenen Stadt, Bad Homburg: VAS-Verlag, 2017, S. 7-21.

Schneidewind, Uwe (2014): Urbane Reallabore – ein Blick in die aktuelle Forschungswerkstatt. pnd-online, III/2014, Aachen: RWTH, http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/3_2014/schneidewind.pdf (Zugriff: 17. Feb. 2018)

Schneidewind, Uwe/Zahrnt, Angelika (2013): Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik, 2. Auflage, München: Oekom.

Sommer, Bernd/Welzer, Harald (2014): Transformationsdesign. Wege in eine zukunftsfähige Moderne, München: oekom.

Stadt Bonn (2015): Nordfeld und Viktoriakarree. Rat gibt zwei Investoren den Zuschlag, Bonn: Stadt Bonn, https://www.bonn.de/rat_verwaltung_buergerdienste/presseportal/pressemitteilungen/28311/index.html (Zugriff: 20. Jan. 2018).

Stadt Bonn (2014): Kommunalwahl am 25. Mai 2014, Bonn: Stadt Bonn, http://www.bonn.de/rat_verwaltung_buergerdienste/wahlen/kommunalwahl/index.html (Zugriff: 07. Feb. 2018).

Stadt Köln (2017a): Niederschrift über die 30. Sitzung des Rates in der Wahlperiode 2014/2020, Köln: Stadt Köln, https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=622700&type=do& (Zugriff: 23. Dez. 2017).

Stadt Köln (2017b): Bundestagswahl 2017. Analyse des Kölner Wahlergebnisses, Stadt Köln: Amt für Stadtentwicklung und Statistik, http://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf15/statistik-wahlanalysen/bundestagswahl_2017_analyse_des_kölner_wahlergebnisses_pv_ksn_7_2017.pdf (Zugriff: 15. Jan. 2018).

Stadt Köln (2016): Kölner Statistisches Jahrbuch 2016, Köln: Stadt Köln, http://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf15/statistik-jahrbuch/statistisches_jahrbuch_2016_ksn_2_2016.pdf (Zugriff: 07. Feb. 2018).

Stadt Köln (2015): Kölner Stadtteilinformationen. Zahlen 2015, Köln: Stadt Köln, http://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf15/statistik/stadtteilinformationen_2015.pdf (Zugriff: 07. Feb. 2018).

Stadt Köln (2014): Analyse der Kommunalwahl am 25. Mai 2014, Kölner Statistische Nachrichten 2/2014, http://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf11/wahlen/kw2014_05_25-analyse.pdf (Zugriff: 07. Feb. 2018).

Stadt Köln (2012): Heliosgelände. Helios Forum – Beteiligung der Öffentlichkeit. Ziele und Inhalte der Planung für das Heliosgelände in Köln-Ehrenfeld. Dokumentation des Verfahrens, Köln: Stadt Köln, http://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf61/schlussdokumentation_heliosgel__nde_barrierefrei_1_.pdf (Zugriff: 22. Dez. 2017).

Stadt Wuppertal (2014): Wuppertaler Wahlergebnisse, Wuppertal: Stadt Wuppertal, https://www.wuppertal.de/pressearchiv/meldungen-2014/mai/102370100000568744.php (Zugriff: 07. Feb. 2018).

Stadt Wuppertal (2014b): Wahlbeteiligung Brill-Arrenberg, Wuppertal: Stadt Wuppertal, https://wahlen.wuppertal.de/kw2014/05124000/tabelle185535.htm (Zugriff: 15. Dez. 2017).

Ternes, Doris (2008): Kommunikation. Eine Schlüsselqualifikation, Paderborn: Junfermann.

Thomas, Alexander (1992): Grundriß der Sozialpsychologie, Band 2: Individuum – Gruppe – Gesellschaft, Göttingen: Hofgrefe.

UN (2015): Transformation unserer Welt. Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Beschlossen bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen, 18. September 2015, New York: UN, http://www.un.org/depts/german/gv-70/a70-l1.pdf (Zugriff: 10. Jan. 2018).

UNESCO (2005): Übereinkommen über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen, verabschiedet bei der Generalkonferenz vom 20. Oktober 2005 in Paris, Bonn: Deutsche UNESCO- Kommission, https://www.unesco.de/infothek/dokumente/uebereinkommen/konvention-kulturelle-vielfalt.html (Zugriff: 09. Jan. 2018).

Van den Boom, Maike (2015): Wo gehts denn hier zum Glück? Frankfurt/Main: S. Fischer.

VillaMedia (o. J.): Unternehmer und Geschäftsführer Jörg Heynkes, Wuppertal: VillaMedia, http://www.villamedia-eventlocation.de/team/geschaeftsfuehrung-joerg-heynkes/ (Zugriff: 08. Feb. 2018).

Virilio, Paul (1994): Im Würgegriff der Zeit. In: Die Zeit, 11.11.1994, S. 63.

Wanner, Matthias/Reinkenhoff, Fabian T. (2017): ‚Wer hat und wodurch wurde das Mirker Quartier entwickelt?'. Eine partizipative Konstellationsanalyse am Beispiel eines Wuppertaler Stadtquartiers, Wuppertal: TransZent – Zentrum für Transformationsforschung und Nachhaltigkeit.

Watzlawick, Paul (2007): Menschliche Kommunikation. Formen, Störungen, Paradoxien, Bern: Hans Huber.

WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2016): Der Umzug der Menschheit. Die transformative Kraft der Städte, Berlin: WBGU.

WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin: WBGU.

Weber, Max (1922): Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen: J. C. B. Mohr.

Welzer, Harald/Wiegandt, Klaus (Hrsg.) (2011): Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung, Frankfurt/Main: S. Fischer.

Transkribierte Debatten und Interviews

Behrens, Maria (2017): Beiträge im Rahmen der Diskussion in der Themengruppe *Partizipation, Demokratie und Gerechtigkeit*, Bergische Klimagespräche, 28.-30.9.2017, Gräfrath. Zur Person: Maria Behrens ist Leiterin des Zentrums für Transformationsforschung und Nachhaltigkeit (TransZent) und Professorin für Politikwissenschaft an der Bergischen Universität Wuppertal.

Bergfeld, Axel (2017): Transkription des Interviews vom 05.12.2017 in Bonn. Zur Person: Unternehmer, Mitgründer und Vorsitzender der Bürgerinitiative *Viva Viktoria! e. V.,* Bonn.

Biesenbach, Pascal (2017): Transkription des Interviews vom 13.10.2017 in Wuppertal. Zur Person: Projektmanager beim *Aufbruch am Arrenberg*, Wuppertal-Arrenberg.

Blaschczok, Beate B. (2017): Transkription des Interviews vom 27.11.2017 in Wuppertal. Zur Person: Designerin, Mitgründerin und Geschäftsführerin der *Utopiastadt gGmbH*, Wuppertal-Nordstadt.

Eder, Bernd (2017b): Transkription des Interviews vom 05.12.2017 in Bonn. Zur Person: Selbstständiger Webentwickler, Mitgründer und Vorsitzender der Bürgerinitiative *Viva Viktoria! e. V.,* Bonn-Zentrum.

Hampe, Christian (2017): Transkription des Interviews vom 27.11.2017 in Wuppertal. Zur Person: Designer, Mitgründer und Geschäftsführer der *Utopiastadt gGmbH*, Wuppertal-Nordstadt.

Heynkes, Jörg (2017): Transkription des Interviews vom 13.10.2017 in Wuppertal. Zur Person: Unternehmer, Mitgründer von *Aufbruch am Arrenberg e.V.*, Wuppertal-Arrenberg.

Heynkes, Jörg (2017a): Beiträge im Rahmen der Diskussion in der Themengruppe *Partizipation, Demokratie und Gerechtigkeit,* Bergische Klimagespräche, 28.-30.9.2017, Gräfrath.

Möllmann, Hanswerner (Hawe) (2017): Transkription des Interviews vom 25.10.2017 in Köln. Zur Person: Lehrer, Sprecher der *Bürgerinitiative Helios*, Köln-Ehrenfeld.

Schmittseifer, Martin (2017): Transkription des Interviews vom 10.10.2017 in Köln. Zur Person: Gründer und Geschäftsführer von *Jack in the Box*, Köln-Ehrenfeld.

Links zu den untersuchten Initiativen

Aufbruch am Arrenberg e.V.

- www.aufbruch-am-arrenberg.de

Bürgerinitiative Helios

- www.buergerinitiative-helios.de

Bürgerinitiative Viva Viktoria! e.V.

- www.viva-viktoria.de

Jack in the Box

- www.jackinthebox.com

Tag des guten Lebens. Kölner Sonntag der Nachhaltigkeit

- Tag des guten Lebens: www.tagdesgutenlebens.de
- Agora Köln: www.agorakoeln.de

Utopiastadt

- www.clownfisch.eu/utopia-stadt/

Über den Autor

Davide Brocchi

Davide Brocchi, geboren 1969 in Rimini (Italien), zog 1992 nach Deutschland und lebt in Köln. Der Dipl.-Sozialwissenschaftler ist als Publizist, Forscher, Transformationsaktivist und Lehrbeauftragter tätig. Im Fokus seiner Arbeit stehen die kulturelle Dimension der Nachhaltigkeit, die Bildung unkonventioneller Bündnisse sowie die urbane Transformation als partizipativer Prozess. Unter anderem initiierte er das *Festival der Kulturen für eine andere Welt* (2003, Düsseldorf), die bundesweiten Netzwerke *Kulturattac* (2003) und *Cultura21* (2005), das Bündnis *Agora Köln* sowie den jährlich stattfindenden *Tag des guten Lebens: Kölner Sonntag der Nachhaltigkeit* (2012). 2017 veröffentlichte er das Buch *Urbane Transformation. Zum guten Leben in der eigenen Stadt* (Bad Homburg: VAS). Neben Sozialwissenschaften studierte er Politik, Psychologie und Philosophie, unter anderem bei Prof. Umberto Eco an der Universität Bologna. Er ist Doktorand an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.
Weitere Informationen: http://davidebrocchi.eu

Das Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW)

Das Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW) wurde mit Unterstützung des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen im September 2014 als eigenständiger, gemeinnütziger Verein mit Sitz in Düsseldorf gegründet. Aufgabe und Ziel des FGW ist es, in Zeiten unübersichtlicher sozialer und ökonomischer Veränderungen neue interdisziplinäre Impulse zur gesellschaftlichen Weiterentwicklung zu geben und politische Gestaltungsoptionen für die Gewährleistung sozialer Teilhabe in einer sozial integrierten Gesellschaft zu entwickeln. Durch die Organisation innovativer Dialogformate und die Förderung zukunftsorientierter Forschungsprojekte will das Forschungsinstitut die Vernetzung von Wissenschaft, Politik und zivilgesellschaftlichen Akteur_innen vorantreiben und den zielgruppengerechten Transfer neuer Forschungsergebnisse gewährleisten.

Weitere Informationen zum FGW finden Sie unter: www.fgw-nrw.de

Der Themenbereich „Integrierende Stadtentwicklung“

Zentrale Aufgabe des Themenbereichs Integrierende Stadtentwicklung des FGW ist es, eine integrative Stadtpolitik auf der Grundlage eines sozial-räumlichen Lastenausgleichs in den genannten Themenfeldern zu unterstützen. Dabei ist das bereits vorhandene Handlungs- und Erfahrungswissen im Sinne einer integrativen Stadtpolitik zusammen zu führen, sind jeweils lokal dominante Spannungsfelder und Konflikte zu benennen und Möglichkeiten der Entwicklung aufzuzeigen. Die Ergebnisse dieser Arbeit fließen in einen übergeordneten Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft ein. Durch Forschungssynthesen, die Förderung kleinerer und größerer Projekte sowie die Förderung eines ressort- und fachübergreifenden Dialogs der an der Stadt- und Regionalentwicklung beteiligten Akteure will der Arbeitsbereich Stadtentwicklung dazu beitragen, eine gesicherte Wissensgrundlage z.B. für ein Monitoring integrativer Stadtentwicklungspolitik und damit einen gemeinsamen Bezugsrahmen einer integrativen Stadtentwicklungspolitik zu schaffen.

Weitere Informationen zum Profil und zu den aktuellen Aktivitäten des Themenbereichs finden Sie unter:
www.fgw-nrw.de/stadtentwicklung

FGW
Forschungsinstitut
für gesellschaftliche
Weiterentwicklung